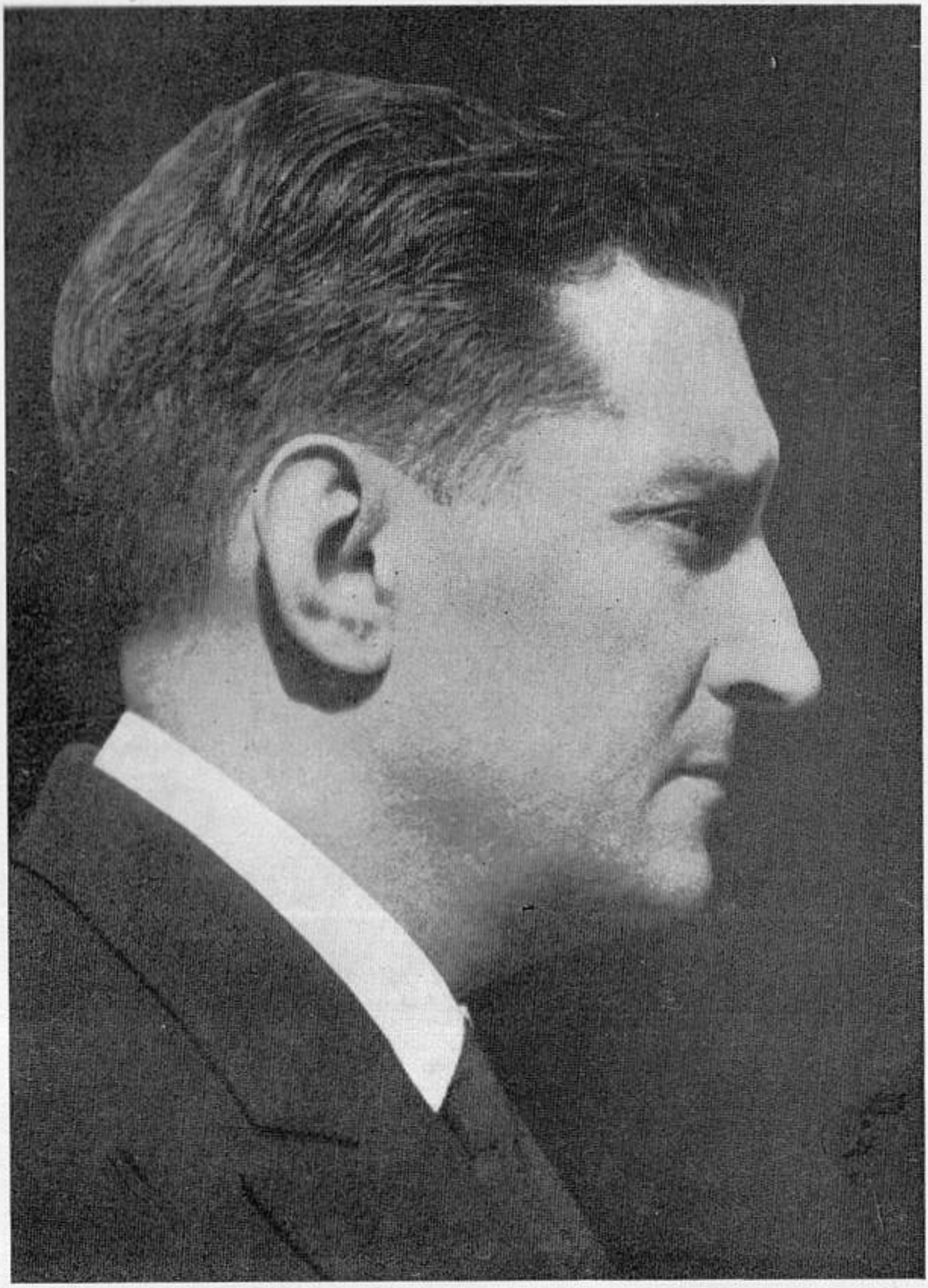

OLIVEIRA SALAZAR

Portugal

Das Werden eines neuen Staates

Reden und Dokumente

Mit einem Vorwort von

Prof. G. Cordeiro Ramos

OFERTA
DO
SECRETARIADO
DA
PROPAGANDA NACIONAL

ESSENER VERLAGSANSTALT

Einzig berechtigte Übertragung aus dem Portugiesischen von
Dr. Joseph M. Piel und Dr. A. Eduard Beau

Einband und Schutzumschlag: Fritz Dubbert, Essen
Alle Rechte vorbehalten. Copyright 1938 by Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen. Druck: Mänicke & Jahn KG., Rudolstadt i. Th. Printed in Germany
Verlagsnummer 58

Geleitwort

„Der zielbewußte Aufbau einer Nation unter der Führung eines hervorragenden Staatsmannes erweckt die aufrichtige Teilnahme des im Nationalsozialismus geeinten deutschen Volkes.
Möge das vorliegende Buch in diesem Sinne aufgenommen werden und zum freundschaftlichen Verständnis zwischen Deutschland und Portugal beitragen!

Dr. Goebbels“

Inhalt

Vorwort von Prof. G. Cordeiro Ramos 1
Einleitung 19

I. Teil: Finanzreform

1. Voraussetzungen der Finanzreform 33
2. Planmäßige Lösung der nationalen Probleme . . . 36
3. Politik der Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft — Nationale Politik 44
4. Staat und Revolution 58

II. Teil: Neubau des Staates

5. Grundsätze der politischen Revolution 75
6. Nationale Diktatur 98
7. Die Wehrmacht und die nationale Erhebung . . . 114
8. Die Männer sind andere — die Regierung ist die gleiche 124
9. Die Parteien und die nationale Revolution 127
10. Die Neuordnung der Wirtschaft 147
11. Kolonialpolitik 166
12. Ständische Gliederung 174
13. Der Geist der Revolution 186
14. Der neue Staat in der europäischen Politik 198
15. Das Jahr IX 210
16. Die Volksvertretung 215
17. Das Staatsoberhaupt 233

18. Rückblick und Ausblick 241
19. Aljubarrota 256
20. Zur politischen Lage 263
21. Ständekammer und Nationalversammlung 300
22. Die Errungenschaften der nationalen Revolution . . 307
23. Wiederaufbau und neuer Aufstieg 320

III. Teil: Europäische Politik

24. Die Meuterei vom 9. September 1936 327
25. Die Vorgänge in Spanien 334
26. Der Abbruch der Beziehungen zum roten Spanien . . 345
27. Die angebliche Verpachtung von Angola 350
28. An die Brasilien-Portugiesen 357
29. Die Zerstörung von Guernica 365
30. Portugal, England und der spanische Krieg 368

Vorwort

Ex Occidente Lux . . .

Angesichts aller künstlerischen wie sittlichen Größe fällt mir das Goethewort ein, daß unsere Sprache nicht hinreiche, tiefaufwühlende Gefühle auszudrücken . . .

Daran dachte ich, als ich aufgefordert wurde, der deutschen Ausgabe der Reden des genialen Gestalters und Führers unserer nationalen Erneuerung einige Worte vorauszuschicken. Denn sein Werk ist von einer solchen Größe, daß künftig kein Historiker der abendländischen Kultur mehr wird daran vorbeigehen können. Zwei Gefühle streiten in mir gegeneinander: die Genugtuung, wieder einmal zu Deutschen von einem Manne sprechen zu dürfen, der es wie wenige verdient, und damit erneut zur Verständigung und gegenseitigen Schätzung zwischen unseren Völkern beitragen zu können; andererseits aber die Besorgnis, einer so großen Aufgabe nicht würdig und nicht gewachsen zu sein. Man müßte schon über die Weite des Wissens, über die Sachlichkeit, die Eleganz und Ausdrucksstärke eines Leopold von Ranke verfügen, der klassische Form mit der Eindringlichkeit moderner Einsicht zu verbinden wußte, oder aber über die Fähigkeit, mit der ein Mommsen die Gestalt dessen darzustellen vermochte, in dem er den vollkommenen

Menschen, Persönlichkeit gewordenes Menschentum erblickte – die Gestalt des Divus Caesar.

Ein Umstand erleichtert mir jedoch meine Aufgabe: daß nämlich der deutsche Leser eine genaue Vorstellung von dem hat, was Adolf Hitler für Deutschland bedeutet. Vor unserer nationalen Erhebung befand sich Portugal in einer Lage, die mehr oder weniger der glich, die das uneinige, materiell darniederliegende, geistig zerrüttete deutsche Volk nach den Tagen des Diktats von Versailles darbot. Hüben wie drüben kam man nicht zur Ruhe. Die Politik stand nicht im Dienste eines vaterländischen Ideals, sondern persönlicher Eitelkeit, Machtgier und Gewinnsucht. Schlechte Institutionen verderben die besten Menschen, so wie die guten die Menschen veredeln. Wem es damals wirklich Ernst war um Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, der wandte sich angewidert ab von einer Politik, die jedes edlere Wollen im Keim ersticken mußte.

Die Folge davon war, daß es mit dem Staat immer mehr bergab ging. So gerieten wir in einen circulus vitiosus: Führermangel infolge der politischen Wirren, politische Wirren, weil eine starke Hand fehlte. Das ist das tragische Los der Völker, die das Opfer falscher Ideologien werden, die da in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwelgen und vergessen, daß gerade sie die Wurzel von Tyrannei, Bruderzwist und Bürgerkrieg sind.

Alles schien darauf hinzudeuten, daß Spenglers düstere Prophezeiung sich bald erfüllen sollte.

Es spricht nur für die gesunde Lebenskraft eines Volkes, wenn selbst in Zeiten größten Niedergangs Männer auftreten, die sozusagen die ureigensten völ-

kischen Tugenden verkörpern und sich – vielleicht sogar unbewußt – auflehnen gegen die Totengräber des Vaterlandes. So erklärt sich die Erscheinung des Soldaten-Präsidenten Sidónio Pais[1]) *im Jahr 1917, auf den die enge Berührung mit dem deutschen Wesen nicht ohne nachhaltige Wirkung gewesen sein wird – war er doch lange Zeit portugiesischer Gesandter in Berlin – und dessen knapp ein Jahr dauernde Diktatur der erste europäische Versuch einer Verwirklichung des Führerprinzips war, einer Rückkehr zum starken Staat unter starker Führung mit dem Sieg der Erkenntnis, daß das Gemeinwohl nur von dem aufopferungsfreudigen Dienst des Einzelnen am Ganzen bedingt ist. Es ist ein sonderbarer Zufall – oder beredte Fügung des Schicksals –, daß die schöpferische Revolution des Sidónio Pais in Portugal, also die erste offene Kampfansage an die Mißwirtschaft eines liberalistischen und dennoch alle wahre Freiheit unterdrückenden Parlamentarismus, fast bis auf den Tag mit dem Triumph des nihilistischen Bolschewismus in Rußland zusammenfiel. Es war, als wollte die Vorsehung Portugal wieder einmal mit der gleichen apostolischen Sendung betrauen, die unser Volk bereits vor einem halben Jahrtausend so ruhmvoll erfüllt hatte, als es zum Schutz der christlichen Kultur der Invasion asiatischer Barbarei einen unbezwingbaren Wall entgegensetzte.*

Wie vorauszusehen war, schreckte die internationale Freimaurerei, der schon ein Jahrzehnt vorher unser

---

[1]) Sidónio Pais stürzte im Dezember 1917 die Linksregierung, die Portugal in den Krieg getrieben hatte. Er fiel am 14. Dezember 1918 einem Attentat zum Opfer.

großer König Dom Carlos[1]) *wegen seiner großangelegten Sanierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen war, nicht davor zurück, einen neuen hochverräterischen Mord anzuordnen, der tatsächlich Sidónio Pais beseitigte und das Land in noch größere politische Wirrsale, in noch hemmungslosere Mißwirtschaft in der Verwaltung und in noch krasseren Verfall aller Sitte und allen Anstands im öffentlichen wie im privaten Leben stürzte. Jegliche Autorität war zusammengebrochen, und unumschränkt und eigenwillig herrschte wieder einmal wildeste Demagogie.*

Es folgten einige mißglückte Ausbrüche spontaner Reaktion, von denen die Erhebung vom 18. April 1925 der wichtigste war. Sie konnte keinen Sieg davontragen, aber im Prozeß gegen die daran Beteiligten – alles verdienstvollste Offiziere – erlangte infolge seines unerschrockenen Eingreifens und soldatischen Vorgehens größte Hochachtung und wärmste Sympathie der damalige Anklagevertreter und heutige Staatspräsident General Carmona[2]).

* *
*

Doch schließlich kam die Rettung mit der nationalen Erhebung vom 28. Mai 1926 im Zeichen völkischer

---

[1]) 1889–1908, wurde zusammen mit dem Thronfolger D. Luis Filipe das Opfer eines niederträchtigen Attentats, weil er der drohenden Anarchie durch eine starke Regierung entgegenzutreten suchte.

[2]) General Carmona beantragte Freispruch für die an einem Putsch beteiligten Offiziere und stellte sich dadurch in Gegensatz zu seiner eigenen Regierung. „Die Offiziere sind wohl schuldig, aber sie verdienen keine Strafe. Das Land ist krank, sie haben das Land retten wollen", lautete sein Urteil.

Erneuerung, im Vertrauen auf den gesunden Lebenswillen der Nation, aus nüchternem Wirklichkeitssinn und aus der jugendfrischen Zuversicht, daß wir unser Heil nur durch uns und in uns selbst finden würden. Die natürliche Folge davon war eine umfassende Neugestaltung vor allem auch unseres geistigen Lebens, wo es galt, das portugiesische Volk innerlich zu sammeln und so zu erziehen, daß es, seiner Eigenart bewußt, endlich wieder den Weg zu sich selbst fand, zumal es ja durch artfremde Ideologien bereits so stark vergiftet war, daß es seiner ganzen geschichtlichen Tradition entgegen nur anbeten zu müssen glaubte, was von außen kam — insbesondere das Schlechte —, und somit wirklich größte Gefahr lief, sich selbst zu verlieren.

Es muß in diesem Zusammenhang des Dichters und Schriftstellers António Sardinha[1]) *gedacht werden, der als einer der geistigen Wegbereiter der völkischen Erneuerung zu gelten hat. Um ihn als den Verkünder einer neuen völkischen Geschichtsauffassung und als den Vorkämpfer für einen wahrhaft nationalen Staat im Gegensatz zu der aus dem Ausland importierten liberalistischen Ideologie scharten sich bereits in den letzten Vorkriegsjahren die Besten unserer Jugend, die dann nach seinem allzu frühen Tode sein Gedankengut weiter trugen und seinen Anschauungen zum Sieg verhalfen.*

Die beiden ersten Jahre des neuen Regimes galten fast ausschließlich der so dringend gewordenen administrativen Säuberung und Aufrechterhaltung der öf-

[1]) Integralistischer Schriftsteller, 1888—1925, u. a. Verfasser eines vielbeachteten Werkes O valor da raça (Der Wert der Rasse).

fentlichen Ruhe und Sicherheit. Der aufbauende Teil des nationalpolitischen Programms wurde erst planmäßig in Angriff genommen, als im April 1928 der jetzige Ministerpräsident, Professor António Oliveira Salazar, als Finanzminister in das Kabinett der nationalen Diktatur berufen wurde. Es ist einfach unmöglich, ein erschöpfendes Bild von dem zu geben, was zehn Jahre Salazar für Portugal bedeuten: — finanzielle Sanierung mit Tilgung der gesamten schwebenden Schuld und ansehnlichen jährlichen Haushaltsüberschüssen, grundlegende und gerechtere Steuerreform, Anlage und Ausbau von Straßen und Häfen, Belebung von Handel und Industrie, Förderung der Landwirtschaft, Schaffung großzügiger Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen, durchgreifende Reform der Rechtsprechung, Neugestaltung des Schul- und Erziehungswesens, wobei die Gründung der portugiesischen Staatsjugend auf christlich-nationaler Grundlage besonders hervorzuheben ist, der Bau zahlreicher modernster Schulgebäude, Universitätsinstitute, technischer Lehranstalten und Fortbildungsschulen, immer engere Gestaltung und eingehendere Pflege der kulturellen Beziehungen zum Ausland, Schaffung von portugiesischen Lektoraten an den bedeutendsten Universitäten Europas, Restaurierung und Instandhaltung von historisch oder künstlerisch bedeutsamen Bauten, Denkmälern und Kunstwerken, planmäßige und zielbewußte Auswertung der natürlichen Schätze unserer ausgedehnten überseeischen Besitzungen, im zuversichtlichen Glauben an unsere kulturelle Sendung als Kolonialreich. Und schließlich der Neubau der Flotte und die Aufrüstung des Heeres, die über die Sicherheit des neuen Portugal wachen und uns allen

das Gefühl berechtigten Stolzes wiedergeben, Portugiesen zu sein.

Dieses gewaltige Werk, das wegen seiner segensreichen Auswirkungen eine an das Wunderbare grenzende Leistung darstellt, zumal es ja in der kurzen Spanne Zeit von einigen Jahren und aus eigener Kraft und eigenen Mitteln der Vollendung entgegengeführt wurde, erfährt nun seine Krönung in einer allmählich ausreifenden neuen politischen Ordnung aus einer neuen politischen Weltanschauung, einer Ordnung, die konstruktiv, schöpferisch, autoritär, aber keineswegs despotisch und willkürlich ist, die Privatinitiative, den frischen Unternehmungsgeist des einzelnen nicht ersetzen, sondern lenkend und fördernd wecken und anspornen will. Aus dieser Grundeinstellung heraus will der neue Staat alle lebendigen und schaffenden Elemente der Nation organisch in ständischer Gliederung zusammenfassen, wie sie in Portugal von jeher bodenständig war und erst vor etwa einem Jahrhundert durch die liberalistische Woge zeitweise hinweggerissen wurde, aber unter Salazars zielsicherer Führung wiedererstanden ist. Der neue Staat will keiner Klasse oder Partei gehorchen, sondern über alle erhaben ausschließlich den großen Gesamtinteressen der Nation dienen.

* *
*

Es sind die Völker selbst, die sich ihr Schicksal schmieden und in ihren wechselseitigen Beziehungen gemeinsame Kulturwerte schaffen. Aufgabe der Führer aber ist es, innerhalb der natur- und zeitbedingten Umstände die geschichtliche Entwicklung ihrer Volks-

gemeinschaften lenkend zu bestimmen und sie wegweisend ihrer Sendung entgegenzuführen. Dem portugiesischen Volk den zukunftsicheren Glauben an sich selbst und das feste Vertrauen zu seiner Kraft, seinem Lebens- und seinem Erneuerungswillen wiedergegeben zu haben, ist eines der größten historischen Verdienste der starken Persönlichkeit Salazars. Denn stärker und nachhaltiger als durch seine große Tat im Dienst am Volk wirkt dieser Staatsmann durch das lebendige Beispiel seiner fanatischen Gradheit und Ehrlichkeit in allem Tun und Lassen, durch seinen unermüdlichen Arbeitswillen und nicht zuletzt durch das Vorbild seiner asketisch-schlichten Lebensführung. Für ihn, der ganz in seinem Werke aufgeht, gilt keineswegs der Satz Choiseuls: „In meinem Ministerium habe ich immer mehr tun lassen, als selbst getan. Man braucht sich nicht in Akten zu vergraben. Man muß nur die Leute finden, die sich damit abgeben."

Wenn er auch die großen Zusammenhänge nie aus dem Auge verliert, so übersieht er dabei dennoch nicht die Einzelheiten und versucht stets auch bis zu den kleinsten Details vorzudringen. Die unzähligen und vielfältigen Angelegenheiten der verschiedenen Verwaltungsbereiche sind ihm in gleicher Weise vertraut, und nicht selten geschieht es, daß er durch Zwischenfragen, die blitzartig seine genaue Sachkenntnis oder berechtigten Zweifel am Gegenstand bekunden, die mitarbeitenden Fachminister in Verlegenheit bringt. In dieser Hinsicht erinnert er an eine andere große Gestalt unserer Geschichte, an den König Dom Pedro V.[1]*, dessen Minister sich oft über seine gar*

---

[1]) 1853—1861.

zu genaue und eindringliche Erforschung ihres Wissens und Könnens beklagen zu müssen glaubten.

Das politische Werk ist das Spiegelbild seiner persönlichen Lebensführung. Beide stehen makellos da. Idee und Tat sind bei ihm nicht voneinander zu trennen, denn beide entspringen dem gleichen Prinzip sittlicher Strenge, dem gleichen seelischen Dreiklang des Geistes, des Willens und des Gefühls. Diese harmonisch abgerundete und vollauf ausgeglichene Ganzheit der Persönlichkeit – idem velle, idem nolle –, die den Stoikern als höchste Tugend, als Prüfstein eines Charakters galt, kennzeichnet wie sonst nichts das Wesen Salazars.

Hingabe an sein Volk und Liebe zu seinem Land sind die Wurzeln seiner Kraft. Daher das Vertrauen, das er einflößt, und die bewundernde Anerkennung, die ihm jedermann zollt. Unnachgiebig ideologischen Irrlehren gegenüber, übt er Großmut und Nachsicht bei menschlichen Schwächen. Im Vollbewußtsein seiner Stärke ist er stets bereit, die Mitarbeit jener anzunehmen, die ehrlich und aufrichtig gewillt sind, selbstlos an der Erneuerung Portugals mitzuwirken. Da er die guten und schlechten Eigenschaften und Anlagen unseres Volkes kennt, zielt sein ganzes Streben dahin, diese zu mindern und jene zu fördern. Der Einfluß, den er so ganz von selbst gewonnen hat, ja, der Bann, dem sich keiner entziehen kann, der sich ihm nähert, ist so stark, daß wir mit vollem Recht von einer Revolution der Seelen sprechen können. Er hat einen eindrucksvollen materiellen Sieg davongetragen, aber noch größer ist der Sieg, den er in geistig-sittlicher Hinsicht errungen hat. Das sichert ihm die bedin-

gungslose Gefolgschaft, die opferfreudige Bereitschaft unseres Volkes, das ganz gefühlsmäßig erkannt hat, daß für Portugal ein neues Zeitalter angebrochen ist, das starke Zeitalter der männlichen Tat, der soldatischen Tugend, des unbeugsamen Erneuerungswillens, und daß ihm die Vorsehung auch den Mann geschenkt hat, der uns in diesem Zeitalter siegreich zum Ziele führt. Ist das Portugal Salazars nicht der schlagendste Beweis für die Richtigkeit der Aussage Massis', daß man nur durch die ordnende Macht des Geistes herrschen könne und zum Herrschen berechtigt sei?

„Uns reizt und befriedigt weder der Reichtum, noch der Luxus der Technik" – sagte Salazar zu Abgesandten der portugiesischen Kolonie in Brasilien –, „weder die Maschine, die den Menschen zurückdrängt, noch das Wunder der Mechanik, – nicht das Kolossale, das Unabsehbare, das Einzigartige, die brutale Kraft, wenn nicht der Flügel des Geistes sie berührt und wenn sie nicht in den Dienst eines immer schöner, immer erhabener und immer edler werdenden Lebens gestellt werden . . . von einer Zivilisation, die über die Wissenschaft auf die Barbarei zurückführt, trennt uns auf ewig unser Bekenntnis zum Geist, der unsere Geschichte beseelt und belebt. Wir lehnen es ab, die Armen mit Illusionen zu speisen; aber wir setzen auch alles daran, die Einfachheit des Lebens, die Reinheit der Sitten, die Innigkeit des Gefühls, den sozialen Ausgleich, den trauten, bescheidenen, aber würdigen Charakter des portugiesischen Lebens vor einer Woge zu bewahren, die in der Welt immer gewaltiger anwächst, – und mit diesen Errungenschaften unserer Vergangenheit auch den sozialen Frieden."

Der neue portugiesische Staat kann daher wie wenige andere für sich in Anspruch nehmen, eine geistige Macht, eine ethische Einheit ersten Ranges zu sein.

* *
*

Dieser Wesenszug der Einheitlichkeit im Denken und Handeln und der harmonischen Ausgeglichenheit zwischen Intelligenz und Charakter drückt auch den Reden Salazars, die ja bei verschiedenen äußeren Anlässen und in immer anderer Gemütsverfassung gehalten wurden, ein unverkennbares Gepräge abgeklärter Geistigkeit auf, die eben deshalb einen so tiefen Eindruck auf uns macht, weil sie die Wirklichkeit kühl abzuwägen und zielsicher auf das hinzusteuern versteht, was jeweils der Nation und dem Volk am besten frommt. Man bedenke dabei, daß diese Reden einen immerhin langen Zeitraum von zehn Jahren schwerster Regierungsarbeit umspannen und Probleme behandeln, die bei weitem nicht in einer einzigen, sachlich und fachlich genau vorgezeichneten Richtung liegen. Ganz im Gegenteil! Sie behandeln ja die verschiedenartigsten Ereignisse und Aufgaben auf allen lebenswichtigen Gebieten politischer, finanztechnischer, kultureller und wirtschaftlich-sozialer Natur, und ganz vornehmlich noch brennende Fragen der großen Politik, die wie überall in den letzten Jahren auch in Portugal durch die verschärfte internationale Spannung zu ungeahnter Kompliziertheit getrieben wurde.

Aber die „Reden" sind nicht nur Äußerungen eines bedeutenden Staatsmannes, sondern auch Meisterwerke der Sprache. Die erhabene und doch schlichte Schönheit der Form, der vornehme und treffsichere

Ausdruck, die bald schwungvolle, bald nüchterne, aber immer grundaufrichtige Sprache mit ihrer zwingenden Logik und ihrer Überzeugungskraft, dieser Adel der Ausdrucksform, die fast unübersetzbare epigrammatische Kürze treten uns in allem entgegen, was Salazars Feder entstammt: — in den politischen Ansprachen, im Vorwort, mit dem er eine gesetzliche Verfügung einleitet, in Erklärungen und Kommentaren zu seinen Finanzberichten, in diplomatischen Noten wie in Mitteilungen an die Presse. Wie oft habe ich nach Anhören eines seiner Natur nach vertraulichen Vortrages im Ministerrat mit meinen Kollegen im Kabinett nicht ehrlich bedauert, ihn nicht der Öffentlichkeit übergeben zu dürfen, denn durch den Scharfsinn des Urteils und die klassische Eleganz des Stils waren diese Ausführungen viel mehr als lose Vorträge politisch-nüchterner und geschäftlich-kühler Art — es waren Perlen echter Redekunst.

Als echter Klassiker der Sprache erinnert Salazar in gleicher Weise an unseren natürlich-schlichten Manuel Bernardes[1]*), wie an den wortgewaltigen António Vieira*[2]*).*

Aber, könnte man einwenden, Triumphe großer Redner sind oft Folge und Ergebnis weniger des inneren Gehaltes des Gesagten, als angeborenen Sprechtalents und Sprachgefühls, der Redegewandtheit und Zungenfertigkeit, der Stimme und Geste eines Volksredners, der den niedrigsten Trieben der Menge schmeichelt. Anders bei Salazar! Inhaltleerer Wortschwall, geschwätzige Weitschweifigkeit, rhetorische Effekthascherei, bequeme Zuflucht zur Lobhudelei

[1]) Lebte von 1644 bis 1710.

[2]) 1608—1697. Berühmter Kanzelredner und Diplomat.

alles Gemeinen, sind ihm wesensfremd, sind mit der geistigen und sittlichen Haltung des geraden und furchtlosen Mannes nicht in Einklang zu bringen.

Wie aus einem Guß stehen daher sein geschriebenes Werk und seine staatsmännische Leistung da. In beiden strebt er unaufhörlich nach Verbesserung und Vervollkommnung. Unwillkürlich denke ich dabei an Rainer Maria Rilke, der ja vom Künstler verlangt, daß er zuerst sich selber schaffe, um dann ein Kunstwerk echter Vollkommenheit schaffen zu können. So kommt es, daß man dem, was Salazar geschrieben und gesprochen hat, Lehren und Regeln der Staatskunst entnehmen könnte, die ein vortreffliches Handbuch des vollendeten Staatsmannes abgeben würden.

* *
*

Es wäre undenkbar, daß das Wirken einer solch genialen Führerpersönlichkeit sich bloß auf unser Land beschränken würde und nicht auch jenseits der Grenzen höchste Beachtung fände. Salazar, wie Hitler und Mussolini – ausgesprochene Heroen im Sinne Carlyles – sind Gestalten, die nicht nur nationales, sondern vielmehr auch universelles Interesse erwecken, denn die gegenwärtigen und vor allem gerade die kommenden Geschlechter werden ihnen Dienste verdanken, deren Tragweite nicht abzusehen ist. Als wahre Träger des Weltgeschehens scheinen sie durch ihre Größe wie auserwählt und vorherbestimmt zu sein, die heutige, in ihrer politischen Unfähigkeit und ihrem sozialen Irrwahn sonst dem Untergang geweihte Gesellschaft zu erlösen. Wo wären heute ohne sie all die hohen Kulturwerte, die den Menschen erst zum Menschen machen!

Ähnlich wie Deutschland und Italien erfüllt auch Portugal seine europäische Sendung. Unser Land hat als erstes die Gefahr des bolschewistischen Systems erkannt und verkündet. Aus sittlichem Selbsterhaltungstrieb heraus lehnt es jegliche Beziehung zu dem Staat ab, der es verkörpert. Trotz seiner peinlichst eingehaltenen Neutralität im Spanienkonflikt ist Portugal nicht davor zurückgeschreckt, aller Welt mit großem Freimut zu bekennen, daß „Spanien und das ganze europäische Abendland ohne Ausnahme nur an einem interessiert sein konnte: an dem Sieg der Nationalisten", denn der Bürgerkrieg im Nachbarlande ist nur ein Vorstoß der barbarischen Antikultur, die in ihrem dämonischen Zerstörungswillen und zynischen Drang nach despotischer Vergewaltigung aller Völker vor allem die Vernichtung unserer Gesellschaftsordnung bezweckt.

Was wäre wohl – um zu wiederholen, was ich in einer deutschen Zeitschrift bereits näher ausgeführt habe – aus Europa geworden, wenn Portugal äußerem Druck nachgegeben und sich nicht so männlich und standhaft verteidigt und sich auf die Seite des Hasses und der Vernichtung gestellt hätte? Was wäre wohl aus Europa geworden, wenn sich auf der iberischen Halbinsel eine anarchisch-kommunistische Räterepublik konstituiert hätte! Im äußersten Westen Europas, auf einem Gebiet, das 30 Millionen Menschen zählt und an Ausdehnung der drittgrößte Staat unseres Kontinentes wäre! Ganz zu schweigen von der Rückwirkung auf unsere Kolonien . . .

* *

*

Salazar, der ruhige und sichere Lenker unseres Staatswesens, der auch durch die ernstesten weltpolitischen Vorkommnisse seine gottvertrauende Zuversicht nicht verliert und dessen Eifer selbst in den verwickeltsten Lebenslagen und in Zeiten schwerster Not nicht erlahmt, sondern eher angespornt wird, hat es wie wenige stets verstanden, im richtigen Augenblick mit aller Entschlossenheit und mit jener Seelenruhe, die die wirklich Starken auszeichnet, die Ehre und Würde der Nation aufs wirksamste zu wahren. An Gelegenheiten dazu hat es ihm in den letzten nur allzu bewegten Jahren wahrlich nicht gemangelt, und seine von allen – wenn auch hier und da erst nachträglich – als die einzig richtige anerkannte Stellungnahme bei diesen Anlässen ist so allgemein bekannt, daß ich die näheren Einzelheiten hier wohl nicht besonders hervorzuheben brauche.

So steht das neue Portugal in der zeitgenössischen Geschichte Europas als ein glänzendes Beispiel dafür da, daß ein gefallenes Volk sich selbst erlösen und seine vergangene Größe auf allen Gebieten einzig und allein durch eigene schöpferische Kraft, durch seinen unbeugsamen Lebenswillen wiederherstellen und in rastloser Arbeit zu neuer Blüte bringen kann, die früher oder später der überraschten und staunenden Mitwelt Achtung und Anerkennung abzwingen muß. Am klarsten kam das wohl zum Ausdruck in der Art, wie sich Adolf Hitler in seiner großen Rede vom 30. Januar 1937 auf Portugal bezog.

Jahrzehnte hindurch hat man Grund gehabt, uns als ein Land zu betrachten und zu verachten, worin Revolutionen und politische Wirren endemisch waren. Unsere so unerwartete und so rasche nationale Wieder-

geburt hat das Augenmerk aller auf denjenigen lenken müssen, der dieses gewaltige Werk ohne fremde Mithilfe und oft sogar in ausgesprochenem Gegensatz zu fremden Einflüssen vollbracht hat. Schwer und zahlreich waren die Opfer. Doch ohne Einsatz aller Kräfte und ohne feste Zuversicht ist noch kein Sieg errungen worden, der dieses Namens würdig wäre. Und wie Bismarck können wir sagen, daß wir in unserem Kampf weder Glück noch Wohlergehen angestrebt, sondern einfach unsere Pflicht erfüllt haben.

Politiker und Journalisten, Schriftsteller und Wirtschaftler aller Richtungen und Anschauungen haben es auch nicht verschmäht – vielleicht zuweilen nicht ohne uns um unsere Ordnung und friedliches Dasein zu beneiden –, offen und klar anzuerkennen, daß Salazar einer der ersten Staatsmänner unserer Zeit ist. Graf Gonzague de Reynolds nennt ihn einen Führer, der sein Volk aufs glücklichste ergänzt; Politis preist ihn als den Schöpfer eines politischen und wirtschaftlichen Systems, das der übrigen Welt als Musterbeispiel für den korporativen Aufbau eines modernen Staates dienen kann; Afranio Peixoto, der gefeierte brasilianische Schriftsteller, erblickt in ihm denjenigen, der Portugal sich selbst zurückgegeben hat; Friedrich Sieburg bezeichnet ihn in seinem Portugal-Buch als „eine der packendsten Erscheinungen unserer nach neuen Formen ringenden Welt". Ich aber heiße ihn einfach einen großen Portugiesen.

In der langen Reihe berühmter Gestalten, die den Stolz unserer Geschichte bilden, ist er zweifelsohne Heinrich dem Seefahrer[1]) *gleichzustellen;*

[1]) Der geniale Organisator der portugiesischen Entdeckungen, Begründer der Schule von Sagres. Gestorben 1460.

denn so wie die epochemachenden Seefahrten und Entdeckungen der Portugiesen im 15. und 16. Jahrhundert nach dem Plan dieses größten und einsamsten aller portugiesischen Infanten der europäischen Menschheit neue Welten erschlossen, so erschließt auch Salazar uns neue Möglichkeiten politischer Gestaltung.

Das deutsche Volk, das allem Fremden lebhaftes Interesse und volles Verständnis entgegenbringt und sich wie kaum ein anderes so ganz in fremdes Wesen und fremde Kultur vertiefen und einfühlen kann, wird das vorliegende Werk bestimmt zu würdigen wissen, um so mehr als es ihm nicht schwer fallen dürfte, darin als Leitmotiv Tugenden zu entdecken – wie unerschütterlichen Arbeitswillen, Geringschätzung, ja Verachtung aller Äußerlichkeiten und aller persönlichen Ehrenbezeugungen, Ehrlichkeit im Tun und Lassen, Freimut und Gradheit der Sprache, Verzicht auf Gründung eines eigenen Heims, einer eigenen Familie, um sich ganz dem Wohl einer größeren Familie, dem Wohl des Volkes dienend und aufopfernd widmen zu können – lauter Züge also, die in gleicher Weise kennzeichnend sind für Salazar und für Deutschlands großen Führer.

Professor Gustavo Cordeiro Ramos
ehem. Kultusminister

Einleitung

I

Die in diesem Buch niedergelegten Gedanken sagen nichts wesentlich Neues – ja es sind nicht einmal meine eigenen, sondern sie gehören der Gemeinschaft: sei es, daß ich sie aus den Tiefen des Nationalbewußtseins geschöpft habe, sei es, daß das portugiesische Volk sie sich zu eigen gemacht hat, weil sie unserer geistigen Situation entsprechen. Und doch können sie durch die besondere Stellung dessen, der sie ausspricht, Inhalte nicht nur des Denkens, sondern auch des Handelns sein. In der Geschichte der portugiesischen Diktatur, in der Gestaltung des neuen Staates, haben sie ihren weltanschaulichen Niederschlag und ihren tatsächlichen politischen Ausdruck gefunden. Die Tat folgte der Idee Schritt für Schritt in dem Maße, als der Augenblick es verlangte und als die innere Bereitschaft bestand, sie zu erfassen und zu verwirklichen. Jeder Schritt eröffnete neue Möglichkeiten auf dem Wege, den die Idee uns wies.

Die Beurteilung, die politische Ereignisse in unseren Tagen zu erfahren pflegen, ist im allgemeinen parteiisch und ungerecht. Daher die Zweifelsucht, das Mißtrauen, die Ablehnung, die eigentlich bei uns keinen Raum haben sollten, wo die Dinge doch klar

zutage liegen. Die abwegigen Meinungen Einzelner vermögen jedoch nicht das portugiesische Leben aus seiner Richtung zu drängen, noch daran etwas zu ändern, daß es sich politisch folgerichtig im Sinne unserer Anschauung und nicht in ziel- und planloser Zufälligkeit entwickelt hat, daß bestimmte Anschauungen für sich schon richtunggebend für die portugiesische Politik geworden sind. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß man nicht wird umhin können, einiges von dem hier Veröffentlichten zu lesen und zu überdenken, wenn man zu einem besseren Verständnis des Geistes und des Ganges unserer Revolution, unserer Verfassung, der Kolonialakte und der wichtigsten Gesetze gelangen, wenn man sich ein genaues Bild von dem Weg machen will, der noch vor uns liegt und der die politische Revolution durch die wirtschaftliche und soziale ergänzen und vollenden soll. Die Reden „Staat und Revolution", „Grundsätze der politischen Revolution", „Kolonialpolitik", „Der neue Staat in der europäischen Politik", „Die Volksvertretung" einerseits und auf der anderen Seite die Reden „Die Neuordnung der Wirtschaft" und „Ständische Gliederung" enthalten keimhaft oder zusammenfassend die Leitgedanken unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung im Sinne der Revolution vom 28. Mai 1926.

Nicht nur durch unsere Leistung auf dem Gebiet innerer Verwaltung, sondern auch durch unser politisches Denken und Wirken stellen wir wieder wie einst einen Faktor im europäischen Leben dar, an dessen Kultur und Fortschritt wir früher entscheidenden Anteil hatten. Und wenn wir erst materiell, technisch und geistig auf der Höhe unserer Zeit sind, können

wir auch Mitgestalter der Zukunft werden, wofür manche uns jetzt schon halten.

Ich wüßte auch nicht, inwiefern die Besinnung auf uns selbst in der Gestaltung unseres politischen und sozialen Lebens, und die Pflege der guten, gesunden und fruchtbaren völkischen Eigenart nicht überhaupt der sklavischen Nachahmung dessen vorgezogen werden sollte, was man in fremden Ländern denkt und tut und was lange Zeit hindurch auch für uns maßgebend gewesen ist. Überdies aber sind wir das dem Schöpfergeist des portugiesischen Volkes und seiner Tatkraft schuldig, die neue Früchte tragen werden, wenn die zähe Arbeit der „inneren" Entdeckung sich nicht beeinträchtigen läßt durch träge Nachahmung artfremden Gutes.

Ihrem Geist nach also und ihrer Form nach haben meine Reden nichts zu tun mit dem, was in dieser Hinsicht für unsere jüngste Vergangenheit charakteristisch war: sie gehören einer andern Schule an.

Schon die Herauslösung der Politik aus dem Zank und Streit der Parteien müßte genügen, dieser Art der Äußerung ein neues Gepräge zu geben. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, müßte doch der Wille, persönliche Neigung und Abneigung zu überwinden, das Streben nach Sachlichkeit und das Gefühl für die Würde der Regierung ihnen einen anderen Charakter geben. So hat sich die Nation daran gewöhnt, Gehässigkeit im politischen Kampf als verabscheuungswürdig und würdelos zu betrachten.

Man könnte meinen, daß wir es leicht und einfach gehabt hätten. Das war durchaus nicht immer der Fall; denn solange die Atmosphäre nicht bereinigt ist, ist auch die Krankheit nicht überwunden. Wer gemein

angegriffen worden ist, fühlt sich versucht, gemein zu antworten, um sich wirksam zu verteidigen. Ich will nicht leugnen, daß eine solche Haltung ihre Berechtigung hat, aber ich leugne, daß damit irgend etwas erreicht wird. Im Grunde führt das zu nichts.

Die sittlichen und vaterländischen Grundsätze, auf denen unsere Erneuerungsbewegung beruht, bestimmen, ja leiten das Fühlen und Denken der Portugiesen.

Welche Auffassung haben die heute bei uns zu geistiger Führung Berufenen, auf die die Augen aller gerichtet sind, von ihrer Verantwortung? Da sind manche, die das Unheil, das sie anrichten, mit ihrer inneren Überzeugung entschuldigen wollen. Aber genügt das? Ich stehe nicht an zu sagen: Nein! Und zwar aus verschiedenen Gründen, vor allem aber, weil ein Intellektueller nicht nur verantwortlich ist für sein Werk, sondern auch für die Richtigkeit seines Denkens und seiner Gesinnung. Es genügt wahrlich nicht, aufrichtig zu sein; man muß auch richtig, gerecht zu denken verstehen.

Als Bourget in „Le Disciple“ die These von der Verantwortung eines Schriftstellers für die geistigen und sittlichen Folgen seines Werkes aufstellte, scheint es eine große Aufregung bei denen gegeben zu haben, für die Kunst und Leben getrennte Welten waren. Die Kunst sollte sich selbst genügen und in sich selber ihren Zweck haben, nicht gelten als Äußerung des menschlichen Lebens, bestimmt, es zu verschönern und zu vertiefen und dem Menschen Ansporn zu sein in der Erfüllung seiner höheren Zwecke. Die verkannten gründlich das wahre Wesen des Menschen, verloren jeden sittlichen Halt und predigten, unbekümmert um sittlichen Wert oder Unwert, eine Kunst

als Selbstzweck, vergleichbar einer schönen, aber ungenießbaren und giftigen Frucht. Im besten Fall vergeudete das Genie seine Kraft, ohne Nutzen für die Menschheit.

Man mag sich weiter über geistige Verantwortlichkeit streiten, doch wer auf seinen Schultern die Verantwortung für ein ganzes Volk trägt, der weiß aus der Geschichte, wenn nicht aus eigener Erfahrung, daß der Niedergang einer Nation zusammenzufallen pflegt mit geistigen Fäulniserscheinungen, mit einer Haltung, die sich frei dünkt von den Bindungen des Menschen an seine wahre Bestimmung. Wer eine Nation frei, groß und stark machen will, der muß dem Volk einen inneren Halt zu geben wissen und den Zersetzungserscheinungen entgegenwirken durch Erziehung zu Charakterstärke und Vorbildlichkeit.

Einer solchen Lebensauffassung darf die geistige und sittliche Haltung eines Schriftstellers oder eines Künstlers sowie der Gehalt ihres Werkes nicht gleichgültig sein. Es darf unmöglich so weit kommen, daß Zerstörung genau so viel gilt wie Aufbau, Zersetzung so viel wie Erziehung und Bildung, der weltfremde Untergangsprophet so viel wie der Schöpfer neuer Gemeinschaftswerte.

Es heißt, daß das Schrifttum ein Spiegel der Zeiten sei; doch spiegelt es sie nur deswegen so getreu, weil es an ihrer Gestaltung mitwirkte. In diesem geschichtlichen Augenblick, in dem das Volk über lebenswichtige Fragen zu entscheiden berufen ist, liegt uns ob, die weltanschaulichen Voraussetzungen, auf denen das neue Portugal beruht, bis ins letzte hinein zu erfüllen. Wir glauben an Wahrheit und Gerechtigkeit, an das Schöne und Gute. Wir glauben, daß durch den

Dienst daran die Menschen wie die Völker besser, edler und würdiger werden. Wir glauben, daß das hohe Amt, Wahrheit zu ergründen und zu lehren, Schönheit zu schaffen und Menschen zu bilden, keinen entbindet von der Verantwortung für die geistige und seelische Zersetzung und Vergiftung, die Entartung anzurichten vermag.

II

Von den Reden und Dokumenten aus den Jahren 1935–37 beziehen sich die meisten und wichtigsten auf Fragen der Außenpolitik. Das ist ein deutliches Zeichen für die gespannte internationale Lage. Selbst Länder, die sich den großen Auseinandersetzungen fernhalten möchten, können ihre Unabhängigkeit als Nationen mit Eigenleben und eigenen Interessen nur dadurch bewahren, daß sie eine erhöhte Wirksamkeit auf internationalem Gebiet entfalten. Ruhig und ohne viel Aufhebens davon zu machen, ohne es irgend jemand gleichtun zu wollen, aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln haben wir im eigenen Hause Ordnung geschaffen, haben wir eine friedliche soziale und politische Revolution durchgeführt, um unser Erbe zu mehren, unsere Stellung in Europa zu festigen; und unser Aufstieg und unsere Ordnung können auch den andern nicht gleichgültig sein. Zwar stehen wir noch nicht am Ende und wir haben auch nicht nachgelassen, für materiellen, geistigen und politischen Fortschritt zu wirken, und doch fühlen alle, daß besonders in den beiden letzten Jahren unsere größten Sorgen außenpolitischer Art waren, und daß sich der Blick unwillkürlich dahin wandte, wo die größten Gefahren und Probleme auftauchten, vor denen unsere eigenen

inneren Schwierigkeiten durchaus in den Hintergrund treten. Die Zeit trägt Probleme an uns heran, die eine dringende und eigene Lösung erheischen. Im Lichte neuer Tatsachen oder Umstände nehmen alte Probleme eine andere Gestalt an und zwingen Völker und Regierungen, sich umzustellen im Fühlen, Denken und Handeln. Innere oder äußere Notwendigkeiten, Wandlungen unserer Anschauungen, politische Umwälzungen, die Altes zerstören und Neues schaffen, führen zuweilen, besonders im alten Europa, zu schmerzlichen und schweren Krisen, und es kann nicht ausbleiben, daß sie auch in andern Teilen der Erde ihren Widerhall finden.

In einer solchen Krisenzeit leben wir, und leider kommen zu den bestehenden Schwierigkeiten noch die hinzu, die unsere eigene Unzulänglichkeit oder unsere Verblendung heraufbeschwört. Das schlimmste aber ist wohl, daß man die Vergiftung einer Atmosphäre zugelassen hat, in der man fruchtbare Arbeit hätte leisten können. Von sittlichen Begriffen und all dem, was der Menschheit hätte zugute kommen können, ist nichts oder wenig geblieben. Man glaubt nicht an die Verträge, an Wahrheiten, an die Regierung, weder an die Gefühle der Völker noch an die Aufrichtigkeit der Beziehungen, ja nicht einmal an ein Wort, das die Ehre der Staaten verpfändet. Fast alles ist Schein, fast alles äußerlich, wandelbar und ungewiß, gewissenlos Regierung und Menge. Dahin kommt es mit den Völkern, wenn die Lüge sie beherrscht.

Schlimmer konnte es nicht kommen. Man glaubte, Schluß machen zu müssen mit den bisher üblichen diskreten Methoden der klassischen Diplomatie, mit ihren Fehlern und ihren unleugbaren Vorzügen, um

frisches Leben in die Kanzleien zu bringen, und ging unvermittelt über zu dem demokratischen Verfahren mit seinen Vollsitzungen, Reden, Anträgen, mit Gruppen- und Parteibildung, Unterhaltungen im Wandelgang, langen Debatten und überstürzten Abstimmungen. Die Öffentlichkeit der Vorschläge, Meinungen und Abmachungen war schließlich illusorisch, denn man schuf sich sofort eine neue Möglichkeit, zu verheimlichen, was besser nicht bekannt werden sollte, und nur das auszusprechen, was allgemeinen Beifall finden konnte.

Obwohl solche Arbeitsmethoden in der Innenpolitik fast abgewirtschaftet hatten, verzettelten Diplomaten und Staatsmänner ihre Zeit und ihre Kraft in öffentlichen Konferenzen, deren Ohnmacht offensichtlich ist. Abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Fragen rein juristischen Charakters, wo eine Verständigung zwischen den Regierungen einfacher ist, da im allgemeinen Sachverständige und Techniker miteinander arbeiten, abgesehen also von Fragen, bei denen innere und äußere Interessen der Völker auf dem Spiele stehen, hat man gar nichts erreicht, und es kommt noch hinzu, daß das wiederholte Versagen Grund genug zu allgemeiner Beunruhigung ist.

Zu diesem Übel gesellt sich noch ein anderes, besonders schweres. In gewissen Ländern herrscht eine unverständliche Pressefreiheit in der Erörterung außenpolitischer Fragen, eine unglaubliche Leichtfertigkeit in der Behandlung internationaler Probleme, anderer Nationen und ausländischer Regierungen. So werden Abgründe aufgerissen, Tatsachen verdreht und verzerrt, die besten Absichten vereitelt, die öffentliche Meinung irregeführt. Und oft genug

kommt es vor, daß über kurz oder lang eine Frage schon nicht mehr das ist, was sie war, sondern was eine Zeitung aus ihr gemacht hat. Die Diplomaten vergeuden kostbare Zeit damit, das Unheil wiedergutzumachen, das ihre Presse angerichtet hat. Da werden auf dem Papier Freundschaften zwischen den Völkern geschlossen und zunichte gemacht, so erzeugt man künstlich Haß, um einen diplomatischen Druck auszuüben, und wir haben es nicht zum erstenmal erlebt, daß man Pressefrieden oder -waffenstillstand schließt, als ob man mitten im Kriege wäre. So weit ist es mit uns gekommen.

Unter dem Druck einer schlecht informierten oder irregeleiteten öffentlichen Meinung lassen sich die Staatsmänner die Leitung der Verhandlungen aus der Hand nehmen, und in Staaten, die angeblich freiheitlich sind, ist die Regierung nicht frei, internationale Probleme der Lösung entgegenzuführen, die ihnen angemessen wäre. Das hält man nun für etwas Besseres, obwohl die Tatsachen dagegen sprechen.

Ein klassisches Beispiel dafür ist der spanische Bürgerkrieg. Selten lag von Anfang an ein Fall so klar, so einfach, daß man sich darauf einstellen konnte; denn abgesehen von Sowjetrußland hatten die europäischen Mächte alle nur e i n Interesse. Und dennoch wird Spanien verheert, Europa in ständige Unruhe versetzt, weil unverzeihlicherweise das Interesse der Nation in manchen Ländern hinter Parteiinteressen zurückstehen mußte, und diejenigen, welche nicht rechtzeitig ihren Irrtum eingesehen haben, werden Jahre brauchen, um, wenn überhaupt, das zurückzugewinnen, was sie durch ihre eigene Schuld verloren haben.

Teuer müssen die verantwortlichen Männer ihre Kurzsichtigkeit bezahlen; manche von ihnen werden den Abgrund ermessen, an den die Übertragung parteipolitischer Hetze auf die Beziehungen zwischen den Völkern sie getrieben hat, und die unerhörte Diskriminierung von Staaten, je nachdem, ob sie der Volksfrontideologie verfallen sind oder nicht. Hoffentlich wirkt sich der deutliche Rückzug, der letzthin in wiederholten, eindringlichen Erklärungen zum Ausdruck kam, auch auf Handlungen aus, die am ehesten eine Aufgabe der früheren Haltung erkennen lassen, und hoffentlich läßt die Erinnerung an diese Zeit keine bitteren Gefühle bei Regierungen und Völkern zurück.

In dem aufgestörten, verbitterten, verängstigten Europa der letzten Jahre mußten wir unsere Interessen selbst wahrnehmen. Man hat vergessen, geleugnet, angezweifelt, daß wir auf der Halbinsel, genauer gesagt im spanischen Konflikt, Interessen wahrzunehmen haben, und daraus erklären sich manche Mißverständnisse und Schwierigkeiten, bis der Gang der Dinge und die Veröffentlichung von geheimen Dokumenten über die Absichten der internationalen Drahtzieher und der spanischen Politik allen die Augen öffnete. Für uns ist es sonnenklar, daß die Sympathien fremder Mächte für das nationale Spanien gegen die kommunistische Invasion der Iberischen Halbinsel zugleich in wertvollster Weise dem Frieden in Portugal zugute gekommen sind.

Man soll jedoch nicht meinen, daß der glückliche Ausgang des spanischen Bürgerkriegs uns aller Sorge überhebt. Für uns schließt sich damit nur ein Kapitel. So wenig wir wünschen, uns in fremde Angelegenheiten hineinziehen zu lassen – wir müssen darauf be-

dacht sein, uns von allem fernzuhalten, was uns nicht unmittelbar angeht – so sind doch die portugiesischen Interessen zu weit verzweigt, und so ist doch andererseits aus den oben angegebenen Gründen die internationale Lage noch zu gespannt und zu gefährlich, als daß wir es uns leisten könnten, tatenlos den Dingen zuzusehen. Auf das Weltgewissen kann sich der Einzelne in der geistigen Krise unserer Tage nicht mehr verlassen.

Oliveira Salazar

I. Teil

Finanzreform

1. Voraussetzungen der Finanzreform

Rede vom 27. April 1928 vor dem Ministerrat bei der Übernahme des Finanzministeriums, in der die Richtlinien der neuen Finanzpolitik dargelegt werden. Wenn es sich auch um eine Frage rein finanztechnischer Natur zu handeln scheint, so kommt ihr doch prinzipielle politische Bedeutung zu, weil sie ein für alle Male mit den alten parlamentarisch-demokratischen Regierungsmethoden bricht. Auf dieser Grundlage wurde die Politik des Defizits durch eine Politik der Gesundung und des Aufbaus abgelöst.

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für die Berufung in das Amt eines Finanzministers und für die liebenswürdigen Worte, die Sie an mich zu richten die Güte hatten. Mir brauchen Sie nicht zu danken, daß ich dieses Amt angenommen habe, denn es bedeutet für mich ein Opfer, das ich aus Gefälligkeit niemand bringen würde. Ich bringe es meinem Land und erfülle damit lediglich eine Gewissenspflicht.

Trotzdem hätte ich niemals eine so schwere Bürde auf mich genommen, wenn ich nicht die Gewißheit hätte, daß mein Wirken nützlich sein kann und daß alle Voraussetzungen für eine ersprießliche Arbeit ge-

geben sind. Ihre Anwesenheit hier ist ein Beweis dafür, daß der Ministerrat einmütig den Standpunkt vertritt, daß eine enge Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium geboten ist, wobei alle Fragen dem augenblicklich brennendsten Problem, dem der Finanzen, unterzuordnen sind. Unsere Arbeit soll unter den folgenden vier Gesichtspunkten stehen.

1. Jedes Ministerium verpflichtet sich, seine Ausgaben innerhalb des Etats zu halten, der ihm vom Finanzministerium zugewiesen wird.

2. Jegliche Maßnahme, die direkt oder indirekt im Staatshaushalt ihren Niederschlag findet, muß zuvor mit dem Finanzministerium besprochen und vereinbart werden.

3. Das Finanzministerium kann sein Veto einlegen gegen jede Erhöhung von laufenden oder außerordentlichen Ausgaben sowie gegen Arbeiten, deren Finanzierung nicht sichergestellt ist.

4. Das Finanzministerium wird zusammen mit den übrigen Ministerien die Maßnahmen vereinbaren, die eine Senkung der Ausgaben und zweckmäßigere Verwendung der Einnahmen herbeiführen soll, damit diese nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden können.

Diese strengen Grundsätze, denen unsere Zusammenarbeit gehorchen wird, zeugen von unserm entschiedenen Willen, ein für alle Male unser finanzielles Leben und damit das wirtschaftliche Leben unseres Volkes in Ordnung zu bringen.

Man erwarte jedoch nicht, daß sich die Lebensverhältnisse wie unter einem Zauberstab von heute auf morgen bessern. Es würde sogar sehr wenig dabei herauskommen, wenn das Land nicht zu allen unver-

meidlichen Opfern bereit wäre, wenn es nicht Vertrauen hätte in mein ehrliches Wollen. Meinerseits werde ich es über meine Absichten aufklären, über Grund und Bedeutung aller Maßnahmen, die sich nicht von selber verstehen. So wird es stets die Möglichkeit haben, sich über die Lage sein eigenes Urteil zu bilden.

Ich weiß sehr wohl, was ich will und wohin ich gehe, aber niemand darf von mir verlangen, daß ich meine Aufgabe in wenigen Monaten zu Ende führe.

Im übrigen mag das Land sich zu den Problemen äußern, Vorschläge machen, Abordnungen entsenden und die getroffenen Maßnahmen kritisieren, wenn es nur im gegebenen Augenblick zu gehorchen weiß.

Die Arbeit des Finanzministeriums wird zunächst fast ausschließlich verwaltungstechnischer Art sein und wird darum wenig im Regierungsverordnungsblatt in Erscheinung treten. Unser Schweigen bedeutet aber nicht, daß wir nichts tun.

2. Planmäßige Lösung der nationalen Probleme

Rede vom 9. Juni 1928 vor Offizieren der Lissaboner Garnison. Der „unbekannte Professor" der Finanzwissenschaft setzt die in Vorlesungen und Artikeln vertretenen Anschauungen in die Tat um und zeigt, wie Finanz, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Moral ineinander verflochten sind, und daß ihre Probleme nur in organischem Nacheinander gelöst werden können.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß dieser Beweis Ihrer Sympathie mich tief bewegt hat. Nicht aus persönlicher Eitelkeit, sondern weil er ein sichtbarer Ausdruck Ihrer Bereitschaft zu dem großen Werk ist, dessen Verwirklichung uns allen am Herzen liegt.

Ich kann mir auch vorstellen, daß mancher unter Ihnen den Finanzminister einmal kennenlernen wollte. Hier steht er also, und wie Sie sich überzeugen können, ist er ein ganz schlichter Mann. Er strotzt zwar nicht vor Gesundheit, doch hat man ihn noch nie krank gesehen; seine Arbeitskraft hat ihre Grenzen, und doch sieht man ihn rastlos bei der Arbeit.

Kraft gibt mir das Bewußtsein, daß draußen im Lande sich viele redlich sorgen, daß ich bleibe.

Ich vertrete hier ein bestimmtes Prinzip. Ich vertrete eine Politik der Wahrheit und der Offenheit, im Gegensatz zu einer Politik der Lüge und der Verheimlichung.

Von jeher bin ich eingetreten für eine Politik der Wahrheit, dafür, daß man dem Volke die Lage des Landes klar darlegt, um es an den Gedanken zu gewöhnen, daß eines Tages Opfer gebracht werden müssen, die um so schwerer sind, je später ihre Notwendigkeit eingesehen wird.

Von jeher bin ich eingetreten für eine Politik des gesunden Menschenverstandes, gegen eine Politik der Pläneschmiederei, wo allein die Bewunderung des Geplanten alle Kraft verbrauchte und keine übrig ließ, es zu verwirklichen.

Von jeher bin ich für ein klares und einfaches Wirtschaften eingetreten, für ein vernünftiges und bescheidenes Haushalten nach dem Vorbild der tüchtigen Hausfrau, das darin besteht, das, was man hat, gut anzuwenden und nicht mehr auszugeben, als die Mittel gestatten.

Nachdem ich Ihnen nun meinen Dank ausgesprochen und Sie mit meiner Person und meinem Standpunkt bekannt gemacht habe, möchte ich noch einige Worte hinzufügen.

Sehen Sie einen Augenblick davon ab, meine Herren, daß Sie Offiziere sind, und ich will nicht daran denken, daß ich Minister bin. So sehen meine Worte nicht nach einer Rede aus, sondern nach einer ganz gewöhnlichen Unterhaltung von Mensch zu Mensch.

Daß Portugal sich heute in einer mißlichen Lage befindet, das ist ja allgemein bekannt, und ich brauche

nicht weiter darüber zu sprechen. Überall, im Leben des Einzelnen wie der Gesamtheit, spüren wir die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, und müssen mit ihnen kämpfen.

Um uns ein besseres Urteil zu bilden, wollen wir die heutige Lage unter vier Gesichtspunkten näher betrachten: dem finanziellen, dem wirtschaftlichen, dem sozialen und dem politischen. Diese Reihenfolge ist nicht zufällig, sie hat einen ganz bestimmten Sinn.

Eines steht fest: es gibt keine gute Finanzwirtschaft ohne eine gute Politik. Gesunde Finanzen setzen eine gesunde Wirtschaft voraus. Andererseits beeinträchtigt die Zuspitzung der sozialen Frage auch Wirtschaft und Finanz. Da wir aber nicht alle Probleme auf einmal lösen können, müssen wir uns über die Reihenfolge ihrer Lösung einig werden. Sie ergibt sich logisch aus diesem Ineinandergreifen von Ursache und Wirkung und aus ihrer gemeinsamen Wurzel. Ich will Ihnen auseinandersetzen, was ich meine und warum ich die erwähnte Reihenfolge nehme und keine andere.

Die schwierige finanzielle Lage läßt sich auf folgende Grundtatsachen zurückführen: ein chronisches Defizit, das schon fast den Charakter einer ehrwürdigen nationalen Erscheinung angenommen hat, und als Folge davon eine ziemlich weitgehende und im Staatshaushalt nicht immer durch entsprechende Aktivposten ausgeglichene Verschuldung. Eine bedeutende, hochverzinste und daher sehr drückende, schwebende Schuld, deren Kündigung jeden Augenblick droht. Eine fundierte Schuld aus so verschieden gearteten Anleihen und mit so ungewöhnlichen und unnormalen Zinssätzen, daß die Kurse scheinbar unsern Mißkredit

anzeigen, während sie doch in Wirklichkeit nur den niedrigen Ertrag widerspiegeln. Um die Staatseinkünfte war es auch nicht zum besten bestellt, und die Verteilung der öffentlichen Gelder alles andere als zweckmäßig.

Ist das der Punkt, wo wir ansetzen müssen? Ich sage Ihnen, solange diese Grundfrage nicht gelöst ist, wird man immer wieder zu Krediten seine Zuflucht nehmen müssen. Fehlen diese, muß man dazu übergehen, Banknoten zu drucken, d. h. falsches Geld herzustellen, denn darauf läuft doch die Ausgabe von Papiergeld ohne Deckung hinaus. Die bisherigen Notenausgaben stellten Wechsel auf die Zukunft dar, die wir jetzt einzulösen haben.

Es ist bekannt, daß übermäßige Papiergeldausgabe das Geld entwertet. Und was ist diese Entwertung? Sie stellt den Verzicht auf Ehrbarkeit im Wirtschaftsleben dar. Denken wir uns den unehrbaren Kaufmann. Er schädigt bald den Kunden, bald sich selbst. Mit dem Auf und Ab des Geldes geht es nicht anders. Bei schwankender Währung ist eine blühende Wirtschaft nicht möglich. So wurde der Staat der Feind der Volkswirtschaft.

Wir befinden uns in einer großen wirtschaftlichen Krise, deren Hauptursachen dieses Schwanken der Währung, das Ansteigen des Zinsfußes und die Kapitalknappheit gewesen sind. Hierbei wurde das Ansteigen des Zinsfußes durch die Kapitalknappheit, und diese wiederum durch die Geldentwertung hervorgerufen. Die Geldentwertung bewirkt Vermögensverschiebungen innerhalb der Gesellschaft und zehrt im allgemeinen dabei beträchtliche Vermögenswerte auf.

Handel und Industrie verfügten zeitweise über ungeheure Summen. Es schien, als sollten die Kaufleute nur reicher und reicher werden. Alle Unternehmen schienen zu blühen. Schließlich kamen viele dahinter, daß alles nur Schein war, daß sie inzwischen ihr Kapital aufgeteilt oder aufgezehrt hatten und in Wirklichkeit arm geworden waren. Nur die haben sich retten können, denen es gelang, ihre Gewinne rechtzeitig in festen Werten anzulegen. Der Staat, der viel verlor, verdiente auch wieder dabei durch die Verminderung seiner Schuld, um das nämlich, worum er seine Gläubiger geschädigt hatte.

Angesichts all dieser Übel gibt es nur einen Weg zur Rettung: die Stabilisierung der Währung, und diese ist nur möglich auf Grund einer gesunden Finanzwirtschaft.

Solange das Finanzproblem nicht gelöst ist, ergeben sich daraus unvermeidliche und gefährliche soziale Erschütterungen.

Es gibt schon Klassen, die anfangen, von den durch die Geldentwertung verursachten Verschiebungen zu leben. Der Schuldner verdient, der Gläubiger verliert. Peinliche Streitfragen spitzen sich bedenklich zu. Sehen Sie z. B. den Streit zwischen Mietern und Hausbesitzern. Der Familienzusammenhang wird gelockert; im Privatleben wie in der öffentlichen Verwaltung macht sich die Korruption breit.

Außer der Beseitigung des Schmarotzertums, die unumgänglich notwendig ist, kann nur die Vermehrung des Volksvermögens wirksam zur Lösung der sozialen Frage beitragen.

Hat der Arbeiter ein Anrecht auf bessere Lebensbedingungen, auf bessere Wohnungsverhältnisse, auf

Wissen und Bildung? Zweifelsohne. Der portugiesische Arbeiter ist genügsam, intelligent, ordentlich, kräftig, arbeitsam, aber in technischer Beziehung nicht immer auf der Höhe. Hieraus ergibt sich eine geringere Erzeugung, die auch auf manche technische Unzulänglichkeit unserer Industrie zurückzuführen ist.

Damit die Arbeit besser entlohnt werden kann, ist es notwendig, die Produktion planmäßig zu leiten, sie anzukurbeln, zu verbessern und aus ihr mehr herauszuholen: mit einem Wort, die wirtschaftliche Frage durch Vermehrung des Volksvermögens zu lösen, damit auf jeden ein größerer Anteil davon entfällt.

Schließlich das politische Problem. Schon seit Jahren trachten wir nach einem Ausgleich, den wir immer nicht finden können. Wie man sagt: „Hunger macht alle unzufrieden und alle ungerecht", so sind die politischen Lösungen schwieriger, solange die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Frage schwierig ist. Keine Staatsform ist imstande, ein Volk zufriedenzustellen, solange diese großen Fragen noch nach Lösung schreien. Das Gleichgewicht kann erst gefunden werden, nachdem zunächst einmal alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen ihre Lösung gefunden haben.

Doch es ist nicht meines Amtes, politische Erklärungen abzugeben, und es ist auch nicht der gegebene Augenblick dafür. Der Lösung der finanziellen Frage widmet die Regierung gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit. Ich erlaube mir, darauf zurückzukommen und noch ein paar Worte dazu zu sagen.

Es ist Ihnen durch den veröffentlichten Erlaß bekannt, daß wir augenblicklich alles der Notwendigkeit unterordnen, den Staatshaushalt auszugleichen. Man

kann zwei Beträge nur dadurch ausgleichen, daß man den einen vermindert und den andern vermehrt, oder daß man gleichzeitig auf beide drückt. Das wird manchem lächerlich vorkommen und man könnte sagen: so hätte schon mancher die Aufgabe lösen können. Es ist eben die alte Geschichte mit dem Ei des Kolumbus.

Dieses Gleichgewicht wird erreicht durch Erhöhung der Einnahmen und Herabsetzung der Ausgaben; das fordert also Opfer. Es ist, wie ich schon bei anderer Gelegenheit bemerkte, eine unpopuläre Politik.

Können und müssen nun diese Opfer wirklich gebracht werden?

Ich halte sie für unvermeidlich; ich sage mehr: sie müssen unter allen Umständen gebracht werden. Frei sind wir höchstens in der Wahl des Wie. Es gibt sozusagen in allen Dingen ein natürliches Gleichgewicht, daher auch im Staatshaushalt.

Entsteht ein Defizit, sucht man das Gleichgewicht herzustellen, indem man auf den Kredit zurückgreift. Ist dieser Kredit nicht zu erlangen, gibt man Noten aus und entwertet damit die Währung. Diese Entwertung bedingt aber Opfer, und so besteht die ganze Frage darin, entweder offen zugegebene Opfer zu fordern, die uns retten können, oder verkappte, die ebensoviel kosten und im allgemeinen zu nichts führen.

Glauben Sie auch nicht, daß der Finanzminister sie vermeiden und allein die notwendigen Einsparungen durchführen könnte. Die Einsparungen müssen von allen gemacht werden, die an der Spitze der Behörden stehen, im großen auf Grund von Reorganisationen, im kleinen durch richtige Ausnutzung auch des Geringsten. Gerade diese Einsparungen im kleinen ge-

statten es dem Finanzminister, den gleichen Verwaltungsapparat mit weniger Kosten aufrechtzuerhalten.

Doch geben wir uns keinen Illusionen hin. Diese Sparmaßnahmen bringen Einschränkungen im Privatleben mit sich, also Entbehrungen. Wir müssen Herabsetzung der Gehälter, Erhöhung der Steuern, Verteuerung des Lebensunterhaltes mit in Kauf nehmen. Wir haben bis heute schon viele und große Opfer gebracht, die leider für unsere Rettung nutzlos gewesen sind. Wenn wir sie aber planmäßig, mit einem bestimmten Ziel im Auge bringen, werden es segensreiche Opfer sein.

Es ist ein Leidensweg, den wir gehen müssen. Ich wiederhole: ein Leidensweg. Die Menschen können darüber sterben, doch wird das Vaterland erlöst.

3. Politik der Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft — Nationale Politik

Rede vom 21. Oktober 1929 vor den Gemeindevertretungen. Der Finanzausgleich ist erreicht. Der Haushalt schließt mit einem Überschuß von 285 Millionen Escudos ab, während die schwebende Verschuldung um 1 200 000 Pfund vermindert wurde.

Regierung und Volk — Volk und Regierung — Saubere Verwaltung — Die Opfer — Nichts gegen die Nation, alles für die Nation! — Die Verfassung — Der Haushalt — Finanzdiktatur.

I

Wie das Leben der Gemeinschaft, so müssen auch Politik und Verwaltung auf Wahrhaftigkeit beruhen. Ich folge nur meiner Natur, wenn ich offen für diese Art der Staatsführung und Verwaltung eintrete. Doch legt die Politik der Wahrhaftigkeit den Regierenden Verpflichtungen auf gegenüber der Nation und der Nation solche gegenüber der Regierung, legt dem Gesetzgeber Pflichten auf bei der Ausarbeitung der Gesetze und den Behörden Pflichten bei ihrer Durchführung.

Die Diktaturen werden im allgemeinen nicht als Volksregierungen angesehen, weil sie ihre Daseinsberechtigung nicht aus der öffentlichen Meinung herleiten und ihren Schwankungen nicht unterworfen sind. Sie können und sollen es aber sein in dem Sinne, daß sie das Volk aufzuklären, zu bilden, zu lenken haben, daß sie ihm nichts verbergen dürfen, was für das Leben der Gemeinschaft und für die Lösung der nationalen Fragen von Wichtigkeit ist. Die Diktatur braucht weniger als eine andere Regierungsform zu Lug und Trug ihre Zuflucht zu nehmen. Da sie leichter über die Gewalt verfügen kann, ist sie auch viel stärker an Aufrichtigkeit gebunden.

Was mich selbst betrifft, so glaube ich, daß wir selten Zeiten erlebt haben, wo das Volk dem Finanzwesen so viel Aufmerksamkeit entgegenbrachte, wo so viele Einzelheiten über Wege und Ziele bekanntgegeben worden sind, wie wir zu einer Gesundung unserer Finanzen zu gelangen denken. Soviel steht jedenfalls fest, daß die Klarheit unserer Erklärungen und Abrechnungen auf Gemüter, die der Täuschung müde geworden waren, einen seltsamen Reiz ausübten.

Aber auch die Nation hat die Pflicht, der Regierung die Wahrheit zu sagen.

Es ist Pflicht der Nation, in Darlegungen, Beschwerden, Bitten und Klagen nicht zu übertreiben, nicht unwahrhaftig zu sein, persönliche Fälle nicht aufzubauschen oder zu verallgemeinern oder sie mit den Interessen der Gemeinschaft zu verwechseln; die Tatsachen genau darzustellen und so den Regierenden die Lösung der Probleme zu erleichtern. Ein ausgesprochener Fehler unserer Erziehung ist unsere Unsach-

lichkeit. Abstraktionen gelten bei uns mehr als die Wirklichkeit. Diesen Umstand müssen wir, wenn wir uns nicht direkt auf ihn stützen, doch wenigstens bei unsern Urteilen immer berücksichtigen und bedenken, daß ja die Nation unmittelbar für Fehler und Mißstände verantwortlich ist, wenn sie sich über Übel beklagt, die gar nicht da sind, oder wenn sie mit ihrer Ansicht hinter dem Berge hält.

Wo die Institutionen nicht mehr ihrer eigentlichen Bestimmung gehorchten, wo Wort und Wirklichkeit nicht mehr miteinander in Einklang standen, wo die Anwendung des Gesetzes nicht ihrem Geist entsprach, wurde die Verwaltung des Landes zu einer ungeheuren Lüge.

Wenn wir einen Besoldungsplan haben, daneben aber Doppel- und Mehrverdienst sowie willkürliche Zulagen, so ist das verlogen. Wenn wir für einen bestimmten Geschäftsbereich eine Anzahl Beamte haben, von denen aber eine Reihe vom Dienst entbunden ist und nur auf Pensionierung wartet, die immer wieder hinausgezögert wird, so ist das verlogen.

Wenn der Beamte nicht ausschließlich Beamter ist, die Dienststunden nicht einhält und nicht pflichtgetreu arbeitet, wenn es keine Kontrolle gibt und keine Strafe, so ist das verlogen.

Wenn wir einen Steuersatz bestimmt haben, die Steuer aber mit einer Reihe von Zusätzen belasten, so ist das verlogen.

Wenn wir eine Frist zur Bezahlung der Schulden angesetzt haben, diese aber immer wieder hinausschieben, so ist das verlogen.

Wenn wir einen ausgeglichenen Voranschlag für den Staatshaushalt ausarbeiten, in dem aber die Einnah-

men zu hoch und die Ausgaben absichtlich zu niedrig angenommen werden, so ist das verlogen.

Wenn wir öffentliche Ausgaben außerhalb des Haushalts führen oder sie verschleiern und dadurch künstlich einen Ausgleich oder Überschuß „erzielen", so ist das verlogen.

Wenn wir in der Buchhaltung der staatlichen Industriebetriebe die Gehälter, die mit den allgemeinen Ausgaben des Schatzamtes verrechnet werden, das Kapital, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, die Steuer, die sie bezahlen müßten, aber nicht bezahlen, nicht berücksichtigen und dann noch von Buchhaltung sprechen, so ist das verlogen.

Wenn das Heer nicht tatkräftig gegen Aufruhr einschreitet, wenn in den Schulen nicht unterrichtet, auf den Gerichten nicht Recht gesprochen wird, so ist das verlogen.

Aus dieser Vielfalt von Lügen kommen alle Mängel, unter denen das Land leidet. Sie müssen unbedingt beseitigt werden.

Die Politik der Wahrhaftigkeit zwingt uns zu einschneidender Änderung eines solchen Zustandes. In der Finanzverwaltung sind schon viele Maßnahmen getroffen worden, die, je nachdem es angezeigt ist, auf einmal oder nach und nach Wandel schaffen sollen. Die Reform des Haushalts, die Schaffung einer obersten Kontrollbehörde, die Modernisierung und Verbesserung der Statistik, die, wenn sie beendet ist, meiner Ansicht nach eine der bedeutendsten und interessantesten Arbeiten der Diktatur darstellen wird, die Steuerreform, die Vereinfachung der Zollabrechnungen, größere Heranziehung aller Steuerpflichtigen, das alles sind Maßnahmen, die alle das gleiche Ziel

verfolgen. Aber noch wichtiger als die Gesetzgebung ist der entschlossene Wille, Maßnahmen und Entscheidungen der Verwaltung und der Behörden mit ihrem wahren Wesen und mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Und wenn wir uns daran erinnern, daß außerhalb des staatlichen Lebens und doch Seite an Seite mit dem Staat Wirtschaft und Finanz sich entwickeln, über deren Sauberkeit und Ordnung er wacht, so sehen wir, wie sich das Feld verbreitert, auf dem eine Reform durch die Politik der Wahrhaftigkeit unternommen werden muß.

II

Die ganze finanzielle Verwaltung beruht auf einem doppelten Gleichgewicht: auf dem der Verteilung der Lasten auf die heutige und die kommende Generation, sowie der Ertrags- und Vermögensbildung. Das erste entsteht aus dem Zusammenwirken von Steuern und Anleihen, das zweite aus direkter Besteuerung des Ertrags und Verbrauchs, durch Kontrolle des Kapitals und besonders durch die Entwertung der Währung.

Es gibt keine feste, mathematische, einheitliche Regelung für das Verhältnis, in dem Steuern und Anleihen anzuwenden sind. Das hängt großenteils von der Ansicht der Regierenden ab und von der Lebenskraft des Volkes. Aber so wie die Dinge in Portugal lagen, hatte schon kein Mensch mit gesundem Urteil dafür eintreten können, mit mehr oder weniger Recht Kredite in Anspruch zu nehmen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Dieses System war schon lange ungesund und sinnlos und konnte daher nicht länger Anwendung finden; außerdem hätte man dadurch zu-

gunsten der Gegenwart die späteren Generationen mit Hypotheken belastet und ihnen damit vielleicht für immer die Möglichkeit genommen, im Rahmen der Anforderung ihrer Zeit die Bedingungen für einen nationalen Fortschritt zu schaffen.

Aus dieser ersten Erwägung ergab sich, daß Kredite für alles das, was nicht zum allgemeinen Nutzen für uns und die kommenden Geschlechter ist, nicht weiter in Anspruch genommen werden dürfen. Verglichen mit anderen Nationen, kann unsere Staatsschuld nicht als groß angesehen werden, und zehrt sie keinen übermäßigen Prozentsatz unserer Einnahmen auf. Aber die Rückständigkeit des Landes ist groß, und um die alten Lücken zu schließen, müssen wir sorgfältig mit unseren Kreditreserven umgehen. Das ist noch ein Grund mehr, warum alle ordentlichen Lasten der Verwaltung nur auf die jetzige Generation entfallen dürfen.

Der Sinn dieser Politik der Opferbereitschaft ist in erster Linie der, daß eine Generation für die Zukunft des Vaterlandes geopfert wird – und das ist unsere Generation.

Wie läßt sich auch das zweite Gleichgewicht, das der Besteuerung der Einkünfte und Kapitalien, erreichen?

Wenn man die Ereignisse besonders der letzten zehn Jahre betrachtet, so stellt man fest, daß der Staat bewußt oder unbewußt die Politik befolgte, bei der Besteuerung den portugiesischen Erzeuger zu schonen. Da aber nicht gleichzeitig dafür gesorgt wurde, die Ausgaben zu vermindern, die übrigens nicht unter eine gewisse Grenze gesenkt werden konnten, verfiel man darauf, Hand auf das Kapital zu legen, um so

einen Ersatz für das zu schaffen, was weder aus Besteuerung noch Anleihen kam. Millionen und aber Millionen von Pfunden in Staatspapieren, in Privatkrediten, in Aktien und Obligationen, in Darlehen, in Dienstentschädigungen verflüchtigten sich durch die Geldentwertung, wechselten den Besitzer, wurden verschleudert, und man bildete sich ein, es handelte sich um Erträge, während in Wirklichkeit ein bedeutender Teil des Nationalvermögens draufging.

Wenn wir die ganze Bevölkerung in zwei große Klassen, Gläubiger und Schuldner, einteilen, also auf der einen Seite Eigentümer, Inhaber von Papieren, Kapitalisten, Beamte, Arbeiter (die als Lohnempfänger ebenfalls Gläubiger sind), auf der anderen Seite Handel, Industrie, Landwirtschaft, die im allgemeinen mit Krediten arbeiten, also Schuldner sind; wenn wir diese Einteilung vornehmen, so stellen wir fest, daß die fortlaufende Geldentwertung die einen begünstigt und die anderen benachteiligt. Sie entlastet den Erzeuger und hilft ihm so für den Augenblick, aber schließlich raubt sie ihm seine Entwicklungsmöglichkeiten und vermindert die Kaufkraft.

Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß das Kapital, die Basis und der Faktor des künftigen Wirtschaftsfortschritts, nicht vernichtet werden darf und, um das zu sichern, alle Einkünfte der Nation herangezogen werden müssen. Daher die doppelte Absicht, die Währung so weit wie möglich zu stabilisieren, und besonders, keine neue Entwertung aufkommen zu lassen und die Steuerbeträge den wirklichen Erfordernissen des Staates anzupassen. Die Politik der Opferbereitschaft hat also noch eine weitere Bedeutung, nämlich die, zu verhüten, daß die einen zugunsten der anderen

benachteiligt werden, und dafür alle gleichmäßig zu den Opfern für das Allgemeinwohl heranzuziehen.

Es ist klar, daß eine solche Politik durch ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Gemeinschaft für viele peinlich ist. Sie macht Schluß mit Ausbeutung, mit Spekulation, Begünstigung, und jeder sieht sich seinen alten, freilich jetzt gleichbleibenden Lasten und Verpflichtungen gegenüber, die allerdings nun einem ausgeglichenen Staatshaushalt zugute kommen sollen. Hier gab es nur einen Ausweg: strenge Sparsamkeit und Erhöhung der Produktion. Der Staat gibt das Beispiel, die Losung ist: Sparen! Die Politik der Sparsamkeit ist weiter nichts als ein Teil der Politik der Opferbereitschaft. Sparen, damit die Lasten der Nation nicht unerträglich werden; sparen, damit die Arbeit der Portugiesen nicht vergeudet sei; sparen, damit eine Verbesserung der Staatsbetriebe ohne neue Staatsauflagen durchgeführt werden kann.

III

Was heißt nationale Politik? Worauf beruht sie? Welche Pflichten erlegt sie den Regierenden und der Nation auf?

Die erste Forderung der nationalen Politik, die erste Pflicht der Regierenden ist die Anerkennung, der Sinn für die portugiesische Nation als eine Mutterland, Inseln und Kolonien umfassende Wirklichkeit, als eine geschichtliche und soziale Gegebenheit. Sie umschließt die Einzelnen, die Familien, die privaten und öffentlichen Organe als einheitliches Ganzes, dem sie sich mit ihren Interessen einfügen. Auch wenn diese scheinbar einander entgegenarbeiten, sind sie

auf immer miteinander verbunden. Nichts vermag sie zu trennen, nichts sich ihnen entgegenzustellen, alles muß sich der Gemeinschaft unterordnen. Nichts gegen die Nation, alles für die Nation.

Je tiefer dieses Gefühl für die nationale Wirklichkeit ist, um so weniger Berechtigung haben die Parteien, Cliquen und Gruppen, in denen sich die Einzelnen zusammenfinden mögen; und wo diese nicht existieren, wird die nationale Politik durch keine Partei- oder Kirchturmpolitik gestört. Das hat zwei gute Seiten: für die Nation, daß sie ausschließlich Gegenstand der Aufmerksamkeit der Regierung ist, und für die Regierung, daß sie an nichts anderes zu denken braucht, als der Nation zu dienen.

Die Regierung muß nationale Politik treiben, und das Volk muß ebenso national fühlen und stets bereit sein, für das Wohl der Nation zu arbeiten und das, was portugiesisch ist, hochzuhalten. Die Intelligenz, die Arbeiterschaft, die Wirtschaft, die Finanz, alle sollen stets und nur an Portugal denken. Dann wird es nicht vorkommen, daß wir in unseren eigenen Angelegenheiten nicht Bescheid wissen und unsere großen Interessen unbeachtet bleiben. Wollen Sie zwei Beispiele für diese Haltung auf wirtschaftlichem Gebiete? Wo treiben wir Handel? Wo legen wir unsere Kapitalien an?

Wir haben die Beschränkungen im internationalen Handel aufgehoben, und man kann sagen, es stehen dem Warenverkehr keine Hindernisse mehr im Wege. Das ist unsere Pflicht als ein Staat, der nach Kräften mit den übrigen Völkern zusammenarbeiten will. Als Portugiesen hatten wir jedoch die Pflicht, selbst wenn es vorübergehende Opfer kostete, der nationalen Er-

zeugung den Vorzug zu geben. Eine solche Bevorzugung konnte uns niemals übelgenommen werden, da wir vom Auslande zweieinhalbmal mehr beziehen, als wir ausführen.

Wir steuern auf den freien Geldverkehr von Staats- und Privatpapieren hin, und es bestehen da nur noch wenige Beschränkungen, die uns die Lage, die nicht plötzlich geändert werden kann, auferlegt. Es ist sehr gut, daß das Land beträchtliche Summen in fremden Staatspapieren angelegt hat, aber ein Übermaß davon entkräftet unsere Volkswirtschaft, statt uns zum Nutzen zu gereichen, und stellt uns vor die Frage, weshalb die Portugiesen ihrem Lande nicht so viel Vertrauen entgegenbringen, wie es heute das Ausland schon tut.

Wir müssen großzügig und offenherzig uns an allem beteiligen, was den internationalen Beziehungen zugute kommt; doch laufen zeitweise Ideologen in der Welt umher, die vielleicht naiv, jedenfalls nicht ungefährlich sind, und diesen gegenüber kann die Wiedererstarkung unseres Nationalbewußtseins, gestützt auf eine ausgesprochen nationale Politik, das Land vor dem Ruin bewahren.

Die Diktatur muß dem Lande eine neue Verfassung geben, aus der eine neue Ordnung entsteht. Diese Notwendigkeit haben alle Völker erkannt, die in der Diktatur das letzte Mittel gegen große Übel sahen.

Angesichts der moralischen und materiellen Trümmerstätte, die aufrührerischer Individualismus zurückließ, angesichts der höheren Interessen des portugiesischen Vaterlandes muß der Wiederaufbau des konstitutionellen Staates auf der Basis eines gesunden Nationalismus erfolgen, der gleichzeitig klug und ver-

söhnlich sein soll, der das Zusammenleben und Zusammenarbeiten aller natürlichen, traditionellen und fortschrittlichen Elemente der Gesellschaft gewährleistet. Von diesen sind Familie, Fachgruppen, Gemeinden und wirtschaftliche und kulturelle Verbände besonders hervorzuheben. Der politische Bestand dieser Hauptfaktoren muß meiner Meinung nach durch die Verfassung verbürgt werden, so daß sie direkt oder indirekt bei der Bildung der obersten Körperschaften mitwirken können. Nur so tritt die nationale Wirklichkeit juristisch in Erscheinung.

Doch solange die Verfassungsreform noch nicht durchgeführt ist, dürfen die verantwortlichen Männer nicht vergessen, daß Diktatur keine Herrschaft der Willkür noch der Gewalt ist, sondern die Herrschaft starker und ehrlicher Gesetzlichkeit.

Politik der Wahrhaftigkeit, der Opferbereitschaft, nationale Politik also. In den Dienst dieser Ideale hat sie alles gestellt, was das Wesen der Diktatur ausmacht: Zusammenfassung der Gewalten, Schlagkräftigkeit, Sicherheit der Macht. Diese Politik hat sich als die richtige erwiesen: die Ergebnisse sprechen für sie, und das Volk schließt sich ihr begeistert an.

Woran fehlt es noch? Sie muß umfassender und stärker betrieben werden und alle Gebiete unseres völkischen Lebens erfassen; sie muß uns zu einem neuen Denken und zu einer neuen Gesinnung erziehen. Erst dann kann das Werk als gesichert und dauerhaft gelten. Ohne solche Sicherung wäre unser ganzes Tun vergebens.

IV

Wenn ich die mir zur Verfügung stehende Zeit dazu benutzt habe, von dem Geist unserer Verwaltung zu sprechen, so wollte ich S i e mit Zahlen und Berechnungen verschonen, die wie alle Reden der Finanzminister langweilig sind, m i r aber die Wiederholung einer Arbeit ersparen, die Sie in ihren Grundzügen kennen und billigen, und über die sich das Ausland anerkennend ausgesprochen hat.

Durch den Ausgleich im Staatshaushalt, durch saubere Rechnungen und einwandfreie Verträge, durch die Idee des „rechtschaffenen" Staates haben wir die Neuordnung unseres Finanzwesens solide unterbaut, und darauf beruht das Vertrauen, das wir hier und im Auslande genießen. Wir haben etwas Ähnliches vollbracht wie England, Österreich, die Tschechoslowakei, Deutschland, Italien, Belgien, Frankreich, kurz, wie alle Völker, die daran gegangen sind, sich aus den Verheerungen des Krieges emporzuarbeiten. Und ganz Europa hat anerkennen müssen, daß das eine heroische Leistung war.

Es ist und bleibt dabei die Hauptaufgabe, sorgfältig und energisch für einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu sorgen und so die Gesundung unseres Finanzwesens und die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft zu gewährleisten; sonst würde das Gleichgewicht erschüttert werden und alles zusammenbrechen. Denselben Standpunkt nahm auch kürzlich der französische Finanzminister Chéron ein, als es sich darum handelte, das Gleichgewicht wiederherzustellen, für das die Regierung Poincaré sich mit vollem Erfolge eingesetzt hatte. In Portugal hat allerdings bis jetzt

die endgültige Stabilisierung der Währung auf gesetzlichem Wege und die Reorganisation der Notenbank noch nicht durchgeführt werden können, d. h. daß wir mehr als irgendein anderer Staat, wo die Frage gelöst wurde, gezwungen sind, unerbittlich auf dem Gleichgewicht des Haushaltes zu bestehen.

Dieser Gedanke beherrscht das ganze Erneuerungswerk. Das müssen wir uns bei unserer Arbeit immer wieder vor Augen halten, wenn wir uns keinen Illusionen hingeben wollen, mit denen unsere höchsten Lebensnotwendigkeiten des Vaterlandes unvereinbar sind, wenn wir auch hoffen dürfen, daß künftig einige Erleichterungen eintreten werden. Diese werden um so sicherer und schneller erfolgen können, als von allen Seiten an dem Wiederaufbau des Vaterlandes gearbeitet wird, für den sich die Regierung verantwortlich weiß.

In verschiedenen Ministerien wird an einem Plan gearbeitet. Es wird untersucht, wie weit der Staat auf den Gebieten eingreifen kann, wo seine Hilfe für den Aufschwung der Wirtschaft im Mutterlande und in den Kolonien als notwendig erachtet wird. Viele Millionen Escudos werden in den nächsten sechs bis zehn Jahren zur Verfügung gestellt werden müssen. Das Privatkapital wird einen Teil übernehmen, den Rest der Staat. Alles wird im Sinne unseres Verwaltungsprinzips erfolgen, vorausgesetzt, daß wir unsere Möglichkeiten nicht überschätzen, die Gesamtlösung der Probleme nicht überstürzen und an einer einheitlichen und strengen Finanzdiktatur festhalten.

Diese Diktatur wird von dem unumschränkten Vertrauen der Nation getragen. Wir gedenken derjenigen Ministerpräsidenten, die sich unter Hintansetzung per-

sönlicher Interessen die Politik ihres Finanzministers zu eigen gemacht und damit dem Vaterlande einen hervorragenden Dienst erwiesen haben.

Die Unzulänglichkeit unserer Verwaltung, unsere Verschwendungssucht, unsere Maßlosigkeit, unsere geheime Abneigung gegen eine Kontrolle der Staatsausgaben, das alles macht mir nach wie vor Sorgen. Wehe uns, wenn wir die Zeit schon für gekommen halten, einen Teil unserer Bürde abzuwerfen, und wehe, wenn wir die Unerbittlichkeit, mit der wir das Geld des portugiesischen Steuerzahlers verteidigt haben, für überflüssig halten, denn mühelos würde die zurückgedrängte Welle nach Überwindung der ersten Hindernisse alle Dämme niederreißen.

4. Staat und Revolution

Rede vom 28. Mai 1930 in Porto vor Offizieren des Heeres und der Flotte am Vierjahrestag der nationalen Erhebung.

Das Chaos vor der Machtergreifung – Die Diktatur im Kampf um eine neue Ordnung.

I

Man sagt, Könige hätten ein schlechtes Gedächtnis, es scheint aber, daß die Völker ein noch schlechteres haben. Wenn man dem Glauben schenken wollte, was so geschrieben wird und dem, was man sich so erzählt, dann spielten die vier Jahre Diktatur in der Geschichte Portugals überhaupt keine Rolle. Über der Kritik der Gegenwart vergißt man ganz die Übel der Vergangenheit und weiß das Gute, das man heute hat, nicht gebührend zu würdigen. Daher wollen wir uns einmal die Vergangenheit ins Gedächtnis zurückrufen, um der Gegenwart Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Bevor wir an das Werk der Erneuerung gingen, gab es in Portugal nur eins: Chaos auf allen Gebieten.

Der Wirrwarr bei den staatlichen Stellen war teils Ursache, teils Wirkung dieses Durcheinanders. Ganz

unabhängig von der Fähigkeit ihrer Mitglieder und der Aufrichtigkeit ihrer Absichten, glaubten die politischen Parteien, Fraktionen und Gruppen die Demokratie darzustellen, übten tatsächlich die Staatsgewalt aus und inszenierten obendrein noch Revolten. Der Präsident der Republik war machtlos und sein Amt nicht von Dauer. Das Parlament bot beständig ein Schauspiel der Uneinigkeit, des Tumults, der Obstruktion und gesetzgeberischer Unfähigkeit und erregte durch seine Methoden und die Minderwertigkeit seiner Arbeit die Entrüstung des Landes. Den Ministerien fehlte jeglicher Halt. Sie konnten nicht regieren, selbst wenn die Minister es wollten. Hinter Verwaltung, Ämtern und Behörden daheim wie in den Kolonien stand kein einheitlicher und tatkräftiger Wille, vielmehr trat bei ihnen Durcheinander und Planlosigkeit, Zweifelsucht, Gleichgültigkeit und Entmutigung bei den Besten sinnfällig in Erscheinung. Wirrwarr, p o l i t i s c h e r Wirrwarr.

Zu diesem politischen Durcheinander, welches das ganze Leben in Portugal vergiftete, gesellte sich im Mutterland und in den Kolonien das finanzielle und wirtschaftliche, die einander immer verhängnisvoller wurden. Es liegt mir fern, näher auf die Zerrüttung unserer Finanzen einzugehen. Alle ordentlichen Einnahmen, alle neuen Steuern und Abgaben, die das Parlament bewilligte, gingen dabei drauf, aber das Defizit wurde dadurch nicht gedeckt, es verschlang das zusätzlich herausgebrachte Geld der Bank von Portugal, die in der General-Depositenkasse hinterlegten Reserven der Nation, verschlang Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen, während die Verantwortungslosigkeit, mit der man auf Grund eines wirk-

lichen oder angemaßten Selbstbestimmungsrechts über die Gelder verfügte, und die Rückständigkeit der Zahlung, der Abrechnung, der Statistiken dem Haushalt und dem Staatsschatz jegliche Klarheit und Übersichtlichkeit nahmen. Ich sehe davon ab, Sie mit Zahlen zu langweilen; doch eine verdient, festgehalten zu werden. Kurz nach dem Kriege betrug das jährliche Defizit, trotz bemerkenswerter, aber vereinzelter Versuche, die Lage zu retten, fünf Millionen (Gold-) Pfund, was für sechs Jahre 30 Millionen Pfund oder 3 Milliarden Escudos nach heutiger Währung darstellt. Wie man weiß, kam nur der geringste Teil dieser ungeheueren Summe dem Volksvermögen zugute. Wirrwarr, f i n a n z i e l l e r Wirrwarr.

Politisch gelähmt, finanziell behindert, mehrte der Staat das Volksvermögen nicht, sondern verzehrte es und ließ es verzehren: nicht nur den Ertrag früherer Arbeit, sondern auch ungeheuere Wechsel auf die Zukunft. Er kümmerte sich nicht darum, konnte sich nicht darum kümmern, da ihm die Mittel dazu fehlten. So lagen Handel und Verkehr, Industrie und Landwirtschaft danieder, da es dem Staate an Interesse und an Mitteln fehlte, zu ihrer Gesundung und ihrem Ausbau etwas zu tun. Ungelöst blieb das Problem der Stromversorgung, unentwickelt und unzweckmäßig blieb alles, was wir daheim wie in den Kolonien unternahmen. Kann es da wundernehmen, daß bei solchen Zuständen die Zinssätze der Schatzanweisungen 11 v. H. überschritten und für Privatgeschäfte auf 15, 20 und 25 v. H. anstiegen? Kann man sich wundern, daß die nationale Erzeugung in Schwierigkeit geriet, zu teuer arbeitete und von der ausländischen auf dem Binnenmarkt geschlagen

wurde? Kann man sich wundern, daß nur wenige den Mut hatten, ihr Geld in Meliorationen von städtischem und ländlichem Grundbesitz anzulegen? Die Verteuerung unserer Lebenshaltung war nur logisch, ebenso das Mißtrauen, das man der Zukunft Portugals im In- und Auslande entgegenbrachte, wo sein Kredit beängstigend schwand. Das Ansteigen der Auswanderungsziffer, und damit die Abnahme der Bevölkerung war unvermeidlich. Im Strudel der Geldentwertung, im Anschwellen der Preise, im Auf und Ab der Wechselkurse ging aller ordentliche Handel in Spekulation und Abenteuer unter, gesunder Zinssatz in schrankenlosem Wucher, rechtmäßiger Verdienst und ehrliche Vermögensbildung im Schmarotzertum. Wirrwarr, w i r t s c h a f t l i c h e r Wirrwarr.

In den Fabriken, bei den Behörden und auf der Straße gedieh eine Anarchie, die zum kleineren Teil von dem herrschenden Elend, zum größeren von der Zuchtlosigkeit und Schwäche der Regierungen, vom Komplizentum und von den Klüngeln herrührte. Im Lande herrschten unsichere Zustände, Aufruhr, Streik und Attentat. Wenn die Regierung zu schwach ist, um das Recht zu schützen, dann greift der Bürger zum Selbstschutz oder läßt sich von einer Minderheit terrorisieren, die ungestraft das Recht mit Füßen treten kann. Wirrwarr, s o z i a l e r Wirrwarr.

II

So also sah es im wesentlichen bei uns aus in jener schweren Zeit. So wird es begreiflich, daß am Vorabend der Diktatur von allen Seiten der Ruf nach der rettenden Tat erscholl, die unserem armen Lande Ar-

beit, Ordnung und Wohlstand wiederbringen sollte. So beginnt denn die große Schlacht, die zwar noch nicht auf allen Gebieten eingesetzt hat und auch noch nirgends siegreich beendet worden ist. Doch kann man behaupten, daß dank der Vaterlandsliebe des Volkes und der Unterstützung der bewaffneten Macht die Grundmauern des Erneuerungswerkes schon gelegt, seine stärksten Pfeiler schon aufgerichtet sind.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Unternehmen, zu dem Ruhe auf den Straßen, die Mitwirkung aller und Abkehr vom Parteigeist notwendig sind, nur mit einer vorläufigen Lösung begonnen werden konnte. Die Diktatur hob Rechte auf, welche die Nation in Wirklichkeit gar nicht mehr ausübte, brachte die einen zum Schweigen, gewährleistete allen Ruhe und Sicherheit und schuf so die Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit der Regierung.

Angesichts der Unmöglichkeit, alle Fragen gleichzeitig und mit derselben Energie anzupacken, mußten die Hauptkräfte dort angesetzt werden, wo es am zweckmäßigsten war: bei der Finanzfrage, von deren Lösung alle anderen abhingen, und ohne deren Lösung nichts Dauerhaftes geschaffen werden konnte.

An die Stelle des jährlichen Defizits traten nun bedeutende Überschüsse, die zwar nicht immer so hoch bleiben können, die aber die sichere Grundlage abgeben für ein dauerndes Gleichgewicht der Staatsfinanzen. Die schwebende äußere Schuld wurde vollständig getilgt; die schwebende innere Schuld wird fortschreitend vermindert durch Rückzahlung und Konsolidierung. Bei der Politik, die wir jetzt betreiben, wird sie in spätestens zwei bis drei Jahren ganz verschwinden. Die Staatskasse verfügt immer über be-

trächtliche Beträge, braucht nicht mehr zu verlustreichen Operationen ihre Zuflucht zu nehmen, wie das früher unter dem Drucke dringender Forderungen der Fall war. Die Statistik wird fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht und dürfte bald die gewünschte Vollkommenheit erreichen. Heute schon verschafft sie uns Ansehen in internationalen Kreisen. Der portugiesische Kredit steigt überall von Tag zu Tag und schafft so die Grundlagen für Kreditoperationen, die der finanziellen Sanierung, der Stabilisierung der Währung und so der Produktion, dem Verkehr und dem Volksvermögen zugute kommen könnten.

Alte Schulden werden bezahlt, peinliche, jahrealte Streitfragen bereinigt. Eine bessere Verteilung der Steuerlasten wird angestrebt, die Steuern gehen regelmäßiger ein, die Kontrolle wird verschärft, damit alles ordentlich und gesetzlich seinen Weg geht. Unsere Verwaltung und alle unsere Reformen zielen auf Zusammenfassung, Vereinheitlichung, Vereinfachung, Regelmäßigkeit, Schutz des Steuerzahlers, Unverletzlichkeit der Kontrakte und unbedingte Geltung des Gesetzes. In ihnen zeigt sich, von Staatshaushalt und Staatsschuld bis hin zur Rechnungsführung, das ununterbrochene Streben nach Ordnung unserer Finanzen. Das ist im großen und ganzen, was zum ersten Problem zu sagen wäre.

Hierdurch schufen wir der Wirtschaft neue Lebensbedingungen, im Gegensatz zu den Behauptungen unserer Verleumder, nach denen alle Quellen des Nationalvermögens am Versiegen sind. Gerade der angeblich alles verzehrenden Verwaltung verdanken wir die Mittel für Bau und Instandsetzung der Straßen,

für Hafenarbeiten sowie für Anleihen, die neuen produktiven Arbeiten zugute kommen, und unsere Verwaltung war es wiederum, die die Schaffung der nationalen Kreditanstalt – einer Bank für Landwirtschaft und Industrie – ermöglichte, so daß Millionen und aber Millionen Escudos, die in Gestalt von Sparguthaben der Volkssparkasse zufließen, für Meliorationen der Stadt, der Landwirtschaft und Industrie frei werden. Da der Staat die sich bildenden Kapitalien nicht für unproduktive Ausgaben aufsaugt, sinkt der Zinsfuß bei der Bank von Portugal, bei den Privatbanken und bei der General-Depositenkasse. Überall, wo er auftaucht, wird der Wucher bekämpft, besonders durch landwirtschaftliche Kreditanstalten, die einfach und schnell arbeiten. Hierbei ist zu beachten, daß dies für das arbeitende Kapital eine größere Entlastung bedeutet als die Mehrbelastung durch Steuern ausmacht. Die Ausnutzung der Wasserkraft für elektrische Stromerzeugung wird eingehend geprüft. Die großen Vorteile, die daraus entspringen, sollen nicht finanziell ausgewertet werden, sondern wirtschaftliche Werte schaffen, denn sie kommen der Erzeugung in Industrie und Landwirtschaft zugute.

Wie man sieht, wird alles von e i n e m Gedanken beherrscht: die Diktatur muß die drei wesentlichen Voraussetzungen für die Produktion schaffen: schnelle Transportmittel, Krediterleichterung, billige Stromversorgung, und wir hoffen, mit Hilfe der Fachleute und durch Schutzzölle zu einer Vermehrung und Verbesserung der Produktion zu kommen.

Manches ist schon erreicht, und die Aussichten für die Zukunft sind gut. Natürlich können aber die Ergebnisse noch nicht vollständig und noch nicht end-

gültig sein. Die wirtschaftlichen Probleme liegen anders als die finanziellen, bei deren Lösung die Regierung eine große, wenn nicht ausschlaggebende Rolle spielt. Der Staat schafft die Voraussetzungen für die Produktion im Innern und für die Ausfuhr, doch liegt es bei den einzelnen Unternehmern, diese Möglichkeiten durch Fleiß, Technik und Zusammenarbeit bis aufs äußerste auszunutzen. Dazu bedarf es aber einer weitgehenden Organisierung, die bei unserem Individualismus nicht einfach, doch zum Wohl des Ganzen unumgänglich ist, um so mehr als die Krise in der ganzen Welt ernst ist und die Abneigung der Märkte gegen fremde Erzeugnisse gewaltig. So sind Ruhe und Überlegung, Sparsamkeit, Vorsicht und Wirtschaftlichkeit das Gebot der Stunde, damit die Krise ohne größeren Schaden und ohne ernste Folgen an uns vorübergehe und wir für die Zukunft eine ausgeglichene und gesunde Wirtschaft aufbauen können.

Das ist in kurzen Zügen unsere Auffassung der wirtschaftlichen Frage.

Diese Neuordnung unseres Finanz- und Wirtschaftswesens erstreckt sich auch auf unsere Kolonien, die in ihrer Existenz und Entwicklung eng mit Portugal verbunden sind. Es ist aber klar, daß eine Planung auf lange Sicht in unseren überseeischen Besitzungen ebenso wie hier nur möglich ist, wenn die Finanzen saniert sind. Außer gewissen grundsätzlichen Forderungen kommt in der Kolonialverwaltung im Geiste unserer Geschichte, unseres Volkes und unserer Kultur zum Ausdruck: Regelung der Kolonialschulden, Neuordnung der kolonialen wie der heimischen Finanzen, Entsendung von Fachleuten nach Angola, Schaffung der Arbeitsbank, Abkommen mit den Notenban-

ken, Schaffung einer nach unserem Willen blühenden, gut unterbauten und gesicherten Wirtschaft. Das Ziel ist das gleiche, der Weg derselbe: durch Ordnung in der Verwaltung zu Ordnung in der Finanz, und von da aus zur Entwicklung der Wirtschaft.

Was soll ich Ihnen jetzt noch zur sozialen Frage sagen, zu der Gesundheitspflege, Fürsorge, Erziehung und Arbeiterschutz gehören? — Daß die Stunde für ihre endgültige Lösung noch nicht gekommen ist. Wir sind uns unserer Rückständigkeit in der Gesetzgebung und den Einrichtungen auf diesem Gebiete bewußt, sind uns bewußt unserer Verantwortung, die uns auf dieses weite Feld verweist, auf dem an eigener Arbeit und Unterstützung fremder Initiative viel zu leisten ist. Wir sind uns bewußt des Fehlens materieller Mittel für ein Werk großen Stils. Daher konnte auch bisher nur wenig getan werden, während vieles geplant ist. Diese Erklärung ist aber mehr als ein Versprechen, sie ist ein Programm.

Man braucht nicht wie ich aus der unteren Schicht des Volkes, aus Arbeit und Armut zu kommen, um den materiellen und moralischen Tiefstand der Lebenshaltung des portugiesischen Volkes im Vergleich zu ganz Westeuropa in seinem vollen Umfange zu empfinden, um zu spüren, daß bei uns, wie in allen modernen Gemeinwesen, Kräfte am Werk sind, die kein Staatsmann zu übersehen oder zu überschätzen wagen darf. Der theoretisch allen offenstehende, wirtschaftlich aber vielen versagte Aufstieg in höhere Berufe kann nur dann gewährleistet werden, wenn für eine weitgehende Unterstützung und Erziehung gesorgt wird, die zwar kostspielig ist, dafür aber den Vorzug hat, daß das Menschenkapital voll ausgewer-

tet wird und sein gegenwärtiger Ertrag in hohem Maße wächst.

Fast überall wird die Arbeiterschaft von einer falschen Ideologie beherrscht, die die Verbesserung ihrer Lage an bestimmte politische Formeln knüpft. Diese haben sich mittlerweile als ungeeignet erwiesen zur Lösung von Problemen, die der Klassenkampf erschwert, und die der ganzen Gemeinschaft schwersten Schaden zufügen können, wenn die Regierung nicht imstande ist, sie auszurotten. Es muß deutlich gesagt werden, daß sich die Diktaturen durch Gesetze und Einrichtungen in hohem Maße um die Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerung verdient gemacht haben. Unberührt von Partei- oder Klassengeist, können sie auf der Grundlage von Ruhe und Ordnung leichter an die Lösung der Arbeiterfrage unter dem alleinigen Gesichtspunkt des Gesamtwohls herangehen.

Wenn die Finanzen nicht gesund sind, die Wirtschaft nicht gedeiht, kann nichts Großzügiges in dieser Richtung geplant und verwirklicht werden, und darum muß zunächst das Wirtschaftsleben sich entwickeln und erstarken; sonst nämlich würden wir Lösungen überstürzen, die am Ende nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar Schaden stiften würden.

Deshalb wird doch bei den Stellen, die sich mit dieser Frage befassen, eifrig darauf hingewirkt, die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen und sie nutzbringend anzulegen. Von Rückschritt kann nicht die Rede sein; im Gegenteil, alles ist besser geworden und geht voran. Die Aufgabe, die die Diktatur sich gestellt hat, verpflichtet uns, darüber hinauszugehen, und das werden wir tun.

Jetzt nur noch zwei Worte zum politischen Problem.

Die Leute, die sich in Portugal mit politischen Fragen befassen, lassen sich in drei Gruppen einteilen, deren Meinung kurz folgendermaßen charakterisiert werden kann:

1. Die Diktatur hat mit der Politik nichts zu tun.

2. Die Diktatur ist schon die Lösung des politischen Problems.

3. Die Lösung des politischen Problems ist der Diktatur aufgegeben.

Untersuchen wir der Reihe nach diese Einstellungen.

Daß Diktatur nichts mit Politik zu tun habe, wird vornehmlich von Leuten behauptet, die der Diktatur gleichgültig oder feindlich gegenüberstehen. Ihrer Ansicht nach läge die einzige Daseinsberechtigung der Diktatur in der Notwendigkeit der Verwaltungsreform; wenn dieser Zweck erreicht sei, so habe sie nichts weiter zu tun, als die Verfassung, die seit dem 28. Mai außer Kraft gesetzt ist oder keine Anwendung findet, wiederherzustellen. Geht man dieser Auffassung auf den Grund, so findet man leicht heraus, daß sie auf einer anderen fußt, nämlich einer besonderen Auffassung von der Verwaltung und von der Natur oder dem Ursprung der Übel, an denen das Land krankte.

Allerdings, wenn die Diktatur nur eine verwaltungstechnische und keine politische Bedeutung haben soll, so muß man Verwaltung von Politik trennen können. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall.

Wahr ist nur, daß man sich der Verwaltung widmen

kann, ohne Politik zu treiben; doch soll man dann in diesem engeren Sinne nicht sagen, m a n k a n n, sondern m a n m u ß. Nimmt man aber das Wort Politik in seiner höchsten Bedeutung, so scheint mir nur die Verwaltung Sinn und Geltung zu haben, die von der Politik getragen wird. Äußerlich erscheint sie nur als Betrieb, dahinter aber steht bei der wahren Verwaltung immer eine Auffassung vom Staat und seiner Bestimmung, von der Regierung und ihren Grenzen, vom Recht, vom Reichtum und seinem Wert für die Gemeinschaft, das heißt eine wirtschaftliche und politische Weltanschauung. Wehe der Regierung oder besser: wehe dem Volk, dessen Regierung nicht in der Lage ist zu sagen, in welchem Geiste sie das Volk führt.

Doch das ist nicht der einzige Irrtum derer, die eine reine Verwaltungsdiktatur empfehlen. Der zweite Irrtum ist zu glauben, daß für all die Übel nur die Männer verantwortlich seien, die in der Regierung saßen, und daß das Problem gelöst wäre, wenn man sie entfernte und durch andere ersetzte. Das hieße eine der heikelsten und kompliziertesten Fragen auf fehlerhafte Verteilung der Mandate zurückführen.

Wie manche, die viel über die Vorgänge im öffentlichen Leben nachgedacht haben, mache ich die Männer der Vergangenheit für vieles, sogar sehr vieles verantwortlich, doch für weniger, als man ihnen im allgemeinen zuschiebt. Ich habe auch nie einsehen können, warum sie sich lieber unfähig, unehrenhaft und ehrgeizig schelten ließen, als offen zuzugeben, daß ihre Unzulänglichkeit auf einer fehlerhaften sozialen und politischen Ordnung beruht.

Hieraus schließe ich, daß die Diktatur, die regiert

und verwaltet, nicht ein einfaches Zwischenspiel im parteipolitischen Leben sein kann.

Weiter. Die zweite Auffassung will in der Diktatur schon die Lösung des politischen Problems sehen. Auch das scheint mir falsch und geht zu weit.

Sicher stellt die Diktatur, selbst wenn man sie lediglich als eine Vereinigung der gesetzgebenden Gewalt in einer Hand ansieht, eine politisch mögliche, aber sicher keine dauernde Lösung des politischen Problems dar. Sie ist vielmehr im wesentlichen ein Übergang.

Da die Diktaturen häufig aus dem Konflikt zwischen Autorität und Zügellosigkeit des politischen Lebens hervorgehen und durchweg Versammlungs- und Pressefreiheit beschränken, wird von vielen Diktatur mit Unterdrückung verwechselt. Darin liegt aber nicht das Wesen der Diktatur. Wenn Freiheit heißt, daß jedem Recht wird, und das ist für mich die einzig richtige Auffassung, so kann es die Diktatur in dieser Hinsicht wahrlich mit vielen Regierungssystemen aufnehmen, die sich liberal nennen. Die Diktatur ist jedenfalls eine unkontrollierbare Macht und daher ein Instrument, mit dem man sehr behutsam umgehen sollte, da es sich leicht abnutzt und leicht mißbraucht werden kann.

Damit kommen wir zur dritten Auffassung, die meiner Überzeugung nach die einzig richtige ist: der Diktatur ist aufgegeben, das politische Problem in Portugal zu lösen.

Warum? Weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die vor uns gültig gewesenen politischen Anschauungen, exotische Pflanzen aus dem Auslande, uns nicht die Regierung gaben, die wir brauchen, uns in unfrucht-

bare Kämpfe verstrickten, Haß entfachten, während sich der bessere Teil der Nation dem Staate gegenüber gleichgültig, angewidert oder teilnahmslos verhielt.

Wozu? Damit das Werk der Erneuerung nicht vergeblich gewesen sei und dauere; damit der Geist der Ordnung Wurzel schlage und Früchte trage; damit eine Gesinnung bei uns einziehe, ohne die keine Erneuerung in Politik und Verwaltung, Sitte und Recht, kein Friede und keine Wohlfahrt möglich sind.

Aber wie? Durch eine Erziehung, die unsere Hauptfehler ausmerzt, an Stelle des Durcheinanders Ordnung schafft, und das Volk, das ganze Volk im Staat zusammenfaßt.

Ist das möglich? Wenn alle Portugiesen, die guten Willens sind, und an die wir appellieren, uns helfen wollen, dann ja! Besser gesagt: es muß sein; denn wir können unmöglich dulden, daß dieses Volk sich zwischen Demagogie und einer mehr oder weniger parlamentarischen Diktatur dahinschleppt, denen es nur zwei Gefühle entgegenzubringen pflegt, die beide seiner unwürdig sind: Unterwürfigkeit oder Teilnahmslosigkeit.

II. Teil

Neubau des Staates

5. Grundsätze der politischen Revolution

Rede vom 30. Juli 1930 vor der Regierung und den Bezirks- und Kreisvertretungen. Die Diktatur konnte sich nicht auf eine bestimmte Partei stützen. Sie war einfach eine natürliche nationale Reaktion gegen die Mißwirtschaft, die das Volk an den Rand des Abgrunds gebracht hatte. Das Heer handelte nur im Sinn der Nation, als es die Revolution vom 28. Mai durchführte. Es fehlte aber an einer eigentlichen politischen Zielsetzung, einem weltanschaulichen Programm und einer Bewegung, die alle staatsbejahenden Kräfte zusammenfaßte. Daher die Gründung der União Nacional, der „Nationalen Einheitsbewegung", deren Charakter und Aufgaben Salazar in dieser Rede näher bezeichnet.

Die allgemeine politische Krise – Der „Fall Portugal" – Die neue Ordnung – Nation und Staat – Staat und Nation – Wirtschaftlicher Aufschwung und sozialer Ausgleich – Einwände – Warnungen – Handeln!

Mit der Gründung der „Nationalen Einheitsbewegung" im Sinne der Richtlinien, die Sie soeben aus der vom Herrn Ministerpräsident verlesenen Kund-

gebung vernommen haben, vollzieht die Regierung einen politischen Akt von höchster Bedeutung und größter Verantwortung. Als solcher will er von allen – Freunden oder Gegnern – angesehen werden, denen das Schicksal unseres Landes ernstlich am Herzen liegt. Und so sehe auch ich mich veranlaßt, hier ein Wort der Erklärung zu sagen zu jenem Dokument, das durch Sie der ganzen portugiesischen Nation übermittelt wird.

I

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Revolutionen und Theorien, Mängel, Mißstände und Laster des Parlamentarismus, die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges auf allen Gebieten des Denkens und Handelns haben – ein wenig überall, besonders aber in Europa – die Ordnung der Staaten und das Leben der Völker in schwierige Lagen gebracht. Durch antinationale und antisoziale Anschauungen, Leidenschaften und Interessen in ihrem Aufbau, ihren Grundlagen und Überlieferungen angegriffen, bieten die Länder Europas in ihrem innerstaatlichen Leben und ihren zwischenstaatlichen Beziehungen ein beunruhigendes Bild der Verwirrung und Unsicherheit. Ja man könnte sagen: erschüttert in ihren historischen Grundfesten, laufen die Gemeinwesen Gefahr, auseinanderzubrechen und ihre alte Eigenart zu verlieren. – Zumindest läßt sich feststellen, daß die politische Maschinerie, die das ganze 19. Jahrhundert hindurch bis in die Anfänge des 20. hinein arbeitete, so gut es ging, dem Rhythmus des modernen Lebens der Staaten nicht mehr genügt, wenn sie nicht gründlichen Wandlungen unterworfen wird.

So sind unter dem Druck der Schwierigkeiten, der Wirkungen und Gegenwirkungen die politischen und sozialen Strömungen in entgegengesetzte Richtungen gedrängt worden und damit zwangsläufig auch die Formen der Staatsführung.

Auf der einen Seite beobachtet man, wie die Wirren des Individualismus, Sozialismus und Parlamentarismus, die zurückgehen auf die Machenschaften eines unsauberen Internationalismus, zu immer ernsteren Verwicklungen führen; und immer deutlicher wird den einen wie den anderen gegenüber die Passivität der Staatswesen, die Ohnmacht der Regierungen, die Lähmung des Verfassungsapparats. Andererseits weckt schon der Selbsterhaltungstrieb Bemühungen im Sinne des Nationalismus und Anti-Individualismus, die sich freilich im natürlichen Lauf der Ideen und Ereignisse hinreißen lassen zu einem doktrinären Radikalismus und zu offener oder heimlicher Diktatur, die, abgesehen von ihrer Rechtfertigung aus der Not des Augenblicks, ebenfalls eine Ausnahmeerscheinung darstellt.

Inmitten einer so verworrenen Zeit sucht die beobachtende und leidenschaftslose Vernunft den Weg, der zu gehen ist, und sie ahnt, daß das Heil darin liegen könnte, Gestaltungen des öffentlichen Lebens zu schaffen, sagen wir: eine Verfassung, die allen politischen und sozialen Elementen ein friedliches und ruhiges Nebeneinander gestatte; und alle die verschiedenen Formen des Gemeinschaftslebens, die unsere Zeit geboren hat, in die Bahnen friedlichen Wirkens zu lenken, ohne daß die Kraft des Staates, seine zur Wohlfahrt des Volkes unentbehrliche Macht und Fähigkeit zu ordnen, zu befehlen und zu verwalten, darunter litte. Der Wunsch, die Formeln für das neue

Gleichgewicht zu finden und künftige Wege zu weisen, beseelt die Staatsmänner aller Länder, ob nun die Verfassung oder die Not ihr Wirken bestimmt.

II

In diesem kranken und zuckenden, verarmten und aus dem Gleichgewicht geworfenen Europa, das nach neuen politischen Lösungen tastet, gilt es, den Fall Portugal näher zu bezeichnen. Wer etwa – und das ist geschehen – die Bewegung, die zur Diktatur geführt hat, verkleinern will zu einer Kasernenverschwörung mit dem Zweck, die Militärkaste an die Macht zu bringen, – der verkennt die tieferen Ursachen des allgemeinen Übels, die Tendenzen unserer Zeit, die ganze Schwäche, das ganze Versagen und die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalt, die der – sagen wir – „Krise des modernen Staatswesens" zugrunde liegen.

In ihrem Entstehen zweifellos zwangsläufig beeinflußt und mitbestimmt von Beweggründen des Augenblicks, von den besonderen Schwierigkeiten unserer Lage, von den Gegebenheiten der portugiesischen Politik und unserer Art zu sein und zu fühlen, ist die Diktatur, wenn auch noch unsicher, schwankend und regellos im Vorgehen und Handeln – sie selbst anfangs mehr instinktives Gefühl als klare Idee – eine Erscheinung der gleichen Art, wie sie sich gegenwärtig in der ganzen Welt auf parlamentarischer oder nichtparlamentarischer Grundlage beobachten läßt: in dem Versuch, der Staatsgewalt Ansehen und Stärke zu verleihen gegenüber zersetzenden Wirren, und ihr die Möglichkeit zu geben, für die Nation zu wirken und

zu handeln, hoch über den Parteiungen und dem Haß der Menschen und der Eigenbrötelei der Cliquen. Länge oder Kürze des Wegs in dieser Richtung hängen ab von den nationalen Möglichkeiten, vor allem von dem Grad der inneren Bereitschaft des Volkes, stellen aber keinen wesentlichen Unterschied dar.

Jedermann weiß, was hinter uns liegt: ein Wirrwarr ohnegleichen in Wirtschaft und Finanz, in Politik und Verwaltung; Parteienhader im Innern, widernatürliche Solidarität in Politik und Verwaltung; Fehler über Fehler, ohne daß man versucht hätte, Mißstände zu beheben; Verfassungswirren ohne Unterlaß; – eine Revolution löste die andere ab, und keine brachte eine Besserung, sondern sie alle verschlimmerten die Übel nur noch und untergruben vollends das Vertrauen in den Staat als führende und ordnende Macht über den Bemühungen der Einzelnen. Und in der allgemeinen Unruhe, die die Geister erfüllte, kam selbst der Zweifel zum Ausdruck, ob seine Kraft hinreichen würde, Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Trauernd gebeugt über die ruhmreiche Vergangenheit und über die Trümmer, das Elend und den Zerfall der Gegenwart, verfiel das Land der „fahlen und gemeinen Trauer", von der der Dichter singt, und schien es jeden Gedanken an innere Erneuerung und an die Stellung in der Welt aufgegeben zu haben, zu der es berechtigt und verpflichtet ist.

Jedermann weiß, wo wir gestern standen – und jedermann, wo wir heute stehen. Die Anstrengungen, die wir gemacht, die Erfolge, die wir erzielt haben – welche Mängel ihnen auch immer bei der Schwere der Übel anhaften mögen –: sie haben die Katastrophe abgewendet und beweisen, daß wir auf dem Weg zu

Rettung und Aufstieg sind. Sieht man ab von den Argumenten derer, die ihren Kampf gegen die Diktatur nur mit Gerüchten führen können; sieht man die schon zum Heilprozeß gehörigen und in dem vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Europa allgemeinen Leiden im rechten Licht; wägt man sorgfältig gegeneinander ab die Lage von 1926, die heutige und die, welche der Fortgang des nationalen Wiederaufbaus uns eröffnet: so wird man zu dem Schluß kommen, daß wir – bei allem Grund, uns damit genau so wenig zufrieden zu geben wie andere Völker – uns jedenfalls, vom Abgrund des Todes zurückgerissen, auf festem Boden befinden, von wo aus wir zur Wohlfahrt gelangen können. Es herrschen Ruhe und Ordnung; ein neuer Geist belebt das Land; das Vertrauen ist zurückgekehrt; in der Verwaltung machen sich sittliche Grundsätze geltend, die in ihrer Übung Recht und Gesetz ergänzen; ein Plan zur Gestaltung unseres Staatslebens gemäß den allgemeinen Interessen der Volksgemeinschaft liegt vor (und jedermann weiß, daß die Pläne der Regierung, einmal niedergelegt, auch in die Tat umgesetzt werden); von dem Druck eines sinnlosen Parteiwesens ist das Volk befreit, und obwohl es sich seine Vertreter nicht gewählt hat, fühlt es sich der Macht näher, fühlt es, daß die Regierung recht eigentlich s e i n e Regierung ist, und setzt es mehr Vertrauen in ihre Gerechtigkeit und ihr Tun.

Das ist der Punkt, an dem wir stehen; und nun wir wissen, was hinter uns liegt, geziemt es sich zu sehen, wohin jetzt der Weg führt.

Trotz der revolutionären Hetze, die den früheren Zustand wiederherstellen will und in einem fort leugnet, was sie andererseits behauptet, steht fest, daß es

keinen verantwortungsbewußten Politiker gibt, der sich öffentlich für eine Vergangenheit einsetzt, die doch keinem vorbildlich und nachahmenswert zu sein scheint, – denn man hat ja offen zugegeben, daß Fehler begangen worden sind, und hat Verbesserungsvorschläge gemacht.

Die Einstimmigkeit in der Beurteilung dieser negativen Seite des Problems überhebt uns weiterer Erörterung. Zur Genüge wissen wir und wissen jene: sollte die Diktatur jemals wieder der früheren Parteienherrschaft Platz machen, so würde statt des ganzen Aufbauwerks und aller gegebenen Möglichkeiten wieder all das in Erscheinung treten, was zu der früheren Zersetzung und Auflösung geführt hat, und diesmal weitaus schlimmer noch in seiner zerstörenden Gewalt, durch größere Zuchtlosigkeit, Aufpeitschung der Leidenschaften und Vernichtung des letzten materiellen und moralischen Widerstandes, der sich allen Übergriffen, ja der Zerstörung der Lebensbedingungen des Gemeinwesens selbst entgegenstellen könnte.

Was also tun? Die vorsichtige Haltung unbeteiligten Wartens, bis aus dem bloßen Zusammenprall der politischen Kräfte der Staat der Zukunft sich erhebe, ist kurzsichtig und der Regierenden unwürdig, unlogisch und blind gegenüber den sozialen Realitäten: der Furie der Winde überlassen, hat noch kein Boot den schützenden Hafen suchen können; doch im Begriff zu landen, sind manche an felsiger Küste zerschellt.

Was also tun? Entschlossen das Brauchbare der Vergangenheit verbinden mit den Gegebenheiten der Gegenwart, die Früchte eigener Erfahrung mit weiser

Voraussicht; mit den gerechten Ansprüchen des Volkes die Sehnsucht nach Führung und Ordnung, die uns Heutige erfüllt, und eine neue Ordnung der Dinge schaffen, die, im Einklang mit dem, was allen politischen Systemen wesentlich ist, doch unserer Art und unseren Nöten am besten gerecht wird.

Betrachten wir kurz ihre Grundpfeiler.

III

In unserer politischen Ordnung ist die erste Gegebenheit die Unabhängigkeit der portugiesischen Nation mit dem Recht auf außereuropäischen Besitz, der, aus einem kategorischen Imperativ, durch ihre Entdeckungen und Eroberungen in Übersee und im Einklang mit den zivilisatorischen Bemühungen der Völker, ihr kontinentales Erbe zu Wasser und zu Lande politisch und geistig um das erweitert, worauf sich ihre Herrschaft oder ihr Einfluß erstreckt.

Aus dieser starken Realität und dieser ersten Feststellung ergeben sich unmittelbar andere: in erster Linie, daß den höchsten Zielen der Nation mit ihren eigentümlichen Interessen alle Einzelwesen und Gruppen, die sie bilden, unterworfen sind; gegenüber diesem Opfer und um seine höhere Wirksamkeit zu verbürgen, halten wir daran fest, daß die Nation nicht verwechselt werden darf mit einer Partei, daß eine Partei nicht der Staat ist, und daß der Staat in seinen Beziehungen zu den übrigen Staaten niemandem untertan, sondern allen ein gleichberechtigter Mitarbeiter ist. Mit einfacheren Worten: wir haben die Pflicht, alles zu opfern für alle; und wir haben nicht das Recht, uns alle zu opfern für einige.

So selbstverständlich und natürlich sind diese Grundsätze, daß es überflüssig erscheinen könnte, sie näher zu bestimmen. Wer aber einige der Ideologien näher betrachtet, die bei unserer Zeit in Gunst stehen, wird in diesen Grundpfeilern die ersten Erfordernisse unseres öffentlichen Rechts sehen. Sie sind es nach innen als gestaltendes Prinzip unseres Handelns und als klare Bejahung unseres Schicksals vor uns selbst, die wir in unserer nationalen Einigkeit vom Parteiengeist geschwächt und materiell von Schmarotzertum und Günstlingswesen zersetzt sind. Sie sind es der Welt gegenüber in einer Zeit intensiven zwischenstaatlichen Lebens und Zusammenwirkens und mannigfacher Zersetzung durch Internationale und Kosmopolitentum, und sie sind es wenigstens in den entscheidenden Augenblicken, wo hierdurch unsere Rechtsansprüche bedroht, eingeschränkt oder bestritten werden könnten.

Portugal hat sich, seit der Rückeroberung dieses Teils der Iberischen Halbinsel, fast wie mit einem Schlage gebildet, und, seit Jahrhunderten unverändert, sind unsere Grenzen auf Kosten keiner anderen europäischen Nation gezogen worden. Damit sind wir allen geschichtlichen Kämpfen um Eroberungen und Revanche entzogen, und reiner ist so die sittliche Kraft unserer Unabhängigkeit und auch unserer Expansion, seitdem wir, nach Sicherung der kontinentalen Basis, in Übersee unsere Herrschaft ausgedehnt und den Geist unserer Kultur in alle Welt getragen haben. Hier liegt die ursprüngliche, die natürliche Substanz dieses Nationalgefühls, das uns beseelen soll zur Erhaltung, zur Erneuerung und zum Aufstieg unseres Vaterlandes.

IV

Wir erleben heute nach innen und außen eine Epoche offenbarer Schwäche des Staates; hier und da haben an sich berechtigte, aber maßlose Gegenwirkungen zu seiner Allmacht und Vergöttlichung geführt.

Dem einen wie dem andern Extrem ist der starke Staat entgegenzustellen, der seinerseits dem Sittengesetz und den Grundsätzen des Völkerrechts untersteht und Sicherheit und Freiheit des Individuums achtet, die eine höhere Forderung des Gemeingeistes sind. Diese Auffassung soll Aufbau und Bewegung des portugiesischen Staates in der Verwirklichung seiner geschichtlichen Aufgabe bestimmen.

Portugal will den Frieden; wir sind ein Kulturvolk und arbeiten mit an der allgemeinen Ordnung; wir haben den Kriegsächtungspakt unterschrieben und bekennen uns zum Schiedsgerichtsverfahren zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Ländern. Wir unterstellen unser öffentliches Recht den höheren Zwecken der Menschheit und wollen eine harmonische, friedliche und fruchtbare Entwicklung der Fähigkeiten unserer Volksgenossen im Interesse der Ausgestaltung und Entwicklung der inneren und äußeren Beziehungen der Nation. Unser Erziehungssystem soll beherrscht werden von den Grundsätzen der sittlichen Pflicht, der bürgerlichen Freiheit und der Nächstenliebe.

Doch auf dem Gebiet des Verfassungsrechts müssen, unter Wahrung der erwähnten Grenzen, diejenigen Garantien gefestigt werden, welche die politische und rechtliche Integrität des Staates gegenüber allen Einschränkungen, die ihm aus Individualismus und Inter-

nationalismus erstehen könnten, beansprucht. Die eigene Sicherheit ist eine unbedingte Notwendigkeit, – daraus folgt die Beibehaltung der militärischen Einrichtungen. Die Einheit und Unteilbarkeit des Territoriums sind Grundforderungen, – damit sagen wir allen Gedanken an regionale Eigenbrötelei und Bundesstaatlichkeit ab. Der Staat hat das Recht, alle Zweige nationaler Tätigkeit zu fördern, sie miteinander in Einklang zu bringen und zu beaufsichtigen, ohne sie jedoch irgendwie zu verdrängen, und er hat die Pflicht, die Jugend zu erziehen im Geist der Vaterlandsliebe, der Disziplin, der Ertüchtigung, auf daß sie fähig werde zu fruchtbarem Tun und bereit zu allem, was die Ehre oder das Interesse der Nation von ihr verlangen mag.

Über die tausenderlei Gestaltungen des Staatswesens – wie die einzelnen Zweige der Verwaltung und Selbstverwaltung, privater und öffentlicher Tätigkeit, Kolonialverwaltung und Gemeinschaftsleben – hinweg wird der Staat, ohne diese in ihrem Handeln zu behindern oder zu lähmen, den Mantel seiner Einheit, seiner Ordnung und seiner Macht ausbreiten: so stark muß der Staat sein, daß er der Gewalt entraten kann.

V

Es gibt keinen starken Staat ohne starke Regierung, und ihre Schwächung ist allgemein ein Kennzeichen derjenigen politischen Systeme, die unter der Herrschaft des individualistischen oder sozialistischen Liberalismus, des Parteiengeistes und der Auswüchse und Wirren des Parlamentarismus stehen.

Das heilsame Prinzip der Teilung, Harmonie und

Unabhängigkeit der Gewalten ist praktisch entwertet worden durch die parlamentarischen Gewohnheiten, ja durch die Verfassungsbestimmungen über die Wahl des Präsidenten und die Berufung und Demission der Minister: tatsächlich unterwerfen diese Bestimmungen die Exekutive mehr und mehr der Legislative, die von wechselnden und von Zufallsmehrheiten und auf Grund von Abstimmungen in vollkommen anonymen Parteiklüngeln ausgeübt wird. Es ist eine fundamentale Notwendigkeit, dieses Prinzip wieder zu etwas Wirklichem und Wirksamem zu machen, und wenn man die politischen Vorgänge im Europa der letzten Jahre gut beobachtet, so kann man behaupten: da sie nun einmal eine notwendige Folge jenes Betriebs sind, so gilt es, ein System zu finden, das der Exekutive Unabhängigkeit, Stabilität, Ansehen und Kraft sichere.

Wie auch immer die Volksvertretungen zustande kommen und sich zusammensetzen mögen, zuerkennen muß man ihnen doch die ausschließliche Befugnis, die öffentliche Verwaltung zu kontrollieren, dem Gang der Staatsgeschäfte die große Richtung zu geben und die Gesetze zu machen. Dem steht im Prinzip keine Schwierigkeit entgegen: einerseits aber werden – davon bin ich überzeugt – die Erfordernisse einer modernen Gesetzgebung – die außerordentlich vielseitig ist –, und andererseits die Langsamkeit des Arbeitstempos bei so komplexen Organismen, wie Parlamente es nun einmal sind, in wenigen Jahren eine große Umstellung in ihrer Arbeitsart bewirken. Ich habe das Gefühl, als ob die Parlamente, selbst wenn sie künftig nicht zu rein politischen und der gesetzgeberischen Funktion fremden Organen werden sollten, sich doch gezwungen sehen werden, die Haupt-

gesetze nur in ihren großen Grundzügen zu billigen und der Exekutive als Trägerin der Verantwortung weitergehende Rechte einzuräumen als sie heute hat.

Mögen sie so oder anders arbeiten, – das Recht, Minister zu machen und zu stürzen und Obstruktion zu treiben: das kann der Legislative nicht zuerkannt werden. Und indem sie aufhört, willkürliche Gruppenverbindungen zum Zweck der Eroberung einer anderen Gewalt zu bilden, kann sie sich beherrschen und im Rahmen ihrer Aufgaben Arbeit leisten und nur die Zeit arbeiten, die erforderlich ist, wenn sie ihre Funktion gut ausüben soll.

Die Exekutivgewalt, die vom Staatsoberhaupt gemeinsam mit der von ihm frei und unabhängig vom Parlament berufenen Regierung ausgeübt wird, hat die Aufgabe, sich an das Recht zu halten; ihr fällt die Pflicht und die Verantwortung zu, die Existenz und die Ehre der Nation zu erhalten, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sichern, die Gesetze zu erfüllen und über ihrer Erfüllung zu wachen, alle unbedingt erforderlichen Vorkehrungen zu treffen zur Erhaltung und Wirksamkeit des Staates. Dazu muß sie eine ebenso unabhängige und rechtmäßige Vertretung der Nation sein wie die Legislative.

In der trüben Geschichte unserer Tage konnten, so scheint es, die beiden Gewalten nie im nötigen Gleichgewicht nebeneinander bestehen: bald herrschte die Legislative und unterwarf sich die Regierung, bald ward sie ganz von der Exekutive verdrängt. Und das schlimmste ist: die Erfahrung hat gezeigt, daß es nötig ist, die Verfassung außer Kraft zu setzen, wenn man das Land wirklich mit Erfolg regieren will.

Also: es gilt ein Verfassungswesen zu schaffen, das

imstande ist, das normale Staatsleben darzustellen, und in welchem der Ausgleich der Gewalten sich erreichen läßt, ohne daß die Legislative an Zuständigkeit und Ansehen, die Exekutive an Stabilität und Macht einbüßt.

VI

Trotz allem, was ich ausgeführt habe, würden wir nur einen Text und eine Fiktion gegen einen anderen Text und eine andere Fiktion eintauschen, wenn wir nicht versuchten, im Staat nach Gebühr alle politischen Elemente des Gemeinwesens zu gliedern.

Der politische Liberalismus des 19. Jahrhunderts hat uns den „Staatsbürger" beschert, ein aus Familie, Stand, Beruf, Kulturmilieu herausgelöstes Individuum, und hat ihm zu freier Ausübung das Recht gegeben, in das Staatswesen einzugreifen. Hier also sah man deshalb die Quelle der Souveränität des Volkes.

Sieht man genauer zu, so haben wir es hier mit einer Abstraktion zu tun, einem irrigen oder unzureichenden Begriff, und der sicherste Weg, zu dem Stützpunkt zu gelangen, den wir suchen, wird der zu den natürlichen und dem Einzelleben unentbehrlichen Verbänden sein, die in Wirklichkeit das politische Gemeinwesen bilden.

Da ist zunächst die Familie. Als soziale Urzelle, als Urkern der Gemeinde, des Kreises und schließlich der Nation ist sie natürlicherweise das erste der organischen politischen Elemente des Staatswesens.

In ihrer Bildung, Erhaltung und Entwicklung wirksam geschützt, steht der Familie in ihrem Oberhaupt das Recht zu, die Mitglieder der Verwaltungskörper zu wählen, — zum mindesten die der Gemeinde, wo

diese schon nichts weiter ist als die natürliche Zusammenfassung verschiedener Familien mit gemeinsamen Interessen. Dort vor allem finden wir den Staatsbürger mit begründeten politischen Rechten.

Die geistigen und wirtschaftlichen Körperschaften wie die Universitäten und Akademien, die literarischen, künstlerischen und technischen Fachschaften, die Landwirtschafts-, Industrie-, Handels-, Kolonial- und Arbeiterverbände sind Gestaltungen, die sich die Zivilisation aus natürlichem Trieb oder sozialer Notwendigkeit heraus schafft.

Da sie berechtigte Interessen im Rahmen derer der Gesamtheit vertreten, liegt es im Wesen der Zeit und im Interesse des Staates, daß sie sich erweitern und zusammentun zu immer größeren Verbänden und Ständen, damit sie wirklich Gliederungen des Staates darstellen. Als solche sollen sie mit ihrer Stimme oder Vertretung mitwirken an der Konstituierung der Kammern, die eine wirkliche Volksvertretung sein sollen. Wieder wird so eine Fiktion – die Partei – aufgegeben zugunsten einer wirklichen Gegebenheit: der Gemeinschaft.

Die Verwaltungskörper haben nicht nur die Prärogativen der lokalen und regionalen Verwaltung, die so weit dezentralisiert ist, als die Umstände es gestatten, sondern sie sollen auch politische Rechte und Einfluß im Staate haben. Aus ihrer Herkunft und Stellung im Staatswesen folgt logischerweise, daß sie auch Wahlausschüsse bilden zu dem Zweck, zusammen mit den geistigen und wirtschaftlichen Ständen die Mitglieder der Legislative zu bestimmen.

Zusammengefaßt: es gilt, den sozialen Ständestaat streng im Sinn der natürlichen Gliederung der Ge-

meinschaft aufzubauen. Die Familien, Gemeinden, Kreise, Stände, die alle Bürger mit ihren Grundrechten umfassen, sind die Organismen, welche die Nation bilden, und müssen als solche direkten Einfluß auf die Zusammensetzung der Kammern als der höchsten Körperschaften des Staates haben: das ist der allergetreuste Ausdruck des Repräsentativsystems.

VII

Man kann nicht ein ausgeglichenes und starkes Staatswesen schaffen wollen ohne Eingliederung und Entwicklung der nationalen Wirtschaft, die heut mehr denn je in die Staatsordnung einbezogen werden muß. Vielleicht liegt hierin die größte Wandlung, die in allen Kulturvölkern zu vollziehen ist.

Zweifellos ergibt sich in Portugal die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Entwicklung nicht aus den Theorien der Schulen, revolutionären Arbeiterorganisationen, wie in stark industrialisierten oder unmittelbar von den Folgen und dem Elend des Krieges betroffenen Ländern. Sie ergibt sich eher aus dem materiellen Rückstand, der leider für unser Land bezeichnend ist, und aus einem gewissen Mangel an Ordnung, Konsequenz und Stabilität, wodurch Ausbeutung und Schmarotzertum begünstigt werden, die zu fortwährenden Störungen führen und sogar Revolutionen hervorrufen können.

Schon die Forderungen der Geschichte, die Ziele eines maßvollen Nationalismus müssen auf diesem Gebiet ferner dazu führen, daß an die Stelle des reinen oder sozialistisch versetzten Individualismus Normen und Bedingungen treten, die darauf abzielen,

unter dem Schutz des Staates die Produktion tatkräftig zu leiten und zu fördern, den allgemeinen Wohlstand zu entwickeln und einen befriedigenden sozialen Ausgleich zu schaffen. Die Lehren, die diese Probleme, wenigstens in ihrem höheren Ausdruck und in ihrem weiteren Sinn, beherrschen, müssen in die Verfassung eingehen, wie das zum Teil nach dem Krieg schon in den Grundgesetzen einiger europäischer Nationen geschehen ist.

So wie sich die Wirtschaft den höheren politischen, geistigen, sozialen und materiellen Zielen des Landes und der Macht und Stärke des Staates unterordnen muß, so müssen in die Verfassung auch allgemeine Garantien eingehen für die großen Arbeiten und Werke, die von allgemeinem Interesse sind wie Post und Telegraf, Verkehrswesen und Kraftstromversorgung, deren Planung und Ausführung dem Staat obliegt.

Gliederung der wirtschaftlichen Körperschaften, Gruppen und Verbände der Unternehmer oder Arbeiter, die sich von sich aus oder auf Anregung von oben her gebildet haben, in ihrem Nebeneinander, unter Ausschaltung aller Rivalitäten und Streitigkeiten; Unterwerfung allen Tuns und aller Interessen unter die höheren Bedürfnisse und Interessen der Nation, – das ist der Gedanke, der andererseits das Gesetz und die öffentliche Verwaltung beherrschen muß. Doch diesem Gedanken gilt es einen anderen an die Seite zu stellen: die Sicherung der Rechte und der legitimen geistigen und materiellen Ansprüche der Arbeiterschaft. Daß der Arbeit wirklich der Wert eines Faktors im Unternehmen zuerkannt werden und sie deshalb, unter gebührender Wahrung der Ansprüche, die

sich aus Eigentum, Ertrag und Technik ergeben, als wesentlicher Faktor der Produktion auch moralische und wirtschaftliche Geltung erlangen muß: das ist eine Auffassung, die der Staat ebenfalls als grundlegend anerkennen kann, und von deren Verwirklichung in starkem Maße die soziale Befriedung abhängt.

VIII

Ich habe versucht, so klar wie möglich die Grundgedanken darzustellen, auf denen, nach dem Manifest der „Nationalen Einheitsbewegung", die neue Ordnung der Dinge beruhen soll, und dennoch würde es mich nicht wundern, wenn sich in Ihrem Geist viele Einwände gegen meine Ausführungen erheben sollten.

Einen Einwand sehe ich schon kommen: in dieser langen und ausschließlich politischen Rede hört man wenig von Freiheit, Demokratie, Souveränität des Volkes; dagegen viel von Ordnung, Autorität, Disziplin, sozialer Gliederung, Nation und Staat. Das stimmt, und man soll es mutig zugeben, wenn man sich vornimmt, etwas Neues zu schaffen: es gibt Worte und Begriffe, die abgenutzt sind, und mit denen sich nichts Dauerhaftes mehr aufbauen läßt.

Überlegung und Erfahrung lehren uns, daß es nicht möglich ist, auf dem Begriff der Freiheit ein politisches System zu errichten, das die rechtmäßigen Freiheiten des Einzelnen und der Gesamtheit tatkräftig sichere, – eher könnte man – und mit einiger Logik! – im Namen dieser Freiheit jedwede Unterdrückung und jedweden Despotismus verteidigen. Wir haben gesehen, daß die Anbetung der Masse im sogenannten „souveränen Volk" dem Volk als Gemein-

schaft weder Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte noch das gegeben hat, was das Volk – ob nun souverän oder nicht – am nötigsten hat: nämlich eine gute Regierung. Wir haben gesehen, wie sehr man die Schönheiten der Gleichheit und die Vorzüge der Demokratie predigte, und wie man dabei immer tiefer hinabstieg, so daß sich, entgegen der Tatsache der natürlichen Ungleichheit und gegen die legitime und notwendige Rangordnung der Werte in einem wohlgeordneten Gemeinwesen, eine Nivellierung nach unten hin vollzog.

Nun, wir wollen in unserer Politik positiver sein – und das heißt: ehrlicher.

Die Schaffung eines autoritären und starken Staatswesens in einem Augenblick, da die Autorität des Staates in Frage gestellt ist, zu ungestörter Aufrechterhaltung der Ordnung, ohne die kein Gemeinwesen bestehen und gedeihen kann; die Organisation der Befugnisse und Funktionen des Staates in einer Form, die ihre reibungs- und widerstandslose Ausübung gestattet; freier Spielraum für die in seinem Schoß sich regenden und wirkenden Kräfte, soweit die unerläßliche Harmonie und das soziale Nebeneinander es zulassen; die Bestimmung der Rechte und Sicherheiten für den Einzelnen und die Gesamtheit und ihre Schaffung und Verteidigung so, daß der Staat sie zu achten hat und die Bürger sie nicht ungestraft verletzen dürfen, – das ist Freiheit.

Wenn man die Macht den Parteiklüngeln entreißt, allen Interessen das Interesse aller voranstellt: das Interesse der Nation; den Staat abriegelt gegen die Machtgelüste abenteuerlicher Minderheiten und ihn dafür auf immer bindet an die Bedürfnisse und Be-

strebungen der Nation; das Land von oben bis unten durchorganisiert in den verschiedensten Gestaltungen des Gemeinschaftslebens, von der Familie bis zur Verwaltung und den geistigen und wirtschaftlichen Verbänden, und dies Ganze einordnet in den Staat, der so lebendiger Ausdruck dieses Ganzen sein wird, – so heißt das, die Souveränität des Volkes Wirklichkeit werden lassen.

Wenn man sich klar dessen bewußt bleibt, daß die Lebensbedingungen der Menschen einander ungleich sind, und daß dieser Umstand daran schuld ist, wenn ihre Gleichheit oft über eine juristische nicht hinauskommt; wenn der Staat in erster Linie Armen und Schwachen seinen Schutz angedeihen läßt; wenn man den allgemeinen Wohlstand fördert, damit allen zum mindesten das Notwendigste zufalle; wenn man die Fürsorge- und Erziehungseinrichtungen vermehrt, so daß auch die große Masse des Volkes an der Kultur und dem Wohlstand der Nation teilhaben und zu den höchsten Stellen des Staates aufsteigen kann; wenn man den Besten freien Aufstieg nicht nur eröffnet, sondern auch ermöglicht, – so heißt das das Volk lieben und, wenn die Demokratie noch einen guten Sinn haben kann, so heißt es für die Demokratie sein.

So viel zu den Einwänden.

IX

Gestatten Sie mir, daß ich jetzt meinerseits nicht sowohl Einwendungen als ein paar Warnungen laut werden lasse.

Zunächst: es genügt nicht, daß die Ideen, die nach dem Dafürhalten der Regierung die Grundlagen der

künftigen Verfassung bilden sollen, unserem Verstand einleuchten, sondern es gilt, sie zu fühlen, sie zu leben und in die Tat umzusetzen. Wir dürfen nicht meinen, damit, daß sie in einer Verfassung ihren Niederschlag finden, hätten wir ein Allheilmittel für die politischen Übel gefunden. Tot und begraben in Paragraphen, können sie unschädlich sein – was schon ein Vorteil ist: denn andere sind es nicht –, aber dann sind sie auch wirkungslos. In Wirklichkeit werden die Gesetze von denen gemacht, die sie ausführen, und in der Praxis, ihrer abstrakten Reinheit entkleidet, sind sie schließlich der Spiegel unserer Irrungen und Wirrungen.

Deshalb bin ich mir auch im Hinblick auf die Zukunft, auf die Konsolidierung und den Ausbau dessen, was für Ordnung und Zucht, Wirtschaft und Wohlfahrt des Landes geschehen ist, vollkommen darüber klar, daß nichts Dauerhaftes aufgebaut werden kann ohne eine geistige Revolution in den Portugiesen von heute und eine sorgfältige Erziehung der Generation von morgen. Ich frage: lebt in den Herzen derer, die mit uns gehen wollen, die Vaterlandsliebe, die kein Opfer scheut, der Wille zu dienen, die Bereitschaft zu gehorchen – denn nur wer gehorchen gelernt hat, kann befehlen –; lebt in ihnen der Wunsch nach Zucht und Ordnung, nach Gerechtigkeit und ehrbarer Arbeit? Man sieht: an Engel wendet sich dies Programm nicht, sondern an Männer, die willens sind, das Land zu retten, und nicht am Ende seiner wirklichen Rettung im Wege stehen sollen.

Wir unterscheiden uns alle in unseren Gefühlen, in Zuneigung und Abneigung, in Verachtung und Leidenschaft, ja im Haß; in Bildung und Denkart, –

und wenn die Regierung auch, unter Meidung der Extreme auf beiden Seiten, sich an alle wahrhaft vaterländisch Gesinnten unter uns wendet und sie alle zu einigen versucht in vernünftigen und richtigen politischen Gedanken, so steht doch außer Zweifel, daß viele weder die Diktatur unterstützen wollen noch ihr Bemühen, das politische Problem Portugals zu lösen. Die „Nationale Einheitsbewegung" aber – und das ist die zweite Warnung, die ich aussprechen möchte – kann auf keinen Fall das rein nationale und vaterländische Feld verlassen, um etwa eine Partei zu werden; denn das wäre ein Verbrechen, und außerdem wäre es lächerlich, die bestehenden Parteien noch zu vermehren um die Partei derer, die – gegen die Parteien sind. Nein! Aufgefordert von der Regierung, die Diktatur zu unterstützen in ihrem Bemühen, die großen Grundlagen zu schaffen für den nationalen Wiederaufbau und den Boden zu bereiten für eine künftige normale Ausübung der Staatsgewalt, sind sich diejenigen Portugiesen, die daran mitwirken, dessen bewußt, daß sie eine Pflicht erfüllen, nicht aber ein Recht erlangen, und daß gerade mit ihrer Hilfe der Staat aufhören wird, seine Gunst einigen wenigen zu schenken, um dafür allen Gerechtigkeit widerfahren lassen zu können.

Das ist vielleicht eine harte Sprache, aber sie soll von allen verstanden werden: denn wir stehen an dem entscheidenden Punkt, wo viele, die guten Willens sind, zu uns stoßen und manche uns verlassen werden, die da meinten, auf unserer Seite zu stehen, und jetzt verwundert feststellen, daß sie im Irrtum waren.

X

Meine Herren! Ich bitte Sie, die außergewöhnliche Länge meiner Ausführungen entschuldigen zu wollen. Sie ergab sich aus dem Gegenstand, der Bedeutung des Aktes, dem Ernst des Augenblicks, da die politischen Leidenschaften von neuem sich gefährlich zu erhitzen beginnen um Fiktionen, Leerheiten, Schatten, um Nichtigkeiten, während es doch so lebendige Realitäten gibt wie die nationalen Probleme, die weit eher die Aufmerksamkeit und Mühe aller Portugiesen verdienten.

Lassen wir nicht dieses Volk, das in seiner Gutmütigkeit so oft ein Opfer der Unzulänglichkeit und des Irrsinns seiner Machthaber geworden ist, in armseligen inneren Kämpfen verkommen!

Lassen wir es nicht zu, daß ein Volk mit so großen Möglichkeiten, so großen Reserven an Kraft und Reichtum, so großer Opfer- und Hingabebereitschaft und Vaterlandsliebe das traurige Bild derer biete, die die großen geschichtlichen Zusammenbrüche miterleben und darauf verzichten, sich ihre Zukunft zu gestalten!

Geben wir der Nation Lebensmut, Freude und Glauben an sich selbst, stählen wir ihre starke Seele wieder in der Glut der großen Ideale, und diese unerschütterliche Gewißheit leuchte uns voran: wenn wir nur wollen, können wir eine große und blühende Nation sein.

Und wir werden es sein!

6. Nationale Diktatur

Rede vom 17. Mai 1931 anläßlich der von der neugegründeten União Nacional (Nationale Einheitsbewegung) veranstalteten Kundgebung für den Staatspräsidenten General Carmona. Rechenschaftsbericht über den nationalen Charakter der neuen Staatsführung.

Nationale Finanzpolitik – Nationale Wirtschaftspolitik – Nationale Politik und Verfassungsreform.

Wir sind hier zu einer Kundgebung für den Herrn Staatspräsidenten zusammengekommen, und es ist bedeutsam, daß diese Kundgebung der „Nationalen Einheitsbewegung", von der wir mit Recht hoffen, daß sie eine große politische Schule werden möge, am Abschluß ihrer Gründung steht und zugleich ihren ersten Schritt in die Öffentlichkeit darstellt.

Männer verschiedenster innerer und äußerer Einstellung und Herkunft, Männer aller Lager, aller Schichten und aller Berufe haben sich in der „Nationalen Einheitsbewegung" als Portugiesen zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen vermocht, ohne die wir weder in der Politik noch in der Verwaltung, noch im Wirtschaftsleben etwas Neues schaf-

fen könnten: ein neuer Geist ist im portugiesischen Vaterland am Werk.

Um uns herum Selbstsucht, Eitelkeit, Machtgier und Herrschsucht der Einzelnen, denen die Gemeinschaft nichts gilt; und Tausende und aber Tausende von Portugiesen wiederum opfern sich auf für das Wohl der Gemeinschaft, betrachten es als eine Pflicht, jeder an seinem Platz sich dafür einzusetzen, dafür zu wirken, ihm zu gehorchen, ihm zu d i e n e n: ein neuer Geist ist im portugiesischen Vaterland am Werk.

Wir treten der Ehrfurchtlosigkeit, der Mißachtung oder gar offener Auflehnung entgegen; wir wehren uns gegen jede Herabwürdigung der Macht und jede Auflösung der Autorität; wir kämpfen gegen einen fragwürdigen Internationalismus, der die Nationen im Innersten zersetzt. Wir stehen auf dem Boden der wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und politischen Wirklichkeit, auf dem Boden der portugiesischen Nation und erblicken in der Ehrfurcht gebietenden Gestalt des Staatsoberhaupts nicht nur die höchste Autorität, sondern gleichsam den Ausdruck, das Sinnbild unserer eigenen Einigkeit: wahrlich, ein neuer Geist ist im portugiesischen Vaterland am Werk, und es gilt, die Quelle aufzudecken, aus der diese unsere Erneuerung gespeist wird.

Uns hatten innerer Zwist und Bürgerkrieg mürbe gemacht; wir hatten die Cliquen und Parteien erlebt in ihrem Kampf um die Macht und in Ausübung und Genuß der Macht. Wir hatten mit angesehen, wie man sich alles erlauben konnte, wenn man sich nur mit der Regierung und ihrem Anhang gut stand, und wie nur die Parteizugehörigkeit, nicht aber das Gesetz über unsere Freiheit entschied; so daß viele von uns

im eigenen Vaterland Fremde waren. Uns hatte das Schauspiel eines dauernden Regierungswechsels mit seinem unvermeidlichen Menschenverschleiß zur Verzweiflung gebracht, der jede positive Arbeit in Politik und Verwaltung unmöglich machte. Wir hatten voller Sorge feststellen müssen, daß man es nicht wagte, an die Lösung wichtiger und dringender nationaler Fragen heranzugehen, nur weil man fürchtete, Haß und Streit zu vermehren, wo Zusammenarbeit und Friede not taten. Und in einem Europa, das dabei war, sich von den Verheerungen des Krieges zu erholen, und an die Bearbeitung von Problemen heranging, die für unser Schicksal von Bedeutung waren, rieben sich bei uns die Kräfte im allgemeinen Durcheinander auf, ohne daß man sich dazu aufgerafft hätte, Ordnung zu schaffen. Da erhob sich aus dem Volk selbst heraus der Schrei nach einer Zucht, die alle erfaßte, nach einer Autorität, die alle führte, nach einem Banner, dem alle folgen konnten: nach nationaler Diktatur, nationaler Regierung, nationaler Politik.

So wurde es versprochen, und so, glaube ich, ist es geworden.

1

Sehen wir zunächst, inwiefern unsere Finanzpolitik als national bezeichnet werden kann.

Wer bedenkt, wie rückständig wir in mancher Hinsicht noch sind, und wie notwendig es ist, daß der Staat wie die Einzelnen größere Summen in öffentlichen Arbeiten und Produktionsmitteln anlegen, wird zugeben müssen — wenn er nicht von Hirngespinsten lebt, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben —,

daß jede wahrhaft nationale Politik von zwei Grundvoraussetzungen ausgehen muß: von der Festigung des öffentlichen und privaten Kredits und von der Konsolidierung der Währung. Wer mitangesehen hat, wie übel es um unsere Verwaltung bestellt war, oder wer selbst irgendwie mit unserer Verwaltung zu tun gehabt hat, kann ermessen, ein wie schwieriges Unterfangen das ist, und wird zugeben müssen, daß wir nicht anders hätten vorgehen können, als wir bisher vorgegangen sind.

Wer die Wirtschaft eines Landes wiederaufbauen, wer Hafenanlagen schaffen, Straßen und Verkehrswege bauen will; wer will, daß die Behörden besser und zweckmäßiger arbeiten; daß die Produktion verbessert und verbilligt und daß der Lebensstandard der Arbeiterschaft und des Mittelstandes gehoben wird; wer eine zielsichere Politik einzuleiten und zu treiben vorhat und auf besseren und regeren Handelsverkehr mit anderen Ländern und mit den Kolonien aus ist und zu alledem nicht über reichlich und billig fließende Mittel verfügt, versucht etwas Unmögliches.

Wer bei einer moralisch nicht einwandfreien Verwaltung, bei einem nicht geordneten Finanzwesen und bei schwankender Währung Kreditoperationen vornehmen will, muß eine Enttäuschung nach der anderen erleben und bringt leichtfertig den Staat um sein Ansehen und um seine Würde.

Wer die Währung stabilisieren und damit die Wirtschaft vor Erschütterungen und Krisen bewahren will, ohne eine ausgesprochene Sparpolitik zu treiben und für regelmäßige Eingänge zu sorgen, die das Gleichgewicht festigen und den Staat entlasten; ohne mit Rückständen ins Reine zu kommen und damit die

Staatskasse gegen Überraschungen zu sichern; ohne die kurzfristige Schuld abzulösen oder zu konsolidieren; und ohne eine Reform der Notenbank vorzunehmen: der verkennt das Zusammenspiel der einzelnen Elemente untereinander, die alle gemeinsam erst einer solchen für Finanz und Wirtschaft gleich bedeutsamen Maßnahme vollen Erfolg sichern.

Wer die Notenbank reformieren und ihr die Aufgaben stellen will, über der Stabilität der Währung zu wachen, statt sie zu einer Kreditregulierungsanstalt des Binnenmarktes werden zu lassen; wer eine solche Aufgabe von ihr erwartet und ihr nicht die Mittel an die Hand gibt, sie zu erfüllen, und sie wie bisher dazu herabwürdigt, durch erhöhte Notenausgabe das Defizit des Staatshaushalts zu decken; und wer ihr diese Mittel an die Hand gibt, aber nicht die Schulden abdeckt, oder sie abdeckt, aber der Bank keine Sicherheit gegen neue Eingriffe in ihre Verwaltung oder gegen neue Forderungen der Staatskasse gibt; wer etwa glaubt, solche Sicherheit bestünde wirklich, solange der Haushalt nicht ausgeglichen ist: der verwechselt Wunsch und Wirklichkeit.

Wir aber haben alle diese Leistungen und Reformen vollbracht oder sind doch auf dem Wege dazu, und so kann man denn in dieser Beziehung wirklich von einer rein nationalen Finanzpolitik sprechen. Aber da ist noch ein anderer Punkt, den es zu beachten gilt.

In unserem Finanzwesen hat sich das Durcheinander der Verwaltung am stärksten und am längsten fühlbar gemacht, obwohl es doch gerade hier die ernstesten Rückwirkungen auf die Lebenskraft, die Ehre, den Bestand der portugiesischen Nation zeitigen mußte. Wer aber Leben, Ehre und Bestand der Na-

tion sichern will, muß auf eine absolut saubere innere Verwaltung bedacht sein.

Wenige Nationen sind durch ihre geographische Lage zugleich so begünstigt und so gefährdet wie wir. Unsere Stützpunkte im Atlantik, die unersetzlich sind, aber verstreut und vom Kontinent weitab liegen, und unsere zahlreichen und wertvollen Kolonien, die sich über drei Erdteile erstrecken, erfordern, wie jeder einsehen muß, eine ordentliche und äußerst korrekte Verwaltung, Freizügigkeit Ausländern gegenüber und eine finanzielle Unabhängigkeit, die uns davor bewahrt, in einen schlechten Ruf zu kommen oder gegebenenfalls einen Vorwand für gewisse „Kompensationen" zu liefern . . .

Ich gehöre zwar keineswegs zu denjenigen, die gegen fremdes Kapital voreingenommen sind, sondern bin vielmehr der Ansicht, daß es neben dem zurückwandernden portugiesischen Kapital durchaus seine Stelle bei uns haben sollte, aber unsere Verwaltung muß so arbeiten, und unsere Finanzen müssen so gestellt sein, daß wir selbst über seine Beteiligung und seine Zweckmäßigkeit entscheiden können. Hier ist Ehrbarkeit nicht nur eine Pflicht, sondern sie liegt auch in unserem Interesse.

Im ersten Band seiner vor kurzem erschienenen „*Denkwürdigkeiten*" berichtet der ehemalige kaiserliche deutsche Reichskanzler Fürst Bülow über seine Absichten auf einen Teil der portugiesischen Kolonien. Mit welchen Argumenten seine Diplomatie arbeiten konnte, scheint mir aus diesem kurzen Satz hervorzugehen: „Portugal, der böse Zahler, befand sich in einer Geldklemme, unter der seine Gläubiger,

Deutschland wie England, seit Jahren litten, da sie gar keine Zinsen mehr erhielten."

Heute kann von solchen Absichten keine Rede mehr sein; aber eine Krise, die uns zwang, die Zinssätze unserer auswärtigen Verschuldung herabzusetzen und sie mit ausländischem Geld zu sanieren, genügte, um sie bedrohlich wiederaufleben zu lassen.

Inzwischen sind manche Jahre vergangen. Wir haben große Opfer gebracht, haben gearbeitet und gelitten, haben energische Maßnahmen zur Erhaltung unseres Lebens und zur Gesundung unserer Wirtschaft durchgeführt; unser Haushalt ist ausgeglichen; in die Verwaltung und Rechnunglegung haben wir Ordnung gebracht; unsere Schulden und ihre Lasten haben wir gewissenhaft abgetragen; die kurzfristigen Anleihen sind abgelöst, – dafür konnten wir auf ausländischen Banken Geld hinterlegen; unser Kredit ist fest unterbaut, und unsere Papiere steigen im Wert, während die anderer stagnieren, oder sie halten sich, wo andere abgleiten; unsere Währung wird überall zu festen Preisen gehandelt, und wir werden sie auf gesetzlichem Wege ausschließlich aus eigenen Mitteln stabilisieren; wenn wir heute Anleihen aufnehmen wollen, so tun wir das wie einer, der einen Handel abschließen will, nicht wie einer, der um Almosen betteln muß.

In einer Neuausgabe der *„Denkwürdigkeiten"* des Fürsten Bülow wird der Staatsmann vielleicht ritterlich, der Historiker gewissenhaft genug sein, um der Wahrheit die Ehre zu geben, und den angeführten Satz streichen. Darauf aber kommt es gar nicht so sehr an; wichtiger ist, daß jede wahrhaft nationale Politik sich dies eine zum Grundsatz macht, was zu-

gleich eine Erfahrungstatsache ist: ein geordnetes und vollkommen korrekt arbeitendes Finanzwesen ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung unseres Wiederaufstiegs, sondern überhaupt die Voraussetzung für die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Vaterlandes.

II

Geht man einmal ganz objektiv und unvoreingenommen den Mängeln unseres Wirtschaftslebens auf den Grund, so stößt man auf das Fehlen einer überlegenen Führung und das Fehlen einer Organisation als letzte Ursachen; außerdem fehlte es an allgemeinen Voraussetzungen, die nur der Staat schaffen kann, während andererseits gewisse materielle oder juristische Faktoren einer Vermögensbildung und einer gerechten Verteilung der Güter im Wege standen.

Der Staat war verantwortlich für das, was er nicht tat, sowie auch für den Schaden, den er anrichtete. Einer unserer Freunde konnte diese antinationale Wirtschaftspolitik folgendermaßen kennzeichnen: „Der Staat war nichts als eine unfruchtbare oder allmächtige Bürokratie; von den lebendigen Kräften der Arbeit und der Produktion war er abgeschnitten, was nicht hinderte, daß er in eine plutokratische Hörigkeit zum Spekulantentum geriet; von Einheitlichkeit und Zusammenhang keine Spur und kein Gedanke an organische Planmäßigkeit. Daß die Interessen der Erzeuger und der Verbraucher innerlich zusammengehören, wurde abgestritten, und man erlebte einen regelrechten Wirtschafts-Bürgerkrieg. Währungsschwankungen machten das Vertrauen in alle Verträge zunichte, richteten das Vermögen und das Ansehen der

Nation zugrunde; die Aufwertung geschah dann wieder ohne jede Überlegung und führte zum Zusammenbruch wichtigster Betriebe . . . Alles in allem also ein Staat, der der Wirtschaft völlig ahnungslos gegenüberstand, ein Staat, den Parteienwirrwarr und niedrigster Materialismus zersetzten, ein ohnmächtiger Staat, der zwischen offenkundiger Paralyse und verantwortungslosem Schwachsinn dahinschwankte."

Nicht alles, was im Gegensatz hierzu an aufbauender Wirtschaftspolitik geleistet werden sollte, ist bisher von der Regierung verwirklicht worden; alles aber, was der Staat jetzt auf diesem Gebiet getan hat, hat uns in seinem Umfang und in seiner Planmäßigkeit schon weitergeführt und läßt die Umrisse eines Unternehmens erkennen, das darauf ausgeht, in der Wirtschaft das Interesse der Nation zur Geltung zu bringen.

Die Gesetze sind gereinigt worden von Bestimmungen, die der ordnenden Gewalt des Staates und dem Grundsatz einer gesunden Wirtschaft entgegen waren. Wir glauben die Stabilisierung der Währung zu einem guten Abschluß geführt zu haben. Wir sind daran gegangen, das Kreditwesen von Grund auf neu zu ordnen, das es heute nicht etwa mehr mit losen Versprechungen zu tun hat, sondern mit einer unbestreitbaren Wirklichkeit, während gleichzeitig die Zinssätze bei den Banken und bei den Privatanleihen erheblich herabgesetzt wurden.

Der großartige Straßenbau, die Fischerei- und Handelshäfen, deren Anlage wir in Angriff genommen haben, während gleichzeitig an den bestehenden Anlagen Ausbesserungen vorgenommen und die Häfen weiter ausgebaggert werden; der Ausbau des Fern-

sprechwesens; der Bau von Eisenbahnlinien zwischen Produktions- und Verbrauchszentren; die Förderung des Verkehrs in der Provinz; die Schaffung der Warenbörse; die statistische Erfassung der Industrie; Unterstützungen und Hilfeleistungen an die Landwirtschaft; die Bevorzugung einheimischer Erzeugnisse; die Einschränkung von Betriebsgründungen, die nicht lebenswichtig sind; die Sonderstellung für einige Erzeugnisse des Mutterlandes und der Kolonien: das alles sind nicht etwa einzelne Bausteine, die sich nicht zu einem Ganzen zusammenfügen, sondern vielmehr Grundpfeiler, die gemeinsam die Volkswirtschaft stützen sollen.

Das ist ein Plan, der nicht von Einzel-, Lokal- oder Klasseninteressen beherrscht wird, sondern von dem Interesse des Ganzen; nichts von alledem, was getan werden muß, hängt ab von politischem Druck oder von Wahlergebnissen; nichts geschieht einer kleinen Gruppe von Interessenten zuliebe. Nach unserem Plan soll der Staat Lenker sein, aber nicht Konkurrent; er soll die Privatinitiative stützen, aber nicht stören oder erschweren; er soll die Bildung von Verbänden und Kartellen sowie die Planmäßigkeit in Landwirtschaft, Industrie und Handel fördern, selbst aber nicht oder doch so wenig wie möglich in Landwirtschaft, Industrie und Handel als Unternehmer auftreten. Das Land, das mit seinen Kolonien eine wirtschaftliche Einheit bildet, soll ein Preferenzsystem ausarbeiten, das hüben wie drüben für Erzeugung und Verbrauch unerläßlich ist.

So hat denn also die Wirtschaftspolitik der Diktatur einen Anspruch darauf, als national bezeichnet zu werden.

Man verwechsele aber diese im höchsten Sinne nationale Politik nicht mit einem Wirtschaftsnationalismus, der als eine Folge der Krise fast überall aufgekommen ist, und der so ausschließlich und dem wirklichen Interesse der Nationen so fremd ist, daß wir uns daran bis heut nicht beteiligt haben, trotz der Schwierigkeiten und Schäden, die uns aus der Haltung der anderen erwachsen.

Die gegenwärtige Krise hat sich leider sehr nachteilig auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern ausgewirkt, die doch seit dem Krieg schon ein gutes Stück vorangekommen waren auf dem Weg zu aufrichtiger internationaler Zusammenarbeit. Arbeitslosigkeit, Verluste, Überproduktion und Wareninflation, tote Märkte geben weiterhin Grund zu ernster innerpolitischer Beunruhigung und üben einen solchen Druck auf die erregte öffentliche Meinung aus, daß man hier und da zu heftigen Zollkriegen oder zu einem übertriebenen Protektionismus zurückgekehrt ist, hinter dem sich die Absicht verbirgt, den Markt für die einheimischen Erzeugnisse zu reservieren, – zu direkten oder indirekten Exportprämien, zu Einschränkungen des Außenhandels, d. h. zu alledem, was sich bald als schädlich für das Wohl aller herausstellen wird. Zu guter Letzt hat man die Arbeitsfreiheit für Fremde unter dem Schutz einheimischer Gesetze aufgehoben, die für eine dauernde Errungenschaft der Weltwirtschaft und des Völkerfriedens galt. Mit einem Wort, in der verständlichen Absicht, die Lösung dadurch zu vereinfachen, daß jeder sein eigenes Schicksal in die Hand nahm, versuchte man es leider oft genug mit Heilmitteln, die schlimmer sind als die Krise selbst.

Wir haben das Abkommen über Prohibitionen und Einschränkungen im Außenhandel loyal unterschrieben und gehören noch zu den wenigen, die ihm treu geblieben sind. Wir haben uns streng davor gehütet, die Anarchie der Märkte durch Exportprämien zu verstärken; wir haben so wenig getan zur Erhöhung der Zölle, daß der Protest der einheimischen Erzeuger fast allgemein ist und ungeheuer der Schaden, den die Preissenkung und die Überschwemmung des Marktes mit fremden Erzeugnissen uns zufügt. Wir sind in der Einschränkung der Arbeitserlaubnis für fremde Arbeiter so milde verfahren, daß wohl kaum einer zu klagen gehabt hat, wobei wir noch die ausgenommen haben, die durch Verträge oder traditionelle Bevorzugung begünstigt waren.

Wir haben das alles indessen weder aus Unwissenheit noch aus Fahrlässigkeit unseren Interessen gegenüber getan, sondern glaubten, es wäre besser, Opfer zu bringen, als einen Weg einzuschlagen, den wir andere nehmen sahen, und der nach unserer Meinung zu größeren Schwierigkeiten führen würde. Damit haben wir allerdings auch das Recht erworben, daß man auf uns einige Rücksicht nimmt.

Die schweren Zeiten bringen zuweilen auch manches Gute mit sich. So ist uns die Lage Portugals auf dem engeren Gebiet des Außenhandels insofern günstig, als der große Einfuhrüberschuß uns bei neuen Vertragsverhandlungen zugute kommen kann; und während die Welt auf direkten Tauschverkehr zurückgreift, können wir, die wir für diesen Zustand nicht verantwortlich sind, dabei nur profitieren.

Unbekümmert um die Entwicklung der Dinge, unbekümmert auch um die Maßnahmen, die andere

Länder angesichts der Krise ergreifen mögen, wird unsere Wirtschaftspolitik, die wir hoffentlich weiterhin von allzu engem Nationalismus bewahren können, ihren vorgezeichneten Weg nehmen: durch zweckmäßige Gestaltung der Produktion dem Frieden, der Entwicklung, dem Aufschwung der Wirtschaft daheim und in den Kolonien, mit einem Wort: der Volkswirtschaft zu dienen.

III

Wir müssen noch kurz auf den nationalen Charakter unserer Innen- und Außen- und unserer Kolonialpolitik eingehen.

Sie können zurückblicken auf fünf Jahre Diktatur, fünf harte, schwere Jahre voller bedeutsamer innen- und außenpolitischer Ereignisse. Im Lande selbst die Umsturzversuche und die Hetze ewig Unzufriedener und Verantwortungsloser, die da glauben, mit Dekreten und Schlagworten mache man schon ein Volk glücklich, oder die uns auf immer in Aufruhr und Terror stürzen wollen.

Draußen eine unruhige, erregte, fiebernde Welt. Der Krieg hat alte soziale und politische Schranken niedergerissen, das Leben der Einzelnen wie der Gesamtheit demoralisiert, die Völker verarmt, neue Bedürfnisse geweckt. Kaum ein Volk ist mit seiner Lage und mit seinen Einrichtungen zufrieden: friedliche oder gewaltsame Umwälzungen nehmen kein Ende. Die alten politischen Systeme zeigen sich den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen, und die Regierungen weichen entweder immer mehr einem

Gegendruck oder festigen ihre Stellung auf Kosten des Liberalismus und des Individualismus. Das scheint in vielen Fällen sogar eine Lebensnotwendigkeit zu sein.

Immer enger gestalten sich die zwischenvölkischen Beziehungen, aber über eine legitime, nutzbringende, friedliche Zusammenarbeit hinaus versucht man, den Lehren eines wirren Internationalismus bei anderen Völkern Eingang zu verschaffen, der hier und da im Gefolge eines vagen Imperialismus auftritt. Und dagegen gibt es wiederum gesunde Widerstände.

Und welche Haltung nehmen wir dem Widerstreit all dieser Lehren, Interessen, Bestrebungen gegenüber ein?

Portugal ist ein altes und in sich geschlossenes Land, dessen Grenzen fast unverrückt geblieben sind, seit es ein unabhängiger Staat ist. An der ereignisreichen Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa hat es kaum Anteil. Unser Ruhm liegt dafür auf dem Gebiet der Entdeckung, Bevölkerung, Kolonisierung und Zivilisierung neuer Landstriche, die heute mit dem Mutterland eine nationale Ganzheit bilden. Wir sind Söhne dieser Vergangenheit, und es ist nicht nur Ehrfurcht vor dem klaren Willen unserer Väter, sondern auch ein tiefes Bewußtsein von den Diensten, die wir Europa und der Welt geleistet haben, wenn wir offen bekunden, daß wir heute und allezeit sein wollen, was wir immer waren: ein freies, unabhängiges und ein Kolonialreich.

Entdeckung und Eroberung, Opfer und Leistung der Portugiesen, die in allen Teilen der Welt Blut und Leben eingesetzt haben, das, was wir auf dem Gebiet der Kolonisierung und Zivilisierung geleistet haben:

das gibt uns hier wie dort ein Recht darauf. Es ist der Wille des Volkes; ein Gebot des Gewissens der Nation.

Daraus erklären sich die Grundsätze unserer Kolonial-Akte, das jahrhundertealte und erst kürzlich neubekräftigte Bündnis mit England, der Ausbau unserer Flotte, die weniger eine Kriegswaffe zu sein bestimmt ist als ein Symbol der Verbundenheit zwischen dem Mutterland und den Portugiesen in Übersee.

Wenden wir uns noch kurz der Innenpolitik und der Verfassungsreform zu.

Wer wie Sie Träger und Künder der großen Wandlung sein will, auf die die Diktatur mit allen Kräften hinstrebt, muß wissen, worum es im tiefsten geht. Vergessen Sie nie, daß es gilt, eine neue, eine vernünftige politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung zu schaffen, in der der Staat stark genug ist, um über allen Kräften des nationalen Lebens stehen zu können, statt ein Spielball oder ein Opfer der Parteien, Cliquen, Gruppen, Klassen oder revolutionärer Machenschaften zu werden.

Wenn wir die Freiheiten anerkennen und schützen wollen, die das Gesetz verbürgt, wenn wir die freien Kräfte auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens miteinander und mit dem Wesen und den Aufgaben des Staates in Einklang bringen wollen, so gilt es, die Autorität fest zu unterbauen und zu sichern, denn sie ist die erste Voraussetzung für Ordnung und Ruhe und für das Wohl und Gedeihen des Gemeinwesens. Wenn es uns gelingt, durch die „Nationale Einheitsbewegung" der Arbeit der Regierung Dauer, dem Staat Festigkeit zu geben, ohne auch nur eines der Rechte und der berechtigten Interessen anzutasten, die als Errungenschaften der Zivilisation für die Ge-

meinwesen gelten, so ist uns der fruchtbarste und glücklichste Sieg des Zeitalters gelungen.

Gering sind die Schwierigkeiten, die sich uns dabei entgegenstellen, und die teils in der Vergangenheit begründet liegen, teils uns aus den Wirren der Zeit und aus der gegenwärtigen Lage erwachsen, gewiß nicht. Das bedeutet, daß wir alle fest zusammenstehen müssen in Ordnung und friedlicher Arbeit, um allem gewachsen zu sein.

Offiziere und Soldaten, Lehrer und Beamte, Männer des Geistes und Männer der Tat, Studenten und Arbeiter, Bauern und Werkleute, Kaufleute und Handwerker ihr, — euch alle rufe ich, euch: Portugiesen! Wir wollen zusammenstehen für das Vaterland, seine Wohlfahrt, seine Unabhängigkeit, seine Freiheit und seine Größe, wie wir es den Ahnen schuldig sind und den Enkeln!

7. Die Wehrmacht und die nationale Erhebung

Rede vom 28. Mai 1932 anläßlich der Verleihung des Ordens vom Großkreuz der „Torre e Espada", dessen Insignien durch Subskription unter Offizieren der Wehrmacht aufgebracht wurden.

Das Heer als Träger der Revolution – Macht und Gewalt – Friedlicher Umbruch – Die Verfassung – Das Werk der Diktatur.

Es ist eigentlich nicht meine Art, bei großen Kundgebungen aufzutreten, weil ich fürchte, daß so wie die Dinge einmal bei uns liegen, die Unabhängigkeit der Regierungsarbeit darunter leiden könnte. Und doch kann ich mich nicht der Pflicht entziehen, dem heutigen Tag wegen seiner Bedeutung, seiner Einmaligkeit und politischen Tragweite die Weihe zu geben, die ihm zusteht.

Der Herr Staatspräsident hat die Güte gehabt, mir den Orden zu verleihen, der bei uns von jeher Tapferkeit, Treue und Verdienst bedeutet, und der wohl bei Nichtsoldaten selten ist. So verpflichtend und bedeutsam eine solche Auszeichnung auch sein mag, so möchte ich doch nicht in diesem Augenblick mich

dazu äußern und meinen Dank abstatten. Nur eines möchte ich hervorheben: den Anteil, den das Heer daran genommen hat, und zwar, wie ich glauben möchte, nicht ohne Grund.

Niemand wird hierin vollkommene Übereinstimmung mit allen meinen Maßnahmen, Auffassungen oder Handlungen erblicken wollen, wohl aber den Ausdruck unbezweifelbarer Solidarität des Heeres mit der nationalen Diktatur, der ich dank der Unterstützung, die ich fand, länger habe dienen können als andere.

Das Heer hat keinen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte oder der öffentlichen Verwaltung. Es kann oder darf also weder für das eine noch das andere verantwortlich gemacht werden. Hingegen ist es verantwortlich dafür, daß der Leitgedanke der Erneuerung, in dessen Zeichen die vor sechs Jahren erfolgte militärische Erhebung stand, in die Tat umgesetzt wurde, d. h. es ist verantwortlich für die Fortführung der Revolution und ihre revolutionäre Dynamik.

Ich trete niemand zu nahe, wenn ich sage, daß die moralischen und materiellen Erschütterungen der letzten Jahrzehnte die Nation an den Rand des Verderbens gebracht haben. Überall, in Politik und Verwaltung, in der öffentlichen wie in der Privatwirtschaft bot sich uns das gleiche Schauspiel tiefster Zerrüttung, und eine natürliche Folge davon war das Schwinden unseres Ansehens im In- und Ausland. Wer irgendwie mit den charakteristischsten Fällen dieser Zeit des Niederganges zu tun gehabt hat, der weiß, wieviel

Leere, Schmarotzertum und Schein sich barg in der öffentlichen Verwaltung, in Handel und Industrie, in Bank und Finanz, im gesamten sozialen Leben. Man kann sagen, daß Anstand und Gerechtigkeit aus dem portugiesischen Leben verschwunden waren und allgemeine Zuchtlosigkeit herrschte.

Wie immer in solchen Zeiten, konnte man auch bei uns beobachten, daß der Zerfall – wenn wir absehen von der Masse der werktätigen Bevölkerung, die nur ihre Arbeit kennt und nur an ihren Mängeln die Mängel des Gesamtlebens spürt – daß der Verfall im wesentlichen in zwei Typen in Erscheinung trat: im Typ derjenigen, die den allgemeinen Niedergang zu ihren dunklen und unsauberen Geschäften ausnutzten, und dann im Typ derer, die aus Erbitterung über die Entwicklung der Dinge der Skepsis und Gleichgültigkeit anheimfielen. Zu diesen gesellten sich viele der besten Portugiesen, die an einen Wiederaufstieg des Vaterlandes nicht mehr glauben konnten.

Nichts ist bei einer solchen Desorganisierung und Auflösung aller sozialen Kräfte schwieriger, als einen ruhenden Punkt zu finden, von dem die rettende Tat ihren Ausgang nehmen kann.

Das Heer hat unter allen Unbilden der letzten Zeit, Krieg, Revolutionen und Reformen, schwer zu leiden gehabt und stellt noch nicht das dar, was es nach unserem Willen darstellen sollte. Seinem wahren Charakter gemäß steht es der Politik fern als Hierarchie mit strengster Zucht und als Hüter der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit. Diese Zucht, die nur das Wort Vaterland und Ehre kennt, stellte die letzte Macht dar, die ohne große Erschütterungen und Gefahren die bestehenden Hindernisse aus dem

Wege zu räumen und die neue Regierung zu unterstützen vermochte, welche die Rettung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

So geschah es. Das Heer, das der Nation blutige Kämpfe ersparte, die Herrschaft der Parteien brach und damit neues Unglück und schlimmere Uneinigkeit verhinderte, gab der Bewegung eine Bedeutung und Größe, wie sie die vielen früheren Revolutionen nie gehabt und auch nie beabsichtigt hatten. Als Mitglied der Regierung bin ich immer dagegen gewesen – und ich glaube damit für die Ehre der Wehrmacht eingetreten zu sein –, daß dieses Eingreifen des Heeres herabgesetzt und zu einem P r o n u n c i a m i e n t o oder einer Militärrevolte degradiert würde, das doch einem Befreiungswerk seine Unterstützung geben wollte, ohne die es nicht hätte durchgeführt werden können. Entgegen anderen Deutungen habe ich immer daran festgehalten, daß es nicht der Grundgedanke des 28. M a i gewesen sein könnte, das portugiesische Problem zu lösen durch eine andere Verteilung der Parteikräfte, durch den Ersatz der Regierung der einen Partei durch die einer anderen. Das wäre mit den Aufgaben und dem Ansehen des Heeres nicht zu vereinbaren gewesen. Das Ziel, das man im Auge hatte, war vielmehr, zu politischen, administrativen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Verhältnissen zu gelangen, die durch einen wirklichen Umbruch die Wiedergeburt der portugiesischen Nation verbürgten.

In diesem – meiner Ansicht nach einzig berechtigten – Sinn meine ich, daß es nicht Aufgabe des Heeres sein kann, Politik zu treiben oder bestimmte Regierungen zu unterstützen, sondern bis zum Schluß

Bürge und Unterpfand der nationalen Revolution zu sein.

Manche, die sonst mit der Erneuerungsbewegung der Diktatur völlig einverstanden sind, sagen – übrigens in bester Absicht –, ihre Methoden seien nicht den Umständen angepaßt und sie müsse mehr Gebrauch von der Gewalt machen.

Ich verstehe es vollkommen, daß der Gedanke an die Gewalt – Gewalt im doppelten Sinne von Ausschaltung des Gesetzes und gesetzmäßiger Aberkennung bestimmter Rechte –, ich verstehe, sage ich, daß unter dem Eindruck der Übel und Widerstände sowie der Vorgänge bei unserer extremen Rechten und unserer extremen Linken ein solcher Gedanke bei vielen Form annimmt. Trotzdem war ich immer der Überzeugung, daß die Anwendung von Gewalt bei uns nicht angebracht sei. Es ist ja in früheren Zeiten des öfteren versucht worden, und immer mit dem gleichen Mißerfolg. Wozu sollte man sich auch bei dem bekannten Charakter unserer Militärbewegungen und der Neigung des Portugiesen zur Gefühlsduselei in ein Abenteuer einlassen, wo so viele und schwere Probleme der Lösung harren und es an geeigneten Führerpersönlichkeiten fehlt? Wozu das, wenn die Möglichkeit besteht, das Gleiche durch Mittel zu erreichen, die mehr im Einklang stehen mit unserem Temperament und dem Leben des portugiesischen Volkes. Außerdem kann eine Regierung, die sich selbst in Moral und Recht Schranken setzt, nicht ihrer Willkür freien Lauf lassen, sondern muß ihrer Pflicht folgen.

Es ist gefährlich, einem schon stark geschwächten Volkskörper noch mehr zuzumuten. Wo der Verfall

schon so weit fortgeschritten ist, müssen die Baumeister der Zukunft sich schon, wenigstens vorübergehend, mit Materialien behelfen, die sie unter anderen Umständen zurückweisen würden.

In Portugal wird so oft Gerechtigkeit mit Gewalt verwechselt, daß man sich seltener gegen die Verbrechen auflehnt als gegen die Strafen. Dieser Umstand erschwert unsere Gesundung ganz besonders. Wir leben in einem kleinen Land, wo jeder den andern kennt, wo einer auf den andern angewiesen ist, wo die persönlichen Beziehungen von den politischen Kämpfen unberührt bleiben, und dieser Umstand ist ein schweres Hindernis für die Schaffung geordneter Zustände, weniger noch auf politischem Gebiet als auf dem der Verwaltung und der Wirtschaft, wo die einfachste Anwendung des Gesetzes auf Schwierigkeiten stößt.

Es ist der Diktatur hart angekommen, nach und nach die größten Schädlinge aburteilen zu lassen, und ich kann es schon verstehen, wenn aufrechte Männer darüber empört sind, daß wir Jahre brauchen zu Maßnahmen, die eine Regierung unter Ausnutzung ihrer revolutionären Unabhängigkeit in wenigen Tagen durchführen könnte. Aber darin liegt gerade das große Problem, nämlich zu wissen, ob die schrankenlose Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden Gewalt nicht das ganze Werk des Wiederaufbaus in Frage stellen würde.

Überlegung und Erfahrung sowie die nationalen Ziele, welche die Diktatur bestimmen, bestärken mich in der Meinung, daß ohne Anwendung von Gewalt der Wiederaufbau Portugals nicht möglich ist. Doch muß dies mit Überlegung und Vorsicht geschehen, damit

die Fortsetzung des Werkes gesichert ist und Komplikationen vermieden werden, die sie schädigen oder unmöglich machen könnten. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu wählen zwischen der Anarchie und der von einer autoritären Regierung auferlegten Disziplin. Niemand wird sich der Notwendigkeit verschließen, daß der neue Staat überaus stark und widerstandsfähig sein muß, um die revolutionären Strömungen zu meistern, die nationale Einheit zu sichern, alles in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen, der Revolution Antrieb zu geben, damit das von uns begonnene Werk von künftigen Generationen fortgeführt werden kann. Doch wird man begreifen müssen, daß die Neuorganisation des Staates und die Neugestaltung der portugiesischen Gesellschaft nicht in einem Orkan erfolgen kann, den wir selbst entfesseln.

Auf diesem Grundgedanken eines friedlichen, aber totalen Umbruchs, der das ganze portugiesische Leben und nicht nur die politischen Schichten erfaßt, ist der Verfassungsentwurf aufgebaut, der heute dem Land vorgelegt wird. Diese Verfassung will ohne gefährliche Sprunghaftigkeit den neuen Staat Portugal bilden, der die Epoche des individualistischen Liberalismus abschließt und diesen ersetzt durch einen gesunden Nationalismus, der von der historischen Sendung der portugiesischen Nation und einer vernünftigen Auffassung der Gesellschaftslehre her bestimmt wird. Diese Grundsätze gestatten weder irgendwelche Zusammenarbeit mit Elementen, die sich noch an die alten Begriffe von Partei und Parlamentarismus klammern, mögen ihre persönliche Ehrenhaftigkeit und früheren Verdienste noch so groß sein, noch irgend-

welche Maßnahmen, die auf einen Gewaltstreich hinauslaufen. Wir wollen behutsam, doch entschlossen versuchen, aus Portugal einen starken Staat zu machen, der allen seinen Bürgern, der Nation und ihren einzelnen Gliedern Schutz gewährt; einen Staat, in dem die höchste Gewalt, die das Land seinem Oberhaupt anvertraut, gewährleistet ist und die von diesem nach freiem Ermessen ernannte Regierung wirksam arbeiten kann.

Dieser Entwurf der politischen Verfassung enthält neben der einen oder andern versuchsweise getroffenen Maßnahme, die sich bewähren wird oder nicht, und über deren Beibehaltung die Zukunft entscheiden muß, ein bedeutsames Programm für die portugiesische Nation. Der in Krise befindlichen Welt gegenüber bietet es ein Rechtssystem, durch das wir nach unseren Kräften versuchen, einen Damm zu errichten gegen alle Zersetzung des Denkens und sozialen Lebens, gegen alle Angriffe auf das Wesen und die Bestimmung der Nation und des Staates und die Grundpfeiler der gesellschaftlichen Ordnung. Ich vertraue darauf, daß der Entwurf die Unterstützung des Heeres und die Zustimmung aller guten Patrioten finden wird, die eine Erneuerung herbeisehnen.

Zum Schluß nur noch zwei Worte. Wie ich höre, gibt es Leute, die mit der Diktatur nicht zufrieden sind. Ich stehe in der ersten Reihe dieser Unzufriedenen. Wenn ich an die vielen und schweren Aufgaben denke, die wir vor uns haben, wenn ich mich daran erinnere, daß das Land fast vollständig desorganisiert ist, daß es notwendig ist, seine Wirtschaft zu stärken, seinen Lebensstandard zu heben, Disziplin in alle Schichten zu tragen, dafür zu sorgen, daß Be-

hörden und Privatwirtschaft zweckmäßiger arbeiten, unser Nationalbewußtsein zu stärken und das Land gesund und widerstandsfähig zu machen; wenn ich die Größe des Programms sehe, die Schwierigkeiten, Widerstände, Unzulänglichkeiten jeder Art, mit denen wir zu kämpfen haben, und dazu so viel Elend, Ungerechtigkeit und Unmoral, dann ermesse ich mit Kummer, wie weit unser Können hinter unseren Wünschen zurückstehen muß. Und doch, wenn ich dann wieder daran denke, in welcher Zerrüttung, in welchem Sumpf wir vor noch nicht langer Zeit dahinvegetierten, wenn ich sehe, daß wir trotz den Folgen einer alten Depression, trotz der Weltkrise es fertig brachten, den Staatshaushalt auszugleichen, die äußere schwebende Schuld zu tilgen, die innere Schuld um eine Milliarde Escudos zu verringern, die Bank von Portugal und die Währung wieder aufzurichten, den Staatskredit wiederherzustellen, den öffentlichen Arbeiten und lokalen Meliorationen Auftrieb zu geben, dem Unterrichtswesen neue Wege zu weisen, den Bau einer neuen Kriegsflotte in Angriff zu nehmen, die Landwirtschaft zu fördern, die Industrie zu schützen, die Grundlagen für einen stärkeren Zusammenhalt zwischen dem Mutterland und den einzelnen Teilen des portugiesischen Kolonialreichs zu legen, überall Ordnung und Ruhe zu sichern; wenn ich überdies feststellen kann, daß das öffentliche Leben und die Presse an Würde gewonnen haben, daß die Verwaltung anfängt, wirklich im Dienste am Vaterland zu arbeiten; wenn ich sehe, daß an die Stelle von Zweifelsucht Vertrauen getreten ist, daß sich eine neue Mentalität bildet, die den Sinn der Autorität begreift, aber auch von den Regierungsstellen Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit

verlangt, die früher nicht da waren, dann kann ich an dem Erfolg unseres Unternehmens nicht zweifeln, dann habe ich den Glauben, den absoluten Glauben an die Wiedergeburt unseres Vaterlandes.

Ich bin ein Portugiese, der in der glücklichen Lage ist, an alle guten Portugiesen ein nachdenkliches Wort, einen Appell an ihre vaterländischen Gefühle richten zu können. Die heutige Zeit ist entscheidend für die ganze Menschheit. Die Staaten schwanken unter der Last schwerster innerpolitischer und außenpolitischer Probleme. Es scheint zuweilen, als ob der Geist des Aufruhrs, des Krieges und der Zerstörung alles Trachten nach Frieden, Zusammenarbeit und Gedeihen zunichte machen solle. In einem solchen Meer von Gefahren ist natürlich auch unser Schiff schwer gefährdet, doch gerade diese Gefahren zwingen uns zu zäher Arbeit, zu erhöhtem Einsatz, zum festen Entschluß, das Werk der politischen Neuordnung Portugals zu vollenden.

Wir müssen unser Ziel erreichen! Das sind wir den Trägern der Bewegung des 28. M a i, das sind wir unserem Vaterland und der Ehre der Wehrmacht schuldig.

8. Die Männer sind andere — die Regierung ist die gleiche

Rede vom 5. Juli 1932 bei der Ernennung zum Ministerpräsidenten.

Was ich jetzt verlesen werde, stellt keine Regierungserklärung alten Stils dar, kein unbestimmtes Programm mit leeren Versprechen und Hoffnungen.

Das erklärt sich daraus, daß zwar die Männer, die dieses Ministerium bilden, andere sind, die Regierung aber die gleiche ist: die gleiche Regierung der Nationalen Diktatur, die weiß, was sie will, und deren Wege vorgezeichnet sind. Die Probleme, die in Politik und Verwaltung der Lösung harren, sind zahlreich und schwierig, einzelne erfordern eine sofortige Behandlung, doch der Geist, in dem wir unser Erneuerungswerk weiterführen, ist der gleiche, aus dem die Diktatur selbst geboren ist.

Nicht alle politischen Systeme sind gleich geeignet für alle Zeiten und alle Völker. Sie sind auch verschieden je nach der Persönlichkeit der Regierenden und dem geschichtlichen Augenblick. Wir, die wir diese Regierung verkörpern, sind uns zutiefst bewußt, daß es gilt, ein neues Portugal zu bauen. Wir wollen Kraft schöpfen aus den Lehren der Gegenwart und

aus den lebendigen Quellen unseres Volksbewußtseins. Wir wissen, welche Rolle die Wehrmacht bei der Verwirklichung unseres Aufbauwerkes spielt und spielen wird. Wir alle wollen nur eines: die Verwirklichung einer hohen nationalen Aufgabe und zwar nach Grundsätzen, von deren Richtigkeit die Nation sich bereits überzeugt hat, und die einzig das Wohl des Volkes im Auge haben. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller aufrechten Portugiesen, die von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt sind. Kurz, wir wollen wissen, mit wem wir unter allen Umständen rechnen können bei unserer völkischen Wiederaufbauarbeit, und die geeignetsten Mitarbeiter und künftigen Führer im Zeichen der Arbeit, des Gehorsams und der Disziplin heranziehen.

Der Mann, der heute an der Spitze der Regierung steht, ist derselbe, der vor vier Jahren an dieser gleichen Stelle die Nation aufforderte, ihm ein wenig Vertrauen zu schenken, und dem es in einem solchen Ausmaß zuteil wurde, daß unter uneigennützigen Opfern der finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbau Portugals in Angriff genommen werden konnte. Das bestärkt ihn in der Hoffnung, daß dieses Vertrauen ihm nicht ausgerechnet in diesem Augenblick versagt werden wird, wo eine neue, schwere Verantwortung auf seine Schultern gelegt wird, nämlich die, grundsätzliche politische Entscheidungen zu treffen und das wirtschaftliche und soziale Leben nach neuen Gesichtspunkten zu gestalten.

Nachdem er vier Jahre an der Spitze des Finanzministeriums gestanden ist, kennt das Land sicherlich die Art des neuen Ministerpräsidenten. Er überstürzt nichts, sucht keine Ausflüchte, geht nicht zu weit,

gibt nicht nach, bemüht sich, gerecht zu sein, und besteht darauf, als Treuhänder der Nation nach Kräften all das zu verwirklichen, was die Diktatur seit ihrem Bestehen auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die Macht, über welche die Regierung verfügt, kommt ihr rechtlich und tatsächlich vom Staatspräsidenten, dem das Heer bei jeder Gelegenheit seine unbedingte Unterstützung, Ergebenheit und Treue bekundet hat. Solange die Regierung das Vertrauen des Präsidenten der Republik besitzt, werden ihre Mitglieder, die die Macht nicht gesucht haben, diese nicht aus den Händen geben. Ein schweres Amt nehmen wir auf uns, das wir jedoch nicht als eine Last betrachten, deren man sich bei der ersten besten Gelegenheit entledigt, sondern als ernste Aufgabe, die bis zum Ende zu erfüllen ist.

9. Die Parteien und die nationale Revolution

Rede vom 23. November 1932 über die Aufgaben der Nationalen Einheitsbewegung, die keine Partei sein soll, sondern eine wahre Volksbewegung. Die alten Parteien haben nicht nur äußerlich aufgehört zu existieren, sondern haben keine innerliche Daseinsberechtigung mehr. Volk und Regierung stehen einander näher.

Nur Finanzmann? – Die Monarchisten – Die Katholiken – Die Männer von gestern – Sozialisten und Kommunisten – Einigkeit – Die Diktatur.

Man hat mir so oft nachgesagt, ich verstünde zwar etwas von den Finanzen, von Politik aber nichts, daß ich eigentlich mittlerweile selbst davon überzeugt sein müßte. Und doch habe ich in entscheidenden Augenblicken in die Politik der Diktatur irgendwie einzugreifen gehabt.

Am 28. Mai 1930, als wir uns über unseren Weg noch nicht recht klar und noch etwas unentschieden waren, und man fast allgemein daran dachte, sich auf die Durchführung der dringendsten verwaltungstech-

nischen Aufgaben zu beschränken, vertrat ich in der Sala do Risco die Meinung, daß eine solche Arbeit an der Verwaltung nur dann Aussicht auf Erfolg und Dauer hätte, wenn die Diktatur sich zu politischer Zielsetzung entschlösse.

Welcher Art die war, legte die Regierung zwei Monate später, im Juli, dar, als sie durch den Ministerpräsidenten die neuen Grundsätze verkünden ließ, in deren Geist, und die Grundlagen, auf deren Boden die Neuordnung des Staates erfolgen sollte. Mir fiel die Aufgabe zu, von dieser Stelle aus und noch am gleichen 30. Juli jenes Dokument zu erläutern und die Größe der darin beschlossenen und von der Regierung gewollten Umwälzung in das rechte Licht zu rücken.

Leicht hat es die Propaganda des neuen Staates in den beiden seither vergangenen Jahren wahrlich nicht gehabt angesichts der natürlicherweise unentschiedenen Lage eines Unternehmens, das noch in seinen Anfängen steckte, angesichts der nun einmal vorhandenen Vorurteile und gegenüber umstürzlerischen Widerständen und angesichts unausrottbarer geistiger Gewohnheiten; angesichts der Furcht, die alle großen politischen und sozialen Umwälzungen einflößen, und gegenüber absichtlich gestifteter Verwirrung und falscher Auslegung. Trotz alledem aber hat in der gleichen Zeit das Ministerium des Innern überall im Lande Ortsgruppen der „Nationalen Einheitsbewegung“ ins Leben gerufen und hat die Regierung einen Verfassungsentwurf vorbereitet, der die neue Ordnung der Dinge festlegt, freilich so, daß jederzeit veränderten psychologischen oder sozialen Gegebenheiten Rechnung getragen werden kann, die in der rei-

nen Theorie unberücksichtigt geblieben sind oder sich aus der totalen künftigen Verwirklichung der wesentlichen Grundsätze ergeben mögen.

So ist denn der Augenblick für die Ausarbeitung und Verkündung einer neuen Verfassung gekommen und der Augenblick, der „Nationalen Einheitsbewegung" eine oberste Führung zu geben. Und mir fällt die Aufgabe zu, diesem politischen Heere die Losung auf seinen Marsch mitzugeben.

Ich kenne viele politische Reden, in denen die Portugiesen stürmisch ermahnt werden, einig zu sein. Das wird immer begründet mit Schwierigkeiten, mit denen die Nation im Innern oder nach außen zu kämpfen hat, mit der Ungewißheit des geschichtlichen Augenblicks, den wir durchleben, und der keinen Wandel, keinen Umschwung und keine Reformen vertrage. So pflegen die Regierungen ihre Gegner zum Schweigen zu bringen, ihre eigene Stellung zu befestigen und ihr Leben um ein weniges zu fristen. Wenn ich daran denke, so bange ich etwas um die Deutung, die meine eigenen Ausführungen jetzt erfahren können. Doch ermutigt mich der Umstand, daß die Übel und Gefahren dieses Augenblicks sichtbar genug sind, und daß ich mich nicht im Interesse einzelner Menschen, Gruppen oder Parteien an Sie wende, sondern im eigensten materiellen, politischen und geistig-sittlichen Interesse der Nation.

Was wir hier in Portugal erleben, das ist ein kleiner Ausschnitt des Dramas, das sich heute in der Welt abspielt. Die geistig-sittliche Einheit der Nationen ist seit langem auseinandergebrochen; vorbei sind die

Zeiten eines gemessenen Fortschritts, stabiler Regierungen, geordneten, zufriedenen und friedlichen Lebens. Da erheben sich längst überholte und begrabene Anschauungen, erscheinen in einem neuen Lichte und wollen, daß die ernstesten Probleme in ihrem Zeichen einer Lösung entgegengeführt werden; mitten in den Schwierigkeiten aller Art fühlen die Menschen das ganze erdrückende Gewicht der eisernen Fesseln überlieferter Wahrheiten und alter Irrtümer, und während sie den Glauben an die einen verlieren, beharren sie in den anderen. Die Wandlungen, die das Wirtschaftsleben durchmacht, führen auf sozialem Gebiet zu gleichartigen Fragen und Schwierigkeiten; diese Wandlungen und neuen Lebensauffassungen suchen auch im Politischen und Staatlichen nach einem eigenen Ausdruck oder einer Entsprechung. Wir erleben es, wie Einrichtungen zusammenbrechen, die sich noch bis vor kurzem der allgemeinen Gunst erfreuten, oder versagen gegenüber neuen Forderungen, denen sie nicht mehr gewachsen sind, oder gegenüber ziellosen Strebungen, die noch um ihre eigene Bestimmung ringen.

Wie immer an solchen geschichtlichen Wendepunkten, so gibt es auch heutzutage Leute, die, gebannt und geblendet vom Zauber des Neuen und uneingedenk des Alters der Erde, auf der schon mancherlei versucht worden ist, dem Heut und dem Gestern jeglichen Wert absprechen und eine ganz neue Welt errichten wollen, – ein Durcheinander edler Absichten, reiner Weltfremdheit und niedrigster Triebe, die längst überwunden sein sollten. Andere wiederum, verbohrt in altgewohnten Anschauungen und Gedanken und in den Vorurteilen ihrer „Zeit“, betrachten

all das, was die Zukunft bringen mag, als Irrtum, Verbrechen, Unglück und widersetzen sich hartnäckig aller Erneuerung oder Umgestaltung; denn für sie haben die Gedanken und Einrichtungen, in denen sie groß geworden sind und gelebt haben, die Schönheit und Kraft ewiger Wahrheiten.

Wir aber sehen uns in der gegenwärtigen Lage vor die Aufgabe gestellt, den Punkt zu bestimmen, in dem diese beiden Strömungen einander begegnen, in der festen Absicht, aus der Vergangenheit das wirklich Wahre und das wahrhaft Gültige menschlicher Geschichte und Erfahrungen zu bewahren und den Verheißungen der Zukunft kühn das zu entnehmen, was Art und Notwendigkeit der neuen Zeit und sogar — warum nicht? — der Geschmack der Mode erheischen.

In einigen Jahrzehnten werden die Völker vielleicht wieder eine andere, neue Formel für das politische und soziale Gleichgewicht gefunden haben; der Weg dahin kann dunkel sein, voller Erschütterungen und voller Elend, oder aber es ist der freilich auch nicht ganz glatte der Sicherheit und ordentlicher Arbeit.

Die Gestaltung dieser Zukunft ist im wesentlichen in unsere Hand gegeben. Wie stellen wir uns dazu, wie werden wir sie uns gestalten, wir Portugiesen von heute?

Die Gründer der „Nationalen Einheitsbewegung" hatten eine umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Umwälzung vor Augen und gedachten auf diesem Wege die größten Probleme zu lösen oder doch so weit zu kommen, daß das Land den größten Schwierigkeiten gewachsen wäre. Ihre Absicht konnte dabei

nicht sein, auf einen Schlag oder durch Gewalt zum Ziel zu gelangen, ohne die Gefolgschaft der eigenen Nation zu haben, sondern in engster Zusammenarbeit mit der Nation im neuen Staat, sobald sein Aufbau ganz vollzogen war, und, bis es so weit wäre, gestützt auf eine starke Volksbewegung. Beherrscht weniger von dem Gedanken an das Vollkommene und Beste als von dem bescheidenen und praktischen an das Wesentliche und Mögliche, haben sie die Grundlagen für die „Nationale Einheitsbewegung" geschaffen, ein gemeinsames Arbeitsgebiet abgesteckt, das groß genug ist, um allen Portugiesen guten Willens, ohne Unterschied der politischen Richtung oder des Bekenntnisses, zugänglich zu sein, sofern sie nur die gültigen Einrichtungen achten und bereit sind, sich für die Verwirklichung der großen Grundsätze des nationalen Wiederaufbaus einzusetzen.

In den verschiedenen Lagern unseres durch Parteibetrieb entarteten politischen Lebens hat man sich nicht immer ganz klargemacht, was wir eigentlich wollen und was sie selber darstellen, welche Bedeutung ihnen selbst in der künftigen Staatsordnung und in dem Augenblick des Übergangs zukommen kann, den wir jetzt erleben. Ich sehe mich daher gezwungen, mich etwas eingehender mit einigen Problemen zu befassen, die mit Dingen zusammenhängen, für die wir nicht verantwortlich sind, oder die sich aus Dasein und Spiel der bei uns vorhandenen politischen Kräfte ergeben. Ich hoffe, daß ich dabei niemand persönlich zu nahe trete.

Ich beginne mit den Monarchisten.

I

Die monarchische Sache hat im Lande noch beträchtlichen Anhang. Sie gewinnt ihre Bedeutung aus der Tradition, aus den Schwächen des republikanischen Systems und aus dem Umstand, daß sie in fast allen ihren Strömungen in einem grundkonservativen Land eine wahrhaft erhaltende Kraft darstellt: alle Gegenwehr gegen die Demagogie hat von jeher ihrer Mitwirkung oder ihrer Unterstützung bedurft. Ein Etwas an Sentimentalität, persönliche Anhänglichkeit, Energielosigkeit, eine bestimmte geistige Einstellung, die portugiesische Erfahrung machen die Zahl, den Wert und bis zu einem gewissen Grade den Mangel an kämpferischer Gesinnung der Anhänger König Manuels[1]) verständlich.

Der 1910 abgesetzte König führte in der Verbannung in London ein Leben, das ich weniger als das eines Fürsten denn als das eines — guten Portugiesen bezeichnen möchte. Er verstand zu leiden, zu forschen und zu beobachten. Er wurde Herr über sich selbst; seine Liebe zum portugiesischen Vaterland wuchs nur noch im unverdienten Leid. Er arbeitete an sich selbst und erlangte Anerkennung in der hohen Welt des Geistes, die ihre eigenen Gesetze hat. Sein Geist füllte sich mit Beobachtungen und Lehren, die er aus Dingen und Tatsachen gewann, die seine Stellung ihm zu sehen erlaubte und die oftmals verschieden sind von denen, die wir erblicken. Er ging auf in häuslichen und gesellschaftlichen Pflichten, in denen er vorbildlich war. Und als dieser vorbildliche Mann, Fürst und Portu-

[1]) König Manuel kam 1908 auf den Thron, wurde 1910 durch die Revolution vertrieben und starb 1932 in London.

giese sich vollendet hatte, in der Vollkraft seiner Jahre, seines Geistes, seiner Bildung, – als er endlich glauben durfte, zum Königtum reif zu sein: da raffte ihn der Tod hinweg, und er hinterließ keinen Erben und keinen Nachfolger.

So fern es uns liegt, das Geheimnis zu durchdringen, das über dem Menschlichen waltet: dies scheint uns fast so widersinnig, daß es uns schmerzlich unfaßbar ist. Zum mindesten wollen wir nicht begreifen, daß ein so tragisches Geschick keine Bedeutung haben soll für das, was dem König am meisten am Herzen lag: Portugals Freiheit, Kraft und Größe. Lassen Sie mich's sagen: dies vor allem ist traurig, daß sein Tod keinem Nutzen gebracht hat. Die portugiesischen Monarchisten sehen sich damit unstreitig vor eine ernste Gewissensfrage gestellt.

Ich weiß zu gut, was eine ehrliche Überzeugung wert ist und kostet, um ihr nicht unbedingte Achtung zu zollen: man kann dem Geiste nicht gebieten, die Wahrheit da zu suchen, wo er sie nicht zu finden glaubt. Nicht alle Ideen aber haben Wirklichkeitskraft oder praktischen Wert; sie sterben zuweilen, ohne Tat geworden zu sein, und es ist nicht gut, daß der Mensch sich an das Tote binde. Bedenken wir doch das Folgende.

Mit wenigen Ausnahmen sind diejenigen europäischen Monarchien, die man als dauerhaft und gefestigt bezeichnen kann, auf den Norden beschränkt, wo die Überzeugung allgemein und tief ist, daß sie zu jeglichem Fortschritt fähig sind, und daß in ihrem Schutz die umfassendsten wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen durchgeführt werden können. Dank den Zeiten, in denen wir leben, sind diese Monarchien

eigentlich sogar nur Erb-Republiken. Nach Süden zu, in Mitteleuropa und im Osten hat sich – wenn auch hier und da politische Wandlungen auf einen Druck von außen zurückzuführen sind – in weitesten Kreisen die Überzeugung herausgebildet, daß gewisse soziale Forderungen sich eher in einer Republik als in einer Monarchie verwirklichen lassen, und daß jene fortschrittlicher seien als diese. Diese vielen tief eingewurzelte Meinung, dieser mystische Glaube an die Kraft und Macht der republikanischen Staatsform als der wesentlich überlegenen trifft eigentlich auf keinen wirklich starken Widerstand: was wir bei den Jüngeren unter den Gebildeten vorherrschen sehen, das ist, daß diese Frage sie ziemlich gleichgültig läßt, oder daß sie doch manchen anderen, die heute im Vordergrund geistiger und politischer Auseinandersetzungen stehen, größere Wichtigkeit beimessen als der nach der Staatsform. Solange hierin kein Wandel eintritt, ist der monarchische Gedanke auf unabsehbare Zeit seiner Wirkkraft beraubt. So viel steht fest: angesichts der revolutionären Wogen sind die Republiken bestrebt, Ordnung und Autorität zu erhalten oder zu schaffen, und die Völker fühlen sich dabei beschützt und gesichert. Die Erfahrung, die wir mit der portugiesischen Diktatur gemacht haben, sollte manchem die Augen darüber öffnen, daß es dabei nicht so sehr auf die äußeren Formen als auf eine vertiefte Auffassung von der Macht, von der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten und der Staatsgewalten ankommt.

Wo wir in einer Welt, die sich vor unseren Augen auf eine unbekannte Zukunft hin wandelt, Problemen von solcher Schwere und Tragweite gegenüberstehen:

sollte da nicht, nachdem der letzte König in heimatlicher Erde zur Ruhe gebettet worden ist, der Augenblick gekommen sein, Wert und Bedeutung der Ideen und Dinge einer Prüfung zu unterziehen; sollte es da nicht an der Zeit sein, eine Haltung einzunehmen, die zu vaterländischem Handeln befähigt und eher dazu angetan ist, zur friedlichen Lösung der ernsten Fragen des nationalen Lebens beizutragen? Doch was ich hier sage, ist – wie auch sonst – weder Lehre noch Rat; es ist nur meine Ansicht von den Dingen.

Ich gehe jetzt zur katholischen Organisation über.

II

Für die gegenwärtige Form der katholischen Organisation in Portugal bin ich persönlich zum Teil mitverantwortlich. Mir war 1922 der Gedanke gekommen, daß das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Republik sich vereinfachen ließe und an Schärfe verlieren würde, wenn man die Frage nach der Staatsform aus dem Wege räumte. Zu diesem Zweck erwies sich die Trennung von den radikalen Monarchisten und der Zusammenschluß aller derjenigen Katholiken in einem katholischen Zentrum als geboten, die, ohne die Frage nach der Staatsform zu stellen, das System ohne Hintergedanken anerkannten, wie es dem ausdrücklichen Wunsch des Papstes entsprach.

Ich will nicht behaupten, daß die Erfolge beachtlich gewesen wären; aber sie hätten andernfalls leicht noch geringer sein können. Viele, die guten Willens waren, stießen sich an der Unbildung und am Jakobinertum der linksradikalen Politiker und ihrer An-

hänger und an der Verzagtheit der sogenannten konservativen Parteien. Tatsache ist, daß jeden Augenblick durchaus behauptet werden konnte, die portugiesische Republik sei ausgesprochen antikatholisch und ihre Neutralität eine Lüge; und das mußte einen für Republik und Kirche bedenklich stimmen in einem Land mit katholischer Tradition und katholischer Bevölkerung. Die Parteilichkeit der Regierungen verwundete das Gewissen der Nation tief, und die freundliche Aufnahme, die Pimenta de Castro, Sidónio Pais und der Nationalen Diktatur auf allen Seiten außerhalb der politischen Gruppen zuteil wurde, findet hierin zum großen Teil ihre Erklärung.

Das sogenannte katholische Zentrum als unabhängige Arbeitsgemeinschaft katholischer Politiker steht der Diktatur nun nachgerade im Wege, die es durch überlegene Führung der Staatsgeschäfte überflüssig machen muß. Einzig die Umwandlung des Zentrum in eine Vereinigung mit sozialen Zielen könnte dem Lande dabei noch von Nutzen sein.

Ich weiß, wie wenig die Reinheit des religiösen Lebens gewinnt, wenn Politik und Religion sich miteinander vermischen, wenn die geistlichen und die materiellen Interessen der Völker durcheinandergebracht werden und die Kirche sich mit irgendeinem Verband zusammentut, dessen politische Wirksamkeit ihm den Charakter einer Partei gibt, gleich ob er dabei nach der Macht strebt oder nicht. Besonders in einem Lande wie dem unseren mit alter katholischer Tradition, aber auch mit ziemlich verschwommener Religiosität, und bei der geistigen Enge unserer Parteizwiste, führt politische Betätigung der Kirche und der Geistlichkeit nur zu ernsten Reibungen und zu einem Mißtrauen, die

ihrem rein seelsorgerischen Wirken nur zum Nachteil gereichen können.

Wir wollen gern glauben, daß sie das fühlt, und daß nur gebieterische Notwendigkeit sie dazu treibt, sich in einem Sinne zu betätigen, der unserer Meinung nach den Glauben um seine Wirkungsweite, das Gewissen um seine Ruhe bringt. Was dahinter steht, scheint mir im Grunde zu sein, daß die staatlichen Gewalten die Grundfreiheiten, auf denen das Leben der Kirche beruht, nicht anerkennen wollen, und daß sich hinter der amtlichen Neutralität der Regierungen nur praktische Irreligiosität und Verzicht auf moralische Wirksamkeit verbirgt. Solange diese Ursachen weiterbestehen, ist jede Bemühung, einen unbequemen, aber im Grunde gerechtfertigten Widerstand auszuschalten, ebenso zum Scheitern verurteilt wie der Versuch, einen Verband aus der Politik zu entfernen, der wider Willen Unfrieden stiftet.

Das ist wohl allen klar, daß die Trennung zwischen Kirche und Staat eine Gegebenheit unseres staatlichen Lebens ist, unbeschadet der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und des Konkordats über das portugiesische Patronat des Orients. Die einmal geschaffene Lage und die Umstände verbieten uns, über das hinauszugehen, was wir an Wiedergutmachung einst begangenen Unrechts und an Entschädigung geleistet haben; die Neugestaltung der Beziehungen aber, wie sie Präsident Sidónio Pais seinerzeit vorgenommen hat, sollte für die Kirche Grund genug sein, sich ausdrücklich auf den Boden der Trennung vom Staate zu stellen, die 1911 gewaltsam durchgeführt worden war.

Wo diese ernste und beunruhigende Frage aus dem Wege geräumt ist, hätte das katholische Zentrum

eigentlich seine Daseinsberechtigung verloren, und das natürlichste wäre wohl, daß es sich der sozialen Fürsorge zuwendete, die ja bei uns noch sehr im argen liegt. Doch soll auch dies weder Lehre noch Rat sein, – es ist auch dies nur meine Ansicht von den Dingen.

III

Ich komme nun zu dem vielleicht schwierigsten Punkt meiner Ausführungen.

Die Diktatur kam aus dem Abwehrkampf gegen die Entartung unseres staatlichen und nationalen Lebens. Verantwortlich dafür waren unter anderen der Parlamentarismus und das Durcheinander der Parteien: darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Demokratie, so wie wir sie verwirklicht hatten, jämmerlich war. Schuld daran trugen entweder das parlamentarische System oder seine Parteigänger: mögen sich auch diese vielleicht entschuldigen lassen, dann trifft eben das System um so mehr Schuld. Und dennoch tragen alle, die hier mitgespielt und eingegriffen haben, noch Verantwortung genug.

Die parlamentarische Demokratie hat abgewirtschaftet; ihre Krise ist allgemein. Zwar gibt es Leute, die meinen, diese Krise sei genau so eine Übergangserscheinung wie die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks, durch die sie überhaupt hervorgerufen sei; andere glauben, daß es mit dem parlamentarischen System ein für allemal vorbei sei.

Die Nationale Diktatur, die in mehr als einem Punkt als Vorläuferin weitgehender politischer Erneuerung gelten kann, hat die Parteien für aufgelöst erklärt, die doch – das kann man wohl sagen – Trägerinnen der

stärksten politischen Kräfte der Nation waren. Der eine und der andere erkannte freilich die Zeichen der Zeit und stellte sich der Diktatur zur Verfügung; viele aber hielten sich abseits in der Hoffnung, das Rad des Glücks werde sie schon wieder an ihre alte Stelle tragen, oder sie würden sich schon mit der Regierung dahin einigen, daß sie ihre politische Tätigkeit wiederaufnehmen könnten; viele wandten sich auch offen oder versteckt in Verschwörungen und Revolten gegen die Diktatur, doch waren sie alle machtlos gegen den Widerstand des Heeres. Wenn auch die Parteien als solche sich nicht daran beteiligten, so fiel die Verantwortung für die Schäden und das Elend, das diese Umsturzversuche mit sich brachten, doch auf sie zurück und vergrößerte die Schuld, die sie ohnehin am Zusammenbruch der Nation trugen: manche ihrer Anhänger entpuppten sich als Feinde des Friedens, der Ordnung und der Wohlfahrt, ja, einige sogar unseligerweise durch ihre Verbindungen und Pläne als Gegner der Unabhängigkeit der Nation.

Obwohl wir von der unerhörten Schwere ihrer Verbrechen überzeugt sind, wünschten wir doch, daß diese Leute als friedliche Bürger auf heimatlichem Boden ein unbehelligtes Dasein führen könnten, in nutzbringender Arbeit statt in umstürzlerischer Bemühung. Aber niemand kann von uns verlangen, daß wir dabei auf unsere Sicherheit verzichten, auf die Sicherheit, die Ruhe, die Arbeit, das Gut der portugiesischen Volksgenossen, die Zukunft dieses Werkes der Erneuerung, das wir nicht mit gutem Gewissen der Freiheit oder den Interessen noch dem Treiben gewerbsmäßiger Umstürzler opfern können.

Wir haben in Portugal allzuoft und allzuviel Opfer

gebracht für eine Menschlichkeit, die gegenüber der großen Masse der Unschuldigen keine Gerechtigkeit kennt, obwohl die gerade unaufhörlich zu leiden hat unter dem Unwesen derer, die eben jene Menschlichkeit freispricht. Wir vermögen wohl, Strafen zu erlassen, nicht aber Schuld zu vergessen, und es wäre ein Verbrechen, würde uns unsere Großmut nicht dazu verpflichten, wachsam zu bleiben, unsere Sicherheit zu erhöhen und zu schärfstem Vorgehen entschlossen zu sein, wenn gewisse Dinge sich wiederholen sollten. Doch wenden wir uns denjenigen zu, die von politischem Interesse sein können.

Unter der liberalen Monarchie wie unter der parlamentarischen Republik hat sich die politische Kräftebildung über die Parteien vollzogen, die sich hier spalteten, dort zusammentaten, an Zahl bald etwas mehr, bald etwas weniger wurden, bald auch – nur unter anderem Namen – sich gleich blieben. Im Grunde – das haben wir erlebt – blieb dabei alles wie es war. Man hat sich daran gewöhnt, in diesem Verhandeln, diesem Sichaussprechen, in geheimer oder öffentlicher Verständigung eine absolute Regel zu sehen und ist nun verblüfft oder fassungslos, daß wir sie unseren Freunden oder unseren Gegnern gegenüber nicht beibehalten. Aus der alten Gewohnheit heraus waren diese letzteren sogar naiv genug, uns einmal die Bedingungen vorschreiben zu wollen, unter denen sie uns zu leben gestatteten. Hier herrscht ein Mißverständnis, das wir aus der Welt geräumt sehen möchten.

Wir haben eine Weltanschauung, und wir sind eine Kraft. Als Kraft sind wir zur Macht berufen, nach dem Willen einer siegreichen Revolution, ungehindert

durch Widerstände und getragen von der Zustimmung des Volkes. Als Träger einer Weltanschauung liegt uns ob, ihre inneren Grundlagen unnachgiebig zu verteidigen und zu verwirklichen. Kompromisse irgendwelcher Art kann es da überhaupt nicht geben. Wer unserem Programm zustimmt, handelt als guter Patriot, wenn er seine Zustimmung offen zum Ausdruck bringt und offen in unseren Reihen mitarbeitet; wer nicht einer Meinung mit uns ist und das offen zum Ausdruck bringt, kann dabei ebenso aufrichtig und würdig sein, ja er ist sogar frei, es zu tun; wir werden uns freilich in unserer politischen Wirksamkeit nicht allzu sehr von ihm stören lassen.

Einige Angehörige der alten Parteien fühlen sich durch eine Disziplin gebunden, die – das muß ich einmal aussprechen – bei dem gegenwärtigen Stand der portugiesischen Politik überhaupt nichts mehr zu bedeuten hat. Unabhängig davon wissen sie nicht, ob sie mit der Diktatur zusammenarbeiten und in die „Nationale Einheitsbewegung“ eintreten sollen. Es ist aber nicht unsere Sache, darüber zu entscheiden. Eine Art gültiger Ausweis für Fähigkeit und Patriotismus wird die Mitgliedschaft bei der „Nationalen Einheitsbewegung“ jedenfalls nicht sein. Ob einer mit ruhigem Gewissen, ob er uneingeschränkt und aufrichtig sich das Programm zu eigen macht oder nicht, und ob Taten, Gefühle und Worte bei ihm im Einklang miteinander stehen: das weiß er selbst. Die öffentliche Meinung kann uns hierin zuweilen klärend über die Mängel unserer eigenen Urteilskraft hinweghelfen.

IV

Lassen Sie mich noch kurz von den Organisationen der Werktätigen sprechen, — nur zwei Worte, denn ich hoffe, bei anderer Gelegenheit noch ausführlicher darauf zurückzukommen.

Die große Masse der portugiesischen Arbeiter ist noch nicht organisiert; ein kleiner Teil steht unter der Führung von Intellektuellen bei den Sozialisten; ein anderer verschwindend kleiner Teil macht in revolutionärem Syndikalismus, in Anarchie und Kommunismus. Ihre Führer sind dabei, zusammen mit einigen Wenigen aus den freien Berufen, auch Arbeiter, die aber gar nicht immer wirklich Arbeiter sind.

Äußerlich sieht die Sozialistische Partei genau so aus und geht sie genau so vor wie die anderen republikanischen Parteien auch. In der geplanten Staatsordnung hat sie genau so wenig Platz wie diese; angesichts der neuen inneren Einstellung des Arbeiters hat sie keinen Bestand. Wenn sich ihre Ideen und Methoden nicht grundlegend ändern, scheint sie mir zur Auflösung verurteilt zu sein.

Die übrigen Arbeiterorganisationen revolutionären Charakters stehen unter der Herrschaft der bolschewistischen Ideologie und unter dem Befehl ausländischer Agenten. Sie alle wollen über den „Klassenkampf“ eine „Soziale Revolution“ herbeiführen, — ein sehr weiter Begriff, der nicht nur die früher vom Arbeitertum angestrebte wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung einschließt, sondern schlechthin die Aufhebung aller gewordenen Ordnung, um an ihre Stelle eine neue Gesellschaft treten zu lassen, die kein Vaterland, keine Familie, kein Eigentum und

keine Moral kennt (die Ausdrücke in ihrem gewöhnlichen Sinn genommen).

Es gibt nichts, was den Absichten der Diktatur und den Grundsätzen des neuen Staates mehr widerspräche als eine solche Haltung. Wir betrachten eine solche Ideologie als der Nation und ihren Interessen und damit auch als dem Interesse der Arbeiterschaft selbst entgegen. Um Mißverständnisse auszuschließen, wollen wir dem Arbeiter unsere Stellung offen darlegen. Wenn wir niemand Vorrechte zubilligen, können wir auch nicht zugeben, daß das Arbeitertum als bevorrechtete Klasse gelte; wir haben auch nicht nötig, es zu beweihräuchern, damit es uns als Stütze diene, noch es gegen irgendwen aufzuhetzen, um es dann für seine Ausschreitungen niederschießen zu lassen. In einem starken Staat wollen wir nichts, als daß seine Arbeit ordentlich, sauber und gewissenhaft sei und dem Ganzen zugute komme; der Staat wird sie anderen Tätigkeitsarten beizuordnen und in die Gesamtheit der Volkswirtschaft einzugliedern wissen.

Mit dem gleichen Eifer, den wir anderen Erfordernissen zugewandt, mit der gleichen Zähigkeit, mit der wir andere Probleme gelöst haben, die noch bis vor kurzem als unlösbar galten, werden wir uns um die Beschäftigung und gesunde Unterbringung, um das körperliche, geistige und materielle Wohl der Arbeiter kümmern, für ihre organisatorische Zusammenfassung und ihren Schutz, für die Hebung ihrer sozialen Lage und ihrer W ü r d e Sorge tragen; wir werden sie besser stellen, – nein, lassen Sie mich's genauer sagen: wir werden ihnen einen ganz anderen Platz im Leben der Wirtschaft und des Staates einzuräumen wissen. Innerhalb der angegebenen Einschränkungen und mit

dieser noch, daß wir in ihrem eigenen Interesse langsam vorgehen müssen, sind wir weitgehenden Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zugänglich. Nur diejenigen lehnen wir entschieden ab, die eine Ordnung der Werte und Interessen und ihre völlige Eingliederung in die Volksgemeinschaft nicht anerkennen wollen.

. . . Ich möchte nicht schließen, ohne für die Grüße zu danken, die der „Nationalen Einheitsbewegung" entboten, und für die Worte, die an mich persönlich gerichtet worden sind.

Die Wehrmacht hat mit der Errichtung der Nationalen Diktatur eine gewaltige Aufgabe auf sich genommen. Sie hat sie ins Leben gerufen und beschützt und verteidigt sie nun, wacht unablässig über ihr und möchte zuweilen wissen, wie weit sie nun ist. Es ist hier nicht die Gelegenheit, darüber zu sprechen; nur so viel will ich sagen: das Werk der nationalen Erneuerung, das sie sich vorgenommen hat, ist ein Werk, das Umsicht erfordert, – unerläßlich ist immer wieder der Blick für das Notwendige, die Arbeit an den Problemen und ihren Lösungen, der Sinn für das Mögliche. Und nicht Umsicht allein: dies Werk fordert einen festen Willen und entschlossene Kraft, fordert Standhaftigkeit und jene innere Glut, die alle Kraft um ein Vielfaches über sich selbst erhebt und volle Gewißheit des Sieges gibt: den Glauben. Darum eben können nicht die Schwachen, die Bequemen, die weniger Tapferen an die vorderste Front gerufen werden, sondern die Starken, die Selbstlosen, jene, in deren Innern die höheren Kräfte wirken, die Helden zu Helden und Heilige zu Heiligen werden lassen.

Allen denen aber, die bei uns stehen oder bei uns stehen möchten, sei klar und laut gesagt, im Namen der Nation, deren Wiederaufbau es gilt: was die Diktatur von ihren Trägern verlangt, ist Zucht und Einigkeit und daß das Ideal rein und unverfälscht bleibe.

Wer seine Handlungsfreiheit lieber hat als den Gehorsam, wer seinem eigenen Sinn – und sei er noch so klug –, wer dem eigenen Wollen – und sei es noch so edel – lieber folgt als dem höheren Befehl, der gehört nicht zu uns. Wer nicht im Innersten erfüllt ist von den wesentlichsten Grundgedanken des nationalen Erneuerungswerkes, – wer nur so weit mitgehen will, als es ihm richtig erscheint oder gefällt, – oder wer bei uns eintritt und doch draußen bleibt, sich von mehr als einer Seite beraten und befehlen läßt: der gehört nicht zu uns. Wer etwa glaubt, seine Mitgliedschaft bei uns könne als Fähigkeitsnachweis gelten, – wer eigenen Vorteil sucht statt selbstlosen Kampfes, – wer sich nicht getrieben fühlt, dem Vaterland zu dienen, und nicht bereit ist, sich für das Wohl der Gemeinschaft zu opfern: der gehört nicht zu uns.

Wie so oft, so werden auch jetzt viele glauben, alles sei verloren, da die Dinge anders sind, als sie gedacht oder gewollt hatten; andere aber – und das wird die Mehrzahl sein – sehen jetzt klarer über unsere politischen Ziele, und nachdem manche Unklarheit beseitigt ist, werden sie ihre abseitige, gleichgültige, ja feindliche Haltung aufgeben und bereit sein zur Mitarbeit am vaterländischen Werk der Nationalen Diktatur, die sie ruft. Ich glaube, ja ich weiß, unser liebes Volk ist wirklich entschlossen, frei zu werden!

10. Die Neuordnung der Wirtschaft

Rundfunkrede vom 16. März 1933, drei Tage vor der Volksabstimmung über die neue Verfassung.

Die Krise der Wirtschaftsauffassung – Neues Denken – Der neue Begriff vom Reichtum, von der Arbeit und vom Arbeiter – Die neue Gesellschaftsordnung – Die Familie – Die Verbände – Der Staat.

I

Wir haben gestern die Katastrophe des Dollars erlebt, die des Pfundes liegt kaum ein Jahr zurück, und wahrscheinlich stehen wir vor dem Zusammenbruch fast all dessen, was scheinbar noch Bestand hat. Wahrhaft epochemachende Vorgänge, groß genug, um in unseren Augen dem Jahrhundert den Stempel aufzudrücken, hätte die rasche Aufeinanderfolge ungeheuerlichen Geschehens unsere Sinne nicht abgestumpft. Vor unseren Augen stürzen nacheinander die stolzen wirtschaftlichen Gebilde unserer Zeit: die Politik der allmächtigen Kartelle, die Politik der ungeheuren Trusts, die Politik der hohen Löhne, die Politik der Überproduktion, die Politik des unbegrenzten Kredits, die Politik der Preistreiberei, die Politik der großen öffentlichen Ausgaben, die Politik des übermäßigen Verbrauchs, die Politik der exklusi-

ven Nationalismen, die Politik des Polizeistaates, der nichts tut, und die des Produzentenstaates, der alles zu tun sich unterfängt. In allen Klimata und auf allen Kontinenten haben die entgegengesetztesten Maßnahmen und die verschiedensten Orientierungen nur Ruinen hinterlassen. Überall, im Finanz- und Kreditwesen, in Kapital, Besitz, Lohn und Arbeit häufen sich die Trümmer einer beispiellosen Zerstörung. Zu keiner Zeit scheint so viel Unglück und Elend geherrscht zu haben, und dem Elend vermochten auch die nicht zu entrinnen, die auf die Größe ihres Besitzes und ihr Gold pochend die ganze Welt herausfordern zu können glaubten. Die wirtschaftliche und soziale Gegenwart könnte nicht verworrener und dunkler sein.

Dieser Augenblick, wo noch kein Lichtschimmer eine neue Zeit ankündigt, sollte das wirklich der gegebene sein, um im Verfassungsentwurf die großen Linien des künftigen Staatsbaues festzulegen? Viele werden das für gewagt halten, manche zumindest für verfrüht. Ich aber, der ich in den Stunden allgemeiner Ratlosigkeit die Heilmittel mehr fürchte als die Übel selbst, halte doch diesen Augenblick für den richtigen, um dem kleinen Portugal, um das sich niemand kümmern wird, wenn wir es nicht tun, die großen Richtlinien seiner Verwaltung, die fundamentalen Grundsätze seines wirtschaftlichen Aufbaus, den Geist sozusagen seiner Tätigkeit und Arbeit vorzuzeichnen.

Der Tiefpunkt der gegenwärtigen Krise wird sicher einmal überwunden sein, wie wir es bei andern Krisen beobachtet haben, von denen man – nebenbei gesagt – auch glaubte, die Welt würde ihnen nicht widerstehen. Wir müssen jedoch unterscheiden zwischen den Symptomen der Krankheit, die vorüber-

gehen können, und der tiefsitzenden Krankheit selbst, die unser wirtschaftliches und soziales Leben untergräbt, die Krisen vielfältig hervorruft und immer heftiger und verheerender werden läßt, dieses dauernde Unbehagen erzeugt und zeitweise die Errungenschaften jahrhundertelanger Arbeit in Frage stellt. Es existiert in der Tat im heutigen Gemeinwesen eine Krise, die viel schwerer ist als die der Währung, der Wechselkurse, des Kredits, der Preise, der Finanz, viel schwerer, weil sie allen zugrunde liegt: ich meine die Krise des wirtschaftlichen Denkens, oder besser die Krise unserer Wirtschaftsauffassung.

Wir haben den Begriff des Vermögens verfälscht. Wir haben ihn losgelöst von seinem eigentlichen Sinn, dem nämlich, dem Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Eine unabhängige Kategorie haben wir aus ihm gemacht, die nichts zu tun hat mit dem Interesse der Gemeinschaft noch mit der Moral, und glaubten, es könnte der Zweck der Individuen, der Staaten oder der Nationen sein, Güter anzuhäufen ohne Rücksicht auf soziale Nützlichkeit und ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit bei ihrem Erwerb und ihrer Verwertung.

Wir haben den Begriff der Arbeit verfälscht und den der Person des Arbeiters, wir haben seine Menschenwürde außer acht gelassen, wir werteten in ihm nur die erzeugende Maschine, wir maßen und wogen seine Energien, ohne im geringsten daran zu denken, daß er ein Glied der Familie ist und daß Weib, Kind, Heim auch Begriffe sind, die zum Leben gehören.

Noch weiter sind wir gegangen: wir haben ihn aus seiner Familie herausgerissen. Die Frau und das Kind haben wir als zwar geringere, dafür aber billigere Ar-

beitskräfte herangezogen, als unabhängige Einheiten, die nichts mehr miteinander gemeinsam haben, und lösten so praktisch die Familie auf. Mit einem Schlage zerstörten wir die Familie, vermehrten die Konkurrenz durch die Frauenarbeit und gaben dieser wiederum nicht den Lohn, der dem Schaffen einer tüchtigen Hausfrau und dem sozialen Wert einer vorbildlichen Mutter zukommt.

Wir haben den Arbeiter aus dem natürlichen Rahmen seiner Beschäftigung herausgenommen und dadurch auf sich allein gestellt und haltlos gemacht. Dann ließen wir es zu, daß er sich mit andern zusammenschloß, was er aber nicht etwa aus Gemeinschaftsgefühl und im Bewußtsein tat, daß im Prozeß der Gütererzeugung ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Elemente notwendig ist, sondern aus Protest und mit einer Spitze gegen bestimmte Personen und Einrichtungen: gegen den Staat, der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich ist, gegen den Arbeitgeber, den Vertreter einer vermeintlich feindlichen Klasse. Ja gegen andere Arbeiter erhob er sich, sei es, daß Gewalttaten oder Ausschreitungen der Grund waren, sei es, daß erzwungene Maßnahmen auf dem einen Gebiet sich oft zum Schaden der gleichen Arbeiterschaft in andern Produktionszweigen auswirkten. Von geistiger und sittlicher Würde keine Spur, auch nicht von technischer Vervollkommnung oder Fürsorgemaßnahmen, – nur Haß, zerstörender Haß.

Zunächst nahm der Staat eine ausgesprochen passive Haltung ein, indem er den Fragen der Nationalwirtschaft teilnahmlos gegenüberstand, um dann in das Gegenteil zu verfallen, indem er Produktion, Ver-

teilung und Konsum der Güter ausschließlich in die Hand nahm. Wo immer er es tat, lähmte er die persönliche Initiative, legte sich ein Heer von Beamten zu, erhöhte unverhältnismäßig die Unkosten und Abgaben, verminderte die Produktion, vergeudete große Beträge des Privatvermögens, schränkte die persönliche Freiheit ein und wurde so bald ein untragbarer und unerträglicher Feind der Nation. In manchen Fällen wurde dieser falsche Grundsatz blind bis zur letzten Konsequenz durchgeführt und ein Riesenplan nach dem angeblich letzten Stand der Wissenschaft und Technik ausgeklügelt, doch der freie Arbeiter, der M e n s c h, ging unter in diesem geist- und leblosen Gebilde, in dem die Arbeiter wie Maschinen herangezogen und verschickt wurden wie Herden von ungiebigen Weideplätzen nach anderen.

Gewiß, die Krise, unter der wir leiden, wird vorübergehen, doch wichtiger ist die Frage, ob das Übel, an dem die Wirtschaft unserer Zeit krankt, nicht endlich einmal an der Wurzel bekämpft wird. Denn während Demokratie und Individualismus noch vor unseren Augen ihren letzten Kampf um ihre Daseinsberechtigung kämpfen, ist das Schicksal der materialistischen Wirtschaftsauffassung schon längst besiegelt. Ihr Bankrott hat sich vor unseren eigenen Augen vollzogen. Das kann also kein Ausweg für uns sein, und ich sehe keinen anderen als den, die überall in der Welt von führenden Männern begangenen Fehler durch vernünftige, gerechte und menschliche Maßnahmen auszugleichen, welche die Arbeit, die Familie, die Gemeinschaft, den Staat in den Vordergrund stellen. Das möchte ich noch in wenigen Worten klarmachen.

II

Der Mann ist seinem Wesen nach eitel, und das soll angeblich noch mehr auf die Frau zutreffen. Dieser natürliche Fehler erklärt den Hang zum Großtun, zum Überflüssigen. Es hat einmal jemand behauptet, daß nichts notwendiger sei als das Überflüssige, und sagte damit über die Konvention eine große Wahrheit. Für den gesunden Menschenverstand ist dieses Wort jedoch eine wirtschaftliche Unmöglichkeit, weil die natürlichen menschlichen Bedürfnisse derartig aufeinander abgestimmt sind, daß das zum Leben Unerläßliche stets den Vorrang vor dem Erläßlichen behalten muß. Der Widerspruch unserer nur auf Äußerlichkeit abgestimmten Kleidung, – die um so besser wird, je sichtbarer sie ist, – sowie der verschiedenen Räume unseres Hauses, wo der ganze Komfort unnötigerweise in der „guten Stube" zusammengedrängt ist, während in den übrigen nicht einmal von Hygiene die Rede sein kann, sind banale, sagen wir pittoreske Seiten dieses Problems. Geschmack und Erziehung mögen im einzelnen einige dieser Fehler mildern, doch seit Jahrhunderten zeigt das gesellschaftliche Leben in Portugal einen Hang zu trügerischer Äußerlichkeit und läßt ein richtiges Verhältnis zwischen äußerem Aufwand und tatsächlicher Lebensweise vermissen. Die einzige Lösung des Problems, die man fand, war ziemlich absurd. Die Produktion vergrößerte dieses Mißverhältnis und beutete es zu ihren Gunsten aus, schuf künstlich neue, scheinbare Bedürfnisse, die lawinenartig anschwollen. Die Folge davon war, daß während auf der einen Seite die zum Leben unerläßlichen Güter fehlen, auf der anderen Überproduktion

von solchen vorhanden ist, die nicht lebensnotwendig sind.

Es wurde noch schlimmer. Der Erwerb machte nicht mehr halt vor dem Menschenleben, und die Industrie wandelte Wege, wo die Heiligkeit dieses Begriffes unbekannt war und verraten wurde, ohne daß der Staat, Hüter und Führer der Nation, gegen eine solche selbstmörderische Wirtschaft etwas unternahm. Gibt es etwas Sinnloseres als zu arbeiten, um zu sterben, und kann das wirtschaftliche Leben den Sinn haben, Menschenleben zu vernichten?

Der Mensch hat viele Lebensbedürfnisse, und es ist nur zu wünschen, daß er ihrer immer mehr habe. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß die Zunahme von Bedürfnissen und das Anhäufen von Gütern nur dann einen Fortschritt bedeuten, wenn sich das Leben, das innere wie das äußere, würdiger gestaltet, und nicht, wenn es üppiger wird. Für die Gemeinschaft hat im Hinblick auf die Verteidigung der Kultur nur die Schaffung wirklich nützlicher und edler Dinge einen Wert, und daß alle Menschen an ihnen teilhaben können. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Erhaltung und Verschönerung des Lebens, sowie das ausschließlich auf das Menschlich-Irdische gerichtete Interesse müssen gleicherweise abgelehnt werden. Der reine Nützlichkeitsstandpunkt bedeutet eine Herabwürdigung des Gemeinschaftslebens und eine Entwürdigung des Menschen.

Im Privat- wie im öffentlichen Leben sollte die Vernunft in erster Linie über Notwendigkeit und Anwendung des Vermögens entscheiden. Die Wahl dessen, was wir, der Einzelne oder die Gesamtheit, brauchen, bestimmt immer das Leben und kann allein schon der

Volkswirtschaft und dem öffentlichen Leben ein neues Gesicht geben. Wie oft machen wir die führenden Männer dafür verantwortlich, daß eine Veränderung in der Politik den allgemeinen Gang der Dinge, die Ausführung von großen Plänen vereitelt habe, aber selten denken wir daran, daß vielleicht unsere Verfälschung des wahren Produktions-, Reichtums- und Nützlichkeitsbegriffs für diese Unzulänglichkeiten in der Verwaltung verantwortlich ist: Man baut erst Paläste, dann Straßen, legt Alleen an, bevor für Wasserleitung gesorgt ist, Gärten, bevor man an Siele denkt.

Kurzum: Vermögen, Güter, Produktion sind nicht Selbstzweck. Sie sollen lediglich ein individuelles oder allgemeines Bedürfnis befriedigen und bedeuten nichts, wenn sie nicht dazu dienen, das menschliche Leben zu erhalten und würdiger zu gestalten. Diesem Grundsatz soll die gesamte Volkswirtschaft und die gesamte Verwaltungstätigkeit des Staates gehorchen, die beide den Bedürfnissen des Einzelnen und der Nation zu dienen bestimmt sind. Darum muß der Wirtschaftsaufbau im Hinblick auf den sozial wünschenswerten Ertrag erfolgen, und es ist die Pflicht des Staates, über Moral, Gesundheit und Wohlfahrt zu wachen.

III

Ohne Arbeit kein Wohlstand, ohne Arbeiter keine Arbeit.

Geben wir diesem Wort seinen weitesten Sinn und beziehen wir in diese wirtschaftliche Kategorie jegliche geistige wie körperliche Leistung ein, die mittel- oder unmittelbar in den Produktionsgang eingreift,

den Hüter der Ordnung wie den einfachsten Fabrikarbeiter. Als Arbeit gilt für uns nicht bloß die Handarbeit. Es gibt viele andere Arten von Arbeit, die an der Produktion ihren Anteil haben, sie veredeln, ihren Ertrag steigern und sie sinnvoll machen: die Arbeit des Erfinders, des Unternehmers, Leiters und Anführers.

In sorgenvoller Überlegung, die Nichtstun scheint, bestimmen die Wirtschaftsführer über die Arbeit anderer, bringen sie Zusammenhang und Ordnung in die verstreuten Anstrengungen anderer, um das Ganze ertragreicher zu gestalten zum Wohl der Allgemeinheit. Erst die Arbeit des Erfinders, des Technikers, des Werkmeisters schafft dem einfachen Arbeiter Brot.

In diesem weiten Sinn ist die Arbeit eine soziale Pflicht. Die Gemeinsamkeit der Interessen, auf der die Gesellschaft beruht, zwingt jeden Einzelnen von uns, durch seine geistige oder körperliche Arbeit zum Wohl aller beizutragen: der Mensch, der nicht arbeitet, schädigt alle anderen. Da Arbeit Anstrengung bedeutet, pflegen manche sich ihr zu entziehen, denn es ist nicht so, daß nur dringende Lebensnotwendigkeit die Menschen zur Arbeit zwingt, und daß man unbegütert sein muß, um sich ihr zu unterwerfen. Erziehung und gesellschaftlicher Druck sorgen dafür, daß wir danach handeln, und wo diese nichts vermögen, sollte gesetzlich gegen jegliche Art von Schmarotzertum vorgegangen werden.

Eine der verkehrtesten wirtschaftlichen Anschauungen schreibt dem bloßen Lebensgenießer und Geldausgeber eine wertvolle Rolle zu. Ihr Nutzen bestände darin, daß sie erworbenen Reichtum schneller wieder unter die Leute brächten und durch übermäßige Aus-

gaben der Produktion einen stärkeren Impuls gäben. Aber es ist doch widersinnig, mühsam erworbenes Geld in Dingen anzulegen, die sozial wertlos sind.

Darf der Mensch nicht der Sklave seines Vermögens werden, so darf er umgekehrt auch sein Leben nicht so einrichten, daß er der Sklave der Arbeit wird.

Jede Arbeit besitzt den gleichen Adel und dieselbe Würde, wenn sie den Beitrag darstellt, den der Einzelne entsprechend seinen Fähigkeiten der Gemeinschaft entrichtet, zu der er gehört. Ist sie vom allgemein menschlichen Standpunkt aus gleich wertvoll, so hat sie jedoch nicht den gleichen wirtschaftlichen und sozialen Wert. Ihr Nutzen, ihr Ertrag ist verschieden, und darum kann sie auch nicht gleichmäßig bezahlt werden. Aus diesem Grunde unterscheiden sich die Menschen durch Lebensweise und gesellschaftliche Stellung. Wir, die wir so vieles verfälscht haben, haben auch den Begriff der Arbeit verfälscht: Die einen setzen die Arbeit der Faust herab, die andern die der Stirn und betrachten es als eine besondere Ehre, als Arbeiter zu gelten. Das sollen sie auch, doch wenn der erste Fall der Würde der Arbeit Unrecht tut, so stellt der zweite eine Selbsterniedrigung des Geistes dar.

Der Sinn der Arbeit ist die Erhaltung fremden und eigenen Lebens: auf der Arbeit beruht das Leben des Arbeiters. Wenn nun viele Menschen zum Leben über nichts anderes verfügen als ihre Arbeitskraft, so läßt sich daraus zweierlei ableiten: erstens, daß die Volkswirtschaft derartig organisiert werden muß, daß sie dem Arbeiter Arbeit gewährleistet, und zweitens, daß die Arbeit so geregelt und verteilt werden muß, daß der Arbeiter von seiner Arbeit leben kann.

Die zweckmäßigste Vergütung der Arbeit ist der Lohn. Der Arbeiter kann an dem Werk und an seinem Gewinn beteiligt sein, doch die, die nichts zu leben haben, brauchen ihr Geld sofort. Darum ist der angemessene Lohn die ideale Wirtschaftsform. Alles andere ist zu verschwommen und unwirklich, um ernst genommen zu werden. Für die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung gibt es keine oberste Grenze. Die Ansprüche können ruhig immer größer werden in dem Maße, wie es die Wirtschaft des Landes verträgt. Der Lohn braucht also keine oberste Grenze zu kennen, doch kann ihm eine unterste gesetzt werden, damit er nicht unter den Ansprüchen eines ausreichenden und würdigen Lebens bleibt.

IV

Wir kommen jetzt zu einem noch wichtigeren Problem. Kann die Produktion, deren Träger der Arbeiter ist, über dessen Familie hinwegsehen? Der schaffende Mensch steht nicht allein da; er lebt innerhalb einer bestimmten natürlichen Gemeinschaft, der Familie, doch meist nicht der, aus welcher er stammt, sondern der, welche er gründet. Wenn die Produktion von der Familie nichts wissen will, kommt es dahin, daß sie ihre einzelnen zur Arbeit tauglichen Mitglieder ebenfalls in Anspruch nimmt – die Frau, die unmündigen Kinder –, wobei offenbar der zusätzliche Verdienst für die Familie eine große Rolle spielt. Das widerspricht aber der natürlichen Ordnung der Dinge. Familie bedeutet Heim, Heim sittliche Atmosphäre und Eigenwirtschaft – Erzeugung und Verbrauch. Wenn die Frau außerhalb des Hauses arbeitet, bedeu-

tet das Auflösung des Heims, Trennung der einzelnen Mitglieder, die dadurch einander entfremdet werden. Von Familienleben kann dann nicht mehr die Rede sein, und das hat mangelhafte Erziehung der Kinder und Geburtenrückgang zur Folge. Die schlechte oder mangelhafte Führung der häuslichen Wirtschaft – dazu gehören Wohnung, Nahrung und Kleidung – ist ein Nachteil, der selten durch erhöhten Verdienst wettgemacht wird.

Wir vergessen zu oft, wie sehr der Ertrag der Arbeit von sittlichen Faktoren abhängig ist. Die übermäßige Mechanisierung bringt es mit sich, daß das seelische Leben des Menschen verkümmert. Und doch gilt heute mehr denn je, daß Frohsinn, Aufgeschlossenheit und Freude am Leben Werte darstellen, die in Menge und Güte der Arbeit ihren Ausdruck finden. Die Familie ist der reinste Quell dieser inneren Werte.

Darum glauben wir an die wirtschaftliche Bedeutung eines geordneten Familienlebens des Arbeiters. Er allein sollte der Ernährer der Familie sein, die Arbeit der Frau – sogar der unverheirateten, die doch eine geringere Verantwortung trägt – sollte aus unserm Wirtschaftsleben verschwinden. Noch nie hat es eine tüchtige Hausfrau gegeben, die nicht alle Hände voll zu tun gehabt hätte.

Die Familie setzt ferner Eigentum und Erbrecht voraus. Unter Eigentum verstehe ich Werte, die unmittelbar zum Leben dienen wie solche, die Erträge abwerfen. Ein wahres Familienleben ist nicht denkbar ohne Annehmlichkeiten, ohne Zurückgezogenheit, d. h. es ist nicht möglich ohne ein eigenes Heim, ohne ein „Zuhause“. In vielen Fällen wird es nicht möglich und sogar unzweckmäßig sein, daß der Arbeiter im

eigenen Betriebe schafft, und die Landaufteilung in unendliche, winzige Parzellen hat auch keinen Sinn. Doch ist es unerläßlich, daß der dem Menschen angeborene Sinn für Eigentum in der Ausgestaltung seines Heims seine Befriedigung findet. Natürlich ist die Familie, die unter eigenem Dach lebt, viel gesicherter, widerstandsfähiger und geschlossener. Darum haben wir nichts übrig für die riesigen Mietshäuser und Arbeiterkasernen, mit besonderem Restaurant und gemeinsamen Mahlzeiten. Das mag gut sein für die schon halb nomade Bevölkerung unserer so gerühmten modernen Zivilisation. Wir haben einen eigenen und einfacheren, dafür aber gesünderen Geschmack und ziehen ein kleines Eigentum vor, in dem die Familie in Unabhängigkeit gedeihen kann.

Vererben heißt die Nachkommenschaft sichern. Mit dem Blute wird die häufig unter unsäglichen Entbehrungen erworbene Frucht der Arbeit vermacht. Ich sehe darum keinen sozialen Fortschritt, wenn die Güter innerhalb der Familie nicht mehr vererbbar sind, oder wenn die Vererbbarkeit sich beschränkt auf die unproduktiven Güter und die produktiven ausschließt.

Die Vermögensbildung ist ein großer Anreiz für die Wirtschaft, die auf das freie Verfügungsrecht des Vermögens und seines Ertrages angewiesen ist, und hat auch eine besondere Bedeutung für die Dauerhaftigkeit und Geschlossenheit der Familie, weil sie sich so gegen künftiges Unglück schützen kann. Es gibt viele Dinge, für die auch die vollkommenste und weitgehendste Fürsorge nicht ausreicht.

V

Auch auf seiner Arbeitsstelle soll der Arbeiter nicht allein sein. Er wird sich natürlich dazu hingezogen fühlen, sich mit anderen zusammenzutun, um die materiellen wie geistigen Belange seines Berufes zu verteidigen. Die Berufsverbände sind hier die beste Grundlage, die beste Voraussetzung für Bestrebungen, die der Arbeit einen höheren Sinn, einen neuen Inhalt geben wollen, und die den Arbeiter gegen Willkür und Unglück zu schützen bestimmt sind.

In den modernen Großbetrieben ist die Rückkehr zu familienartigen Verhältnissen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber heute ein Ding der Unmöglichkeit, doch wird ein solcher Mangel wettgemacht durch den Verband, der die Vermittlerrolle beim Unternehmer übernimmt. Der Verband kann allgemeinverbindliche Richtlinien über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen aufstellen. Durch vernünftige Maßnahmen sucht er persönliche Gesichtspunkte in der Auswertung der Arbeit durch wahrhaft wirtschaftliche zu ersetzen.

Durch Zusammenschluß in einem Verband erhält der Beruf Einheit, Geschlossenheit, Sinn für eigene Würde. Wo kein Gemeinschaftssinn, kein Verständnis für den Wert der Arbeit und ihre Bedeutung im Produktionsprozesse ist, wo man nicht durchdrungen ist von der Notwendigkeit, sich zum Wohl des Fortschritts die Hände zu reichen, da kann von Verband nicht die Rede sein. Wo diese Voraussetzungen fehlen und nur der Geist des Klassenkampfes herrscht, haben wir keine Betriebsorganisation, sondern organisierten Aufruhr.

Über den Verband läßt sich die gesamte Produktion so organisieren, daß die Regierung über die Möglichkeit, Problem und Ablauf der Produktion informiert und beraten werden kann. Noch mehr: die Übertragung des Grundsatzes auch auf die geistig Tätigen der Nation gibt die Handhabe, daß auch diese voll und ganz erfaßt und in den Staat eingeordnet werden, und führt zu einer wirklichen Gestaltung des Staatslebens.

VI

Über der wirtschaftlichen Einheit steht der Staat. Inwiefern und bis zu welchem Grade kann man nun den Wirtschaftsaufbau als einen Teil des politischen betrachten?

Das politische Leben ist zwar etwas anderes als das wirtschaftliche, die Welt der Wirtschaft eine andere als die der Politik, doch bedeutet das nicht, daß der Staat kein wirtschaftliches Programm haben soll, daß er nicht in der Vermehrung des Wohlstandes seine Kraft und Geltung sucht und in der Befriedung des Wirtschaftslebens die Ruhe im Innern. Niemals wird der Staat als höchster Exponent völkischer Gemeinschaft sich gleichgültig über die großen Fragen des Wirtschaftslebens hinwegsetzen können, über die Grundsätze, denen ihre Entwicklung gehorcht, und über den Weg, der zu einem gerechten sozialen Ausgleich führt.

Trotz der eindeutigen Lehren der Vergangenheit glauben manche, der Staat müßte seine wirtschaftlichen Funktionen erweitern und selber die Produktion und damit die Verteilung des Vermögens in die

Hand nehmen. Zwar hat der Staat aktiv eingegriffen in die Fragen der Kreditverteilung, des Verkehrs- und Bauwesens, der Ausbeutung der Bodenschätze, der Aufforstung, verschiedener Zweige der wirtschaftlichen und industriellen Erzeugung, des Handels mit bestimmten Produkten, wenn nicht des gesamten Exporthandels. Doch abgesehen von kritischen Augenblicken, in denen die beste Auswertung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Rettung der Wirtschaft vor den Folgen alles über den Haufen werfender Krisen ein Gebot der Stunde sind, sollten die Funktionen des Staates viel beschränkter sein und auf anderen Gebieten liegen.

In einer derartigen fortschreitenden Sozialisierung liegt weder ein wirtschaftlicher Gewinn – erhöhte Vermögensbildung unter bestmöglichen Bedingungen – noch ein sozialer – gerechtere Verteilung der Erträge, bessere Voraussetzungen für den Aufstieg der Einzelnen – und schließlich auch kein politischer Gewinn – größere Unabhängigkeit des Staates, gesichertere bürgerliche Freiheit, erfolgreichere Verteidigung des Gesamtinteresses –.

Der Staat muß sich über der Welt der Erzeugung halten, gleichmäßig entfernt vom Monopol wie vom Wettbewerb. Wenn der Staat durch seine Organe einen zu weitgehenden Einfluß auf die Wirtschaft nimmt, droht ihm Korruption. Die Unabhängigkeit der Gewalt, Recht, Freiheit und Gleichberechtigung, das Wohl der Allgemeinheit stehen auf dem Spiel, wenn der Staat in die Hände der Plutokratie fällt. Der Staat darf nicht frei über das Volksvermögen verfügen, noch ihm ausgeliefert sein. Um als oberster

Richter zwischen allen Interessen vermitteln zu können, darf man nicht abhängig sein.

Normalerweise soll der Staat die Volkswirtschaft schützen und ihr den Weg weisen, aber nur im Interesse der Landesverteidigung, des Friedens im Innern, der Gerechtigkeit, besserer wirtschaftlicher und sozialer Produktionsbedingungen, technischer Unterstützung und Hebung der Bildung, der Beschaffung aller Hilfsmittel, deren die Wirtschaft bedarf, der Ausmerzung von Fehlern, die zuweilen die Folge des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte sind, wie z. B. die ungleiche Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes, des Schutzes der minderbegünstigten Schichten, der Wohlfahrt, wenn durch private Einrichtungen dieser Zweck nicht erreicht wird. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte führt oft zu Benachteiligung. Leider vermißt man häufig bei privaten Unternehmern den Sinn für Gerechtigkeit, und die Rechtsprechung, so wie sie gehandhabt wird, nimmt nicht immer Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage mancher Einzelner. Darum sollte unsere Hauptsorge sein, die Schwächeren vor den Übergriffen der Stärkeren und die Armen vor einem zu großen Elend zu bewahren. Der Fortschritt, der in einem gemäßigten Interventionismus liegt, ist also nicht der, daß der Staat zum Schaden Privater seine Funktionen ausdehnt, sondern daß er jedes Feld der Tätigkeit der Privatinitiative überläßt, sobald diese ihren Aufgaben gewachsen ist.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen angelangt, die Ihnen vielleicht wenig zu sagen haben, mir aber zur eigenen Orientierung dienlich sind. Wenn es stimmt, daß die Krise in Portugal lange nicht so akut

ist wie anderswo, so ist das auf die Rückständigkeit und die besondere Lage unseres Wirtschaftslebens zurückzuführen. Das habe ich als erster erkannt, entschlossen, im gegebenen Augenblick einzugreifen – denn nicht jedes Fortschreiten bedeutet Fortschritt, und Rückständigkeit kann besagen, daß man sich nicht zu weit von den Grundlagen einer rationellen Wirtschaft entfernt hat. Jetzt aber wie in allen kritischen Momenten müssen wir Entscheidungen zu treffen und Opfer zu bringen wissen. Dem Wesentlichen muß das Unwesentliche geopfert werden, dem Geiste die Materie, dem Gleichgewicht die Größe, der Gerechtigkeit der Reichtum, der Sparsamkeit das Wirtschaften aus dem Vollen, der Zusammenarbeit persönlicher Zwist.

Was wir wollen, ist, daß das Wirtschaftsleben von Gerechtigkeit und menschlicher Gleichheit getragen werde. Wir wollen die Würde der Arbeit und den sozialen Ausgleich. Wir wollen eine neue Wirtschaft, in der wir im Schutze eines starken Staates einträchtig zusammenarbeiten, der die höchsten Belange der Nation, sein Vermögen und sein Schaffen schützt sowohl gegen die Auswüchse des Kapitalismus wie gegen die Zerstörungswut des Bolschewismus. Wir sind entschlossen, der Arbeiterschaft entgegenzukommen, soweit es die Gerechtigkeit und das nationale Interesse gestatten, und ihr mehr zu geben als jene anderen, die ihr alles versprachen. Wir sind entschlossen, die werktätige Bevölkerung von ihren falschen Propheten zu befreien und mit der Tat zu zeigen, daß keine wirtschaftliche Frage uns trennt, sondern im Grunde – wie ich eben gezeigt habe, damit sich die Augen öff-

nen – eine andere Lebensauffassung, eine andere Auffassung von der Zivilisation. Wir müssen uns entscheiden, ob wir gewillt sind, das Unvergängliche, Ewige, Einmalige unseres lusitanischen, lateinischen und christlichen Erbes uneingedenk seines Wertes an eine barbarische Zeit zu verraten, oder nicht.

11. Kolonialpolitik

Rede vom 1. Juni 1933 in der Eröffnungssitzung der ersten Tagung der Kolonialgouverneure. Salazar, der Schöpfer der Kolonialakte, blickt zurück auf die kolonisatorische Leistung des neuen Staates, dem die endgültige rechtliche und politische Einigung von Mutterland und Kolonien gelungen ist, der die wirtschaftliche folgen soll.

Mutterland und Kolonien untereinander — Die Einheit des Reiches.

Die Regierung hat die Gouverneure sämtlicher portugiesischen Kolonien nach Lissabon, der Hauptstadt des Imperiums, berufen. Gemeinsam mit dem Kolonialminister sollen sie über die notwendigsten und dringlichsten Fragen der ihnen unterstehenden Gebiete, ihre Beziehungen zueinander und ihr Verhältnis zum Mutterland beraten. Und durch eine seltsame Fügung fällt dem gleichen Mann, der vor drei Jahren die Kolonialakte herausbrachte, die Aufgabe zu, heute als Regierungschef dem Kolonialminister und den Gouverneuren unserer Besitzungen in Übersee seine Grüße zu entbieten, und ihnen zu danken für die umsichtige Arbeit im Sinne jener Richtlinien einer neuen Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung.

Ich gedenke der hohen, ehrwürdigen Gestalten der portugiesischen Kolonialgeschichte, derer, die gestern wie heute im Dienst des Heeres wie der Verwaltung, in Afrika und im Orient, ihre Pflicht taten und tun und das häufig mit einer Hingabe, einer Tapferkeit, einem Heldentum und einer Vaterlandsliebe, die mich als Portugiesen mit Stolz und Bewunderung erfüllt. Und doch kann diese aufrichtige Bewunderung all derer, die mit dem Dichter von sich sagen können, sie hätten von ihrem

Leben
Bruchteilchen . . . an alle Welt gegeben . . .[1])

nicht den Stolz mindern, den ich empfinde bei dem Gedanken, daß der neue Staat in seiner Verfassung der Kolonialpolitik nicht nur andere, sondern völlig neue Wege gewiesen hat, um unserem Nationalbewußtsein seinen vollkommensten Ausdruck zu geben, uns rückhaltlos zu unserem kolonialen Geist zu bekennen, ein größeres Portugal zu schaffen und die uns allen verfügbaren Mittel voll und ganz auszuwerten, und um im Hinblick auf gewisse Begriffsverwirrungen, die die Weltlage mit sich bringen könnte, in Europa keine Ungewißheit darüber aufkommen zu lassen, daß wir eine große Kolonialmacht sind.

I

Freilich vertrauen manche hochbegabte Leute, die nur leider mehr träumen als denken oder doch mehr in Abstraktionen als in der Wirklichkeit leben, zu sehr auf eine allgemeine Lösung der Fragen, die alle

---

[1]) Aus einer Kanzone von Camões (VIII). Übersetzung Storck.

bedrücken, wenn sie das Allheilmittel von einer internationalen Diskussion der brennenden Fragen in einer Generalversammlung der zivilisierten Völker erwarten. So wie die Dinge gegenwärtig liegen, liefe das auf eine Art Heirat zwischen Bettlern hinaus, die doch nur eine Vermählung von eigenem Elend und eigener Not mit denen des anderen ist.

Solch eine übertriebene internationale Denkart, die da glaubt, ein Problem sei einfacher zu lösen, wenn man es mit tausend anderen multipliziert, ist um so befremdlicher, als viele Völker heute von betont nationaler Einstellung beherrscht werden und eine weitgehend auf eigenen Vorteil zielende Politik treiben und in Wirklichkeit auf eine solche Konferenz nur die Ratlosigkeit mitbringen könnten, die sich aus ihren eigenen Interessen oder Absichten ergibt.

Krank ist die Welt vor allem am Geiste. Wir haben von dieser Ecke Europas aus oft genug in den letzten Jahren unsere schwache Stimme erhoben und diese einfache, ehrliche und, wie wir meinen, vernünftige Anschauung vertreten: so wie das Wirtschaftsleben einer Nation nicht gesunden kann, wenn nicht in allen Faktoren und Zweigen der Tätigkeit miteinander Ordnung geschaffen wird, so kann es auch mit der Weltwirtschaft nicht besser werden, wenn nicht jedes Land versucht, bei sich im Innern Ordnung zu schaffen und mit seinen größten Schwierigkeiten fertig zu werden. Das nationale Feld wird immer und ewig der einfachste Boden für die Lösung der Weltprobleme sein.

Wir haben in fünf Jahren unter Opfern und Entbehrungen einen Versuch durchgeführt, den alle Nationen mit Interesse verfolgt haben. Durch Ruhe,

Ordnung und Ausgleich im Innern, durch unser Vertrauen und unsere Arbeit haben wir entschieden auch dem Frieden, der Ordnung und dem Ausgleich, dem Vertrauen und der Arbeit der Welt einen Dienst erwiesen. Schutz und Hilfe haben wir in keiner Weise gefunden; nein, von vielen Seiten hat man uns eher Hindernisse in den Weg gelegt; und trotzdem haben wir unser Werk vollbracht, dabei immer bemüht, keine fremde Arbeit zu beeinträchtigen. Ich betone das absichtlich; denn ich finde, man sollte es sich zum Grundsatz machen, mit dem eigenen nationalen Wiederaufbauwerk nicht anderen Ländern im Weg zu stehen, die ebenfalls bemüht sind, ihrer größten Schwierigkeiten Herr zu werden. Diesem Grundsatz bis zur Selbstlosigkeit treu, sind wir auf dem Gebiet der Arbeit, des Außenhandels, des Geldverkehrs, der internationalen Verkehrspolitik eines der wenigen Länder, die sich entwickeln wollen, ohne fremdem Gut oder Rechten, die allgemein als Errungenschaften moderner Zivilisation gelten, zu nahe zu treten.

Das ist also unsere Einstellung und Haltung: wir bejahen einen unnachgiebigen, aber vernünftigen Nationalismus, der die Lösung der Weltprobleme vereinfacht unter Ausnutzung der naturgegebenen Aufteilung der Menschheit in Nationen, – der mit einem klaren Sinn für die Gemeinschaft der Völker untereinander an der Verwirklichung dieser Gemeinschaft mitarbeitet, ohne sie bei der Erfüllung seiner hohen Aufgaben für die eigene Nation zu verletzen oder zu befeinden. Das ist der Geist, in dem wir arbeiten, – heut nicht einmal mehr eine persönliche Auffassung von mir oder von der Regierung, sondern ein ausdrücklicher Grundsatz unserer Verfassung.

Nach einigem fruchtlosen Hin und Her, nach mancherlei Reibungen und Enttäuschungen werden die Geister auch wieder zur Vernunft kommen. Verschwinden wird auch jener fragwürdige und seltsame Begriff einer internationalen Gütergemeinschaft, bei der die einen im Besitz der Güter, die andern im Besitz des guten Willens sind — sie sich anzueignen. Am Ende wird bei den verantwortlichen Führern doch der Sinn für die soziale und nationale Wirklichkeit siegen und dem Gang der Dinge eine neue Richtung geben. Uns aber wird man dann ruhig am Werk finden, an der Arbeit zum Besten der politischen und wirtschaftlichen Geschlossenheit Portugals und des portugiesischen Imperiums, das nach unserem Willen ein mächtiger Faktor des Friedens und Fortschritts in der Welt zu werden bestimmt ist.

II

Unter diesen Begriff der Nation als einer mannigfaltigen unabhängigen, souveränen Gemeinschaft, die sich ihr Gebiet nach eigenem Ermessen einteilt und organisiert, fallen für uns, ohne Unterschied der geographischen Lage, auch die portugiesischen Kolonien, ihre Verwaltung und Regierung. Gleichwie der Minho und die Beira, so unterstehen auch Angola oder Moçambique oder Portugiesisch-Indien einzig der Oberhoheit des Staates. Wir bilden eine rechtliche und politische Einheit und wünschen durch Entwicklung der Produktion und lebhaften Tauschverkehr von Rohstoffen gegen Nahrungsmittel und Fertigwaren zwischen den einzelnen Teilen dieses Ganzen auch zu einer möglichst vollständigen wirtschaft-

lichen Einheit zu kommen. Die Bewirtschaftung der Kolonien soll erfolgen im Einklang mit ihrer Entwicklung, auf dem Boden eines gerechten Ausgleichs zwischen ihnen und den Nachbargebieten und im Zusammenhang mit den Rechten und den berechtigten Ansprüchen des Mutterlandes und des portugiesischen Imperiums. Untereinander sind wir in der Einheit ein Vielfältiges, ein gemeinsames Wirkungsfeld unter jeweilig anderen Bedingungen; nach außen aber sind wir schlechthin eine Einheit, überall ein Eines und Gleiches.

Weder im Mutterland noch in irgendeiner unserer Kolonien schließen wir uns gegen das Kapital, die Arbeit und den Unternehmungsgeist Fremder ab und arbeiten ihnen auch nicht entgegen. Bei uns findet ausländische Mitarbeit offenere und herzlichere Aufnahme als in manch anderem Land. Im Schutz unserer Gesetze, unseres Rechts und unserer Macht und unter unserer Flagge leben Tausende von Ausländern und arbeiten Millionen von Kapitalien. Die Elemente aber, die zu eigenem Nutz und Frommen auf unserem Boden wirken, müssen wir als zu uns gehörig betrachten, als Faktor nicht einer fremden, sondern unserer Wirtschaft. Die Staatszugehörigkeit der Einzelnen und das, was sie sich durch eigene Arbeit erworben haben, wissen wir durchaus zu achten, – aber niemand soll glauben, daß wir damit die Hoheitsrechte des portugiesischen Staates auch nur irgendwie einschränken ließen. Worin das Interesse der Gemeinschaft besteht, und was getan werden muß, damit wir an unser Ziel gelangen, – das zu bestimmen steht niemand zu als uns selbst.

III

Was ich hier in Kürze dargestellt habe, ist der Leitgedanke der Arbeit, in der wir gerade stehen, und die auf dieser Tagung der Kolonialgouverneure wesentlichen Auftrieb erhalten wird. Die Regierung und Verwaltung der Kolonien soll den Grundsätzen der Verfassung und der Kolonialakte unterstellt werden; Fall für Fall sind die großen Fragen zu prüfen, die mit der Gütererzeugung und dem Warenverkehr zwischen den Kolonien und dem Mutterland und unter den Kolonien selbst und mit dem System der Meistbegünstigung zusammenhängen, das dem beabsichtigten Wirtschaftsganzen am förderlichsten ist; zu prüfen und durchzuführen ist der Plan unbedingt notwendiger öffentlicher Arbeiten, soweit die Finanzverhältnisse es gestatten, und sofern sie wirklich Zweck haben. Über all das hinaus aber, als das Höchste und Schönste, liegt uns die immer wirksamere und bessere Fürsorge für die Eingeborenen ob, – sie unserer christlichen Zivilisation zu gewinnen ist eines der kühnsten Ideale und eine der höchsten Aufgaben des portugiesischen Kolonialwerks. Arbeit auf Generationen hinaus, für die Besten unserer Jugend, für Stirn und Faust liegt vor uns; schlecht stünde es uns an, nur davon zu sprechen, wenn wir nicht daran gingen, sie zu leisten. Eine ruhmvolle, aber schwere Aufgabe, deren Last auch die stärksten Schultern beugen und daran auch der kühnste Geist verzweifeln müßte, hätte uns nicht die Macht, die über der Geschichte waltet, seit langem daran gewöhnt, zu entdecken, zu kämpfen, zu wirken und zu leiden, auf daß neue Welten erschlossen und neue Völker der Zivilisation zu-

geführt werden. Umsichtig und unbeirrt und im klaren Bewußtsein unserer geschichtlichen Sendung werden wir ohne Zweifel unser Kolonialwerk fortführen, vertiefen und ausbauen, zugleich aber auch in hohem Maße dem Frieden und dem Fortschritt der Welt dienen.

12. Ständische Gliederung

Rede vom 13. Januar 1934. Die Ordnung des neuen Staates soll organisch sein, und kann darum nur schrittweise erfolgen. Manches ist bloß Versuch und muß sich erst bewähren.

Die Verfassung – Die Wirtschaft – Der Einzelne und die Gemeinschaft – Plutokratie und Korruption – Gesunde Verwaltung – Gesunde Wirtschaft.

Die Portugiesische Republik soll, so bestimmt es die Verfassung, ein Ständestaat sein; um diesem Ziel näherzukommen, ist schon vorher in verschiedenen Erlassen festgelegt worden, unter welchen großen Gesichtspunkten die Bildung der einzelnen ständischen Gruppen zu erfolgen hat.

Diese umfassen alle materiellen und geistigen Interessen der portugiesischen Staatsbürger; und deshalb und weil der Augenblick immer näher rückt, wo bezahlte Arbeit nicht nur eine soziale Pflicht, sondern für die gesamte schaffende und freie Bevölkerung eine Tatsache ist, wird die Wirtschaft folgerichtig durch die ständische Organisation ein Element der politischen Ordnung. Nicht nur, daß der Staat dem Wirtschaftsleben seine Aufmerksamkeit widmet, ihm seinen Schutz angedeihen läßt, ihm im

Einklang mit seinen ureigensten Aufgaben oder mit den politischen Forderungen des Tages die Richtung gibt, – sondern die schaffenden Kräfte des Wirtschaftslebens gehen selber in die Staatsordnung ein, bilden einen Teil des Staatswesens. Das geschieht nicht, um etwa sozusagen die Arbeit der Politik dienstbar zu machen, und um eine vollkommenere Volksvertretung anzustreben als die vom Individualismus erdachte, sondern aus einer neuen Auffassung von dem heraus, was der Staat ist oder doch künftig sein soll.

In dieser Hinsicht stehen wir an der Schwelle einer neuen Zeit, noch ganz in den Anfängen und ohne uns nach fremden Vorbildern richten zu können, die ja aus anderen Grundanschauungen entstanden. Hier liegt die erste Schwierigkeit.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß sich der Staat in Portugal den Menschen gegenüber als allmächtig und sie selbst als bloßen Werkstoff der Politik betrachtet. Keinem von uns wird es einfallen, im Staat die Quellen der Moral und der Gerechtigkeit zu sehen, ohne seine Entscheidungen und Ordnungen an den Geboten einer höheren Gerechtigkeit zu messen. Keiner von uns wird wagen wollen, die Macht als den Urgrund allen Rechts zu preisen, die auf das Gewissen des Einzelnen, die legitimen Freiheiten der Bürger und auf die Menschenwürde keine Rücksicht zu nehmen brauche. Keiner von uns, der ein echter Portugiese ist und sein Vaterland liebt, verbindet mit seinem Nationalismus Angriffslust, Hochmut, Haß, – vielmehr, wenn er mit ganzer Liebe an seinem Vaterlande hängt, so weil er im Innersten fühlt und begreift, daß auf vaterländischem Boden der Mensch-

heit am besten gedient werden kann. Aber, wenn wir auch vernünftig und historisch genug denken, um uns vor Staatsvergottung und Machtanbetung zu hüten, so sind wir doch der Nation und ihren heiligsten Gütern für die Schaffung eines starken Staates verantwortlich, – dafür, daß sein Ansehen wiederhergestellt, seine Autorität neu gekräftigt werde, und daß das Staatswesen eine feste, rasch entschlußfähige und schlagkräftige Führung erhalte.

Eine weitere Schwierigkeit. Der letzte Krieg hat den Generationen, die ihn miterlebt haben, das Gesicht gegeben. Sehr aufschlußreich war die allgemeine Mobilmachung all der Länder, die in die Auseinandersetzung verwickelt waren. Man sah ganz deutlich, wie eine einzige Führung alle Teile erfaßte; der Staat machte sämtliche Kräfte zum Streit oder zum Widerstand, die geistigen wie die materiellen, zur Verteidigung der Nation mobil. Die geistige Anspannung und die eiserne Disziplin, der alle unterworfen waren, ließ dann im Frieden wieder nach; aber der Gedanke an ein Volk in Waffen hat sich den Geistern tief eingeprägt und beherrscht sichtlich die politischen Anschauungen der Gegenwart, nicht zuletzt, weil der Krieg ja noch gar nicht zu Ende ist oder doch jedenfalls all seine Schwierigkeiten noch bestehen, wenn nicht größer geworden sind. Das Leben ist schwieriger geworden, die Sorgen wachsen den Regierungen und den Völkern hier und da über den Kopf, – mit gewöhnlichen Mitteln ist ihrer nicht mehr Herr zu werden. So sind denn einige Staaten zu einer Art friedlicher Mobilmachung aller nationalen Kräfte geschritten, und so, wie die Dinge heutzutage nun ein-

mal liegen, wird zweifellos niemand, der die Schwierigkeiten überwinden oder doch wenigstens vor ihnen sicher sein will, darum herumkommen.

Kindheit und Jugend, eine Erziehung in vaterländischem Geiste, eine allgemeine und gleichmäßige innere Ausrichtung, Spiel und Sport, die körperliche und geistige Ertüchtigung des heranwachsenden Geschlechts, die wissenschaftliche Forschung, die Lebensgestaltung, die Gütererzeugung, der Handel, ja die Kunst: alles soll einer einzigen Führung, einem einzigen Geiste gehorchen, – und solange nicht ein allgemeines Bewußtsein da ist, das von selbst dahin drängt, muß der Staat als Vertreter und Wahrer des allgemeinen Interesses es auf sich nehmen, sie zu leiten. So sieht es fast so aus, als sei es Grundsatz, daß der Staat die Volkswirtschaft führt. Aber wie denn nun eigentlich?

Es hat sich mit der Zeit herausgestellt, daß eine gemäßigte und unmerkliche Einflußnahme auf Tarife, Verträge, Erzeugungsprämien gewisse Fehler und Ausschreitungen, die sich zum Schaden auswirken können, und einen gewissen Leerlauf im Produktionsbetrieb nicht zu verhindern vermag. Man ist dann so weit gegangen, rein staatliche Industrieunternehmungen zu schaffen, auf andere durch direkte oder indirekte Finanzierung Einfluß zu nehmen, dem Privatunternehmen und der Privatinitiative Beschränkungen aufzuerlegen. Aber hier liegt eine Schwierigkeit; denn die portugiesische Regierung verkennt zwar die Nöte der Gegenwart nicht, aber sie will sich nicht anmaßen, allzusehr in die Erzeugung einzugreifen, und die Privatinitiative zu höchstmöglicher Entfaltung und Wirkung bringen, die die wirkliche

Triebfeder sozialen Fortschritts ist. Wenn der Staat sich nicht damit begnügt zu zeigen, was dem Ganzen not tut, und wie die Einzelnen Abhilfe schaffen können, gerät er auf den Weg der Verschwendung, des unlauteren Wettbewerbs, der unproduktiven Arbeit. Im Interesse der Einzelnen wie des Ganzen muß die Privatinitiative geschützt werden.

Ich weise auf noch eine andere Schwierigkeit hin, um zu einem Schluß zu kommen. Die alte Staatsauffassung, die zum großen Teil noch seiner heutigen Form entspricht, sieht in ihm lediglich einen politischen und Verwaltungsapparat. Wenn wir von ihm wirtschaftliche Wirkung und wirtschaftlichen Nutzen erwarten, müssen wir ihm schon Grundsätze, Elemente, Verfahrungsweisen der Privatwirtschaft aufpfropfen; und ein Vergleich mit der ganz anders gearteten Verwaltungstechnik zeigt deutlich, daß solch eine Aufgabe ihm nicht zukommt. Mit einem Wort: es steht dem Staat nicht zu, die Führung der Wirtschaft zu übernehmen, – er muß sich von Grund aus umstellen oder darauf verzichten.

Dies Problem kann dann auf dem Weg über die ständische Gliederung gelöst werden. Dadurch kommen wir – statt der Regierung die Führung des Wirtschaftslebens zu überlassen – zu einer Wirtschaft, die sich selber führt, was unstreitig mehr wert ist. Welches auch immer die Einflußnahme der Ständevertretungen auf die Gesetzgebung sein mag – sei sie nun wie bei uns fachlicher und vorbereitender oder, wie vielleicht anderwärts, beratender Art –, Tatsache ist, daß die Volkswirtschaft selbst, in Ermangelung allgemeiner Vorschriften, schon durch gegenseitige Verständigung über Höhe und Bedingun-

gen der Produktion, der Preise, der Löhne genügend geleitet werden kann. Aber ich zweifle nicht, daß in gewissen Augenblicken die oberste Behörde eingreifen muß, – denn es ist nicht ganz dasselbe, ob man der Wirtschaft seinen Willen aufzwingt, oder ob man mit ihr gemeinsam der Volksgemeinschaft dient.

Wie groß immer die Vorzüge sein mögen, die man dem Wettbewerb zuerkennen kann, – gewiß ist, daß er keine stetige wirtschaftliche Kraft darstellt: denn er führt zu ihrer Selbstzerstörung, und die Vorteile, die er bietet, kommen der Allgemeinheit auch nicht zugute, ohne zugleich größten Schaden anzurichten.

Tatsächlich stellt sich oft heraus, daß die Konkurrenten durch sukzessive Ausschaltung der Schwächeren zu einer Monopolstellung oder zu einer Einigung gelangen, die nur eine mildere Form des Monopols ist. Dabei sind dann Kapitalien vergeudet, Sinn und Interessen der Arbeit aufs Spiel gesetzt worden, und was man dabei gewinnt, ist zuweilen unerheblich und bringt dem sogenannten Verbraucher nie dauernden Vorteil. Gewisse Vorgänge, die sich letzthin in unserer Tabak- und Streichholzindustrie und in der Seeschiffahrt abgespielt haben, verdeutlichen zur Genüge, was ich ausgeführt habe. Es fällt heute niemand ein, in einer Volkswirtschaft, die für geordnet gelten will, den unbeschränkten Wettbewerb zum Grundsatz zu erheben. Andererseits schreckt man vor Monopolen zurück, – denn das Monopol führt zu rücksichtsloser und unkontrollierter Ausbeutung und, wie jede Tätigkeit ohne Anreiz, zum Stillstand: das Monopol ist, wie Poincaré einmal ganz richtig gesagt hat, der Anfang des Sozialismus. Ich muß hinzufügen, daß dem nicht überall so ist, weshalb vielleicht der

Gemeinschaftssinn in einigen Ländern dazu geführt hat, daß auch das Monopol nur dem Volksganzen, nicht den Privatinteressen seiner Inhaber dienen will. Zweifellos aber nehmen die Dinge bei vielen Völkern – so auch bei uns – den üblen Verlauf, den ich beschrieben habe. Das ist eine Schwierigkeit, mit der wir fertig werden müssen.

Die Verfassung sieht den freien Wettbewerb vor und erkennt ihn an, ja begünstigt ihn eigentlich sogar; sie will nur, daß die verschiedenen Elemente der ständisch gegliederten Wirtschaft nicht untereinander in einen regellosen und dem wirklichen Sinn der Volksgemeinschaft und ihren eigenen Interessen zuwiderlaufenden Konkurrenzkampf treten. Aber die Absicht der Verfassung wäre hinfällig, wenn nicht die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der nationalen Arbeit den erwarteten Ergebnissen entsprächen. Erstens soll die Eingliederung der Wirtschaft in die ständische Ordnung, so wie die Verfassung sie vorsieht, doch der Privatinitiative und dem freien Wettbewerb, sei es in Neugründungen, sei es auf dem Gebiet der Gewerbefreiheit oder der Preisgestaltung, sei es in der Qualität der Waren oder ihrer Aufmachung oder in den Verkaufsbedingungen weitgehend Raum lassen (ich bin nicht der Meinung, daß eine engherzige Regelung der Produktions- und Verkaufsbedingungen, die allem Fortschritt und aller großzügigen Initiative im Wege ist, der Gemeinschaft zuträglich wäre). Zweitens sollen freier Außenhandel und Zolltarife grundsätzlich in der Hand des Staates einen sicheren Schutz der Allgemeinheit gegen wahrscheinlichen oder möglichen Mißbrauch des einen oder anderen Wirtschaftszweiges darstellen.

Ein neues Problem und neue Schwierigkeiten.

Wir alle, die wir an den Grundgesetzen der ständischen Ordnung mitgearbeitet haben, finden uns schon damit ab, daß Einwände wie am laufenden Band erhoben werden. Einen aber, den man gemacht hat, hätte keiner von uns für möglich gehalten: daß nämlich die ständische Ordnung, wie wir sie skizziert haben, den Triumph der Plutokratie über die geschwächte und uneinheitliche Masse der Arbeiterschaft bedeute. Weiß man eigentlich wirklich, was man da behauptet? Gehen wir doch den Dingen einmal auf den Grund!

Es wird ja wohl niemand Plutokratie mit Großhandel und Großindustrie verwechseln wollen. Die sind das Ergebnis allgemeiner wirtschaftlicher oder besonderer Bedingungen eines bestimmten Produktionszweiges. Wirtschaftlich sind sie von Nutzen, ihr Verhältnis zum Arbeiter und zur Kundschaft kann tadellos sein, und durchaus nicht in allen Fällen hängt ihr Sein oder Nichtsein von ihnen selbst ab. Auch mit der Finanz wird niemand die Plutokratie verwechseln. Solange es Geld und Kredit, Privateigentum und bewegliches Kapital gibt, solange die einen erzeugen, die anderen kaufen und verbrauchen können, wird es auch eine Finanz geben müssen. Und diese, die nützlich ist, kann gleichfalls untadelig sein. Selbst ihre Spekulation kann in gewissen Grenzen der Gemeinschaft zum Nutzen gereichen. Der Finanzmann braucht — wie auch andere Verwalter großer Vermögen — selbst gar nicht immer reich zu sein; aber gerade weil er sich mit Dingen wie Geld, Papieren, Kredit abgibt, die schwer faßbar sind, kann er das Wirtschaftsleben schädlich beeinflussen und viele Werte, die ihm an-

vertraut sein mögen oder die sich nach seinen Operationen richten, mitreißen. Sobald er anfängt zu spielen, hört er auf, für die Wirtschaft von Interesse zu sein; dann bewegt er sich nämlich außerhalb dessen, was seines Amtes ist.

Plutokraten sind also weder der Großindustrielle noch der Finanzmann. Der Plutokrat ist ein Zwittergebilde, – er steht zwischen Wirtschaft und Finanz; er ist gleichsam das Sumpfgewächs des schlimmsten Kapitalismus. An der Produktion interessiert ihn nicht, was erzeugt wird, sondern was er finanziell daraus machen kann; in finanzieller Hinsicht ist er nicht auf ordnungsgemäße Anlage seiner Kapitalien bedacht, sondern auf ihre Vermehrung durch gewagte Manipulationen auf Kosten anderer. Sein Wirkungsfeld liegt außerhalb produktiver Kapitalsanlage und außerhalb des normalen Geldverkehrs. Rechte, die durch Arbeit erworben werden, moralische und menschliche Rücksichten sind für ihn nicht vorhanden. Wenn er Gesellschaftsgründungen vornimmt, so um Anteile einzustecken und sie anderen zu verkaufen; bekommt er eine Konzession kostenlos, so macht er sie gleich zu Geld; bekommt er ein Unternehmen in die Hand, so sorgt er dafür, daß es ihn für das entschädigt, was er an anderen zugesetzt hat. Zu diesem Zweck bedient sich der Plutokrat in Wirtschaft und Politik immer des gleichen Mittels: der Bestechung. Denn diese Schurken, die einige Leute sogar als Wirtschaftler von Format bezeichnen, leben ganz und gar von der Unsicherheit der Wirtschaftsverhältnisse, von der Zerrüttung des Wirtschaftslebens und von der Entartung der Politik, die ja alle drei für die Gegenwart charakteristisch sind. – Wer die Dinge, die sich

hier bei uns abgespielt haben und die anderwärts vor sich gehen, aufmerksam verfolgt, wird mir ohne weiteres beipflichten.

Wie soll man den Staat gegen plutokratische Korruption sichern und die Arbeit gegen ihr verantwortungsloses Treiben schützen? Selbstverständlich – die Erfahrung lehrt es – hat die Korruption da leichtes Spiel, wo sie es nicht mit einigen wenigen Verantwortlichen, sondern mit der Gleichgültigkeit vieler zu tun hat: ein demokratisches Regime ist viel mehr als irgendein anderes zum Kompromiß, zum Kuhhandel, zu offenem oder unbewußtem Zusammenspiel mit der Plutokratie geneigt. Die Möglichkeit privater Einsichtnahme in die Verwaltung und das Vorhandensein einer Presse, die unabhängigen Männern ihre Spalten zur Verfügung stellt, können mithelfen, die Machenschaften interessierter Kreise aufzudecken und sie um ihren Erfolg zu bringen. Die einfachste Art aber, den Staat gegen plutokratische Korruption zu sichern, ist – ihm die Möglichkeit dazu zu nehmen. Als ich vorhin im Hinblick auf die nationale Wirtschaft sagte, es sei besser, sie sich selbst zu überlassen, statt dem Staat die Führung zu übertragen, dachte ich auch an die Vorteile, die der Politik und der Verwaltung daraus erwachsen, bei denen dem Staat an dem Interesse des Einzelnen nichts, an dem Wohl des Ganzen jedoch alles gelegen ist. Es ist nicht gut, wenn große Geschäfte, ansehnliche Gewinne, Spekulationen, Preise, – wenn Einfuhr, Aufträge, Lizenzen, Zölle systematisch von der Meinung einer Behörde oder der Unterschrift eines Ministers abhängig gemacht werden. Ein bloßer Verdacht, der auf den Einzelnen fallen kann, bringt die ganze Verwaltung in Verruf.

Wenn die ständische Ordnung erst zur Gesundung des Wirtschaftslebens geführt hat und dies mit einer gewissen Stetigkeit der Weltwirtschaft rechnen kann; wenn erst allerorts die Beschränkungen aufgehoben sein werden; wenn erst der unlautere Wettbewerb ausgeschaltet ist und die künstlichen und tendenziösen Währungsschwankungen aufgehört haben; wenn im Innern des Landes die Wirtschaft in der Hand derer liegt, die da arbeiten, und man klar zu scheiden weiß zwischen Arbeit und Spekulation; wenn erst die Fragen der Produktion gemeinsam von großen und kleinen Erzeugern besprochen werden und auch die organisatorisch zusammengefaßte Arbeiterschaft ihre Stimme zur Geltung gebracht hat: dann wird sich herausstellen, daß für den Plutokraten und seine Geschäfte kein Platz mehr ist, und daß ihm nichts übrig bleibt, als sein Geld eben auszugeben. Die Organisation wird die Arbeit von der Tyrannei des Geldes befreit und das Geld dafür in den Dienst der Arbeit gestellt haben.

. . . Wer über die Grundsätze der Verfassung und unserer ständischen Ordnung nachgedacht und ihre allmähliche Durchführung verfolgt hat; wer wahrgenommen hat, wie unsere Wirtschaftspolitik weitgehend auf dem Gedanken der Freiheit aufgebaut ist, während andere Länder sich immer mehr abschließen und die fremde Bewegungsfreiheit immer mehr gefährden; wer sich ernstlich vertraut gemacht hat mit den Grundsätzen, die bei der Schaffung großer Wirtschaftsverbände und -gruppen in den verschiedenen Produktionszweigen in die Tat umgesetzt worden sind (so im Getreide- und Konservenwesen, in der Weinerzeugung und -ausfuhr, im Reishandel, um nur die

größten zu nennen); wer gesehen hat, mit welch gläubiger Hingabe die übrigens freiwillige Organisation der Arbeiterschaft erfolgt ist, vom Landarbeiter bis zu den Angestellten und den freien Berufen; wer schließlich miterlebt hat, wie sehr wir darauf bedacht sind, im Interesse der Nation dem Staat Stärke und Kraft zu erhalten: dem werden sicher auch die gleichen Zweifel und die gleichen Schwierigkeiten aufgegangen sein, aber er wird auch wissen, daß sie sich überwinden lassen.

Nach unserer bekannten Methode sind wir umsichtig und sicher zu Werke gegangen, um den Staat von Grund auf neu zu gestalten. Für uns ist die Wirtschaft ein Element der politischen Ordnung; für uns ist die Arbeit, in welcher Form immer, ein Grundbegriff der neuen sozialen Ordnung, und wir bekämpfen jegliches Parasitentum, angefangen in der Verwaltung. Wir wollen eine geordnete Volkswirtschaft, unter Aufrechterhaltung der Privatinitiative, mit einem gesunden Wettbewerb der Erzeuger untereinander und mit denen anderer Länder; wir erstreben organisatorische Zusammenfassung aller Interessen zu ihrem eigenen Besten, aber wir wollen auch, daß der Staat durch seine Würde und seine Kraft gefeit sei gegen Korruption, damit es niemand einfalle, seine Macht auszunutzen, und damit jeder an seiner Stelle mitarbeite als Diener und Glied des Ganzen und der Nation.

Darin liegt die Aufgabe unserer Generation; darin aber liegt auch ihr Ruhm.

13. Der Geist der Revolution

Rede vom 28. April 1934 in Porto. Rückblick auf die frühere Mißwirtschaft und Herausstellung der Ideale, in deren Zeichen sich die Erneuerung vollzieht.

Politik und Führung.

I

Die nationale Revolution, die am 28. Mai 1926 begann und, fast von Anfang an unter der Führung des Herrn Staatspräsidenten, ihren Fortgang genommen hat, hätte keinen Sinn und kein Recht, wenn ihre Absichten nicht in die Tiefe gingen, wenn sie nicht ernsthaft auf die Wahl ihrer Mittel bedacht und nicht wahrhaft volkstümlich wäre. Darüber hinaus war sie dem Genius der Nation gegenüber verantwortlich für die Erfüllung unserer geschichtlichen Sendung. Lassen Sie mich darüber ein paar Worte sagen.

Europa und die Welt sind voll von Versuchen auf politischem und sozialem Gebiet, voll von Revolten, Revolutionen, Krisen, Schwierigkeiten, vom Ringen nach neuem Leben; man versucht es mit neuen Systemen; man versucht neue Mittel, Leben und Gleichgewicht der Gemeinwesen wieder einzurenken; jahr-

hundertealte Grundsätze und Einrichtungen stürzen zusammen, und andere, die es verdienten, bewahrt zu werden, laufen ebenfalls Gefahr, der tragischen Verwirrung des Augenblicks zum Opfer zu fallen; immer inniger fühlen die Völker die Bande, die sie gemeinsam umschlingen. Da ist es nun in dieser kleinen westlichen Ecke Europas, weder fern noch weit noch im Mittelpunkt von großen Kulturstraßen, diesem Land, das nicht von gestern ist, das seine Eigenart und seine Geschichte hat, aufgegeben, sich zu entscheiden. Wir hätten die Lehren unserer Zeit nicht verstanden noch genützt, hätten die Waffen Gomes da Costas und des portugiesischen Heeres nur dazu gedient, Menschen durch andere Menschen zu ersetzen, die Partei der einen durch die Partei der anderen, Ehrgeiz und Eitelkeit durch anderen Ehrgeiz und andere Eitelkeit.

Für die Nation, die – kaum aus ihrer Betäubung erwacht und krankhaften Pessimismus überwindend – gezwungen ist, für ihre Ehre, ihr Leben und ihre kulturelle Sendung einzustehen, bleibt im Auge der zur Führung Berufenen aller nur äußerliche Wandel, der nicht an die Ursache der Übel rührt, ohne Interesse. Wesentlich sind nur jene tiefgehenden Wandlungen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet, die aus einer neuen sozialen Gesittung und Gesinnung kommen. Glauben Sie mir, von hoher Warte aus betrachtet verliert alle persönliche Empfindlichkeit, alles kleinliche Interesse, verlieren Gegensätze, Gruppen und Parteien an Bedeutung. Einzig die Nation steht da in der ganzen Größe und dem ganzen Wert ihres Daseins, ihrer Not und ihres Lebenswillens. Daher denn also dieser kühne Versuch einer „unpolitischen“ Politik oder besser einer „un-

politischen“ Regierung, der manchen als Irrsinn erschienen und für alle ein Glück gewesen ist. Zum mindesten war das ein ziemlich neuer Gedanke, wert, daß man einmal den Versuch machte, ihn in die Tat umzusetzen, angesichts all der Uneinigkeit der Menschen und der verzweifelten Not eines Volkes, das immer noch reich war an solchen, die es liebten, arm aber – aus unglückseliger Verkettung der Geschehnisse – an solchen, die ihm dienten.

Wer da glaubt, daß alles schon getan, oder aber, daß noch nichts geschehen sei, der hat nicht begriffen, worum es eigentlich geht. Eine Revolution von solcher Tragweite und solcher Tiefe kann nur im Nichts enden oder aber sich vollziehen dadurch, daß sie das Leben der Menschen mit einem neuen Geist und mit neuen Inhalten erfüllt, – und ihrem Siege wird sie um so näher sein, je tiefer wir selbst von ihr durchdrungen sind.

II

Die Revolution soll nicht nur gründlich, sie soll auch ernst gemeint sein. Ich verstehe darunter, daß sie in Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit geschehe.

Aufrichtigkeit, das heißt in erster Linie, daß Gefühl und Gedanke, Tat und Wort miteinander in Einklang stehen. Es ist im öffentlichen Leben nicht anders als im privaten. Unaufrichtigkeit verärgert und entmutigt. Kein politisches System kann das Vertrauen des Volkes erwerben, wenn es die Lüge zur Methode erhebt oder es bei halben Wahrheiten sein Bewenden haben läßt.

Wir führen den politischen Kampf nicht mit den Waffen der Verleumdung, behaupten nichts, was sich

nicht auch beweisen ließe, und versprechen nichts, dessen Erfüllung wir nicht reiflich erwogen und gesichert hätten.

Wenn wir uns gegen Mißstände, Unzuträglichkeiten und Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung, gegen Günstlingswirtschaft und Korruption wenden, so weil das der hohen und ernsten Auffassung entspricht, die wir von der Regierung haben, nicht aber, weil wir die Absicht hätten, uns ein politisches Mäntelchen umzuhängen, in dessen Schutz wir gleiche Mißstände und gleiche Unzuträglichkeiten hochkommen lassen könnten. Wehe denen, die so tun, als hätten sie sich diese unsere Grundanschauungen zu eigen gemacht, in deren Geist die Rettung des Vaterlandes geschehen muß, – die sich mit den Lippen zu unserer Revolution bekennen, – die da wissen, daß wir fest entschlossen sind, das wirtschaftliche und geistige Niveau des Volkes zu heben, – und die im Grunde doch nur dringendste Forderungen mit Versprechen abspeisen und den Frieden, den wir ihnen erkämpft haben, dazu benutzen möchten, sich dem Anspruch der Gerechtigkeit zu entziehen! Die gehören nicht zu uns und stehen nicht bei uns.

Aufrichtigkeit, das heißt weiter: verantwortungsbewußt denken und handeln. D'Ormesson hat dem König der Belgier und seinem Tode diese schönen Worte gewidmet: „Albert I. war verantwortungsbewußt. Das sagt alles. Er war das König gewordene Gewissen, und das fühlte sein Volk, fühlten die anderen Völker. Es ist eben etwas Ernstes um die Arbeit. Ein ernstes Ding ist es, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, den Boden zu bestellen, die Kinder zu ernähren, gegen Krankheit und widriges Geschick an-

zukämpfen, sich für das Alter das Nötigste zusammenzusparen. Wahrlich: die Menge hat einen sicheren Blick dafür, ob einer so ernster Lebensauffassung fähig ist oder nicht.“ Wir wollen uns doch darüber klar sein: mehr als eine politische Bewegung geht darauf zurück, daß es im öffentlichen Leben der Nationen an ernstem Wollen fehlt.

In der Abgeschlossenheit meiner Arbeit versuche ich zuweilen, aus mir selbst herauszutreten und das Wirken der Regierung mit den Augen des bloßen Zuschauers zu betrachten: ich wäre nicht froh, wenn ich ganz in der Tat aufgehen und darüber meine kritischen Fähigkeiten einbüßen müßte. Aus Akten, Beschwerden und Gesuchen, aus Entwürfen und Gesetzen tritt den Regierungen das Leben des Volkes entgegen, in all seiner Traurigkeit und Freude, seiner Hoffnung und Verzweiflung, seiner Demut und seinem Stolz, so wie es wirklich ist. Und es ist ernst. Ob es sich nun um Krieg oder Frieden handeln mag, um Ordnung, Ansehen und Stärke des Staates oder die Ehre der Nation, um Arbeit oder Erziehung, um die Alten oder um die Jugend, um Bauern oder Fabrikarbeiter oder um Mutter und Kind: es ist alles gleich ernst und Grund genug, daß wir uns unaufhörlich und in tiefster Seele sorgen.

Das Leben ernst nehmen, das heißt freilich nicht unbedingt, daß wir dahinleben sollen in Trauer und Traurigkeit, Schmerz und Verzweiflung. Es verträgt sich durchaus mit dem jugendlichen Frohsinn des Volkes, mit Freude und Heiterkeit. Nur das Ernste will ernst genommen werden. Darum haben die kleinen Winkelverschwörungen, die Pläne arbeitsloser Revolutionäre, die Entwürfe, deren Veröffentlichung

im „Staatsanzeiger“ allein schon Glück und Wohlstand herbeiführt, – haben die Ministerien der Freunde, hat Vetternwirtschaft und Ämterschacher, hat all das Chaos, aus dem sich einmal doch unvermittelt Ordnung und Klarheit erheben, nichts zu tun mit dem wirklichen Leben der Volksgemeinschaft; im Grunde sind das alles nur Kindereien, kleine Familientragödien, die sich vor dem wachsamen Auge des Volkes abspielen.

III

Und schließlich hat die Revolution vom 28. Mai zutiefst volkstümlichen Charakter: denn sie ist unaufhörlich darauf bedacht, beim Volk zu bleiben und seinen Nöten abzuhelfen.

Ich glaube, ein französischer Journalist, der Portugal vor einiger Zeit bereiste, hat als erster gewagt, die europäische Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß das Ende des Parlamentarismus und seiner fruchtlosen Debatten keineswegs gleichbedeutend ist mit Ausschluß des Volkes von der Regierung, und daß es sich sogar sehr gut verträgt mit engster Bindung der Regierungen an das Volk. Der Fall Portugal allein lege beredtes Zeugnis dafür ab.

Zwar gibt es noch heute Menschen, die kein anderes Maß und Urteil kennen als die bloße Zahl und daher parlamentarische Auseinandersetzungen für wertvoll, unerläßlich und unersetzlich halten als Mittel zur Erkenntnis der öffentlichen Meinung und zu richtigerem Verständnis der Gesetze. Das sind dieselben Leute, die unseren Methoden, bei unserer angeblich parteiischen Einseitigkeit, eine solche Bedeutung absprechen.

Wer gewohnt ist, die Sitzungsberichte zu lesen, und darin nach Dingen von sachlichem Interesse forscht, wird verwundert festgestellt haben, daß in all den endlosen Reden zu den ernstesten Fragen und den wichtigsten Gesetzen nichts dergleichen zu finden ist. Das ist schließlich auch ganz erklärlich angesichts der Schwierigkeit des Gegenstandes, und die eifrigen Leser bekommen gemeinhin nichts weiter zu Gesicht als die Gutachten der Ausschüsse, genau so wie heute, nur ausführlicher, die Erlasse, die unsere Verordnungen zu begleiten pflegen.

Dem demokratischen Geschwätz verdanken wir die üble Angewohnheit, Fragen der Politik und Verwaltung breitzutreten, als ob nicht auch der Staat etwas auf sich zu halten hätte, und als ob das wirklich gleichbedeutend wäre mit der unerläßlichen Aufklärung und Bildung der öffentlichen Meinung. Abgesehen von den vielerlei Nebensächlichkeiten, die das tägliche Brot krankhafter, müßiger und gewerbsmäßiger Kleinigkeitskrämer sind, bleibt der Nation nichts verborgen, was sie zu wissen und worüber sie zu befinden hat. Über der Fülle dessen, was heute an die Öffentlichkeit kommt, vergißt man das Frühere, und die Ruhe, in der man sich darüber aussprechen kann, verbietet überhaupt jeden Vergleich mit dem Lärm erregter politischer Auseinandersetzungen. Wie oft brachten die Redner es nicht fertig, die Wahrheit so geschickt zu verdrehen, daß man einfach nicht mehr wußte, wo sie eigentlich lag!

Aus vielerlei und fortlaufend ergänzten Statistiken, aus Haushaltsplan, Rechnungslegung, Verwaltungsberichten, aus den Gutachten der Ausschüsse und den Entwürfen der Regierung erfährt die Nation durch-

aus, was geschehen ist und was geschieht, und darüber hinaus noch immer früh genug, was geschehen soll. Selten ist der Kontakt zwischen Regierung und Volk so eng gewesen wie heute, und nie wohl hat das Volk selbst innerlich größeren Anteil am Gang seines Geschicks genommen, nie tiefer empfunden, wie ihm sein Recht wird.

Noch in anderer Hinsicht kann die Bewegung als volkstümlich bezeichnet werden, wenn ich auch fürchte, daß eine solche Benennung zu Mißverständnissen führen kann. Die Nation ist für uns eins und ewig; in ihr gibt es weder bevorrechtigte noch minderberechtigte Klassen. Das Volk, das sind wir alle miteinander, und es ist nicht nur nicht ungerecht, sondern durchaus gerecht, daß größerer Not auch größere Hilfe wird. Man kann nicht gerecht sein, wenn man nicht menschlich ist.

Niemand wird glauben, daß sich die Not der großen Masse unseres zwar unwissenden und verarmten, doch heldenhaften, arbeitsamen, opfermutigen und stolzen Volkes von heut auf morgen beheben ließe. Aber auch darüber wird sich niemand wundern, daß diese Frage für uns im Mittelpunkt der Arbeit am nationalen Wiederaufbauwerk steht. In diesem Sinne beginnen wir am heutigen Tage mit der Schaffung des Siedlungshauses, das auch dem Ärmsten ein gesundes und trautes Heim geben soll, darin er sein eigener Herr ist, – ein Arbeiterheim, einfach, wohnlich und portugiesisch. Wir beginnen damit ein gewiß nicht leichtes Unternehmen, – doch, daß es dem ganzen Lande zum Segen gereiche, das ist nicht nur der fromme Wunsch, das ist die feste Absicht der Regierung.

IV

Mühsam und steil ist unser Weg. Halten wir uns das Endziel klar vor Augen.

Die portugiesische Nation und die portugiesische Einheit sind nicht erst eine Schöpfung neuerer Zeit. Den Anspruch rassischer oder politischer Alleingeltung erheben sie nicht. Das kontinentale Portugal mit seinen heutigen Grenzen stammt bereits aus dem 12. und 13. Jahrhundert; sein gewaltiger überseeischer Besitz in Afrika, Asien, im Stillen Ozean und in Amerika ward im 15. und 16. Jahrhundert im Kampf um die Erhaltung und Ausbreitung der christlich-lateinischen Zivilisation gegen den Islam gewonnen. Diesen Sieg, der für die ganze Menschheit von entscheidender Bedeutung wurde, errangen wir, während das übrige Europa in blutige dynastische und religiöse Zwiste verwickelt war.

Was die Geschichte unseres Vaterlandes kennzeichnet, das ist der weltgeschichtliche Charakter, die weltgeschichtliche Bedeutung ihres Geistes und ihrer Taten für die materielle und geistige Entwicklung des Menschengeschlechts. So haben wir in Nordafrika ein bewundernswertes Bollwerk abendländischer Kultur geschaffen, die Inseln des Atlantik bevölkert, die Küsten Afrikas und des Okzidents befestigt und bebaut, allen Völkern die Wege bereitet und aus Brasilien gemacht, was es ist.

Wenige Jahrzehnte – Augenblicke nur in der Geschichte der Menschheit – haben genügt, uns um unsere weltgeschichtliche Wirkung und Macht zu bringen. Im Bewußtsein der Nation und im Wesen ihrer Einrichtungen aber ist sie nicht erstorben, und

einmal befreit von wesensfremden Einflüssen, hat der portugiesische Geist, im Vollgefühl seiner ganzen Kraft und Macht, sich von neuem erhoben.

Den Irrungen und Wirrungen der letzten achtzig, neunzig Jahre zum Trotz ist unser eigentümliches, schöpferisch christliches und fortschrittliches Kulturbewußtsein zu neuem Leben erwacht. Drüben, unter den immer noch großartigen Überbleibseln einstiger Entdeckungen und Eroberungen, hat unsere Erhebung zu weiterem Ausbau unserer politischen und kulturellen Macht, unserer erzieherischen und kolonisatorischen Leistung und unserer Beziehungen zwischen Kolonien und Mutterland geführt. Und schließlich, indem sie mit allen zersetzenden Elementen gründlich aufräumte und für gesunde Finanzverhältnisse sorgte, ohne die es keine allgemeine Gesundung geben kann, hat die Nationale Diktatur die Voraussetzungen geschaffen für eine weitgehende Entwicklung im Geiste der Tradition, der Portugal sein Dasein, seinen Aufschwung und seinen Ruhm verdankt und die ihm Kraft und Dauer verbürgt. Durch ihre Erlasse, durch die neue Verfassung, die Kolonialakte, das Statut über die katholischen Missionen, die Reichsakte, durch die Neuordnung der Kolonialverwaltung gewährleistet die Nationale Diktatur die Fortführung unserer geschichtlichen Sendung auf dem Boden unseres geschichtlichen Erbes daheim und in Übersee.

Portugal und sein Imperium bilden eine territoriale und politische Einheit, die das Werk von Jahrhunderten und dazu bestimmt ist, dem Volk, das als erstes unter Mühen und Opfern seine europäische Enge in der Weite der Meere und neuer Welten über-

wand, seine Freiheit, seine Größe, seine Wirtschaft und seinen Handel zu sichern. Den Portugiesen von heute ist aufgegeben, die Einheit ihres Reiches auf der Iberischen Halbinsel, in Afrika und im Orient im Geist ihrer Geschichte, in tatkräftiger Unternehmung, mit wirtschaftlichem und finanziellem Weitblick, in gemeinsamer Arbeit von Industrie und Landwirtschaft zu bewahren und zu entwickeln.

Mit Spannung sehen wir der Eröffnung der Kolonial-Ausstellung in Porto entgegen. Sie soll allen, vornehmlich aber einigen weniger Unwissenden als Vergeßlichen die Größe der Opfer an Gut und Blut vor Augen stellen, unter denen wir unsere heldenhafte koloniale Leistung vollbracht haben, und außerdem, was wir in schweigsamer Arbeit im Dienst des Friedens, zum wirtschaftlichen Fortschritt und zum Wohl der Menschheit getan haben. Die Unkenntnis, die über eine Leistung herrscht, in der wir vielleicht von niemand übertroffen wurden, ist so groß und so allgemein, daß es schon nicht mehr ein Fehler, sondern ein Verbrechen am Vaterlande wäre, sie nicht in ihrer ganzen strahlenden Größe darzustellen.

Durch das Walten der allmächtigen Vorsehung ist Portugal heute der Notwendigkeit überhoben, Kriege zu führen, fremdes Land zu besetzen oder zu erobern, und steht es außerhalb des internationalen Konkurrenzkampfes. Um in Ruhe und Sicherheit und mit anderen Staaten in Freundschaft leben zu können, braucht es sich nur im Geist und im Zeichen seiner Geschichte zu erneuern. Solche Erneuerung ist das Ziel der Revolution.

Großes hat die Diktatur geleistet in Fortführung des Guten und in Beseitigung des Üblen oder Unbrauchbaren, – noch Größeres bleibt zu tun zur nationalen Wiedergeburt und zur Erziehung der Jugend im Geist glühender Vaterlandsliebe.

14. Der neue Staat in der europäischen Politik

Rede vom 26. Mai 1934 in der Eröffnungssitzung des ersten Kongresses der „Nationalen Einheitsbewegung". Abgrenzung der weltanschaulichen Grundlagen des neuen Staates gegen ähnlich gerichtete politische Bewegungen in Europa. Die geschichtliche Eigengesetzlichkeit des portugiesischen Nationalismus.

Das Wesen der neuen Ordnung – Portugiesischer Nationalismus – Völkischer und autoritärer Staat – Materieller Aufschwung? – Innere Erneuerung! – Der allgemeine Ständestaat – Bewegung und Staat – Die Nationalversammlung – „Diktatur"? – Führerstaat!

I

Die von der öffentlichen Meinung gebieterisch geforderte, von Heer und Flotte getragene Bewegung des 28. Mai lief darauf hinaus, Liberalismus, Individualismus, Parteienzwist und Klassenkampf endgültig aus unserem politischen Leben zu verbannen. Die Schaffung besserer wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse ist zwar eine der Voraussetzungen für die

Neuordnung der Lebensbedingungen in einem so heruntergekommenen Lande, vor allem bedarf sie aber einer neuen Auffassung von Politik, Recht und Volk, die tiefwirkend genug ist, alte Anschauungen zu überwinden oder zu berichtigen, eine Gesinnung und starke Denkart zu schaffen, die zu ihrer allmählichen Verwirklichung notwendig ist. Diese Anschauung wurde mit der Diktatur ausgebildet und fand ihren Niederschlag in der Verfassung, in der Kolonialakte, in der Reichsordnung, im Arbeitsstatut und im Programm der „Nationalen Einheitsbewegung". Sie findet weiterhin ihren Ausdruck in Verfügungen, Einrichtungen und Tatsachen, die ihrerseits die praktische Verwirklichung dessen darstellen, wofür sie geschaffen wurde.

Es würde zu weit führen und jetzt auch schon unnötig sein, in dieser Rede eine auch nur gedrängte Übersicht über alle Grundsätze zu geben, die das Evangelium des neuen Staates bilden, und die sich in ihrem Ganzen den Forderungen unserer Geschichte und der lateinisch-christlichen Zivilisation anpassen, die beide zu gewissen Zeiten von ihrem sicheren Kurs abgelenkt wurden. Ich will nur einige wesentliche Merkmale berühren, da es angebracht ist, einige typische Haltungen des portugiesischen Regimes zu definieren und gleichzeitig einer möglichen Umdeutung in der Auslegung oder Ausführung unseres Programms vorzubeugen. Da man viel und fast nur von seiner Übereinstimmung mit andern Regierungssystemen gesprochen hat, will ich mich heute nicht mit dem beschäftigen, was ähnlich, sondern mit dem, was anders ist, damit so seine ausgeprägte Originalität in die Augen springt.

II

Der Nationalismus des neuen Staates ist und kann nie eine Doktrin aggressiver Isolierung, weder in ideologischer noch in politischer Hinsicht sein. Denn er fügt sich, wie schließlich unsere ganze Geschichte, in die freundschaftliche Zusammenarbeit mit andern Völkern ein. Nach unserer Überzeugung ist er ebenso weit entfernt vom individualistischen, im Ausland geborenen Liberalismus und vom Internationalismus der Linken, wie von theoretischen und praktischen Systemen, die anderswo als Reaktionen dagegen aufgetreten sind. Der neue Staat hat sich vorgenommen, nicht nur die alten Parteien mit Individualismus und Parlamentarismus auszurotten, sondern auch dem Radikalismus der Revolution wie den Auswüchsen der von ihr hervorgerufenen Reaktion unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Zweifellos gibt es politische Systeme, mit denen der portugiesische Nationalismus Ähnlichkeit und Berührungspunkte hat, übrigens nur soweit es sich um den Gedanken ständischer Ordnung handelt. In ihrer Durchführung jedoch und besonders im Staatsbegriff, sowie in der Organisation der politischen und zivilen Stützen der Regierung sind die Unterschiede scharf ausgeprägt. Man wird eines Tages erkennen, daß Portugal durch ein eigenes System regiert wird, das seiner ganz besonderen geschichtlichen und geographischen Lage entspricht. Wir möchten, daß man recht einsähe, daß wir nicht die Fehler und Gebrechen eines falschen Liberalismus, einer falschen Demokratie beseitigt haben, um dafür anderen, vielleicht noch größeren Irrtümern zu verfallen, sondern um das Land

wiederaufzubauen und wieder stark zu machen im Zeichen der Autorität, der Ordnung, der Überlieferung, und im Einklang mit den ewigen Wahrheiten, die ein unverlierbarer Besitz der Menschheit und der christlichen Kultur sind.

Zu den Hauptmerkmalen unseres Nationalismus, die ihn von den übrigen autoritären Staaten Europas unterscheiden, gehört der koloniale Gedanke der Portugiesen, der nicht eine Erfindung neuerer Zeit ist, sondern schon seit Jahrhunderten in der Seele der Nation wurzelt. Die koloniale Überlieferung stellt eine der stärksten Kräfte unseres politischen Lebens dar und entspricht dem humanen Charakter unserer christlichen Sendung und unserer Autonomie. So war es immer; heute aber kommt noch hinzu die innigere Verbundenheit mit dem Reich und die Pflicht, für das Erbe unserer Ahnen einzustehen.

III

Eines der höchsten Ziele unserer nationalen Erhebung und der Neugestaltung von Politik und Recht ist die Wiederherstellung des nationalen Führerstaates. Ich sage Wiederherstellung, denn dies waren die wesentlichen Kräfte, auf denen Portugal seit jeher als Staatswesen und als Weltmacht beruhte. Was Portugal Einheit, Stärke, Macht und Leben gab, das war die Nation, die ihre höchste Verkörperung fand im Führer und seiner Gefolgschaft. Erst viel später kam der Niedergang des Staates durch Partei- und Klüngelwesen und die Schwächung der Staatsgewalt.

Die Rückkehr des Staates zu einer gerechten und starken Ordnung war geboten, die den Menschen un-

ter das Gesetz der Gemeinschaft und der Menschlichkeit stellt, die sich auf unantastbare und unbeugsame Autorität gründet, wie sie, mit Caillaux zu sprechen, die höchste Errungenschaft unserer Zivilisation ist. Das ist die große Lehre, die wir aus den glanzvollen Tagen unserer Geschichte ziehen können, die Lehre auch der Zeiten unserer Zwietracht, unserer Schwächen, unseres Niederganges, das Gebot unserer geschichtlichen Bestimmung. Doch müssen wir uns davor hüten, eine Staatsordnung zu schaffen, die Anspruch auf Allgemeingeltung erhebt.

Ein Staat, der alles: Moral, Recht, Politik und Wirtschaft der Idee der Nation oder der Rasse unterordnet, die er vertritt, wäre allmächtig, sich selbst Grund und Zweck, und ihm hätten sich der Einzelne wie die Gesamtheit unterzuordnen. Das könnte zu einem schlimmeren Absolutismus führen als dem der vorliberalen Epoche, weil dieser sich wenigstens nicht vom Menschen losgelöst hatte. Ein solcher Staat wäre seinem Wesen nach heidnisch, unvereinbar mit unserer christlichen Zivilisation, und müßte über kurz oder lang zu ähnlichen Revolutionen führen wie die, denen sich das alte Regime gegenübersah und wer weiß, vielleicht sogar zu neuen und unheilvolleren Religionskriegen.

Die vom Volk angenommene Verfassung weist alles zurück als unvereinbar mit ihren Zielen, was sich direkt oder indirekt aus solchem Ausschließlichkeitsanspruch ergibt. Sie beginnt damit, daß sie die Staatsgewalt selbst unter das Gesetz der Moral und des Rechts stellt. Sie fordert vom Staat Achtung vor dem Individuum, der Familie, den Gemeinschaften und

den örtlichen Selbstverwaltungen. Sie sichert die Freiheit und Unverletzlichkeit der Bekenntnisse. Sie überläßt den Eltern und ihren Vertretern Erziehung und Heranbildung der Kinder, garantiert das friedliche Nebeneinander von Eigentum, Kapital und Arbeit. Sie erkennt die Kirche an mit ihrem Eigenleben und läßt ihr freies Feld für ihre geistliche Tätigkeit.

Kurz: der portugiesische Nationalismus ist im Sinne der Verfassung und der Tradition die logische Entwicklung dieser und anderer Gedankengänge, die neben dem Begriff des nationalen und autoritären Staates das Wesen des neuen Staates bestimmen.

IV

Innerhalb dieser allgemeinen Richtlinien wird die neue Verfasung noch von einem anderen Gedanken beherrscht: daß neben dem wirtschaftlichen Aufschwung eine geistige Erneuerung unerläßlich ist.

Jahrzehntelang, bis in unsere Tage hinein standen unsere Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Schulen, das Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft unter der Herrschaft des theoretischen und praktischen Materialismus. Wenn er sich auch über die geistigen Kräfte und Bindungen, die das Leben des Einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft von jeher bestimmten, nicht ganz hinwegsetzen konnte, so geschah das nicht etwa deswegen, weil er nicht auf ihre Beseitigung und Bekämpfung ausgewesen wäre und nicht den Sinn des menschlichen Daseins ausschließlich im materiellen Besitz und Genuß gesehen hätte. Wir haben die bittere Erfahrung gemacht, daß dies der

beste Weg ist, um Begierden zu erwecken, gegen die eine gewöhnliche Regierung nichts ausrichten kann, und innere und äußere Kämpfe von ungeahnter Heftigkeit zu entfesseln, die die Menschen in eine neue Barbarei zu stürzen drohen.

Der neue Staat, der in Portugal im Werden ist, bemüht sich um gesunde Finanzen und eine gedeihliche Wirtschaft durch großzügige öffentliche Arbeiten, um dadurch die Staatskasse vor größeren Erschütterungen zu bewahren und den Lebensstandard aller Schichten zu heben. Wir haben durch die Tat schon zur Genüge bewiesen, daß wir in dieser Hinsicht, in Bemühungen wie in Ergebnissen, diejenigen weit übertroffen haben, die vor uns nach einer Ideologie regierten, die sich sozusagen ausschließlich auf diesen Punkt beschränkte. Man denke aber nicht, daß im neuen Staat dies die einzigen Ziele wären. Es sind andere da, denen wir mehr Bedeutung beimessen müssen, weil jene davon abhängig sind.

Wir müssen arbeiten und die fördern, die eine gesunde Auffassung vom Leben, seinen höheren Zwecken und seinem tieferen Sinn haben, wie sie im Pflichtgefühl, in Opferbereitschaft, selbstloser Hingabe, Nächstenliebe, in Kunst und Wissenschaft zum Ausdruck kommen. Wir müssen uns so endgültig freimachen von einer materialistischen Weltanschauung, die sich selbst gerichtet hat. Hier liegt die Wahrheit, im Schönen, im Guten, im Geiste. Und nicht nur das: hier liegt auch die höchste Bürgschaft für die staatliche Ordnung, sozialen Ausgleich und wahren Fortschritt.

V

Dieser Grundbegriff, der an mehr als einer Stelle unserer Verfassung zum Ausdruck kommt, wirkt sich einmal auf die Arbeit der korporativ zusammengefaßten Wirtschaftszweige aus und führt zum anderen zu ständischer Gliederung des Staates, die neben der Wirtschaft auch die geistigen Berufe umfaßt.

Der Sozialismus bescherte uns die materialistische Geschichtsauffassung. Die treibende Kraft war für ihn einzig und allein das wirtschaftliche Interesse im Sinne eines geistlosen Positivismus. Diese Auffassung ist um so gefährlicher, als ihr auch die unterliegen können, die sich gegen die Auswüchse des Liberalismus und Sozialismus auflehnen und den korporativen Staat verteidigen. Sie würden dann in ihrer Einflußnahme auf die Wirtschaft und in deren ständischer Gliederung keine anderen als materiell-wirtschaftliche Gesichtspunkte gelten lassen. Das ist nicht unsere Auffassung.

Die ständische Gliederung der Wirtschaft muß im Auge behalten, daß die von ihr verfolgten Interessen, oder besser die Interessen der Produktion nicht nur denen der nationalen Wirtschaft als Ganzes unterzuordnen sind, sondern auch den geistigen Zielen und der höheren Bestimmung der Nation und ihrer Angehörigen. Andererseits sind, um unsere Formel von der organisierten Nation zu vervollkommnen, die geistigen Verbände zu berücksichtigen, wie in Kunst und Wissenschaft, die in geeigneter Weise in den ständischen Aufbau eingegliedert werden müssen, und zwar ebenfalls im Hinblick auf das gleiche geistige Ziel und das Wohl der Nation.

VI

Wenn der neue Staat nicht totalitär sein kann in dem Sinn, wie ich ihn eben definiert habe, kann es denn die „Nationale Einheitsbewegung" sein? Wenn sie es wäre, hätte sie die Bedeutung einer Partei, und zwar der einzigen Partei als Ersatz für alle anderen, die die Revolution ausgeschaltet hat, und den Wert einer staatlichen Einrichtung. Das scheint mir nicht nur im Widerspruch zu stehen zu dem Geiste, in dem das Heer im Jahre 1926 in die Geschicke der Nation eingriff, sondern auch zu der Kundgebung vom 30. Juli 1930. Die Einheit und Geschlossenheit, die sich für uns in Wort und Tat mit dem Begriff der „União Nacional" verbindet, ist weit entfernt von totalitärer Ausschließlichkeit, sie geht vielmehr so weit wie überhaupt nur möglich, ohne eine Gefahr zu werden.

So ist also die „Nationale Einheitsbewegung" keine Partei; und wenn sie es wäre, könnte sie sich nur durch Gewalt halten. Sie soll möglichst vielen Volksgenossen und Gruppen offenstehen. Es ist das Gesetz jedes lebendigen Organismus und entspricht auch der politischen Notwendigkeit, daß der zielbewußte Zusammenschluß derer, die sich zum Evangelium der nationalen Wiedergeburt bekennen und es verteidigen, so weitgehend und wirksam wie möglich sei. Doch darf man nicht vergessen, daß neben ihr Persönlichkeiten existieren, denen, gleichgültig ob sie dieselben Grundsätze haben oder nicht, in der Verfassung und in den Gesetzen politische Rechte zuerkannt werden. Das Wesentliche ist, daß sie weder die Regierungstätigkeit noch die Ziele der Verfassung

anfeinden. Das heißt: wenn sich einige dagegen auflehnen, so zwingen sie den Staat, zur Selbstwehr zu greifen und ihnen die Ausübung der Rechte zu beschränken, von denen sie ohne Nachteil für die nationale Erneuerung keinen Gebrauch zu machen verstehen.

VII

Obwohl noch nicht alle Vorbereitungen getroffen sind, beabsichtigt die Regierung doch, die Wahlen so früh auszuschreiben, daß die Nationalversammlung rechtzeitig gewählt werden kann, um 1935 mit ihren Arbeiten zu beginnen. Zu diesem Zweck müssen verschiedene Verfügungen erlassen werden. Dabei kommt den Bestimmungen über die Wählbarkeit der Abgeordneten, über die Wahlberechtigung und über die Entsendung von Vertretern in die Ständekammer eine erhöhte Bedeutung zu. Für diese Kammer wird sicher eine Übergangslösung notwendig sein, da die ständische Gliederung noch nicht ganz ausgebaut ist.

Wer diesen Fragen eine größere Aufmerksamkeit geschenkt hat, dem kann nicht entgangen sein, daß die gesetzgebende Gewalt, so wie sie in der Verfassung vorgesehen ist, zu viel Rücksicht nimmt auf bestimmte eingewurzelte Anschauungen, die ihr Dasein mehr einer geistigen Gewohnheit als einem inneren Wert verdanken. Die Verfassung ist zweifellos noch tiefgreifender Änderungen bedürftig: mit der Zeit und mit der Ausbreitung des neuen Gedankenguts werden sie im richtigen Augenblick Eingang finden.

Welches auch immer die Formen sein mögen, die für die Kammern in der Verfassung vorgesehen sind,

so steht doch eines fest: sie werden in dem Geiste arbeiten, der uns im Innersten eigentümlich ist, im Geist der Gerechtigkeit und Unabhängigkeit, im Geiste einer wahren Vertretung des Volkes. Nicht minder gewiß ist aber auch, daß es mit der Kammer keinen Parlamentarismus bei uns geben wird, das heißt keine unfruchtbaren Auseinandersetzungen, keine Gruppen, keine Parteien, keinen Kampf um die Macht in der Nationalversammlung.

VIII

So gehen wir denn unbeirrt unseren Weg weiter ... Manch einer mag sich schon genügen mit dem Glück, das ihm vom Berge Tabor leuchtet und sagen: „Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten bauen!“ Ein anderer mag Angst haben vor der Zukunft und kleinmütig verzagen: „Kehren wir um!“ Wir aber dürfen uns dadurch nicht beirren lassen, wir müssen weiterschreiten. Lassen Sie mich schließen mit den Worten, die ich vor wenigen Tagen einem französischen Kritiker sagte:

Die liberalistische Wirtschaft, die uns den Überkapitalismus beschert hat, den schrankenlosen Wettbewerb, die Amoralität in der Wirtschaft, die Herabwürdigung der Arbeit zur Ware und die Arbeitslosigkeit von Millionen, ist tot. Die einzige Gefahr ist nur, daß wir nach ihrer Überwindung in ein anderes Extrem fallen, das nicht besser wäre.

Die dieser Wirtschaftsauffassung entsprechenden politischen Systeme, in erster Linie die parlamentarische Demokratie, wird bald dasselbe Los ereilen. Auch hier müssen wir vorsichtig zu Werke gehen,

damit wir nicht ein Übel ausreißen, um ein anderes an seine Stelle zu pflanzen, und damit nicht etwa bestimmte Anschauungen, die wir als endgültige Errungenschaften des menschlichen Geschlechts ansehen können, mit solchen verschwinden, die nichts wert sind.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das wirtschaftliche Durcheinander und die dadurch hervorgerufenen Krisen das Aufkommen der Diktaturen begünstigt haben, doch würden wir uns einer Täuschung hingeben, wollten wir ihren Ursprung lediglich in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten suchen und nicht auch in dem tiefen Bedürfnis nach einer neuen politischen Ordnung, so wie es auch falsch wäre, wenn wir die Diktaturen als notwendige Atempausen zur Lösung bestimmter Probleme betrachten wollten und nicht als eine mögliche politische Form, die auch in Zukunft eine große Rolle spielen wird.

Die Diktaturen sind meiner Meinung nach keine Interimssysteme mehr, sondern eine neue politische Ordnung, zwar keine fertige, wohl aber eine, die im Werden ist. Wer da glaubt, daß es noch ein Zurück gibt, befindet sich in einem gewaltigen Irrtum, genau so wie der, der in ihrer augenblicklichen Form der politischen Weisheit letzten Schluß zu finden glaubt.

15. Das Jahr IX

Rede vom 28. Mai 1934 in der Schlußsitzung des ersten Kongresses der „Nationalen Einheitsbewegung".

Einheit – Zusammenhalt.

Man hat uns angeklagt, wir knebelten das Volk, ließen die Wirtschaft verkommen, fälschten die Bilanz, verletzten die Interessen des Staates, verteidigten nicht die Ehre der Nation, verschleuderten die Kolonien, das Erbteil unserer Väter, unterdrückten die Arbeiterschaft, vergewaltigten das Gewissen – alles Anwürfe, die zu niedrig sind, um ernst genommen zu werden, und zu verlogen, um Glauben zu finden.

Die Wahrheit fällt in die Augen. Überall wohin der Strom der Revolution gelangt ist, hat er die nationalen Belange, hat er Ordnung und das Ansehen des Staates zur Geltung gebracht.

Sie, meine Herren, sind nach Lissabon zum Kongreß der Bewegung gekommen. Macht sich der Pöbel auf den Straßen breit, und auf den Plätzen das Elend? Herrschen bei den Behörden anarchische Zustände und Disziplinlosigkeit im Heere? Verrosten etwa noch

auf dem Tejo die alten Schiffe, die Zeugen einer ruhmreichen Flotte?

Sie waren heute in Belém, vielleicht auch im Schlosse Ajuda, in Queluz, Cintra oder Cascais. Verfallen dort etwa die alten Schlösser, hängen die Gobelins in Fetzen herunter, läßt man Werte verkommen und das Personal in Lumpen herumlaufen?

Sie haben gestern der Parade beigewohnt. Glauben Sie, daß sich hinter dem Schneid der Truppen Disziplinlosigkeit, Aufruhr und Meuterei verbirgt, daß sich jemand schämt, eine Uniform zu tragen und in ihr dem Vaterlande zu dienen?

Sie haben teilgenommen an den festlichen Tagungen und den Beratungen. Haben Sie etwas gemerkt von peinlichen Rivalitäten, von gedrückter Stimmung oder Mißbehagen? Hat man sich um die ersten Plätze gestritten? Bemerkten Sie einen anderen Ehrgeiz als den, zu dienen? Hat das Interesse der Nation zurückstehen müssen hinter den Fragen persönlicher Eitelkeit?

Sie haben den Festzug an sich vorüberziehen lassen, die Gemeinden mit ihren Fahnen, den Symbolen städtischer Freiheit und Rechte, die forschen Vanguardisten. Haben Sie geballte Fäuste bemerkt, haßerfüllte und verbitterte Gesichter? Waren Sie Zeugen von Ausschreitungen verwirrter Geister? Hörten Sie Niederrufe auf alles was Schönheit und Leben bedeutet?

Sie haben bevölkerte Straßen, belebte Anlagen, gefüllte Theater gesehen. Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß das Volk freudlos unter dem Drucke despotischer Gewalt dahinlebt, daß es Angst hat vor Denunziantentum und beklommen auf Dinge wartet,

die da kommen sollen: Bürgerkrieg, Elend, Zusammenbruch?

Nein! Alle erleben wir ungetrübte Zeiten des Friedens, der Brüderlichkeit, der Volksgemeinschaft. Und das Geheimnis dieser tiefen Wandlung ist einzig und allein die Tatsache, daß die Nation heute vereint, was die Parteien getrennt hatten, daß es keine stärkere Bürgschaft für echte Freiheit gibt als die Autorität einer starken Regierung.

Durch die geleistete Arbeit und durch die Würde, mit der er tagte, bildet dieser Kongreß einen Markstein in der Geschichte der Erneuerung Portugals. Das kann nicht genug betont werden und ist eine der stärksten Hoffnungen für die Männer der Bewegung, daß eines Tages alle Portugiesen ergriffen werden von dem Geist des neuen Staates, der sich erhebt über den Trümmern einer Zeit, von der man wünschen möchte, sie wäre nie gewesen.

Die Nation appellierte an das Heer in einem Augenblick, wo es die einzige Macht war, die noch etwas darstellte und die den allgemeinen Verfall aufhalten konnte. Das Heer hat seine Pflicht erfüllt. Acht lange Jahre hat es seither weiter seine Pflicht getan und immer neue Erfolge errungen. In seinem Schutze kann die Regierung Tag und Nacht arbeiten, und auch das Volk hat schaffen und rasten können, so unbesorgt und manchmal so selbstsüchtig, als ob es nicht auch verpflichtet sei, eine so gewaltige Last tragen zu helfen. Gekommen ist der Augenblick, dem Heere andere und höhere Aufgaben zu stellen. Gekommen ist aber auch der Augenblick, da Sie sich ganz Ihrer großen Aufgabe und Ihrer schweren Verantwortung bewußt werden müssen.

In Ihrer vaterländischen Haltung, von der einst die Geschichte reden wird, erblicke ich nur Einigkeit und Einmütigkeit im Denken und Handeln, ein beredtes Zeugnis für die Bedeutung der „Nationalen Einheitsbewegung", doch möchte ich, daß man später auch den leidenschaftlichen Glauben, die ruhige Kraft und den Opfergeist rühme, mit denen Sie die neue Zeit verstanden haben. Nur dann sind wir unseren Aufgaben gewachsen, die wir uns vorgenommen haben, wenn die União Nacional den beiden Bestandteilen ihres Namens Ehre macht, wenn sie immer mehr in die Nation hineinwächst, wenn ihre Einheit immer vollkommener wird. Fehlte es uns an Unterordnung unter eine Führung, an rückhaltlosem Aufgehen im Ganzen und Disziplin des Geistes wie des Gefühls in politischen Dingen, würden wir Gefahr laufen, viele Mitläufer, doch in der Stunde der Gefahr wenig Mitkämpfer zu haben. Einigkeit, Zusammenhalt, Geschlossenheit: das ist die Losung für das Jahr IX.

Es beginnt dieses Jahr IX der nationalen Revolution. Und fragten Sie mich an seiner Schwelle, wohin wir steuern, so würde ich kurz antworten: vorwärts! Und ich erinnere Sie an das Wort, das in der Eröffnungssitzung gefallen ist: „Ein Zurück gibt es jetzt nicht mehr."

Vorwärts also, zu einem neuen Staate. Vorwärts zum Ständestaat, vorwärts zum Schutz von Volk und Nation, für die Größe unseres Kolonialreiches, für eine starke Wirtschaft, zur Förderung der Minderbemittelten, Hebung von Anstand und Sitten, zum Schutze der nationalen Arbeit, für Ehre und Ansehen

des Staates, für die Größe der Nation, für Ordnung und Gerechtigkeit, die allen Portugiesen zukommt, auf daß niemand mehr zu zweifeln wage an einem Siege, der uns schon gewiß, an eine Zukunft, die unser ist.

16. Die Volksvertretung

Rundfunkrede vom 9. Dezember 1934. Kritik des früheren parlamentarischen Systems. Aufgaben und Verantwortung der neuen Volksvertretung.

Rückblick – Der „Fall Portugal" – Die Diktatur – Abrechnung mit Liberalismus und Demokratie – Der Geist der neuen Verfassung – Die Aufgaben der Nationalversammlung und der Ständekammer.

Wenn dieser kleine Apparat hier nicht versagt, der bei der geringsten Schwingung meiner Stimme zu erzittern scheint, spreche ich in diesem Augenblick zu der größten Versammlung, die sich je in Portugal zusammenfand, um den Worten eines Menschen zu lauschen. Wenn es nicht vermessen wäre, so wünschte ich, daß diese trockenen, glanz- und kunstlosen Worte sich verwandeln, daß Gnade und Weihe ihnen zuteil werden und sie jedem einzelnen die eine Antwort geben möchten, die er sich im Innersten erhofft: der Schwierigkeit Klärung, dem Zweifel Entschluß, der Tat Preis, der Begeisterung Glut und der Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit – ich will nicht sagen: Tadel, aber tiefe Klage. Unmögliches Unterfangen, das zu versuchen sich nicht lohnt!

Ich lasse nur noch einmal kurz in meinem Geiste

die achteinhalb Jahre der Diktatur vorüberziehen, – den begeisterten Beginn, die Ungewißheit der ersten Bemühungen, die Gefahren der Gegenbewegungen und die unaufhörlichen Verschwörungen der Gegner, ihr die Macht zu entreißen, sie zu überwältigen oder herabzusetzen, bis sie selbst schließlich zu der Einsicht kommt, daß es nicht genügt, sich auf die Reform der Verwaltung zu beschränken, und ein für allemal mit der liberalen Demokratie bricht, Richtung und Ziel ihrer Politik bestimmt, die Grundsätze der neuen Verfassung festlegt, um allmählich, bis zur nunmehr bevorstehenden Konstituierung der Kammern, ruhig und zielbewußt die Grundlagen zu legen für den neuen Staat. Als erste in vielen Jahrzehnten und in Portugal, wo dem Anschein und dem Namen nach ähnliche Bewegungen zahlreich und verhängnisvoll waren, – als erste haben wir es zuwege gebracht, eine Diktatur zu errichten, die sich mit fester Hand ihren eigenen Weg vorzeichnet und es sich angelegen sein läßt, sich die Bahnen ihrer eigenen Entwicklung zu brechen und ihnen zu folgen.

In Anbetracht des grundrevolutionären Charakters des 28. Mai und des nationalen Erneuerungswerks, das auf allen Gebieten unser harrt, können wir bei diesem Aufstieg nicht etwa meinen, wir hätten nunmehr den höchsten Gipfel unseres politischen Wirkens erreicht.

I

„Dieser hochinteressante Fall Portugal“ . . .

– Dieser Ausdruck, der ich weiß nicht aus wessen Feder stammt, gibt mir eine gewisse Genugtuung, wenn ich den lebhaften Kontrast bedenke, der zwi-

schen dem Wirrwarr von gestern und unserem Leben von heute besteht: dort ständige Unruhe, rascher Szenenwechsel auf der politischen Bühne, Aufruhr in den Straßen und in den Gemütern, Anarchie und Unzulänglichkeit der Verwaltung, Mensch und Eigentum ohne ausreichenden Schutz, Mißkredit, wirtschaftlicher Zusammenbruch, allgemeine Rückständigkeit, Revolutionen über Revolutionen und dennoch keine – Revolution; und hier die Diktatur, die den Frieden wiederherstellt, die Ordnung sichert, die geistige Atmosphäre reinigt, politischem Handeln Würde verleiht, die Sittlichkeit hebt, den Staatskredit festigt, das Nationalbewußtsein weckt, die Wirtschaft ausbaut, den Lebensstandard der Landbevölkerung hebt, Arbeit schafft, die verschiedenartigen materiellen und geistigen Interessen des Volkes in Einklang bringt mit dem allgemeinen Interesse und der Welt Achtung abnötigt. Und darüber hinaus noch gewährleistet sie den unversöhnlichen Feinden, den für den früheren Ruin Verantwortlichen Freiheit, Ruhe und Arbeit wie jedem Staatsbürger.

Der „hochinteressante Fall Portugal" läßt sich indessen, was die fruchtbaren Grundsätze des vollzogenen Umschwungs angeht, auf ganz wenige Grundelemente zurückführen: zuunterst öffentliche Sicherheit und Ordnung, für die das Heer und die übrigen bewaffneten Gewalten einstehen; eine vereinfachte und zweckmäßigere Verwaltung; und zuoberst eine feste und unabhängige politische Führung. Das ist alles.

Ist das unter dem Gesichtspunkt höherer Politik zu lösende Problem einmal bestimmt, so ist es ein Gebot zweckmäßiger Konzentration, daß zu seiner

möglichst ganzheitlichen Lösung genügend materielle Voraussetzungen geschaffen und aufeinander abgestimmt werden, und daß ein Höchstmaß menschlicher Kräfte unter einer einzigen beschließenden Gewalt arbeite. Teilung bedeutet fast immer Schwächung, die Teilung der gleichen Befugnis unter verschiedene Organe macht die Initiative zunichte, zerreißt die Verantwortung, hemmt die Arbeit und entwertet die Tat. Die logische Folge des hier angewandten diktatorischen Prinzips ist, daß viele vorbereiten, was einer beschließt und mit hinreichenden Mitteln zur Ausführung bringt. Andererseits vereinfacht ein einziges vollständig gelöstes Problem von sich aus die Lösung anderer; nimmt man aber alle zusammen auf einmal in Angriff, so bleibt das fast immer wirkungslos.

Die Konzentration würde keine brauchbaren Ergebnisse sichern können, wenn der Bemühung keine Kontinuität eignete: das Begonnene zu Ende zu führen, und nicht zu beginnen, wenn man nicht sicher ist, auch ans Ziel zu gelangen. Man kann die Kontinuität als eine Art Konzentration in Raum und Zeit betrachten; denn sie erfordert die Eingliederung der Probleme oder ihrer Teile in ein politisch, technisch oder wirtschaftlich möglichst zweckmäßiges Arbeitssystem oder -programm. Für die Gewohnheiten einer regellosen oder nur führungslosen Verwaltung gibt es nichts Schlimmeres als den Geist systematischer Ordnung; und nichts begegnet größerer Ablehnung als Pläne auf weite Sicht, die den Einfällen, den Phantasien und Wünschen des Augenblicks der Befriedigung der so warm empfohlenen Interessen, der so geschätzten und so dankbar anerkannten Sonderinitiative enthoben sind. Aber auch keine bessere Verwen-

dung der öffentlichen Gelder, keine wirksamere Verteidigung der Gleichheit aller als eine systematische Behandlung der nationalen Probleme.

Ich habe Sie im Geiste diesen und keinen anderen Weg geführt, damit Sie selbst den Schluß ziehen können, der sich für die Politik aus so einfachen Beobachtungen ergibt. Wenn aber die öffentliche Sache durch die Annahme bestimmter Pläne und ihre restlose Durchführung, durch die Folgerichtigkeit politischen Denkens und die Verwirklichung einer bestimmten Politik wirklich einen Erfolg zeitigen soll, so bedarf es, wie gesagt, einer höheren festen und unabhängigen Staatsführung.

Ich glaube, es gibt für die Völker nichts Besseres als die Stabilität fähiger Regierungen: wenn die Regierung von Nichtskönnern einer Stagnation gleichkommt, so ist noch ärger das rasche Nacheinander von „bedeutenden" Männern mit ihren Einfällen und ihren zusammenhanglosen Plänen, mit ihren maßlosen und gewaltsamen Eingriffen in die Regierungsmaschinerie. Wie eine große Familie oder ein großes Unternehmen bedarf die Nation zur Wahrnehmung der Interessen und zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft, eines ordnenden Hauptes, einer Mitte des Lebens und des Handelns. Die braucht nicht ausschließlich zu sein und ist nicht unvereinbar mit einer Reihe von anderen sekundären Zentren des politischen Organismus, aber der Gang der Geschäfte ist um so sicherer, je geringer die Anzahl der Organe, die das Zentralorgan ersetzen. Statt der Vielheit anonymer Regierungen tritt eine mit ihrem Namen voll verantwortliche Regierung vor die Nation und die anderen Staaten und vor allem – denn das ist das

Grundlegende – eine zielbewußte Regierung, die weiß und klar sagt, was sie will, – und das erleichtert die Beziehung zwischen den Völkern.

Daß diese höchste Führung unabhängig sei, ist die andere unabweisbare Forderung, wenn die Regierung wirklich zum Wohl des Volkes geschehen soll. Ich glaube nicht an die absolute Unabhängigkeit irgendeines Regierenden, – es sei denn ein Wahnsinniger in seiner Umnachtung. In der Regel ist alles politische Handeln begrenzt: abhängig vom Gesetz, wenn dies über dem Handelnden steht, und in jedem Fall von Gesetzen über dem Gesetz; abhängig von der allgemeinen Mentalität, der sozialen Lage des Volkes, der Größe seiner Übel und den Mitteln, sie zu beheben, der Schwere der Probleme und dem Mangel oder Wert der Mitarbeit. All diese Begrenzungen – aufreizend und herausfordernd für die theoretisch unbegrenzte Macht der Diktatoren – sind von der Vorsehung gewollt, und die Vernunft begreift sie als natürlichen Schutz der Gesamtheit gegen die möglichen Verirrungen menschlichen Wollens.

Sie begreift man und erkennt man an als unvermeidlich oder segensreich; andere aber könnten nicht anerkannt werden, – weder solche, die sich ergeben aus Wahleinflüssen, noch solche, die aus der Plutokratie kommen, noch auch solche eines fragwürdigen Lokalpatriotismus, noch endlich die persönlicher Eitelkeit und Selbstsucht, privater Interessenkompromisse, des Klassenkampfs, des Günstlingswesens oder persönlicher Neigung, der Notwendigkeit, Parteiklüngel zu nähren: also überhaupt keine Begrenzung oder Abhängigkeit, die dem wahren nationalen Interesse entgegen ist, es verdunkelt, entstellt, es in den Hinter-

grund der Regierungstätigkeit drängt. Wenn wir auf starke Regierungen nicht verzichten können, so müssen wir einsehen, daß ihre Hauptstärke in ihrer Unabhängigkeit liegt.

So gilt es den Staat zu gliedern, wenn die Nation gut regiert werden soll.

II

In Büchern, Zeitschriften und Zeitungen des Auslands findet man heut sehr häufig breite und lobende Ausführungen über das sogenannte „portugiesische Experiment". Das ursprüngliche Interesse an den erzielten Resultaten hat natürlicherweise weitergeführt zu einer Untersuchung unserer Grundsätze und Methoden. In dem gewaltigen Laboratorium, das die Welt unserer Tage darstellt; bei der allgemeinen Krise der politischen Systeme des 19. Jahrhunderts und der Notwendigkeit, sich den neuen Erfordernissen der Wirtschaft und des sozialen Lebens anzupassen, können wir stolz darauf sein, nicht nur in Frieden und Fortschritt zu leben, sondern auch mit unseren Gedanken und Werken ernstlich beizutragen zur Erhellung von Problemen und Schwierigkeiten, die alle Länder schwer bedrücken. Ohne irgendwem Lehren erteilen zu wollen, unserer Hauptziele klar bewußt, keineswegs Sklaven politischer oder philosophischer Systeme, deren Unfehlbarkeit erst noch zu beweisen wäre, lernen wir aus unserer Geschichte, aus der Beobachtung des Eigenen und Fremden, um unsere Politik sicher zu unterbauen: der Fall Portugal will betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt teils abgeschlossener, teils noch laufender Versuche.

Unsere jüngstvergangene Demokratie gewährleistete weder die Sicherheit der Einzelnen noch die Freiheiten Aller in wirksamer Weise: Vereins-, Versammlungs- sowie Pressefreiheit waren praktisch immer den Interessen der Regierungsgruppe unterworfen, wozu als erschwerend noch hinzukam, daß Gesetz und Wirklichkeit einander durchaus nicht entsprachen, und daß die Beurteilung der Gesetzlichkeit oder Unzulässigkeit der Handlungen nicht etwa Sache eines Gerichts oder regulärer Rechtsprechung war, sondern Sache der Straße, die sich als Verteidigerin der Einrichtungen aufspielte.

Das Parlament hat weder eine sichere Kontrolle des politischen Lebens oder der Verwaltung ausgeübt, noch, wie es sich gehörte, den Anforderungen einer neuen Gesetzgebung genug getan. Wild griff es ein in die Regierung des Landes und verdrängte, verminderte, unterdrückte, lähmte die Exekutivgewalt. Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung wurden in die Rollen von Subalternbeamten gedrängt, und damit war der Staat ohne Haupt und ohne Führung – eine Versammlung kann nicht führen –, und gleichzeitig verschwand jede wirkliche Verantwortung und jede Befehlsmöglichkeit. Man verdeudete Zeit und Kraft mit untergeordneten Fragen, mit wirklichen oder angeblichen Skandalen.

Unser Liberalismus hatte einen falschen Klang, – er war immer unduldsam und jakobinisch. Und er würde es morgen mit noch mehr Heuchelei sein, wenn er wieder an die Macht kommen könnte. Er würde zwar nicht antikatholisch, dafür aber antichristlich, irreligiös, fanatisch gottlos sein; nicht mehr ungeistig, dafür aber theoretisch und praktisch amoralisch.

Seine verhängnisvolle Neigung zur Ausbeutung der Massen ohne greifbaren Nutzen für das Volk, zur Gleichmacherei nach unten hin, führte ihn und würde ihn dann noch mehr führen zum Haß gegen alles, was ihm an Geist, an Kraft, an Schönheit überlegen ist. In letzter Konsequenz führt seine Lehre, führt die Auflehnung gegen Vernunft, Zucht und Autorität schließlich – das hat sich in allen Ländern klar gezeigt – zum Kommunismus, in dem sich die verschiedenen Strömungen begegnen.

Unser falscher Idealismus richtete sich in logischer Konsequenz gegen die Geschlossenheit der Familie, gegen den Schutz der sozialen Verbände, in denen das Einzelwesen sich entfalten, auf die es sich stützen kann; gegen die Nation endlich, und sei es nur, weil er ihr wahres Wesen nicht erkannte. Wir wollen nicht sagen, daß er bewußt antinational war, aber der einmal eingenommene Standpunkt führte ihn – und auch das hat sich gezeigt – dazu, aus einer falschen Auffassung von Menschlichkeit heraus, unbedacht einen fragwürdigen Internationalismus und eine Verständigung mit Fremden zuzulassen, in denen sich die absolute Unabhängigkeit der Nation nur schwer bewahren ließ.

Das lehrt uns das Gestern klar und unzweideutig, und die Erfahrung des Heute bestätigt es.

In dem ersten Teil der Verfassung haben wir mit all den philosophischen oder soziologischen Gedankengängen aufgeräumt, die unsere politische Ordnung zersetzten. Noch ist sie nicht restlos durchgeführt worden und hat noch nicht restlos in Gesetzen ihren Niederschlag gefunden, – aber schon sind die Auswirkungen sichtbar.

Der Einzelne soll sein Menschentum frei entfalten und darin von der bürgerlichen Gemeinschaft nicht gehindert, sondern unterstützt werden; der Gemeinschaft selbst wird ein neuer Sinn gegeben, und damit sie ihr wahres Wesen erfüllen kann, werden dem Einzelnen wiederum seine Pflichten als Staatsbürger bestimmt. Hier und so gesehen, ist der Vorrang des nationalen Interesses vor den Interessen der Einzelnen, die sich ihm unterzuordnen haben, vollkommen gerechtfertigt und zureichender, dafür aber auch einzig rechtmäßiger Grund der besonderen Begrenzungen, Pflichten, Einschränkungen, die der Allgemeinheit erwachsen. Mag sein, daß unsere Auffassung von der bürgerlichen Freiheit enger ist, – dafür ist diese Freiheit bei uns aber auch konkreter, sicherer, wirklicher. Während es den Anschein hat, als sei der Mensch unfreier, ist die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit tatsächlich größer: denn im Schoß der Familie, der Berufsgemeinschaft, der religiösen Gemeinde, der Fürsorge- und Kulturverbände gibt es weite Tätigkeitsfelder, die der Staat frei läßt, indem er nicht über die Ausübung seiner eigentümlichen Befugnisse hinausgeht und nur die Einschränkung macht, daß nicht dem Interesse der Volksgemeinschaft zuwidergehandelt werde. Ein ausgeprägter Sinn für hierarchische Ordnung erzieht die Gesellschaft, hebt das soziale Niveau durch die Anerkennung der Überlegenheit des Geistes, während zugleich ein richtiges Verständnis für den Menschenwert die wirksamste Garantie für die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz ist. So ist der Staat, in dem lebhaften Gefühl seiner Verantwortung gegenüber der Nation – der Gesamtheit materieller und geistiger Leistungen

der vorangegangenen Geschlechter – zutiefst national; volkstümlich, aber frei von Demogogie; ein Volksstaat, aber antidemokratisch; stark, aber nicht tyrannisch.

Die Form politischer Gestaltung, die der zweite Teil der Verfassung sich zu eigen macht, will gerade dafür Sorge tragen, daß diese Grundsätze befolgt werden, und ist seinerseits ihre logische Folge.

Es geht zwar nicht an, daß das Staatsoberhaupt sich frei und unabhängig selbst bestimmt. Sobald es aber einmal gewählt ist, wird ihm volle Unabhängigkeit verbürgt: denn als höchstes Staatsorgan ist es in der Ausübung seines Amtes einzig beschränkt durch Grenzen, die sich aus dem Wortlaut der Verfassung ergeben. Es ist weder abhängig von der Regierung, die es entlassen kann, wann es ihm geboten erscheint, noch von Ratschlag oder Zustimmung irgendeines anderen Staatsorgans, weder von den Kammern, deren Abstimmung über seine Befugnisse oder über die Lebensdauer der Regierung es nicht zu hören oder zu befolgen braucht, noch von dem Volk, von dem es gewählt wird, aber nicht abgesetzt werden kann. Diese seine Unabhängigkeit gibt ihm Kraft und Stetigkeit. Das gleiche gilt, wie wir sehen werden, von der Regierung.

Diese ist heute ein Staatsorgan neben dem Staatspräsidenten, ohne daß hieraus der höchsten Staatsführung die Gefahr eines Dualismus erstünde. Die verfassungsmäßige und praktische Unterordnung der Minister unter den Regierungschef und die Freiheit der Wahl und Entlassung des Ministerpräsidenten durch das Staatsoberhaupt schalten jegliche Möglichkeit eines Konflikts zwischen beiden aus und sorgen

dafür, daß die Staatsführung tatsächlich immer Eine ist: eben die, welche die Billigung des Staatspräsidenten hat.

Es gibt keinen starken Staat ohne starke Regierung, habe ich einmal gesagt und kann es nur immer wiederholen als die Wahrheit, die wie keine andere durch die politische Erfahrung bestätigt wird. Darum hat die Verfassung die Regierung herausgelöst aus der Abhängigkeit von der Legislative und damit der gesamten Wählerschaft: so braucht sie sich weder um das Vertrauen oder Mißtrauen der Kammern noch um künstliche Stimmungsmache noch auch um Parteiklüngel zu kümmern. Der Verfassung nach soll sie, als ebenso legitimes Staatsorgan wie irgendein anderes und durch Stellung und Amt im rechtmäßigen Besitz einer wirksamen Initiativgewalt, unter der obersten Führung des Staatspräsidenten die große treibende Mitte des Staatswesens sein.

Dies also sind die Grundsätze, und dies ist die Wirklichkeit, die unsere Erfahrung schon bestätigt hat, und, ohne sie zu beeinträchtigen, werden wir weiterhin die durchführen, die sich als notwendig erweisen sollten. Damit komme ich nunmehr zu der bevorstehenden Konstituierung der Kammern.

III

Das größte politische Problem unserer Tage ergibt sich uns wohl aus der Notwendigkeit, den Aufbau der Nation so weit wie möglich auf ihrem natürlichen Grund durchzuführen, d. h. unter Achtung jener Interessen- oder Berufsgemeinschaften, die sich frei und von selbst gebildet haben, – um so das Volk in den

Staat einzugliedern, so daß dieser nur die Nation repräsentiert und in den Stand gesetzt wird, die gemeinschaftlichen Ziele zu verwirklichen.

Ein anderes, nicht ganz so wichtiges, heutzutage aber dringliches Problem ergibt sich aus dem Vorhandensein von Kammern mit Legislativgewalt und aus ihrem Verhältnis zur Regierung. Ich bin überzeugt davon, daß es in zwanzig Jahren – wenn die politische Entwicklung nicht rückläufig werden sollte – in Europa keine gesetzgebende Versammlung mehr geben wird. (Von den rein politischen Versammlungen möchte ich das nicht behaupten.) Ganz allgemein und überall erkennt man neue, dringende Bedürfnisse, die erhöhte Anforderungen an das Arbeitstempo der gesetzgebenden Versammlung stellen; erkennt man, daß es einer Körperschaft mit zahlreichen Mitgliedern unmöglich ist, ungeachtet der persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse wirklich wertvolle Arbeit zu leisten, und daß es notwendig ist, die Initiative der Regierung zu sichern, die der berufenste Richter über Brauchbarkeit und Ziel der Gesetze ist, und deren Arbeit von der Legislative ergänzt, nicht aber gestört werden soll.

Andererseits befriedigt auch die Lösung nicht, die alle Legislativgewalt rundweg den Regierungen übertragen will. In einer Diktatur ist die Gesetzgebung (wenn auch bei weitem nicht immer) Sache des Ressorts, des Ministers selbst, wenn dieser Fachmann ist, oder besonderer Mitarbeiter: – dies was die Vorbereitung angeht; die Billigung des Wortlauts liegt dem Ministerrat ob. Die Schwächen dieses Systems liegen klar zutage. Den Ressorts, sagen wir: der Bürokratie fehlen gewöhnlich die Vorkenntnisse oder die Zeit,

Fragen zu bearbeiten, die ihrem Wirkungsbereich fern liegen; andererseits wird die private Mitarbeit – da sie meistenteils inoffiziell bleibt – notgedrungen in den Hintergrund gedrängt; und schließlich nehmen die eigentlichen Regierungsgeschäfte die Zeit so sehr in Anspruch, daß die Ausarbeitung der Gesetze einschließlich der Ausführungsbestimmungen eine zu große Belastung bedeutet.

So stellt sich das Problem in seinen einfachen Hauptzügen dar. Wie soll man die Schwierigkeiten lösen?

Ich glaube gelesen zu haben, daß Mussolini die Deputiertenkammer abzuschaffen und die Gesetzgebung dem Allgemeinen Ständerat zu übertragen gedenkt. Wenn dem so ist, so glaube ich nicht an die Güte der Lösung; denn erstens: wie viele Interessen immer in den Ständen vertreten sein mögen, die Vertretung der Interessen der Nation, der eigentlichen Interessen des Staates wird immer fehlen, die nicht von einzelnen Staatsbürgern wahrgenommen werden können; und ferner wäre es höchst gefährlich, so ohne weiteres die Bestimmung oder Wahrnehmung eines gewissen Interesses der Möglichkeit einer Verständigung zwischen vielerlei organisierten Interessen zu überlassen, solange ihre Vertreter nicht vollkommen eingearbeitet sind.

Ohne fremde Lehren verachten zu wollen, gedenken wir unsererseits die Schwierigkeiten und Zweifel zu überwinden und künftige Lösungen vorzubereiten mit dem folgenden Versuch: den Inhalt der Gesetze zu beschränken auf die Rechtsgrundlagen, um so die Diskussion abzukürzen und verständlicher zu gestalten; der Regierung ebenfalls die Möglichkeit zu ge-

ben, auf dem Verordnungswege Gesetze zu erlassen und selbst in gewissen Fällen die Gesetze durch einfache Verfügung zu ändern, um die bei den kurzen Sitzungsperioden unvermeidlichen Lücken auszufüllen, die Fälle erhöhter Dringlichkeit berücksichtigen und die Verwaltung vereinfachen zu können; schließlich in einer möglichst aus Fachmännern gebildeten und ständisch gegliederten Versammlung die Entwürfe vorbereiten zu lassen, die den Abstimmungen der Nationalversammlung zugrunde liegen sollen. Abgesehen von dem Vorteil, der darin liegt, daß schon jetzt die ständischen Gliederungen durch Entwürfe und Gutachten an dem Aufbau des Staates beteiligt werden, ist noch gar nicht ausgemacht, daß nicht hier überhaupt die künftige Lösung des Problems liegt, indem die betreffenden Sektionen als Sachverständigen-Ausschüsse der Regierung zur Seite stehen, die dann und so schon die alleinige Trägerin der gesetzgeberischen Befugnis ist.

Wenn auch der Nationalversammlung ebenfalls die Aufgabe zufällt, die Verwaltung zu überwachen — und ich meine, es nützt dem Volk dabei nur, daß sich die Regierungstätigkeit in aller Öffentlichkeit vollzieht —: unvereinbar mit dem Prinzip nationaler Einheit, mit der Wirksamkeit der Staatsorgane und jenem Geist der Revolution, der sich gegen alles Parteiwesen wendet, ist selbstverständlich die Anerkennung von Mehr- oder Minderheiten und Sondervertretungen von Interessen, Fragen, Regionen oder Meinungen. Wir wissen nicht einmal mehr, was das überhaupt ist. Wir begreifen, daß freie Männer, ohne Bindung an politische Organisationen, ehrlich arbeiten, und daß sie mit diesem oder jenem Punkt einverstan-

den sind oder nicht: Opposition aber – auch die abgekartete, auch die wohlwollende, auch die freundschaftliche –, die systematische, fragwürdige und egoistische Opposition: die gehört der Vergangenheit an. So berechtigt oder erklärlich sie bei den damals gültigen Anschauungen war, so wenig Platz hat sie in unserer Auffassung von Politik.

Zweifellos sind wir alle in Auffassungen groß geworden, zu denen viele von uns sich jetzt nicht mehr bekennen, die aber unsere Denkart und unsere Gewohnheiten bestimmt haben. Es ist unbedingt notwendig, allem abzusagen, was in das Gebäude des neuen Staates nicht hineingehört: denn täten wir das nicht, würden wir das Werk, dem wir uns heute weihen, gefährden. Schon der von der „Nationalen Einheitsbewegung" unterstützte Wahlvorschlag sähe anders aus und wiese weit mehr Männer von Erfahrung auf, die der „Nationalen Einheitsbewegung" fernstehen, hätte sich nicht unglücklicherweise schon bei der ersten Überprüfung ergeben, daß Geist und Wille vieler brauchbarer Männer noch von alten Vorurteilen und Ideen beherrscht werden, die für unsere Politik tot sind.

Für den, der in der Diktatur weiter nichts zu sehen gewohnt ist als das Nichtvorhandensein einer von der Regierung unabhängigen Legislative, geht dieses Regime offensichtlich seinem Ende entgegen; aus meinen Ausführungen geht aber ebenso klar hervor, daß die Diktatur zwar aufhört, die Revolution jedoch weitergeht.

IV

Es ist Zeit, diese Betrachtungen abzuschließen. Vor vier Tagen, bevor ich noch recht wußte, was ich Ihnen sagen sollte, konnte ich lesen, daß ich eine „meisterhafte Rede" halten würde. Der voreilige Journalist hat mich da mit seinem gewagten Urteil in schwere Verlegenheit gebracht; und wären wir nicht an solche Früchte der Pressefreiheit gewöhnt, so hätte mir das betont gutgemeinte Programm ernste Schwierigkeiten bereiten können.

Dies Versprechen eines Außenstehenden hat mich bei der Ausarbeitung dieser Rede wirklich und wahrhaftig bedrückt; und wie es denn immer geschieht, daß unsere Wünsche unbefriedigt in die Ferne schweifen, oder daß wir die Unzulänglichkeit unserer Kräfte einsehen, so ging ich denn auch bei mir mit meinen Forderungen immer mehr herunter und wurde schließlich ganz bescheiden. Ich gelobte mir bei dieser Rede: würde sie auch nicht „meisterhaft", so sollte sie doch wenigstens interessant werden — und gleich darauf: wenn nicht interessant, so doch wenigstens nicht langweilig, — und schließlich: wenn sie denn schon langweilig wäre, so wollte ich doch hoffen, daß durch sie wenigstens nicht ein paar bereits gewonnene Stimmen wieder verlorengingen. Mit weniger konnte ich mich nicht begnügen.

Wir haben Tag und Nacht hart gearbeitet, Bequemlichkeit, Interessen und Freuden diesem Werk an Portugals Stärke, Würde und Größe geopfert. Und manch einer schon blieb zurück im Kampf gegen die Widerstände, die uns Leidenschaft, Selbstsucht und Haß jener Portugiesen entgegenstellten, deren Fehler

wir gerade wiedergutzumachen versuchen und deren Verantwortlichkeit wir mit dem Mantel des Schweigens zudecken möchten. Jahr für Jahr vergeht, und immer noch tragen ein paar Männer auf ihren schwachen Schultern das gleiche schwere Kreuz, im Herzen aber auch das gleiche Sehnen, die gleiche Glut, den gleichen Glauben, der ihrem Leben leuchtet und den Kampf verklärt, bis andere kommen, die bereit sind, die erschöpften oder toten Streiter abzulösen.

Liebevoll haben wir uns dieses armen, ohnmächtigen und verspotteten Volkes angenommen, dem alle Sehnsucht erstorben war, und haben es dem Leben zurückgegeben. Mag man das Sichtbarste und Äußerlichste unseres Werks ablehnen, stärker und hoch darüber leuchtet immer das erwachte Nationalbewußtsein, das Ansehen Portugals in der Welt: überall gibt das stolze Gefühl, Portugiese zu sein, den Lebenden neuen Mut, den toten Helden in ihren Gräbern Ruh.

Um das zu erreichen, haben wir in Wirtschaft und Politik, in Anschauungen und Sitten, in den Einrichtungen und im Leben der Volksgemeinschaft eine tiefgehende Revolution herbeigeführt, an die wir uns noch nicht so ganz gewöhnt haben. Wenn wir mit unserer Stimme den unerschütterlichen Willen bejahen, sie fortzuführen, so stimmen wir schließlich für die Freiheit, Einheit und Größe unseres Vaterlands!

Was können wir denn fürchten? Sind wir doch mehr, – sind wir doch besser!

17. Das Staatsoberhaupt

Rundfunkansprache vom 10. Februar 1935 zur Wiederwahl des Staatspräsidenten General Carmona durch das Volk. General Carmona war am 26. November 1926 durch die Diktatur an die Spitze des Staates gestellt worden. 1928 wurde er durch das Volk auf fünf Jahre gewählt. Die Verfassung von 1933 dehnte das Mandat auf sieben Jahre aus. Im Jahre 1935 wurde eine Neuwahl des Staatspräsidenten notwendig. Die Wahl fiel wieder auf General Carmona.

Die Stellung des Staatsoberhauptes in der liberalen Demokratie — Dekorative Figur oder verantwortlicher Führer? — Staatsoberhaupt und Regierung — Präsident und Volk — General Carmona.

Das Land hat sich dafür entschieden, das Staatsoberhaupt durch freie Wahl zu bestimmen. Ich frage nicht, wen es wählen wird, ich frage nur, in welchem Geiste es einen Akt von solcher Tragweite vollziehen wird.

Eine derartige Fragestellung hätte vormals keinen Sinn gehabt. Das durch die Revolution vom 28. Mai geschaffene Regime betrachtet es nämlich als sein besonderes Verdienst, die Politik wie die Verwaltung,

die kleinsten wie die höchsten, die privaten wie die öffentlichen Stellen in Nation und Staat mit einem neuen Geist erfüllt zu haben: dem Geist der nationalen Gemeinschaft, der den höheren Zwecken völkischen Zusammenlebens gehorcht und das Individuum mit seinen vorübergehenden Interessen beherrscht. Diesen Geist haben wir im Volke erneuert, wo er zwar erschlafft, glücklicherweise aber niemals erstorben war, und wir haben ihm auch in der Politik wieder Geltung verschafft, wo er den Parteiinteressen zum Opfer gefallen war. Neben diesem Sinn für nationale Verbundenheit sind wir für Pflichtgefühl, Opferbereitschaft, Gerechtigkeitssinn und Menschlichkeit in der Ausübung von Regierungsfunktionen eingetreten, um damit klar zu zeigen, daß die Moral am Anfang jeglicher menschlichen Handlung stehen soll, und zwar um so mehr, je stärker sich eine solche im Leben der Gemeinschaft auswirkt und je größer die Zahl der Bindungen ist, die den Handelnden mit den übrigen Menschen verknüpft. Zwei schwere Vorwürfe können wir dem früheren System machen: Es hat das nationale Gewissen verfälscht, Staatsführung von Regierung gelöst und von beiden die Moral. Unter solchen Umständen mußten wir jeglichen Halt verlieren, waren wir allen Auswüchsen preisgegeben.

Wir sind auf dem Wege, uns von diesen Übeln freizumachen. Unentwegt und unter zahllosen Schwierigkeiten kämpfen wir gegen üble Neigungen und Gewohnheiten. Wir haben darauf bestanden, den „alten Menschen“ für immer auszuziehen, und versucht, eine politische Ordnung zu schaffen, die nicht in sich schon den Keim zu Auswüchsen birgt und einen gegebenen Tummelplatz für politische Leidenschaften

abgibt, sondern darauf hinzielt, aus den wesentlich portugiesischen Eigenschaften das Beste herauszuholen.

In dem Maße, in dem es gelang, Politik und Verwaltung mit Gemeinschaftsgeist und Verantwortungsbewußtsein zu erfüllen – und wir sind noch weit von der Verwirklichung unseres Zieles –, konnte jedermann sich überzeugen, daß das Leben der Nation sich würdiger gestaltete und daß das Ansehen der hohen Ämter einzig von der Auffassung bestimmt wird, die ihre Träger von ihrer Verantwortung haben.

Nach dieser Klarstellung liegt es auf der Hand, daß bei der Wahl des Staatsoberhauptes niedrige politische Intrigen, interessierter Parteienklüngel und abgekartetes Spiel mit Bindungen für die Zukunft von vorneherein ausgeschlossen sind, ebenso wie es keinen Sinn mehr haben würde, auf die menschliche Eitelkeit zu spekulieren oder zu versuchen, eine glänzende Nichtigkeit in das höchste Amt einzusetzen. Die Verfassung läßt es einfach nicht zu, und noch weniger das Volksgewissen, das zur Genüge über die Aufgaben eines Staatschefs aufgeklärt ist und über die Eigenschaften, die er für seine Mission mitbringen muß.

Unsere Verfassung hat sich abgewendet von dem bekannten Typus der europäischen Konstitutionen des 19. Jahrhunderts, wo das Staatsoberhaupt scheinbar alles, in Wirklichkeit aber nichts ist als eine dekorative Figur bei offiziellen Anlässen und ein Mann, der Entscheidungen und Beschlüsse sanktioniert, deren Initiative und Durchführung nicht bei ihm liegen. Sie hat sich von diesem Typus losgesagt, nicht nur weil vermieden werden soll, daß der Präsident der Republik in alle Einzelheiten der Regierungsge-

schäfte und die tausend aufreibenden Kleinigkeiten der Alltagspolitik verwickelt wird, sondern besonders weil er tatsächlich mit jener seinem Amte zukommenden Verantwortung diejenigen Funktionen ausüben sollte, die der höchsten Staatsführung entsprechen. Gerade wegen seiner besonderen Stellung, und auch zur Wahrung bestimmter nationaler Interessen vermied man es, die Staatsführung einem ausgesprochenen Politiker anzuvertrauen, was man aber nicht vermied, war, ihn entschiedenerweise (und hierin wichen wir ab von bequemeren Normen, welche die Furcht vor der Verantwortung gezeitigt hatte) mit allen notwendigen Vollmachten und Garantien auszustatten, so daß man jederzeit sagen kann, daß er es ist, der in völliger Unabhängigkeit das Leben des Staates in seinen großen Linien bestimmt.

An die Stelle eines dekorativen, kraftlosen Präsidenten hat die Verfassung ein wirkliches Staatsoberhaupt gesetzt, einen aktiven Führer der Nation, der die Verantwortung für ihre Geschicke trägt.

Man darf natürlich nicht von der Voraussetzung ausgehen, daß das höchste Amt des Staates materiell sehr belastet und mit einer Unzahl von Einzelaufgaben verbunden sein muß; denn das Leben eines Staatschefs ist schwer genug. Mit immer offenem Herzen und unaufhörlicher Sorge soll er das Leben, die Arbeit, die Leiden von Millionen Portugiesen begleiten, deren Schicksale ihm anvertraut sind. Die größte Bürde, die er jedoch trägt, ist die einer vielhundertjährigen Geschichte, einer glorreichen Vergangenheit, die es wachzuhalten, und einer nationalen Zukunft, die es zu sichern gilt. Ihm liegt ob, in großen und oft tragischen Augenblicken, wie sie jedes Volk einmal

erlebt, wenn jegliches Licht erloschen, Rat und Vorschlag verstummt ist, wenn er sich allein mit seinem Gewissen dem Lande und der Geschichte gegenübergestellt sieht, seine Stimme zu erheben und „ja“ oder „nein“ zu sagen. Von diesem Ja und diesem Nein hängt das Leben der Regierungen ab, die Arbeit der Nationalversammlung, Krieg und Frieden, Wohlstand und Elend, die Ehre und die Zukunft der Nation. Ist das nicht ein schweres Amt?

Unter allen irdischen Geschäften gibt es keine so hohe, keine so schwierige, keine so verantwortungsvolle Aufgabe. Daraus mag man ersehen, welche Vielfalt von Eigenschaften derjenige haben muß, der sich ihrer mit Erfolg entledigen will.

Es ist einmal geschrieben worden: Gott gebe uns den Gelehrten, um uns zu bilden, den Heiligen, um uns zu erbauen, den Weisen, um uns zu regieren. Der diesen Ausspruch tat, hatte damit in seinem gesunden Menschenverstand eine politische Wahrheit entdeckt, die die menschliche Erfahrung in vollem Umfang bestätigt hat.

Viele wundern sich, ohne Grund, daß im allgemeinen so selten Gelehrte und fromme Menschen zu den Staatsgeschäften herangezogen werden, als wenn es einer Ehrung der Wissenschaft oder der Tugend gleichkäme, wollte man ihren berufensten Vertretern die Führung des Staates anvertrauen. Ich bin zwar überzeugt, daß die von einem Staatsoberhaupt geforderten Vorzüge, könnten wir sie von uns aus bestimmen, abhängig wären von dem Volkscharakter und den Notwendigkeiten des historischen Augenblicks, und zuweilen ist es nur eine Eigenschaft, die der Augenblick gebieterisch fordert. Denn der Beste

braucht nicht immer der Tugendhafteste, noch der Begabteste, noch der Gebildetste, noch der Stärkste, noch der Tätigste zu sein. Der Beste ist der, wenn ich mich so ausdrücken darf, der den höchsten Durchschnitt aller nützlichen Eigenschaften vorweisen kann. Überlegung, Entschlossenheit, Unabhängigkeit, Festigkeit ohne Starrheit, Kenntnis der Menschen und ihrer Schwächen, die Gabe, die wahre Volksmeinung zu erkennen, und der Blick für die Zusammenhänge politischer und sozialer Erscheinungen: das sind die für die Ausübung des höchsten Staatsamtes unerläßlichen Bedingungen. Das unbedingte Opfer seiner ganzen Person an das Allgemeinwohl muß allen früheren Makel: Nachlässigkeit, Unentschlossenheit, Stolz, Machtgier auslöschen und ihn für die Bitternisse, die die Ausübung der Gewalt mit sich bringt, reif machen.

Wenn die ständige Sorge um das Wohl des Volkes, um die Ehre und das Schicksal der Nation, verbunden mit höchstem Pflichtbewußtsein und jener Einheit des Denkens, wie sie kürzlich Boissy in seinem *L'Art de gouverner* zeichnete, höchste Ruhmestitel für ein regierendes Haus oder eine Dynastie bedeuten, so sind diese Eigenschaften doch nur die Voraussetzung jeglicher Regierungsform und müssen sich auch in den bürgerlichen Regierungen wiederfinden. Was auf der einen Seite blutmäßig und durch systematische Unterweisung in der Kunst des Regierens erworben werden kann, muß auf der andern durch die Erforschung und Betrachtung der klarsten Quellen des Nationalbewußtseins gewonnen werden, wo neben der besten Tradition die ewige Flamme des vaterländischen Ideals leuchtet.

Mag auch das Staatsoberhaupt noch so hoch, ver-

einsamt und unnahbar erscheinen, niemals darf darum die Verbindung zwischen ihm und der Nation abreißen. Über Schmeicheleien hinweg, durch tendenziöse Information, durch das Protokoll, die politischen Intrigen und sich widerstreitenden Interessen hindurch werden seine durch Verantwortungsgefühl geschärften Sinne leicht die erkennen, welche das Volk beklagen und gleichzeitig ausbeuten, welche die Massen heranbilden sollten und sie betrügen und demoralisieren, welche die Staatsgewalt in Anspruch nehmen und den Gesetzen zuwiderhandeln, die im Namen der Gerechtigkeit gewalttätig sind und Willkür treiben im Namen der Obrigkeit, Staatsdiener, die keine Dienste leisten und verräterisch die besten Absichten und Bemühungen der Regierenden zuschanden machen. Durch seine Gerechtigkeit, seinen klaren Blick und seine bedingungslose Hingabe soll er der Freund der Nation und ihr Führer sein.

Alle mit der Präsidentenwahl zusammenhängenden Fragen waren nach Maßgabe der angeführten Grundsätze und der durch die Verfassung gefestigten politischen Lage prinzipiell geklärt, als die Regierung sich entschloß, dem gegenwärtigen Staatschef eine Erneuerung seiner Kandidatur nahezulegen. Hier genügte ein einziges Wort: es muß sein, um alle Bedenken zu zerstreuen, die eine neunjährige Arbeit an der Sache, Gesundheitsrücksichten, Alter und der natürliche Wunsch, in ein ruhiges privates Dasein zurückzukehren, aufkommen ließen. Es war klar, daß diese Worte, die mit derselben Natürlichkeit gesagt wurden, mit der man bei einem besseren Kandidaten gesagt haben würde: „dieser soll es sein“, dem allgemeinen Empfinden entsprachen, und daß die Nation freudig

die beruhigende Nachricht aufnehmen würde, die in einer Verlautbarung vom 23. Oktober folgenden Niederschlag fand: „General Carmona hat mit höchster Umsicht, größtem Verantwortungsbewußtsein und unübertrefflicher Hingabe an sein Land das Amt des Staatschefs verwaltet. Die Sicherheit, die nach den 1910 einsetzenden Erschütterungen seit 1926 in der obersten Staatsführung herrscht, ist in gleicher Weise den überragenden Fähigkeiten und dem persönlichen Ansehen des Herrn Staatspräsidenten zu verdanken wie jenem vorbildlichen Geist des 28. Mai, den der verdienstvolle Offizier in so mustergültiger Weise zu verkörpern wußte. Diese Sicherheit ist der beste Beweis dafür, daß das Ideal des portugiesischen Wiederaufbaues Wirklichkeit geworden ist."

An den von allen Seiten gekommenen und nicht mißzuverstehenden Beweisen teilnehmender Anerkennung, an der großartigen heutigen Kundgebung, die nicht zahlreicher, glanzvoller und begeisterter sein konnte, und wo auch die berufenen Vertreter des portugiesischen Volkes nicht fehlen, sehe ich, daß die Absichten der Regierung in ihrer Lauterkeit verstanden worden sind, und daß es bei dieser Wahl vor allem darauf ankommt, dem Heer zu huldigen, das den 28. Mai heraufgeführt hat, und so am besten dem nationalen Interesse zu dienen.

Ich kehre zurück zu meinen Anfangsworten: ich frage die Nation nicht, wen sie wählen wird. Ich sehe den Sieg kommen! Die Revolution geht weiter.

18. Rückblick und Ausblick

Rede vom 27. April 1935. Unbekümmert um Tagesströmungen setzt Salazar sein Werk fort. Die Vereidigung des Staatspräsidenten gibt ihm Gelegenheit, sich vor Offizieren des Heeres und der Flotte zusammenfassend über die vollbrachte Leistung, die gegenwärtige Lage und die Zukunftsaufgaben zu äußern.

Die letzten fünf Jahre – Die neue politische Ordnung – Der besondere Charakter der portugiesischen Revolution – Die Lage – Die Schwierigkeiten – Der Kommunismus – Die Arbeiterschaft – Neue Wege – Außenpolitische Fragen.

Fünf Jahre sind vergangen, seit wir uns im Mai 1930 in der Sala do Risco zusammenfanden. Damals, wo es war, als hätten sich die Sieger ihres Sieges zu schämen, war es so wenig Sitte, den Jahrestag der Revolution festlich zu begehen, daß die Feier des 28. Mai und noch mehr die Reden, die dabei gehalten wurden, vielen als Vermessenheit erschien. Waren die Hoffnungen des Landes auch noch so groß, die militärische und finanzielle Lage der Diktatur noch so sicher, die Revolution schien trotzdem am Ende ihrer Kraft zu sein. Gomes da Costa war zu Grabe getragen

worden, ohne daß offiziell neben dem verdienstvollen Militär des Führers der Revolution gedacht worden wäre. Um die gleiche Zeit spürte man auch schon in der von den Zivilgouverneuren durchgeführten Aktion gegen angeblich reaktionäre Umtriebe das alte Jakobinertum wiederaufleben, was um so schlimmer war, als es die treuesten, entschiedensten und überzeugtesten Anhänger der neuen Ordnung traf. Die schöpferische Stoßkraft der Bewegung war gebrochen. In ihrer Ratlosigkeit brachte sie nicht den Mut auf, neue Wege zu gehen, als ob das Werk der Erneuerung mit den alten, schon längst abgewirtschafteten Mitteln hätte durchgeführt werden können, und verlor sich in veralteten Anschauungen und Vorurteilen, gegen welche die Revolution sich eigentlich gerichtet hatte. In Ermangelung eines Besseren war für viele die Rückkehr zur sogenannten verfassungsmäßigen Normalität das eigentliche Ziel, und das hätte, wie in allen früheren, ähnlich gelagerten Fällen, das Ende der Revolution bedeutet. Nur wenige erkannten klar, daß die einzige sichere und dem Wollen der Diktatur gemäße Lösung in der Schaffung einer eigenen Verfassung lag. Das war es, was damals in der S a l a d o R i s c o beschlossen wurde.

Von diesem Augenblick an wurde das politische Problem stets von diesem Standpunkt aus betrachtet. Während der Verwaltungsapparat besser wurde und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens besser arbeitete, wurden die weltanschaulichen Grundsätze festgelegt und die großen Richtlinien der Verfassungsreform vorgezeichnet und Stein für Stein der Bau des neuen Staates in Angriff genommen. Die sicherste Garantie für die Dauer des unternommenen Werkes

lag in der sittlichen, geistigen und politischen Wandlung, ohne die jeglicher Fortschritt materieller, finanzieller und verwaltungstechnischer Art von vorneherein ausgeschlossen oder zu kurzer Dauer verurteilt gewesen wäre.

Worin dieses Werk der Erneuerung des Landes – der Einzelnen, der Klassen, der öffentlichen und privaten Stellen, der Unternehmungen und Gesellschaften – besteht, das werden nur wenige in seiner ganzen Tragweite und seinem ganzen Ernst ermessen können, weil nur sehr wenigen die Gelegenheit geboten wurde, ihren Finger auf die Wunde unserer Zerrüttung zu legen und mit eigenen Augen den Abgrund zu überschauen, in den wir gestürzt waren. Die große Öffentlichkeit hat zwar eine dunkle Ahnung davon, daß es keine Straßen gab, keine Häfen, kein Telefonnetz, keine Schulen, keine Schiffe, kurz nichts. Nur wer in der Beschäftigung mit den nationalen Problemen alt geworden ist und sich verzehrt hat in dem täglichen Kampfe mit Menschen und Dingen, im Kampf gegen die innere Unmöglichkeit, etwas zu leisten, der allein kennt das Elend eines führer- und willenlosen Staates, einer kraftlosen Regierung, eines haltlosen öffentlichen Lebens, einer unkontrollierten und häufig unfähigen Bürokratie, der Unzulänglichkeit von Dienststellen, wo es an Mitteln und Vorbildung fehlt, einer haltlosen Politik, einer Verwaltung, wo von Verwaltung keine Rede sein konnte, kurz und gut einer Zerrüttung, die nicht einfach als Unordnung bezeichnet werden konnte, sondern alle Merkmale aufwies der Auflösung, des Ruins, der nationalen Zersetzung. Auch das ist nur ein schwaches Bild. Auch ich, der ich wie nur einer die Zustände von innen

kenne und unter ihnen gelitten habe, könnte nur jenen Grad von Zersetzung begreiflich machen, wenn ich tausend konkrete Fälle aus dem Verwaltungsleben herausgreifen wollte, Fälle, für die Dummheit, Unzulänglichkeit von Ideologen verantwortlich sind, die sich zu Gesetzgebern aufschwangen, die Umkehrung aller Rangordnung, die vollkommene Grundsatzlosigkeit aller Regierung. Eines kann ich aber versichern: wenn je einer diesen Zustand kannte, dann mußte ihm der Mut fehlen, dagegen anzugehen, und er mußte an der Möglichkeit eines Wandels verzweifeln.

Trotz all dieser Schwierigkeiten bezeichnet heute jeder Augenblick im Leben des portugiesischen Volkes einen Fortschritt gegenüber den vorhergehenden, und zwar auf allen Gebieten, auf denen der Fortschritt einer Nation sich überhaupt bemerkbar machen kann: in dem geschärfteren Sinn für unsere geschichtliche Sendung, in der erhöhten Anteilnahme an Fragen der Staatsführung, in dem wirklichen Verständnis für staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, in dem wachsenden Sinn für die Volksgemeinschaft, in der bemerkenswerten Höhe des geistigen Schaffens, in der würdigeren Gestaltung des öffentlichen Lebens, in den für alle besseren und gesünderen Lebensbedingungen. Das sind unbestreitbare Tatsachen, die einer Politik im Zeichen eines neuen Geistes zu verdanken sind, was nicht ausschließt, daß man versucht hat, sie zu bestreiten. Doch darüber kann uns der Umstand trösten, daß sie nach außen in Erscheinung treten.

Unberührt von den Vorgängen und Leidenschaften unseres politischen Lebens hat manch einer in Europa und Amerika die Besserung der Lage feststellen müssen, die rettungslos verloren schien, und hat der

Wiedergeburt eines scheinbar schon dem Untergang geweihten Volkes Bewunderung gezollt.

Obwohl unser Gefühl für echte nationale Eigenart uns zwang, uns vor blinder Nachahmung schlechter Einrichtungen des Auslandes zu hüten, um durch eigene Mittel die Lösung des portugiesischen Problems zu finden, so waren wir doch in keiner Weise auf Originalität bedacht. Noch immer, wenn wir im Laufe unserer Geschichte unser Gewissen befragten und versuchten, aus eigener, innerster Kraft der Vergangenheit zu leben, wenn wir versuchten, wir selbst zu sein und nicht andere, gelang uns schöpferisches Werk, nicht nur innerhalb unserer engeren Grenzen, sondern in der ganzen Welt. Keineswegs erheben wir den Anspruch darauf, ein auserwähltes Volk, ein Führervolk zu sein, sondern sind nur darauf bedacht, unsere Schwierigkeiten zu beheben und im Nacheinander unserer Erfahrungen unter den Elementen unseres politischen Lebens aus Tausenden von Veränderlichen die wenigen Konstanten herauszufinden. Da brauchen wir uns keineswegs zu wundern, wenn aufmerksamen Beobachtern die menschliche Seite unseres Werkes nicht entgeht und ihm in einigen Punkten gerade wegen seiner Menschlichkeit allgemeine Bedeutung zugesprochen wird. Diese ausgezeichnete Situation hat aber ihre Kehrseite.

Im Gegensatz zu anderen Bewegungen, die uns in Europa vorangingen oder nach uns kamen, geht unsere politische Anschauung allmählich aus der Revolution hervor. Drüben sehen wir einheitliche Gruppen, deren doktrinäre Haltung, was das Wollen und die großen politischen Grundlinien angeht, eindeutig festgelegt ist, und die, zur Macht gelangt, ihr Ideal ver-

wirklichen. Bei uns war es das Heer, das, nachdem alle anderen Versuche fehlgeschlagen waren, die Zügel ergriff; es mußte allerdings darauf warten, daß seine Initiative verstanden würde und die noch verschwommenen Ziele, auf die es zusteuerte, sich im allgemeinen Bewußtsein klärten und die entschlossene Gefolgschaft aller Rechtdenkenden fänden.

Der besondere Charakter unserer Revolution brachte es notgedrungen mit sich, daß diese sich nicht an fremde Vorbilder anlehnen konnte, wie es bei unseren früheren politischen Ideen und Vorstellungen der Fall gewesen war. Da wir uns weder auf parteimäßig gebundene noch überparteiliche Regierungen stützen konnten, mochte es sich um Koalitionen auf liberaler oder konservativer Basis handeln, mit mehr oder minder ausgesprochener Tendenz nach rechts oder links, mit oder ohne parlamentarisch-politischem Waffenstillstand – wie müssen wir heute über diese Dinge lächeln! – drohte (und droht noch heute) die große Gefahr, daß wir ohne den Halt einer festumrissenen Anschauung in die tote Vergangenheit zurückglitten. Wir möchten glauben, daß die Hauptgefahr, die von einer Geisteskrise droht, heute überwunden ist. Dafür sind aber andere Schwierigkeiten aufgetaucht.

Wer unbeteiligt von außen das Werk unserer Regierung beobachtet, wird feststellen, daß alles in größter Ruhe und Sicherheit seinen Lauf nimmt, ohne Schwankungen, ohne Erschütterungen, ohne Lärm und ohne Überstürzung. Reibungslos folgen die Ereignisse einander, darunter bedeutungsvolle Vorgänge wie der Übergang vom parlamentarischen Liberalismus zum autoritären Ständestaat, die Abstimmung über die Verfassung und die Wahl des Staatsober-

hauptes, der Übergang von der Diktatur zur Verfassungsmäßigkeit, die Einberufung und Arbeit der Nationalversammlung sowie der Ständekammer – so selbstverständlich löst hier eins das andere ab, daß man glauben möchte, die Vorsehung selbst habe es so zu unserem Besten gewollt.

Der größte Gewinn, den die Revolution unserem von unfruchtbaren politischen Kämpfen lang und schwer heimgesuchten Land gebracht hat, ist eben diese Ruhe, mit der es voll Vertrauen seiner Arbeit nachgehen kann. Deswegen haben wir ihm, wo immer es möglich war, Erschütterungen und Bitternisse erspart, und wir haben es nicht mit unseren Sorgen und Zweifeln gequält. Aber – es bleibt eben nichts ohne Widerspruch – eben diese scheinbare Einfachheit hat in manchen die Überzeugung geweckt, sie könnten es ebensogut . . . Dazu kommt noch ein weiteres.

Es liegt in der Natur des Menschen, daß er solche Dinge am höchsten schätzt, die er noch nicht oder nicht mehr besitzt. Die Menschen vergessen materiellen und geistigen Fortschritt, nachdem dieser aufgehört hat, etwas Neues darzustellen. Und so will es wohl die Vorsehung, weil dadurch eine Erstarrung vermieden und ein dauernder Ansporn gegeben wird, neue Arbeiten in Angriff zu nehmen. Nie zufrieden mit dem Erreichten, zwingt das Volk die Regierungen – und häufig können diese nur so sich halten – immer mehr und Besseres zu leisten.

Viele mißdeuten eine solche Wahrheit dahin, daß die Menschen mehr auf Hoffnungen als auf Wirklichkeiten geben, und überbieten sich auf dem politischen Markt mit Versprechungen, die um so höher sind, je ferner der Zeitpunkt ihrer Einlösung liegt. Als ob die

Revolution sich nicht gerade gegen die Politik der leeren Versprechen wendete, und als ob wir nicht aus langer Erfahrung wüßten, daß das Volk sich auf die Dauer nicht mit Illusionen abspeisen läßt, sondern auch vom Staat Rechtschaffenheit erwartet!

Ich verhehle und verkleinere mir nicht die Schwierigkeiten einer Politik, die darauf verzichtet, menschliche Schwächen auszubeuten, und sich ausschließlich an die edelsten menschlichen Gefühle wendet, und nur aus diesem Grunde erwähne ich sie hier. Eine solche Politik ist aber in erster Linie ein Gebot der Wahrhaftigkeit und weiter ein wirksamer Damm gegen die Versuchung, Strömungen nachzugeben, die uns unweigerlich wieder auf jenen Auktionsmarkt führen würden, der uns einst um unsere Kraft und unsern Wert gebracht hat und von dessen verderblichem Einfluß wir uns nach und nach befreit haben.

Die Tatsachen, die wir hier anführten und erläuterten, sollen klarmachen, wie natürlich es ist, daß besonders in diesem Augenblick der großen politischen und sozialen Weltkrise auch unter uns eine gewisse Unzufriedenheit spürbar ist. Zu denen, die ihre politische Rolle ausgespielt haben, gesellen sich solche, die eine spielen wollen, und auf diese Weise verbünden sich brüderlich die extremen Gegner des revolutionären Gedankens und der Tat. Unter der scheinbar ruhigen Oberfläche des Alltags – in geringerem Maße jedoch als in anderen Ländern – sind Hetzer aus allen früheren Lagern am Werk. Das kann an sich nicht überraschen, wohl aber, daß solches noch geduldet wird.

Auf das Gerede von Leuten, die dem politischen Kampfe fernstanden und denen die Revolution wie

ein Geschenk zugefallen ist, kann ich nichts geben. Nur auf einen bestimmten Vorwurf muß ich kurz eingehen. Ich meine die Behauptung, die Politik der Regierung hätte ein Anwachsen des Kommunismus zur Folge gehabt.

Wer so etwas behauptet, kann sich weder auf eine genaue Kenntnis der kommunistischen Organisation in Portugal und ihrer Kampfmittel berufen, über die allein die Regierung orientiert ist, noch auf typische Äußerungen revolutionärer Agitation, noch auch auf wirkliche Arbeiterunruhen. Das einzige, worauf er sich stützen kann, ist die Beobachtung, daß eine Reihe von Persönlichkeiten und Zeitungen kommunistischen Anschauungen huldigen, ohne jedoch den Boden der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Institutionen zu verlassen, deren offensichtliche Nutznießer sie sind. Dieser Umstand dürfte aber eher einen Vorteil als einen Nachteil bedeuten.

Keine Nation und kein Staat unserer Tage wird vermeiden können, daß sich seine Einrichtungen mit der Zeit in höherem oder geringerem Umfang verändern. Dagegen können die Grundsätze, die eine solche Entwicklung bestimmen, und die Mittel ihrer Durchführung verschieden sein, und es versteht sich, daß derjenige ihr zum Opfer fallen muß, der sie nicht selbst in die Hand zu nehmen vermag. Besser denn je wird man dann erkennen können, daß der Staat eine Tat gewordene Idee ist, und daß früher oder später die verschiedenen menschlichen Auffassungen von Staat, Nation, Macht, Freiheit, Bestimmung des Menschen, Reichtum, geistigen und sittlichen Interessen aufeinanderstoßen müssen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf

– aber auch der Sieg – um so leichter sein wird, je klarer die Fronten sich abzeichnen. Daß die liberalen Regierungen in diesem Kampfe so schwach sind, liegt daran, daß sie durch ihre Weltanschauung – denn auch sie besitzen eine – sich in vielen Lagen gezwungen sehen, zu tun, als ob sie keine hätten. Um sich halten zu können, müssen sie dauernd in Widerspruch zu sich selbst treten.

Darum blieb uns nichts anderes übrig, als das Land von all den Elementen zu säubern, deren Weltanschauung keinen genügenden Schutz gegen den Ansturm der neuen Barbarei bot. Mit größter Klarheit haben wir unsere eigene Haltung umrissen. Wir haben geduldig darauf gewartet, daß angesichts unserer Erfolge die besseren Elemente – mochten sie der Vergangenheit nachtrauern oder nicht – über diese Tatsachen nachdenken und sich eines besseren besinnen würden. Viele haben es getan. Andere, sei es aus Bequemlichkeit oder aus liebgewordenen geistigen Gewohnheiten, haben es in ihrer Ratlosigkeit vorgezogen, sich in Neutralität oder Gleichgültigkeit zurückzuziehen. Andere wiederum, die keine praktische Möglichkeit eines Mittelweges sahen, schlugen sich auf die Seite derer, bei denen sie die größte revolutionäre Kraft vermuteten. Ihre Tätigkeit in jenem Lager ist gleich Null, doch ist es uns von Nutzen, daß sie ein solches Bündnis eingehen. Das wäre die eine Seite des Problems. Nun die andere.

Wir haben keine Angst vor dem Kommunismus, weil wir, ich wiederhole es, ein politisches Bekenntnis besitzen und eine Macht darstellen, doch sind wir kein Feind des einfachen, gutgläubigen Volkes, das sein tägliches Brot will wie jeder andere auch.

Jener kommunistischen Haltung liegt zunächst, wie anderswo, ein gewisser Snobismus zugrunde, der mit sogenannten fortschrittlichen Ideen spielt, die dem „Spießer" imponieren und ihm Furcht einflößen sollen. Solche Ideen werden verteidigt von Leuten, die im Seidenhemd und hocheleganten Anzug das allgemeine Wohl der Zukunft vorwegnehmen, Herren, die den „Genossen" mit „du" anreden und für sich selbst das „Sie" beanspruchen. Daneben gibt es gewiß auch vereinzelte Schwärmer, die aufrichtig und voller Illusionen auf Mittel und Wege sinnen, wie sie der Menschheit Friede und Gerechtigkeit bringen könnten, doch ihre Vorstellung von Friede und Gerechtigkeit ist so abstrakt und weltfremd wie diejenige, die sie vom Menschen überhaupt haben. Schließlich und vor allem wären noch die am Umsturz unmittelbar beteiligten und interessierten Agenten zu nennen, die aus asozialer Gesinnung, aufrührerischem Instinkt oder aus Berechnung Unfrieden stiften und gewöhnlich im Solde des Auslandes das „heilige" Feuer der Anarchie schüren. Diese sind sich über das Verbrecherische ihres Treibens durchaus im klaren und können natürlich keine Denk- und Bewegungsfreiheit für sich beanspruchen. Wir wollen hoffen, daß den ersten das Fieber vergeht, daß das Leben die anderen lehre, ihre Anschauungen zu überprüfen, so daß von dieser Seite kein Schaden mehr entsteht.

Was die Masse der wirklichen Arbeiter angeht, so können wir beruhigt sein. Wir sind nicht verantwortlich für die Auswüchse des Kapitalismus und des Besitzes. Wir kämpfen gegen die Ausbeutung des Arbeiters, gegen unzulängliche Löhne und zu hohe Arbeitszeit, gegen die gesundheitlichen und sittlichen

Bedingungen, unter denen er vielfach arbeiten muß. Zwar bilden wir uns keineswegs ein, daß die heutige Wirtschaftsordnung den berechtigten Wünschen des Arbeiters in bezug auf seine und seiner Familie Bedürfnisse und Stellung in vollem Umfang gerecht wird, doch sind wir auf kein Programm eingeschworen, das die gesetzlich sanktionierte Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht ebenso scharf ablehnt wie die angeblich fortschrittlichsten Systeme es tun.

So weit die negative und kritische Seite. Was die Aufbauarbeit anbelangt, so wollen wir fest und methodisch unsere Realpolitik weiterführen und durch ständische Gliederung das zu erreichen suchen, was auf revolutionärem Wege nicht erreicht werden konnte, obwohl es auf dem Programm stand. Ja, über das gesteckte Ziel werden wir hinausgehen, sobald wir nicht nur in Reden und Gesetzestexten, sondern in der Praxis die beiden höchsten Menschenrechte verwirklicht haben: das Recht auf Arbeit und auf Bildung, das Brot des Körpers und des Geistes für alle Portugiesen, die guten Willens sind.

So soll es werden, doch nur unter der Voraussetzung, daß wir in Ruhe und Sicherheit arbeiten können. Damit komme ich auf einen Punkt, der, ich muß es zugeben, noch nicht völlig geklärt ist. Ich behaupte damit nicht, daß keine Sicherheit herrscht, was ich sagen will, ist, daß der Glaube an die Sicherheit fehlt. Und dieses Gefühl, das aus der innigen Gemeinschaft des 28. Mai kommt, muß seinen Weg auch zu den zaghaftesten und furchtsamsten Herzen finden, damit auch das innere Vertrauen da ist, daß die Errungenschaften der nationalen Revolution stets entschlossen verteidigt werden.

Der hartnäckige und krankhafte Zweifel kann nur von ungewollten Fehlern herrühren, die in bezug auf Personen und Ämter begangen worden sind, oder von der Angst, das so schwer Erkämpfte wieder zu verlieren. Unser politisches Glaubensbekenntnis kann nicht schuld daran sein. Die Verfassung ist absolut eindeutig, wo sie die Gleichheit aller Volksgenossen vor dem Gesetz zum Prinzip erhebt und bestimmt, daß jeder nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und der geleisteten Dienste öffentliche Ämter bekleide, und daß die Beamten im Dienste der Allgemeinheit und nicht bestimmter Partei- oder Privatinteressen stehen, und daß ihre oberste Pflicht darin besteht, dem Ansehen des Staates Geltung zu verschaffen. Die Frage der Sicherheit wird dadurch zu einer Frage der Bejahung des Staates in der Ausübung amtlicher Funktionen.

Aus alter Gewohnheit und auf Grund vorgefaßter Meinungen dachten viele, daß die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen die Staatsautorität lockern und die Disziplin untergraben würde. Ich war stets gegenteiliger Ansicht. Jetzt, nachdem nach unserer Auffassung Vernunft und Gemeinschaftsgeist, nach der Auffassung der Gegner die Abstimmungsergebnisse bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Verfassung sanktioniert haben, die nunmehr, um einen etwas unehrerbietigen Ausdruck zu gebrauchen, mit „allen Sakramenten“ versehen ist, besteht unsere Aufgabe darin, sie so klar zu erfüllen, wie sie sich ausdrückt, damit nicht die verhängnisvolle Laxheit, die zuweilen auch den Willen unserer entschiedensten Anhänger lähmt, die oberste Führung vom rechten Wege der Treue und Hingabe an das Volk abbringt.

Das alles und noch andere, weniger wichtige Hindernisse, auf die ich nicht einging, sollen aus unserm und Eurem Wege geräumt werden, einmal weil der gesunde Menschenverstand es so verlangt, und zweitens weil die Armee von Aufgaben befreit werden muß, die eigentlich nicht die ihrigen sind, damit sie ganz bereit ist, wenn internationale Verwicklungen es erfordern sollten. Wie schon oft, so wollen wir auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir zwar den Frieden lieben, jedoch keine Pazifisten sind, daß wir mit allen Völkern zusammenarbeiten wollen zum Wohl der Menschheit. Doch haben wir lebenswichtige Interessen, die wir in der internationalen Ordnung verteidigen müssen.

Ich bin davon überzeugt, daß niemand in der Welt den Krieg will, und am wenigsten die Männer, die an der Spitze großer Völker stehen und sich für die Erhaltung des Friedens verantwortlich fühlen. Mit den Kriegen geht es aber so wie mit den Revolutionen. Niemand macht sie, sie brechen eines Tages aus. Vor allen Dingen – und das hilft mehr als Konferenzen und Abkommen – kommt es darauf an, den Geist auszurotten, der sie heraufbeschwören kann.

Wenn ich einen Grundsatz der Innenpolitik auf die Außenpolitik übertragen darf, so möchte ich sagen, daß ohne gegenseitiges Vertrauen und Gerechtigkeit jeder Versuch gegenseitiger Annäherung am Ende zum Scheitern verurteilt ist.

Nun haben es die Verhältnisse oder die Menschen – ich will niemand anklagen – soweit gebracht, daß häufig von Gerechtigkeit nicht mehr die Rede sein kann, und daß gegebene Zusicherungen nicht eingehalten werden, so daß das Vertrauen erstirbt.

Es gilt darum wachsam und, soweit wir können, bereit zu sein.

Es ist heute genau sieben Jahre her, daß ich das Finanzministerium übernommen habe, dem ich während dieser ganzen Zeit ohne Unterbrechung vorgestanden bin. Eine siebenjährige Regierungszeit bedeutet in Portugal eine Ewigkeit.

Während dieses Zeitabschnittes hat sich manches ereignet, das ich miterlebte und an dem ich teilhatte, Dinge, von denen nur wenige wissen. Niemand hat so wie ich die Gefahren erkannt, die den von Euch geschaffenen Staat bedrohten, und wenige haben so wie ich gearbeitet, um sie von Euch fernzuhalten. So viel Mühe und Sorge hat meine Kräfte aufgezehrt und meine Gesundheit untergraben, die ich niemals wiedergewinnen werde. Aber ich klage nicht, sondern sehe darin nur einen Grund, daß man die Energien, die man aufwendet, um mich zu bekämpfen, aufsparen sollte, um mir zu helfen und, wenn die Stunde gekommen ist, mich zu ersetzen.

Überschaue ich die geleistete Arbeit und die Enttäuschungen, die ich erleben mußte, so scheinen mir die sieben Jahre eine lange Zeit. Denke ich aber daran, daß das Werk der nationalen Erneuerung gerade erst begonnen hat, so kommen sie mir kurz vor; denn was sind schon sieben Jahre im Leben eines Volkes? Sei dem wie ihm wolle: wir müssen schon über hundert Jahre in der portugiesischen Geschichte zurückgehen, um etwas Ähnliches wiederzufinden, und es war auch nur möglich dank der Vaterlandsliebe des Volkes, dem Vertrauen des Staatsoberhauptes und der Unterstützung des Heeres.

19. Aljubarrota

Kundgebung vom 14. August 1935 an die Jugend anläßlich der Erinnerungsfeier an die Schlacht bei Aljubarrota, die 1385 die portugiesische Unabhängigkeit entschieden hat. Die Kundgebung wurde in allen Schulen des Landes verlesen.

Am 14. August 1385 – es ist also 550 Jahre her – begegneten sich Portugiesen und Spanier in der Schlacht von Aljubarrota, unweit der Stelle, an der heute die Kirche und das Kloster von Batalha stehen, die zum Andenken an den Sieg errichtet wurden. Das Mißverhältnis der einander gegenüberstehenden Kräfte – 7000 Portugiesen gegenüber 30 000 Feinden – der gewaltige Sieg, die schweren Verluste der Gegner, die Flucht des Königs von Kastilien, die überlegene Art der strategischen Führung durch den an mystischer Gläubigkeit und kriegerischem Genie gleich überragenden Feldherrn D. Nun'Alvares Pereira, all diese Umstände lassen Aljubarrota als den entscheidenden Wendepunkt in der kriegerischen Auseinandersetzung mit Kastilien erscheinen und den Sieg als die Tat unserer Väter, die für die Unabhängigkeit Portugals entscheidend wurde. Das war unser erster großer Freiheitskampf.

Der Gedanke an Aljubarrota ist tief verankert im Bewußtsein der Nation, der Name bedeutet fürwahr das Symbol vaterländischer Freiheit, denn in jener Zeit des Überganges von der ersten zur zweiten Dynastie haben die Portugiesen trotz der geistigen Krise, trotz Hunger und Pest alle Leiden auf sich genommen, nur um das Recht zu haben, sich selber zu regieren und ihre historische Sendung durchzuführen, ohne einem fremden Herrscher untertan zu sein.

Seither sind Jahrhunderte dahingegangen, in denen auf der Halbinsel nicht immer Friede und Einigkeit herrschten. Neue Schwierigkeiten in der portugiesischen Erbfolge brachte die Herrschaft Philipps II. und seiner Nachfolger, und gegen sie kämpfte die Nation in langen Kriegen um ihre Unabhängigkeit. Auch darüber sind Jahrhunderte vergangen. Lächerlich wäre es, wollte man solche Schlachten zum Anlaß nehmen, um alte Feindschaft und alten Groll in den Herzen weiterzunähren. Für uns sind die Namen Aljubarrota, Atoleiros, Valverde und, drei Jahrhunderte später, Montijo, Ameixial, Elvas und Montes Claros[1]) nur Siegeserinnerungen, aber kein Kriegsruf mehr. Sie richten sich heute gegen niemand, sie gehören uns einfach.

Wir können uns rühmen, das einzige Land in Europa zu sein, dessen Grenzen seit Jahrhunderten so gut wie keine Veränderungen erfahren haben. Niemals, und darin liegt das Besondere, haben wir den Versuch unternommen, den von unseren ersten Königen eroberten Landstreifen am Atlantik auf Kosten Spaniens zu erweitern. Unser völkischer Ausbrei-

[1]) Schlachtennamen.

tungsdrang ging in anderer Richtung. Er ging über den Atlantischen und Indischen Ozean. Portugiesischer Entdeckungs- und Kolonisationsgeist eröffnete den anderen Völkern neue Wege und neue Welten und hinterließ überall die charakteristischen Spuren seiner Herrschaft: die Humanität seiner lateinischen Seele, das Apostolat seiner christlichen Kultur.

Auch Spanien ging seinen Weg, der manchmal dem unsrigen gleich lief, manchmal sich mit ihm kreuzte, und schuf in Mittel- und Südamerika – von Brasilien abgesehen – mächtige Staaten, Kinder seines Blutes und seines Katholizismus. Es brauchte uns nicht, und einzig gegen uns hat es niemals etwas ausrichten können.

Wir sehen uns hier einer geschichtlichen Forderung gegenüber, gegen die Defaitisten, Kompromißler und Philosophen diesseits und jenseits der Grenzen vergebens angegangen sind. Diese mögen fernerhin sich abstrakten Spekulationen hingeben und das verpflichtende Vermächtnis der Vergangenheit und unsern unerschütterlichen Willen, es zu behaupten und zu erfüllen, als einen Irrtum hinstellen.

Ob dieser Wille in jedem einzelnen Portugiesen lebendig ist, spielt dabei keine Rolle, die Hauptsache ist, daß er dem lebendigen Gefühl der Nation entspricht. Auch vor und nach Aljubarrota gab es Portugiesen, die es mit dem König von Kastilien hielten, und selbst Nun' Alvares Pereira mußte blutenden Herzens mitansehen, wie die eigenen Brüder für den fremden König kämpften.

Auch 1580 und 1640 spalteten wir uns in zwei Lager. Mitglieder der Geistlichkeit und des Adels fielen in besonders schwierigen Momenten der Geschichte

ihrem Mangel an politischem Weitblick zum Opfer, vor allem dann, wenn ihre Urteilskraft sich nicht über die engeren Interessenkreise zu den höheren der Nation zu erheben vermochte und eigenes Leben und eigenes Wohl auf dem Spiele standen.

Die Männer jedoch, die mit Alvaro Pais an der Spitze sich dafür einsetzten, daß D. João[1]), Ordensmeister von Aviz, zum „Regenten und Verteidiger" des Königreiches ausgerufen würde, die Männer, die sich um den Prior von Crato D. Antonio[2]) scharten, die Männer, die 1640 den Freiheitsruf der verschworenen Edelleute aufnahmen, die erkannten das nationale Gebot der Stunde und vergaßen, unbekümmert um die eigenen Interessen, das Mißverhältnis von Kräften und Mitteln, die Gefahren des Handstreiches und dachten auch nicht an die Vorteile, die sie aus einer anderen Lösung ziehen konnten.

Bei diesen Entschlüssen und Entscheidungen lag zwar die Führung bei einer auserlesenen Schar Gebildeter, Staatsmänner und Krieger, doch die Geschichte dieser Bewegung ist ein deutliches Beispiel dafür, daß die wahre Quelle unseres Nationalbewußtseins in der Seele des einfachen Volkes und in der Natürlichkeit seiner Gefühle liegt.

Was verschlägt es, daß auch in dem heutigen historischen Augenblick viele die Notwendigkeit und die Größe der nationalen Aufgaben nicht erkennen wollen, wenn nur das Volk spürt, daß wir wieder an einer entscheidenden Wende stehen, die uns den Weg weist zu unserer vaterländischen Geschichte.

---

[1]) Begründer des Hauses Aviz, 1385—1433.

[2]) Kronprätendent, der gegen Philipp II. kämpfte und in Paris 1595 im Exil starb.

Aus diesem Grunde sollte die heutige Feier eine Volksfeier sein. Eine Feier des Volkes und eine Feier der Jugend.

23 Jahre war Nun' Alvares alt, als die Revolution in Lissabon ausbrach, und 25 bei Aljubarrota. D. João zählte 25 Jahre, als er zum Reichsverweser ausgerufen wurde, und 27 bei Aljubarrota. Der Generalstab des Kondestabel setzte sich aus abenteuerdurstigen, überschäumenden und ihrem Führer blind ergebenen Jünglingen zusammen. Mit solchen Menschen wurde der Feldzug geführt und die Unabhängigkeit Portugals erfochten.

Heute wie damals brauchen wir einen neuen Geist, um die nationale Revolution durchzuführen, und dieser Geist findet sich eher bei der Jugend als bei dem Alter, obwohl es Alte gibt mit jugendlichem Geist und Junge, die vorzeitig gealtert sind. Worauf es aber ankommt, ist, daß der Geist der Jugend im Hinblick auf die historische Sendung Portugals erzogen wird im Zeichen von Opfermut, Vaterlandsliebe, Uneigennützigkeit, Selbstlosigkeit, Mut, Sinn für fremde und für eigene Würde: Eigenschaften, für die wir unzählige Beispiele in unserer Geschichte finden.

Wie viele Lehren lassen sich doch aus dem heute begangenen Tage ziehen! Das waren Männer, die uns als Vorbild dienen können, die um D. João I. und seinen Feldherrn kämpften und dienten, und die so groß waren, daß selbst die Heldentaten folgender Jahrhunderte ihren Ruhm nicht zu überschatten vermochten. Das gilt besonders für den Kondestabel D. Nuno, später Bruder Nuno de Santa Maria, diesen Krieger und Mönch in einer Person, Heerführer und Klosterbauer, Bezwinger der Kastilier, der in

schlechten Jahren sein Hab und Gut unter die gleichen verteilte, die er in Schlachten geschlagen hatte, um sein Land vor ihrer Herrschaft zu bewahren, der für seinen Heldenmut auf den Altar des Vaterlandes erhoben wurde, wie ihn die Kirche später für seine Tugenden auf den Altar des Glaubens erhob, der, mit Ehren und Reichtümern überschüttet, als er nach dem Fall von Ceuta[1]) glauben durfte, daß das Vaterland seines Schwertes nicht mehr bedurfte, sich im härenen Gewand in das Kloster vom Carmo zurückzog, zu jeder Stunde jedoch bereit, die Kutte mit der Rüstung zu vertauschen, wenn Kastilien Portugal wieder angreifen sollte.

Darum sollten Aljubarrota und Batalha die eigentlichen Ziele vaterländischer Wallfahrten sein, und ich möchte, daß im kommenden Jahr Tausende, ja Hunderttausende hier zusammenströmten, besonders die Jugend, um eine heroische Vergangenheit wieder lebendig werden zu lassen und daraus neue Kraft zu schöpfen. Und nach dem Besuche des Schlachtfeldes sollten sie voll Ehrfurcht in die Klosterkirche von Batalha eintreten, die im Gegensatz zum Escorial Philipps II., der düsteren Stätte königlicher Trauer, licht und triumphierend sich erhebt, als wäre sie nicht für das tägliche Gebet, sondern nur für das feierliche T e D e u m großer und stolzer Siege bestimmt.

Jedesmal, wenn ich hier vorbeikomme, drängt es mich, einzutreten und einen Augenblick, und sei er noch so kurz, am Grabe dessen zu verweilen, der dem „König guten Angedenkens“ das Leben rettete und

---

[1]) Ceuta fiel 1415 in die Hände der Portugiesen.

ihn noch im Tode zu betreuen scheint. Ich muß ergriffen die Gründerkapelle betreten, wo D. João I. und die Königin Philippa von Lancaster begraben liegen, und um sie herum die „ruhmreiche Schar hochherziger Infanten“[1]). Hier ruhen die Männer, welche die Unabhängigkeit Portugals gefestigt und die Grundlagen für seine künftige Größe gelegt haben.

---

[1]) Zitat aus den Lusiaden.

20. Zur politischen Lage

Kundgebung vom 20. September 1935. Mitte September hatte ein Putschversuch stattgefunden, der im Keim erstickt werden konnte. Salazar benützt die Gelegenheit, in einem großen Rechenschaftsbericht mit den Feinden von rechts und links abzurechnen. Besonders sieht er sich veranlaßt, gewissen Heißspornen unter den Offizieren klarzumachen, daß Macht nicht gleichbedeutend sein kann mit Gewalt, und daß die Aufgaben der Wehrmacht wesentlich außenpolitischer Art sind. In diesem Zusammenhang kündigt er eine allgemeine Verwaltungsreform an.

Der Umsturzversuch vom 10. September 1935 – Die Meuterer und Verschwörer – Die Politiker – Das Militär – Außenpolitik – Kolonialpolitik – Finanzpolitik – Wirtschaftspolitik – Wehrpolitik – Die Beamtenreform – Eine kleine Geschichte.

Die folgenden Ausführungen werden in wenigen Tagen in den engeren politischen Kreisen des Landes wohl in vielem völlig entstellt, wenn nicht gar in ihr Gegenteil verkehrt erscheinen; die rechtschaffenen Portugiesen aber wissen, daß ich immer vollkommen aufrichtig zu ihnen zu sprechen pflege.

Angesichts des Umsturzversuchs der vergangenen Woche, der Mutmaßungen, die an gewisse Maßnahmen der Regierung geknüpft wurden, der schwülen internationalen Atmosphäre, der Gerüchte über unseren Kolonialbesitz in Afrika, der Pläne, die im Schoß der Regierung ausgearbeitet, der Vorkehrungen, die demnächst getroffen werden, sind gewisse Betrachtungen durchaus angebracht. Ich hoffe, daß es mir gelingt, so klar zu sein wie immer; in einzelnen Punkten aber muß ich diesmal so deutlich werden wie noch nie.

I

Die Regierung hat das Land von dem Umsturzversuch in Kenntnis gesetzt, der, mehrmals verschoben, für den Morgen des letzten Dienstag in Aussicht genommen war.

Die Verschiedenartigkeit der darin verwickelten Elemente braucht uns nicht weiter zu wundern, ebensowenig die revolutionäre Hetze als solche oder die Tatsache, daß sich im entscheidenden Augenblick so wenige eingefunden haben, oder schließlich die persönlichen Beweggründe der Verschwörer. Sobald das allgemeine Interesse es erfordert, wird man, soweit das nötig ist, unbarmherzig genug sein, Fall für Fall und unter Angabe der Namen die wirtschaftliche, soziale oder rechtliche Lage der Herren Verschwörer an die Öffentlichkeit zu bringen: den einen hindern die bestehenden Bestimmungen an der ersehnten Beförderung; der andere ist in einen Prozeß verwickelt; der dritte hat sich in einem Disziplinarverfahren zu verantworten; ein vierter ist schwer verschuldet und

wird deswegen belangt; ein fünfter ist mit seinen Ansprüchen an die Macht nicht durchgedrungen; ein sechster . . ., kurzum, man wird sehen: alle haben sie etwas auf dem Kerbholz.

Über das Fortbestehen einer gewissen Hetze brauchen wir uns auch nicht weiter zu wundern: nicht nur, daß wir an der Last einer Vergangenheit der Zuchtlosigkeit mitzutragen haben, sondern: alle, die durch die nationale Erhebung oder in Auflehnung dagegen um Macht und Geld gekommen sind, werden auf die verschiedensten Weisen versuchen, verlorenen Einfluß und Gewinn zurückzuerlangen.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Umsturzhetze seit langem internationalen Charakter angenommen hat, das heißt, daß die nationalen Elemente fast immer, ohne es zu wissen, einer politischen Ideologie gehorchen, deren Absichten über die unmittelbaren Ziele innerstaatlicher Auseinandersetzungen hinausgehen. Es ist nicht der Augenblick, hierin sehr deutlich zu werden, aber wir können uns denken, daß es ein Land gibt, das in hohem Maße daran interessiert ist, in Portugal wieder Verwirrung und Zerrüttung einkehren zu sehen: in den Gemütern, auf den Straßen, in Verwaltung und Finanz, daheim und in Übersee.

So begegnen wir denn Unruhestiftern und Verschwörern von Rechts und von Links – um eine Ausdrucksweise beizubehalten, der zwar keine wirkliche Bedeutung zukommt, die aber im vorliegenden Fall verständlich ist. Aus der Tatsache, daß die Verschwörer von der internationalen Tragweite ihrer Handlungen überhaupt keine Vorstellung haben, schließen wir, wie geschickt sie geleitet werden können, und

wie gefährlich nah uns schon die fremden Drahtzieher gekommen sind.

Daß an einer und derselben Bewegung Persönlichkeiten mitwirken, die nach Einstellung und Zielsetzung nichts miteinander zu tun haben, ist nicht weiter erstaunlich, – nicht nur, weil es für viele wahrhaft asoziale Elemente überhaupt nur auf den Aufruhr als solchen ankommt, sondern auch, weil jede Gruppe im geheimen darauf bedacht ist, sich der anderen zu entledigen, nachdem sie sich ihrer Hilfe bedient hat. Es kommt noch hinzu, daß es sich dabei im allgemeinen um Elemente handelt, die vom Wesen einer Regierung gar keine Vorstellung haben und nur die gegenwärtige stürzen wollen.

Nichts von alledem kann man außer acht lassen, wenn man das Geschehene verstehen will und das, was noch geschehen wird, so daß ich es nicht in einiger Zeit noch einmal zu wiederholen brauche. Nichts von alledem aber geht auch über die Bedeutung eines Kriminalfalls hinaus. Die Polizei wird allmählich, ohne auf Schwierigkeiten zu stoßen und ohne Aufsehen zu erregen, erfolgreich gegen diese Verschwörerzellen vorgehen, wobei die Regierung – und das ist wesentlich – zu strengen Maßnahmen entschlossen ist. Der Umstand, daß an den revolutionären Umtrieben auch Persönlichkeiten beteiligt sind, die sich für Anhänger der Diktatur ausgeben, wird uns dabei nicht weiter behindern: denn für uns gelten alle Umstürzler prinzipiell als Feinde der nationalen Erhebung.

II

Ich will jedoch in dieser Frage weder mir selbst noch dem Land etwas vormachen und komme daher ohne Umschweife zu dem Punkt, der politische Bedeutsamkeit hat oder haben kann. Hinter den Aufwieglern der Penha da França wie hinter der ganzen Hetze der letzten Jahre steht eine gewisse – meiner Meinung nach kleine, ihrer Behauptung nach ansehnliche – Gruppe von Offizieren, die, ohne daß bekannt wäre, mit welchem Recht, nichts Geringeres für sich beanspruchen als Wortführer der Wehrmacht und Träger der wahren Idee des 28. Mai zu sein. Daher denn von Zeit zu Zeit das Gerede von der Notwendigkeit einer Militärregierung oder der Rückkehr zur reinen Militärdiktatur.

Persönlich haben diese Offiziere und ich nichts miteinander gehabt, aber ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich eine solche Einstellung auf eine grundsätzliche Abweichung in zwei oder drei entscheidenden Punkten zurückführe. Der Konflikt ist nicht von gestern, und man würde nichts dabei gewinnen, scheute man sich, einmal klar herauszustellen, was im Unterbewußtsein Einiger vor sich geht.

Da ist zunächst die Auseinandersetzung zwischen Macht und Gewalt. Ich finde jegliche Schwäche der Regierung im Einsatz für das mit dem 28. Mai und mit der Zustimmung der Nation geschaffene politische Regime unverzeihlich; ich bin bis zu diesem Augenblick unerbittlich gewesen gegenüber Aufruhr, Korruption, Vetternwirtschaft, Unrechtmäßigkeit, Ungerechtigkeit und Begünstigung der Schuldigen. Immer aber bin ich auch gegen ein gewaltsames Vorgehen

der Regierung gewesen, ich meine gegen die rücksichtslose, willkürliche Anwendung von Gewalt.

Ich bin dafür sieben Jahre hindurch eingetreten, und zwar aus drei Gründen.

Erstens: die Erfahrung lehrt, daß sich noch keine Gewaltherrschaft in Portugal hat halten können; manche hat recht tragisch geendet. Der Sentimentalität des portugiesischen Volkes – die ja, wenn sie gewisse Grenzen überschreitet, ein schwerer Fehler ist, aber immerhin einer, mit dem man rechnen muß – ist die zur Herrschaft erhobene Gewalt im Tiefsten zuwider, und der Verachtung oder dem Aufstand dieses Volkes hat noch keiner widerstehen können.

Zweitens: wir sind nicht einmal in der Lage, uns längere Zeit durch Gewalt zu halten; denn die Gewalthaber selbst setzen sich schon dafür ein, daß die Strafen nicht ganz abgebüßt werden: der Verbannung folgt die Erlaubnis zur Rückkehr ins Vaterland, der Entlassung die Wiederaufnahme in die alte Stellung. Diejenigen unter uns, die am liebsten die Todesstrafe fordern, sind die ersten, die aus Kameradschaft, aus Rücksicht auf die Familie der Betroffenen, geneigt, an die Reue und das Versprechen, nicht rückfällig zu werden, zu glauben, sich für Versetzung in den Ruhestand, Gewährung einer Pension, Begnadigung einsetzen. Erst nach 1932 konnte man daran gehen, entschiedener bei einmal gefaßten Beschlüssen zu bleiben.

Drittens: die Moral. Die Regierung (oder die Nationalversammlung) bestimmt die je nach Umständen mehr oder weniger strengen und engen Rechtsgrundsätze. Sie selbst aber muß sich durchaus an die einmal festgesetzten Bestimmungen halten, sonst hört

bei den Einzelnen wie bei der Gesamtheit jede Achtung vor ihren Rechten auf, und die Institutionen werden ein Spielball persönlicher Sympathien, Launen oder Einflüsse.

Soweit die Gründe, warum ich stets gegen die Herrschaft der Gewalt und für ein starkes Recht eingetreten bin. Das ist der erste Punkt, an dem unsere Auffassungen auseinander gehen.

Der zweite betrifft Politik und Verwaltung.

Viele Jahre hindurch hat bei uns die Politik die Verwaltung unmöglich gemacht: der Streit der Parteien, die Revolten, die Intrigen, der Schacher um die Ministersessel, die Macht als Selbstzweck haben sich als unvereinbar erwiesen mit der Lösung vieler nationaler Probleme. Nicht daß man diese übersehen hätte; bei einer solchen Lage der Dinge wurden sie sogar unaufhörlich Gegenstand der Auseinandersetzungen, der Versprechungen, der Propaganda; die Zeit aber verging, ohne daß es möglich gewesen wäre, auch nur einen Schritt voran zu kommen. Die Nationale Revolution hat einen anderen Weg eingeschlagen und hat, statt eine „Politik" zu treiben, deren Nachteiligkeit sie vor Augen hatte, den Wünschen der Nation Rechnung getragen und dafür gesorgt, daß sie zum Teil befriedigt und daß zum andern Teil die Voraussetzungen geschaffen wurden, weitere binnen kurzem zu befriedigen.

Die Nationen bedürfen einer Staatsführung, – aber „Politik treiben" heißt noch nicht einen Staat führen. Jenseits des Vertrauens und der Unterstützung, die den Führer eines Landes umgeben, ist die lebendige Wirklichkeit eben dieses Landes mit ihren Problemen, die gebieterisch eine Lösung erheischen, –

werden sie nicht gelöst, so wird eben das Volk nicht regiert. Es gibt immer noch ein paar ernsthafter Arbeit gemeinhin abgeneigte, aber der Hetze, marktschreierischen Versprechungen und dem bloßen Politisieren zugängliche Leute, denen die Erfahrung nicht genügt hat, sie von der völligen Unfruchtbarkeit der Politik als Selbstzweck zu überzeugen.

Hier nimmt der Konflikt eine andere Form an, — man könnte etwa sagen, daß hier erfinderischer und systematischer Geist einander gegenüberstehen; aber so betrachtet, handelt es sich um einen Konflikt nicht nur zwischen der Regierung und Diesem oder Jenem, sondern zwischen der Regierung und den Behörden, der Nation selbst.

Die größte Schwierigkeit, auf die wir gestoßen sind, als wir in einige Zweige der öffentlichen Verwaltung Ordnung bringen wollten, ergab sich daraus, daß man bei uns einem Programm der Tat einfach feindselig gegenübersteht. In der Staatsverwaltung und in den örtlichen Behörden möchte man es am liebsten in allem auf den Augenblick und die Gelegenheit ankommen lassen; wir finden es unerträglich und betrachten es geradezu als Vergewaltigung unserer Natur, uns nach einem Plan zu richten, der durchdacht, gebilligt, festgelegt und in einer Folge von Jahren ausgeführt werden soll. So kommt es, daß mancherlei versprochen und nicht verwirklicht, begonnen und nicht zu Ende geführt worden ist, und daß vieles angeblich nahe bevorstand, von dem man noch nicht einmal wußte, wie man es anfangen sollte. Wie oft hat man nicht für Unternehmungen Summen ausgesetzt oder ausgegeben, von denen man sich überhaupt kein Bild und keinen Plan gemacht hatte, der einen

Schluß darauf erlaubt hätte, wie weit sie möglich wären, und wie teuer sie sich stellen würden. Ebenso stand es mit den Museen, Schlössern, Landstraßen, mit den Häfen, der ländlichen Wasserversorgung, der Ernährungswirtschaft, mit dem Unterricht, dem Kreditwesen und der Rüstung.

Die Probleme nacheinander lösen, die Pläne durcharbeiten und dann ausführen wollen, das ist ein Verfahren, das die Vorbereitung verlangsamt und, obwohl es die Ausführung beschleunigt und sicherstellt, Versprechereien und Gefälligkeiten keinen Raum läßt. Dafür aber steht fest: wenn die Regierung einmal erklärt, daß etwas geschehen wird, so geschieht es auch.

Der dritte Punkt, in dem unsere Auffassungen auseinander gehen, betrifft die Überführung der Nationalen Revolution in einen verfassungsmäßigen Zustand, wodurch natürlich das Schwergewicht der das Regime tragenden politischen Kräfte eine Verschiebung erfahren hat. Ich meine: weit davon entfernt, der Revolution ihre schöpferische Kraft zu nehmen, vielmehr entwicklungsfähig genug, um etwaigen Veränderungen und tieferen Wandlungen des Lebens der Nation Rechnung zu tragen, ist die Verfassung die höchste Bürgschaft für die Dauer und den Erfolg der Grundsätze unserer politischen Ordnung. Andere dagegen wären eher für eine weiterhin etwas schwankende und ungewisse Diktatur, selbst auf die Gefahr hin, daß schon ein gewöhnlicher Ministerwechsel eine Änderung ihrer großen Leitgedanken im Gefolge haben kann.

Gewiß hat die verfassungsmäßige Staatsgestaltung von sich aus zur Schaffung von Stellen geführt, die

von der Regierung unabhängig sind, zur unmittelbaren Mitwirkung des Volkes bei einigen Maßnahmen und zur Bildung einer politischen Bewegung außerhalb des Heeres, dessen unmittelbarer oder mittelbarer Einfluß auf die Regierung sich damit verringern mochte.

War dies vielleicht eine nicht nur zwangsläufige, sondern beabsichtigte Folge? Darauf antworte ich in aller Offenheit, daß eine solche Folge sowohl vorausgesehen als auch unvermeidlich war und durchaus in der Absicht der Staatslenkung lag.

III

Was ich hierüber im Folgenden ausführen will, habe ich wohl mit anderen Worten, aber mit gleichem Sinn, schon einmal gesagt.

Das Heer gehorchte nur einem wahrhaft nationalen Auftrag, als es die Bewegung des 28. Mai auslöste und damit die Voraussetzungen für eine stabile Regierung und eine gesunde Verwaltung schuf, die uns fehlten. Es gab bei uns keine andere organisierte Macht, die imstande gewesen wäre, eine Revolution, wie wir sie ihr verdanken, ohne Blutvergießen und entschlossen durchzuführen. Sie hätte fehlschlagen können, – das hat sie nicht getan: die spätere Entwicklung hat nicht nur bestätigt, daß das Heer den Volkswillen zum Ausdruck gebracht, sondern sich auch den Anspruch auf die Dankbarkeit aller Portugiesen erworben hat. Hätte es nicht eingegriffen, so wäre es unmöglich geblieben, irgend etwas von dem zu schaffen, was seither geschaffen worden ist.

Danach übernahm das Heer, weil alle anderen ver-

sagt hatten, die Aufgabe und Verantwortung, den Staat zu führen, und viele seiner Angehörigen haben in der Regierung des Landes eine wichtige Rolle gespielt. An der Spitze des Staates, in den höchsten Stellen, in Regierung und Verwaltung und in den Behörden haben Angehörige der Wehrmacht seither Dienste geleistet, die in vielen Fällen als bedeutsam gelten müssen; aber sie haben sie geleistet als die Persönlichkeiten, die sie sind, nicht etwa als Vertreter der Wehrmacht. Abgesehen von den Anfängen, da die Regierung sich aus der revolutionären Macht bildet und sich ein unmittelbares Eingreifen des Heeres feststellen läßt, könnte die Wehrmacht nicht für den Gang der Staatsgeschäfte, weder für die Zusammensetzung der Regierungen noch für die Ausübung der Hoheitsrechte verantwortlich gemacht werden. Tatsächlich liegt ihre Aufgabe nicht hierin, und wir würden sie verkennen, hielten wir die Wehrmacht für eine innenpolitische Macht oder gar für die politische Macht schlechthin. Aufgabe der Wehrmacht ist es, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verteidigung der Grenzen zu sorgen; damit wird sie zum beherrschenden Element der Außenpolitik, und diese Auffassung wirkt sich noch nach einer anderen Seite hin aus.

Nur d i e Völker treiben Außenpolitik und können sie treiben, die internationalen Einfluß haben, und den hatten wir trotz der Bedeutung unseres Kolonialbesitzes solange nicht, als wir uns dem schmachvollen Verfall überließen, in den wir geraten waren. Wir hatten bloß auswärtige Beziehungen, was etwas ganz anderes ist.

Wollten wir Außenpolitik treiben, so mußten wir,

durch Ordnung und Arbeit, alle Kräfte, über die wir überhaupt noch verfügten, so zu Wert und Geltung bringen, daß sie an der Lösung internationaler Fragen mitwirken konnten. Wir konnten zurückblicken auf eine Geschichte, auf Dienste, die wir der Menschheit geleistet hatten, und wir hatten ein großes Kolonialreich. Was uns fehlte, war Ordnung im Innern, war politische Würde, war Ausnutzung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten, waren gesunde Finanzen, war eine neue Staatsgesinnung, eine saubere Verwaltung daheim und in den Kolonien, eine vernünftige und kraftvolle Ordnung. Mit einem Wort: wenn wir ein brauchbares Glied in der Gemeinschaft der Völker sein wollten, mußten wir aufhören, ein Element der Anarchie zu bilden.

So erscheint folgerichtig die Auffassung von der Wehrmacht als einem Element der Außen- und Kolonialpolitik als eine wesentliche Forderung unserer Revolution; und man muß sich fragen, ob sich ihr unmittelbares Eingreifen in die Innenpolitik vereinbaren läßt mit ihrer Erneuerung und ihrem Ansehen, oder ob es nicht vielmehr im Interesse der Nation liegt, wenn, nachdem einmal dafür gesorgt ist, daß die Revolution weiter geht, die Wehrmacht selbst und ihre Angehörigen soweit wie möglich von Aufgaben entbunden werden, die außerhalb der geistigen und technischen Vorbereitung der Landesverteidigung liegen. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß diese nur beeinträchtigt wird, solange das Heer an zivile Aufgaben gebunden ist, die einem gewiß Gelegenheit geben, ausgezeichnete Dienste zu leisten, an denen sich aber militärisches Wissen und militärischer Geist in der Regel nicht bewähren oder entfalten können.

Freilich habe ich keine Miliz und keine sonstige bewaffnete Macht hinter mir – und habe auch nie eine haben wollen –, mit der ich gegebenenfalls Revolten oder gewaltsamen Widerständen gegenüber dieser Auffassung Geltung verschaffen könnte, und so hat sie keine Geltung, wenn nicht die Wehrmacht sie sich zu eigen macht: auf dem Gebiet des Handelns oder materieller Kraft kann sie sogar, wenn sie will, einen anderen Kurs erzwingen. Aber ich wende mich an Männer mit gesundem Menschenverstand, die wissen, welche Verantwortung sie tragen, und was im Interesse der Nation liegt; die nicht aus Laune oder Eitelkeit handeln, sondern unbekümmert um das eigene Ich und aus ihrer Vaterlandsliebe heraus, und ich spreche aus innerster Überzeugung. Indessen kann ich mich deshalb auch nicht dazu entschließen, die ablehnende Haltung einiger Offiziere – wie verdient sie auch immer sein und wie hoch sie auch stehen mögen – für repräsentativ und für die rechtmäßige Willensäußerung des portugiesischen Heeres zu nehmen.

IV

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß unsere internationale Stellung besser ist als in den letzten Jahrzehnten: man hat der portugiesischen Revolution eine zunächst abwartende und dann interessierte Aufmerksamkeit zugewandt; heute genießen wir Achtung und Ansehen. Durch die Art, wie wir mit uns selbst politisch ins Reine gekommen sind, durch die Leitgedanken unserer materiellen und geistigen Erneuerung, die klar zutage liegenden Ergebnisse unserer Finanz- und Verwaltungspolitik, die erhöhte Geltung

und Würde der Träger der Macht, die Ruhe im Innern sind wir in der Meinung der anderen Völker gestiegen. Das war die erste Voraussetzung für eine wirkliche Außenpolitik.

Wir sitzen in Genf mit reinem und ruhigem Gewissen. Wir werden dort bleiben, solange der Völkerbund den Frieden zu verbürgen vermag, ohne der Landesverteidigung Abbruch zu tun, und solange man von ihm erwarten kann, daß seine Methoden imstande sind, sein Wesen unzweideutig zu verwirklichen. Allerdings bleibt zu bedenken, daß durch den Nichteintritt der Vereinigten Staaten, durch die Sonderorganisation der amerikanischen Staaten und durch den Austritt Japans der größte Teil der amerikanischen und asiatischen Politik ohne den Völkerbund gemacht wird: Genf ist im Grunde der Mittelpunkt der europäischen Politik und der europäischen Festlandspolitik mit einiger – und hoffentlich nur sehr geringer – Rückwirkung auf Afrika.

Portugal ist in die europäischen Zwistigkeiten jenseits der Pyrenäen eigentlich immer nur durch Zufall hineingerissen worden und wohl kaum jemals aus innerer Notwendigkeit. Wir sind in erster Linie eine atlantische Macht, durch die natürliche Lage an Spanien gebunden, politisch und wirtschaftlich dem Meer und den Kolonien, den einstmals von uns entdeckten und eroberten, zugewandt. Nicht immer sind unsere politischen Entscheidungen in Lissabon oder auf dem Festland gefallen, sondern an anderer Stelle: so stark ist bei uns der Gedanke, daß es sich bei unseren Kolonien nicht um solche im geläufigen Sinn, sondern um integrierende Bestandteile eines und desselben nationalen Ganzen handelt.

Unter diesen Voraussetzungen ist es verständlich, wenn wir es als eine traditionelle und wahrhaft nationale Außenpolitik betrachten, uns so weit wie möglich aus den europäischen Verwicklungen fernzuhalten, mit Spanien in Freundschaft zu leben und unsere Möglichkeiten als atlantische Macht auszubauen.

Um uns dieser letzteren Aufgabe widmen zu können, wünschen wir mit Spanien in einem so freundschaftlichen und herzlichen Verhältnis zu stehen, daß nach dieser Seite hin alles Mißtrauen und jede Besorgnis schwinden möge. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet können sich die Beziehungen zwischen Portugal und Spanien noch sehr entwickeln, sondern wir glauben auch, daß die Interessen der spanischen Politik denen der portugiesischen heute in keiner Weise zuwiderlaufen, wenn anders völlige Unabhängigkeit in der Erfüllung unserer Aufgabe in der Welt Grundsatz der spanischen Politik ist. Auf dieser Grundlage können wir durchaus zu gegenseitiger Verständigung kommen.

Mit unserem Charakter einer atlantischen Macht hängt auch das Bündnis mit England zusammen, das sich durch gemeinsame Interessen jahrhundertelang erhalten hat, ohne die Schicksale zu erleiden, die Verbindungen solcher Art sonst eigen sind. Wenn man mich fragt, ob ich an England und an die englische Bundesgenossenschaft glaube, so antworte ich offen und aufrichtig Ja: erstens, weil ich an das Wort der Menschen und der Völker glaube, solange die Tatsachen mich nicht zwingen, es für verlogen zu halten; zweitens, weil – ganz abgesehen von engen Freundschaftsbanden – die Gemeinsamkeit der portugiesischen und britischen Interessen so klar zutage liegt,

daß hüben und drüben die Regierenden noch lange damit zu rechnen haben werden. Wenn wir nur ganz davon durchdrungen sind, daß unser Bündnis mit England weder eine Bevormundung noch eine Sicherung unserer Innen- oder Außenpolitik ist, brauchen wir nicht zu befürchten, daß unsere Haltung je zweideutig oder unterwürfig oder unsere internationale Bedeutung herabgemindert werden könnte, vielmehr werden wir darauf hinwirken, dies wertvolle politische Instrument uns ganz nutzbar zu machen: wo wir etwas zu geben haben, müssen wir auch zu fordern wissen.

V

Einer der Hauptpunkte des Bündnisvertrages mußte notwendigerweise die Anerkennung und Verteidigung der Unverletzbarkeit unseres Kolonialreiches sein, gerade weil Portugal kraft einer Staatsauffassung, die sich im Lauf der Zeit in eine politische Wirklichkeit umgesetzt hat, mit seinen Kolonien ein Ganzes bildet.

Von Zeit zu Zeit treten Gerüchte auf, die mißtrauische Gemüter stark beunruhigen: allzu große Gereiztheit aber grundlosen Gerüchten gegenüber wäre nur ein Zeichen von Schwäche und Mangel an Vertrauen. Es darf nicht dahin kommen, daß man aus den Kundgebungen unseres (Gott sei Dank) immer wachen und lebendigen Patriotismus etwa schließen könnte, wir seien uns selbst unserer Rechte nicht ganz sicher und hätten nicht die Macht, uns dafür einzusetzen.

Solche Gerüchte tauchten auf bei Gelegenheit des Viererpaktes und kürzlich erst wieder im Zusammenhang mit den Verhandlungen Ribbentrops in London:

einmal soll Italien, das andere Mal Deutschland die Frage der portugiesischen Kolonien aufgeworfen haben. Mussolini hat rundheraus erklärt, daß sich seine Kolonialansprüche nicht gegen die portugiesischen Interessen und Rechte richten. Die englische Regierung hat uns wissen lassen, daß von portugiesischen Kolonien überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Gestützt auf so bündige Erklärungen haben wir die Öffentlichkeit beruhigt: die Äußerungen der ausländischen Regierungen, wie geschehen ist, in Frage stellen, hieße die persönliche Vertrauenswürdigkeit der anderen und die Würde der Regierungen fremder Nationen herabmindern.

Zuweilen bringen gewisse ausländische – vornehmlich französische – Zeitungen angeblich aus London stammende Nachrichten über Gerüchte von einem Verkauf, einer Abtretung oder Teilung unserer Kolonien. Das letztere war besonders abwegig, weil es die alte Geschichte von der Notwendigkeit einer Auslandsanleihe wieder aufwärmte, – ein Gedanke, mit dem seit dem Genfer Unternehmen die Feinde des gegenwärtigen Regimes arbeiten, und aus dem sie zuweilen in ihren politischen Kundgebungen Kapital zu schlagen versuchen.

Abgesehen von dieser Quelle wird es noch eine andere geben. Von Zeit zu Zeit dient das Gerücht dazu, einem Problem und einer bestimmten Lösung das Wort zu reden; und es liegt nicht bei uns, die Äußerungen von Politikern und Diplomaten über diesen Punkt zu unterbinden: die Nöte, unter denen einige Länder leiden, wären leicht behoben, wenn sich die portugiesischen, belgischen oder holländischen Kolonien aufteilen ließen. Was uns betrifft, so liegt die

einzige Schwierigkeit eben darin, daß wir nicht wollen. Und darum besteht die Gefahr für uns nicht.

Ich nehme an, daß die Kolonialmächte bereit sein werden, gemeinsam an die Probleme der Gegenwart heranzugehen, und ich wundere mich, daß Leute, die eine große Verantwortung tragen, sich, zur Abwendung drohender Gefahren, bereit gefunden haben, das Heil von Grundsätzen zu erwarten, aus denen künftig große Schwierigkeiten erwachsen müssen. Man hat etwas obenhin oder wenigstens als Fragen, die es zu klären und zu besprechen gelte, Ideen aufgegriffen, die vom bevölkerungspolitischen, vom staats- wie vom kolonialpolitischen Standpunkt aus einfach ein Irrtum sind. Unsere Haltung jedoch steht fest und wird fest bleiben.

Ich wiederhole, was ich in der Rede vom 1. Juni 1933 gesagt habe: „Unter diesen Begriff der Nation als einer mannigfaltigen, unabhängigen, souveränen Gemeinschaft, die sich ihr Gebiet nach eigenem Ermessen einteilt und organisiert, fallen für uns ohne Unterschied der geographischen Lage auch die portugiesischen Kolonien, ihre Verwaltung und Regierung. Gleichwie der Minho und die Beira, so unterstehen auch Angola oder Moçambique oder Portugiesisch-Indien einzig der Oberhoheit des Staates. Wir bilden eine rechtliche und politische Einheit und wünschen . . . zu möglichst vollständiger wirtschaftlicher Einheit zu kommen . . . Untereinander sind wir in der Einheit ein Vielfältiges, ein gemeinsames Wirkungsfeld unter jeweilig anderen Bedingungen; nach außen aber sind wir schlechthin eine Einheit, überall ein Eines und Gleiches.

„Weder im Mutterland noch in irgendeiner unserer

Kolonien schließen wir uns gegen das Kapital, die Arbeit und den Unternehmungsgeist Fremder ab und arbeiten ihnen auch nicht entgegen. Bei uns findet ausländische Mitarbeit offenere und herzlichere Aufnahme als in manch anderm Land. Im Schutz unserer Gesetze, unseres Rechts und unserer Macht und unter unserer Flagge leben Tausende von Ausländern, arbeiten Millionen fremder Kapitalien. Die Elemente aber, die zu eigenem Nutz und Frommen auf unserm Boden wirken, müssen wir als zu uns gehörig betrachten, als Faktoren nicht einer fremden, sondern unserer Wirtschaft. Die Staatszugehörigkeit der Einzelnen und das, was sie sich durch eigene Arbeit erworben haben, wissen wir durchaus zu achten, — aber niemand soll glauben, daß wir damit die Hoheitsrechte des portugiesischen Staates auch nur irgendwie einschränken ließen. Worin das Interesse der Gemeinschaft besteht, und was getan werden muß, damit wir an unser Ziel gelangen, — das zu bestimmen steht niemand zu als uns selbst."

Das ist unser Standpunkt, und wenn mich einer fragt, wie ich ihm Geltung zu verschaffen gedenke, so antworte ich: ich verlasse mich dabei auf die oben erwähnten Elemente unserer auswärtigen Politik und auf uns selbst, das heißt auf unsere innere und auf unsere äußere Macht. Groß ist die Macht dessen, der im Rechte ist und das Recht der anderen nicht antastet.

Ich möchte hier ein paar Absätze aus den Berichten des früheren Deutschen Gesandten in Lissabon, Herrn von Rosen, an den damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg anführen, die sich auf die deutsch-englischen Abmachungen von 1898 und 1913 bezie-

hen. Aus dem Bericht vom 9. November 1913: „Das Abkommen vom Jahre 1898 war ganz auf der Voraussetzung aufgebaut, daß Portugal nahe vor einem unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruch stände und froh sein werde, seine Kolonialzölle gegen ein von Deutschland und England zu gewährendes Darlehen zu verpfänden . . . Was schließlich . . . Portugal selbst betrifft, so ist der Augenblick des Bekanntwerdens (des Abkommens von 1913) ein verhältnismäßig günstiger. Das Land ist durch Parteikämpfe und innere Verschwörungen so sehr in Anspruch genommen, daß die dem Kolonialbesitz drohende Gefahr bis jetzt nicht die Erregung verursacht, die man sonst hätte erwarten müssen . . . Bei dem Bekanntwerden des Textes des Abkommens müssen wir freilich mit einer gesteigerten Erregung der öffentlichen Meinung rechnen. Aber auch diese wird, bei den bevorstehenden heftigen Kämpfen nach Eröffnung der Kammern, wohl kaum so nachhaltig sein, wie es in normalen Zeiten der Fall sein würde."

Aus dem Bericht vom 30. Mai 1914: „Wir kommen jetzt zu der Frage, welche Wirkung eine eventuelle Bekanntgabe des Abkommens (von 1913) voraussichtlich auf Portugal selbst ausüben würde. Die erste Wirkung würde zweifellos die einer großen Bestürzung sein . . . Eine solche Bewegung wird vielleicht heftig, aber sicher nicht von Dauer sein . . . Ihr wird zweifellos ein Gefühl der Resignation in das unvermeidliche Schicksal der Kolonien folgen, ein Gefühl, das schon jetzt in weiten Kreisen der politisch Denkenden bemerkbar ist."

Das war die Auffassung des Deutschen Gesandten in Lissabon in den Jahren 1913 und 1914. Im Jahre 1935

kann von Zusammenbruch und Staatsbankrott, Parteikämpfen und Verschwörungen im Innern, von Verfall der Nation nicht mehr die Rede sein.

Vielleicht sieht mancher jetzt klarer über die Politik der Regierung. Wenn wir dabei bleiben, daß ausgeglichene Finanzen die Voraussetzung für die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Vaterlandes sind; wenn wir darauf ausgehen, alle Portugiesen fest zu einer geschlossenen Einheit zusammenzufügen; wenn wir dem Volk das volle Bewußtsein seines Wertes und seiner Bestimmung geben wollen, damit es im gegebenen Augenblick innerlich und äußerlich gerüstet dastehe: so sind das nicht nur Worte, die auf dem Papier stehen, sondern die bestmögliche Verteidigung der Interessen der Nation.

VI

Gewiß ist das Land stolz auf den gegenwärtigen Stand seiner Finanzen, doch hat man das Gefühl, daß man in einigen Kreisen des Gleichgewichts überdrüssig ist und sich fast fragt, ob es nicht bald an der Zeit sei, mit der Disziplin Schluß zu machen und wieder zur alten Unausgeglichenheit zurückzukehren. Besonders wenn die Folgen der Weltkrise stärker fühlbar sind – und mich wird ja wohl niemand für die Krise in den Vereinigten Staaten oder in England, in Frankreich, in Brasilien oder in irgendeinem Lande der Welt verantwortlich machen – meinen ein paar einfältige Gemüter, die Ordnung unseres Finanzwesens erschwere ihnen das Leben, und unter anderen Umständen ließen sich die wirtschaftlichen Fragen leichter lösen.

Von der politischen Bedeutung unserer finanziellen Ordnung und Unabhängigkeit war bereits die Rede; was sie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes bedeuten, wird im folgenden Abschnitt ausgeführt werden. Hier kommt es nur darauf an, ein paar konkrete Lösungen herauszustellen und zu zeigen, daß man vor sechs Jahren noch nichts hätte tun können.

a) Da ist zunächst das Problem der Weizenerzeugung.

Was damit gemeint ist, ist bekannt, und bekannt sind auch die wichtigsten Tatsachen. Aus den früheren Ernten waren 320 000 t übrig, die ungefähr für zehn Monate reichen; die Ernte dieses Jahres wird für zwölf Monate langen. Damit nehmen wir also einen solchen Überschuß mit in das nächste Jahr hinüber: eine Frage der Aufspeicherung und eine Frage der Bezahlung.

Wenn man ein paar hitzige Vertreter der Landwirtschaft hört, muß man glauben, Aufgabe des Staates sei es, Scheunen oder Kornkammern für die private Ernte zu errichten und auf alle Fälle – es koste, was es wolle – Mittel dafür bereitzustellen, daß jeglicher Mehrertrag aufgekauft werden kann, und sei es durch Schaffung eines „Landgeldes". Die Einsichtigen werden jedoch zweifellos zugeben, daß der Staat im eigensten Interesse der Allgemeinheit seine Befugnisse einschränken muß, statt sie auszudehnen, und daß die Anregung, Noten drucken zu lassen, denn doch zu spät kommt, um noch aufgegriffen zu werden. Kehren wir zum Weizenproblem zurück.

Die 320 000 t werden im Dezember, glaube ich, restlos bezahlt sein, und aufgebraucht sein wird davon

nur das, was dem Konsum von ein paar Monaten entspricht. Die kleinen Erzeuger drängen darauf, daß wir ihnen schon jetzt den Betrag für die letzte Ernte ganz oder teilweise auszahlen; dabei stellt ihr Weizen einen Wert von etwa 170 Millionen Escudos dar.

Gegenwärtig hat also die Landwirtschaft auf ihrem Giro aus der Liquidierung der noch nicht verbrauchten Ernte von 1934 mehr als 350 Millionen Escudos, von denen 300 Millionen aus einer Anleihe bei der Generaldepositenkasse (Caixa Geral de Depositos) stammen, die von dem Verband noch um viele Millionen angegangen wird, damit man dem kleinen Erzeuger die Ernte von 1935 bezahlen kann. Der Rest stammt aus einer Anleihe bei der Privatbank.

Wir werden alles Mögliche tun, damit der Verband diesen kleinen Erzeugern binnen kurzem helfen kann: unsere Absicht ist dabei, ihm die Mittel zu geben, daß er weiter arbeiten kann, und gleichzeitig zu vermeiden, daß auf dem Mehlmarkt durch allgemeine Unterbietung ein völliges Durcheinander eintritt. Das ist aber nur möglich, weil die finanzielle Lage des Landes es erlaubt.

In der guten alten Zeit um 1928 hatte die Staatsbank (Banco de Portugal), wenn überhaupt, Ausstände, die sich zwischen 5 Millionen und 20 Millionen Escudos bewegten. Der Staatsschatz verschlang sämtliche verfügbaren Gelder der Generaldepositenkasse und außerdem das, was aus den Schatzanweisungen kam. Die Kasse kam sogar auf Ausstände von etwa 600 Millionen Escudos, die sie aber niemals hätte eintreiben können, da der Schatz nicht in der Lage war, sie zurückzuzahlen. Zurückgezahlt wurden sie erst nach 1929.

Die Privatbanken waren nicht imstande, Operationen von diesem Ausmaß vorzunehmen, und die Technik des Bankverkehrs hätte sie in der Weise, wie einige davon vorgenommen werden mußten, auch gar nicht zugelassen. Es war gang und gäbe, den Mühlen zum Ankauf von Getreide Summen zur Verfügung zu stellen, die nicht über 150 Millionen Escudos hinausgingen, so daß diese im allgemeinen auf dem Binnenmarkt mit Auslandskrediten zum Ankauf fremden Getreides arbeiteten.

Was hätte man also vor 1929 angesichts einer Lage wie der heutigen getan, wo wir einen Getreideüberschuß haben, der nahezu dem Jahreskonsum entspricht, und wo Tausende von kleinen Erzeugern schon jetzt den Betrag für die Ernte von 1935 ausgezahlt haben müssen? Nichts, weil man nichts hätte tun können. Und was bedeutet neben der Preissenkung um 10 Centavos für das Kilogramm und neben ein paar Zahlungsverzögerungen die völlige Unmöglichkeit, das Getreide abzusetzen, selbst zu den Schleuderpreisen, zu denen man es verkaufen würde? Sie würde zum vollständigen Zusammenbruch des Weizen- und jeglichen Getreidebaus kommen, und es würde wenig helfen, zu sagen, daß er ein nationales Unglück sei.

Man hat doch mehr Banknoten drucken lassen? Ja, für weniger wichtige Zwecke; aber nach den Erfahrungen, die man überall damit gemacht hat, verspricht sich niemand mehr etwas davon.

b) Das Weinproblem. Die Lage der Winzer war nicht nur schlecht, sie war unhaltbar. Durch fortwährende Überproduktion, vielleicht durch Rückgang des Verbrauchs und durch ausscheidende oder verringerte

Absatzmöglichkeiten ging der Preis des Weins noch unter die Herstellungskosten hinunter. In letzter Zeit haben die Preise etwas angezogen, da die nächste Ernte gering zu werden verspricht. Nur deshalb?

Abgesehen von der Casa do Douro und der Adega do Dão, der Adega Social de Colares und der Região dos Vinhos Verdes, die alle Millionen von Escudos erhalten haben, damit sie die örtlichen Schwierigkeiten beheben konnten, hat allein der Winzerverband von Mittel- und Südportugal 350 000 Faß Wein vom Markt zurückgezogen, was zum Teil aus den Beiträgen der Winzer und zum andern Teil aus Geldern der Generaldepositenkasse bestritten werden konnte. Zur Bezahlung dieser Weine hat der Verband um eine neue Anleihe nachgesucht; die betreffende Summe erhöht sein Schuldkonto auf 70 Millionen Escudos, die bei anderen Finanzverhältnissen nicht verfügbar gewesen wären.

Wenn die 350 000 vom Markt zurückgezogenen Faß weiterhin zum Verkauf stünden, würde nichts die Preise daran hindern können, sich so abwärts zu entwickeln, daß sie den vollkommenen Zusammenbruch der Weinbaugebiete herbeiführen müßten.

c) Dasselbe gilt von der Frischobstausfuhr, die durch eine eigens dazu geschaffene Organisation und entsprechende finanzielle Unterstützung geregelt und gefördert worden ist; von der örtlichen Verwaltung, der in den letzten Jahren 200 Millionen Escudos zugeleitet worden sind; von gewissen Unternehmungen in den Kolonien, die sich durch Anleihen halten konnten, die sich auf etwa 140 Millionen Escudos belaufen; von den Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft und von den Arbeitersiedlungen, die sich nur haben

durchführen lassen, weil wir mit einem Überschuß abschlossen, und weil die Depositenkasse Geld zur Verfügung stellt.

Wo sich die Länder, die unsere Auswanderer und den portugiesischen Bevölkerungsüberschuß sonst aufnahmen, geschlossen haben: wie groß wäre da nicht das Elend im ganzen Land, hätten wir nicht auf der einen Seite unserer Wirtschaft helfen können und wären wir nicht andererseits in der Lage, die Zahl der öffentlichen Arbeiten zu erhöhen!

Schwer ist die Krise, die wir durchmachen; und in mancher Behörde mögen Mißstände, Unzuträglichkeiten und Unregelmäßigkeiten vorkommen. Es ist nur recht, wenn man die Forderung nach Vollkommenheit erhebt und an den Fehlern Kritik übt, aber es ist ebenfalls nur billig, wenn man das Gute anerkennt, das man empfangen hat und das man einer Staatsführung und einer Verwaltung verdankt, die uns trotz allem das Leben ermöglicht.

VII

Aber die Gesundung der Staatsfinanzen ist für uns nicht nur ein Faktor, auf dem unsere politische Unabhängigkeit beruht, oder ein Mittel, der gröbsten Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, Herr zu werden, sondern sie ist auch die einzige Grundlage, auf der ein wirtschaftlicher Wiederaufbau und eine Organisierung der Landesverteidigung möglich sind. Erst jetzt, nach jahrelanger Arbeit, kann man in dieser Hinsicht berechtigte Hoffnungen hegen, und eine logische Folge der aufgestellten Grundsätze ist

das Gesetz (Nr. 1914) vom 24. Mai des Jahres, dessen Artikel 1 wörtlich so lautet:

„In einem Fünfzehn-Jahres-Plan werden Arbeiten durchgeführt werden, für die 6,5 Milliarden Escudos ausgesetzt sind, und zwar auf dem Gebiet

1. der Landesverteidigung, umfassend: a) eine allgemeine Neuordnung des Heeres und der Rüstung, den Bau von Befestigungen, Gebäuden und anderen militärischen Anlagen; b) die Fortführung des Neubaus der Kriegsflotte, einschließlich des Ankaufs neuer Einheiten und dessen, was zu ihrer Indienststellung erforderlich ist;

2. des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, umfassend: a) die Vervollständigung des Eisenbahn- und Straßennetzes und den Bau von Flughäfen, unbeschadet des im Haushalt für den Straßenbau ausgesetzten Postens; b) die Handels- und Fischereihäfen; c) das Telegrafen- und Telefonnetz; d) die Stromversorgung; e) die ländlichen Wasserwerke, Bewässerung und Aufforstung; f) den Bau von Schulgebäuden und die Einrichtung staatlicher Dienststellen; g) Arbeiten des Denkmalschutzes; h) städtebauliche Arbeiten in Lissabon und Porto; i) die Aussetzung von Kolonialkrediten; j) weitere Probleme oder Unternehmungen, die hiermit im Zusammenhang stehen."

Das ist, wie alle Gesetze sein müssen, ein Gesetz, das ernst gemeint ist. Wenn es sich dabei nur darum handelte, politische Erfolge zu erzielen, würde es nichts ausmachen, ob die Regierung an dem einen oder dem anderen Punkt ansetzte, oder ob sie überhaupt nichts unternähme. Für uns ist aber die rein politische Seite der Probleme stets von geringerer Be-

deutung, und unser Handeln wird bestimmt von dem, was der Nation not tut, und von dem, was sie zu leisten imstande ist.

Unser Grundsatz, die großen Arbeiten nach einem vorher festgelegten System durchzuführen, zwingt uns dazu, wie das Gesetz es fordert, Pläne und Projekte vorzulegen. Damit ist nicht gesagt, daß es nur dann zur Ausführung kommt, wenn alle Pläne und Vorschläge Billigung gefunden haben; aber wir können es uns nicht leisten, unehrlich zu sein, und wenn wir dafür bürgen wollen, daß die Dinge durchgeführt und finanziert werden, kommen wir nicht aus ohne einen allgemeinen Überschlag des Erforderlichen, der Kosten, des zweckmäßigsten Verfahrens, sie zu bestreiten aus den verfügbaren Mitteln und in der zur Durchführung der angenommenen Pläne angesetzten Zeit. Mit Ausnahme dessen, was die Landesverteidigung betrifft – die hochpolitischen Gründe dafür haben wir oben angedeutet –, muß in allen übrigen Fragen unterschieden werden zwischen dem, was warten kann, und dem, was dringlich ist; zwischen dem, was neue Werte schafft, die über kurz oder lang, mittelbar oder unmittelbar dem Volksvermögen zugute kommen, und dem, was nur eine Verbesserung, größere Bequemlichkeit oder reinen Luxus darstellt; zwischen dem, was unseren eigenen Volksgenossen Arbeit verschafft, und dem, was vielmehr zu Ankäufen im Ausland und damit zur Goldausfuhr führt.

Es liegt nicht bei der Regierung, alles, was sie will, in kurzer Frist zu tun; im Grunde ist die Verwirklichung unserer Pläne ja von der Volkswirtschaft abhängig, und ich weiß nicht, was ich von der Eile denken soll, die da in wenigen Jahren Dinge erwartet,

die in Jahrhunderten nicht geschehen sind. Wie dem auch sei, die für die Staatsführung Verantwortlichen können, solange sie nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, keine Entscheidungen treffen, die nur Rückfall in eine Verwaltung bedeuten würden, die sich als unwirksam und teuer von selbst gerichtet hat. Wir haben nicht einen Centavo in der Staatskasse, der unnütz ausgegeben werden dürfte.

Die Vorbereitungsarbeiten zu den in Absatz 2 des Artikels aufgeführten Eisenbahn- und Telephonnetzen, zur Handelsmarine, zum Ausbau Lissabons stehen vor dem Abschluß; was für die Handels- und Fischereihäfen, die ländlichen Wasserwerke, für das Vor-, höhere und Hochschulwesen geschehen soll, steht fest. Außerdem beschäftigen uns gerade die Fragen der Flughäfen, Straßen, Fachschulen und der Stromversorgung.

Man darf nicht vergessen, daß die Durchführung vieler dieser Arbeiten und die daraus erstehenden Rechte einer vorherigen juristischen Regelung bedürfen: so z. B. die ländlichen Wasserwerke, bei denen einige völlig neue Gesichtspunkte zur Anwendung gekommen sind.

Zur Frage der Landesverteidigung wäre zu sagen, daß allgemeine Heeresreform und Aufrüstung aneinander gebunden sind; nicht daß diese nicht begonnen werden könnte, bevor jene durchgeführt worden ist, wohl aber müssen tatsächlich beide als innerlich zusammengehörig betrachtet werden. Jedenfalls haben wir das verschiedentlich getan und waren vom finanziellen und sogar vom militärischen Standpunkt aus auch durchaus dazu berechtigt. Angesichts des Heeresetats, wie er augenblicklich ist, und angesichts der

geringen Mittel, über die das Land verfügt, ist nicht nur eine von der bisherigen verschiedene Verwaltungstechnik geboten, sondern auch eine Reform nach streng militärpolitischen Gesichtspunkten.

Der Aufrüstungsplan ist bereits in meinen Händen, und schon vorher haben der Regierung andere Pläne vorgelegen, weitgehende wie der des Generals Schiappa de Azevedo und prinzipiell weniger weitgehende wie der des Majors Alberto de Oliveira. Die endgültige Entscheidung aber muß – abgesehen von den anderen Dingen, auf die ich hingewiesen habe – die Grundvoraussetzungen in Betracht ziehen, von denen die Durchführbarkeit und das Tempo, in dem das als notwendig Erachtete geschehen kann, abhängig sind. Dazu gehört der Stand der staatlichen und privaten Rüstungsindustrie, die selbstverständlich in den Plan eingeschaltet werden müssen. Ich hoffe, daß ich dem ganzen Problem rechtzeitig genug nähertreten kann, um noch im nächsten Haushaltsplan die ersten Posten einzusetzen, es sei denn, daß außergewöhnliche Ereignisse, die übrigens durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen, uns zwingen, schon vorher unsere Entscheidung zu treffen.

Ich weiß noch nicht, ob der Plan in seinem zweiten Teil, was die Flotte angeht, so bleiben kann, wie er ist, und ich bin mir auch über die Art und das Tempo seiner Durchführung noch nicht ganz klar. Die Arbeiten an der Navigationsschule, am Depot jenseits des Tejo und am Ausbau des Flottenstützpunktes Alfeite sind indessen durchgeführt worden oder werden gerade beraten, um demnächst durchgeführt zu werden.

VIII

Ich muß nunmehr zu der Kritik an einigen früheren Erklärungen und an Verwaltungsmaßnahmen oder an gewissen noch nicht gänzlich beseitigten Mißständen Stellung nehmen.

Es scheint einen etwas unangenehmen Eindruck gemacht zu haben, daß es hieß, wir arbeiteten an der Beamtenreform, der die des Heeresetats „folgen sollte". Aber vielleicht liegt hier im Grunde ein Mißverständnis vor.

Da erstens meine Reformen im allgemeinen unter dem Gesichtspunkt der Ausgabensenkung und der Einnahmenerhöhung vorgenommen werden, pflegen die davon Betroffenen durchaus keinen Grund zur Eile zu haben. Andererseits handelt es sich nicht um eine höhere Besoldung, sondern um eine Neuregelung der Besoldungsklassen, da ja die Ausgaben nicht erhöht werden sollen und daher die einen verlieren müssen, was die anderen gewinnen sollen.

Wir müssen in erster Linie zu einer systematischen Ordnung der Verwaltung, der Besoldungsklassen, der Beamtengruppen kommen, und das muß vorher geschehen, sonst häufen sich die Ungerechtigkeiten bei der Neuordnung der Gehälter. In dieser Hinsicht ist die Zivilverwaltung mit Heer und Marine überhaupt nicht zu vergleichen: bei einigen Gruppen ist es so, daß sie gleichsam eine umgekehrte Pyramide darstellen, indem die Zahl der höheren die der unteren Beamten um vieles übersteigt. Außerdem herrscht hier in der Besoldung ein viel größeres Durcheinander als bei der Wehrmacht, da auf der gleichen Stufe oft ganz verschiedene Gehälter gezahlt werden, die sich zu-

weilen in dem Maße verringern, als der Beamte aufrückt.

In dies Durcheinander wollen wir vor allem Ordnung bringen; denn dann haben wir die Gewißheit, daß wir nicht ungerecht verfahren, wenn wir die festgesetzten Gehälter je nach dem Schatzstand prozentual herauf- oder herabsetzen.

Die geplante Reform wird weder vollständig noch endgültig sein, obgleich sie lange und sorgfältig vorbereitet worden ist und sich stützt auf Erhebungen, die unter der gesamten Beamtenschaft angestellt wurden, durch die wir jetzt bei jedem Einzelnen wissen, was er bekommt, wie er bezahlt wird und welches Amt er im Lande oder draußen versieht. Es gibt aber noch Erwägungen anderer Art wie etwa die über die Familie des Beamten, die freilich vorläufig noch nicht haben berücksichtigt werden können.

Es ist erklärlich, wenn ich nicht so genau weiß, wie es mit der Besoldung bei der Wehrmacht steht, obgleich ich nicht so ganz ahnungslos bin. Mir ist z. B. bekannt, daß die Besoldungsordnung, die 1927 auf gesetzlichem Wege beseitigt wurde, im Kriegsministerium – man weiß nicht wie – beibehalten worden ist, als unantastbar gilt und die Verwaltung erschwert. Mir ist bekannt, daß die nach und nach vorgenommene Vereinfachung des Beamtenbesoldungswesens im Kriegsministerium keine Anwendung gefunden hat, wo man für eine so komplizierte Angelegenheit offenbar erst einen Kursus durchmachen muß.

Manches wird da noch durch Erhebungen gleicher Art geklärt werden, wie man sie bei der Zivilbeamtenschaft angestellt hat. Aber ich bin sicher, daß vieles einfacher und zweckmäßiger werden und daß der

Dienst und die Besoldung der Beamtenschaft nach anderen Grundsätzen als bisher erfolgen muß.

All diese Schwierigkeiten würden nicht bestehen, wenn es sich nur darum handelte, die Gehälter allgemein heraufzusetzen; aber sie erheben sich, sobald es darum geht, diejenigen herabzusetzen, die nicht im Verhältnis zu den geleisteten Diensten stehen.

Mir ist einmal aufgefallen, daß zwischen den Gehältern von Arbeitern der gleichen Stufe bei verschiedenen Behörden – beim Münzamt, bei der Staatsdruckerei, dem Marinedepot, den Werkstätten des Kriegsministeriums – ein erheblicher Unterschied besteht ebenso wie zwischen den Gehältern der staatlichen und der privaten Unternehmen, was sich meiner Meinung nach nicht rechtfertigen läßt. Ich habe einen Ausschuß einsetzen lassen, dem Vertreter der verschiedenen Ministerien angehörten, und der den Fall untersuchen und eine Lösung ausarbeiten sollte; aber ausgerechnet die Vertreter derjenigen Ministerien, in denen die höchsten Gelder und Gehälter gezahlt wurden, waren der Ansicht, daß die Gehälter nicht nur nicht herabgesetzt werden dürften, sondern erhöht werden müßten. Hätte ich den Ausschuß weiterarbeiten lassen, so wäre das Ergebnis das genaue Gegenteil von dem gewesen, was beabsichtigt war: er wurde also aufgelöst. – Es gibt leider sehr viele Dinge, die ich offenbar allein machen muß.

Ich habe schon mehr als einmal erklärt, daß sich in der Frage des Doppelverdienstes nichts weiter tun läßt als den Erlaß von 1928 streng durchzuführen, solange nicht das Besoldungsproblem überhaupt gelöst ist.

Daß es im Interesse des Staates liegt, wenn die Fähigkeiten der Beamten in der Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten voll und ganz ausgenutzt werden, und daß es, besonders in Krisenzeiten, im Interesse der Volksgemeinschaft liegt, wenn dafür gesorgt wird, daß nicht die einen mehr als genug verdienen, während die anderen nicht einmal das Nötigste zum Leben haben: das leuchtet jedem ein. Aber die starren, sehr weitgehenden und unveränderlichen Regeln, für die man da eintritt, sind gegen alle Gerechtigkeit und gegen alle Ordnung, würden dazu führen, daß uns manch fähiger Kopf verlorenginge, und könnten darum nicht weiter befolgt werden. Eine Lösung zu finden ist schwierig, aber wir werden sie finden und, ich möchte glauben, zum Vorteil für die Betroffenen und nicht zum Nachteil des Landes.

In gewissen Kreisen kämpft man noch immer heftig an gegen Genossenschaften und Verbände. Ich will sie nicht freisprechen von Fehlern, die sie begangen haben mögen; denn das Schlimmste, was sie uns antun können, ist, durch mangelnden Gemeinschaftsgeist und durch Entstellung der Leitgedanken, die zu ihrer Gründung geführt haben, einen der stärksten Pfeiler des neuen Staates und seiner Ordnung in Verruf zu bringen.

Ich fürchte aber, daß die hier und dort laut gewordene scharfe Kritik aus einem wiederauflebenden Individualismus kommt, der gerade die Hauptschuld an unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch trägt, und aus dem Widerstand gegen die Disziplin, die unser Wirtschaftsleben, die Erzeugung und Handel beherrscht. Es ist sogar durchaus wahrscheinlich, daß manchem ein völliges Durcheinander besser zustatten

käme, aber die Volkswirtschaft verdankt dem Grundsatz der Ordnung heute bereits unschätzbare Vorteile.

Wir mögen in strenger, manchem unbequemer und manchem verständlicherweise verärgernder Regelung vielleicht etwas zu weit gegangen sein; das ist nun einmal der Fehler von Organisationen, die noch in ihren Anfängen stecken, und liegt an dem geringen Vertrauen, das die Portugiesen von Haus aus der Gemeinschaftsdisziplin entgegenbringen.

IX

Ich bin sehr ausführlich gewesen und hab doch nur einen kleinen Teil von dem gesagt, was ich sagen wollte. Ich glaube nicht, daß es mir – auch wenn ich in meinen Erklärungen fortfahren würde – gelingen könnte, die Aufwiegler von ihrer Hetze und die Aufrührer von ihren Machenschaften abzubringen; darum handelt es sich für mich auch gar nicht. Mir ist auch gar nicht daran gelegen, daß alle mir recht geben; es genügt mir, daß das Volk meine Gründe kennt.

Die gewerbsmäßigen Hetzer im Innern verfügen ebenfalls über Ideen und über Menschen. Aber sie verbergen sie, die einen wie die anderen; denn wir können doch schließlich nicht annehmen, daß ihre Ideen dieselben seien, die man in den Geheimpapieren gefunden hat, und ihre Leute die Aufrührer der P e n h a d a F r a n ç a. Sie behalten sie für sich, und das ist schade; denn so verliert man seine Zeit, und man weiß nicht, ob nicht das eine oder das andere brauchbar wäre.

Die Regierung tut, was in ihren Kräften steht, und das ist vielleicht nicht viel: die Arbeitsbedingungen

sind in Portugal noch längst nicht gut. Die Probleme sind verwickelt, derer, die etwas davon verstehen, sind wenige, die Mitarbeit des Volkes läßt zu wünschen übrig. Niemand scheint recht zu wissen, worum es eigentlich geht, und mühsam ist der Weg zur Freiheit hinauf.

Wenn die Regierung angegriffen wird, verteidigt sie sich nicht, – und das ist nicht gut; oder sie verteidigt sich doch, – und das ist vielleicht noch schlimmer: denn je mehr Zeit man damit zubringt, den Gegnern, wie ich das hier versuche, zu antworten, um so mehr Zeit entzieht man auch seiner Arbeit am Wohl des Landes. Auf diese Weise kann man die Männer der Regierung von jeder fruchtbaren Arbeit vollkommen abhalten: die Taktik kennt man, aber anständig ist sie nicht.

. . . Ich kam in Coimbra mit anderen Studenten oft in ein Haus, wo zuweilen auch ein Engländer erschien, der Interessen in unseren Kolonien hatte. Dieser Engländer war politisch ein Gegner Lloyd Georges, der damals das Britische Weltreich beherrschte. Das war gegen Ende des Weltkriegs oder gleich danach.

Als gute Portugiesen übten wir eines schönen Tages an den Handlungen des Ministerpräsidenten die heftigste Kritik und halfen unserem Verdammungsurteil noch mit ein paar Phrasen nach, die aus unserem Mangel an politischer Erziehung kamen. Doch der Engländer entgegnete seelenruhig:

„Lloyd George hat eine sehr schwere Aufgabe übernommen, darum hat er auch weitgehende Vollmachten. Es liegt nicht im Interesse Englands, wenn das Ansehen der Regierung herabgemindert oder wenn sie in ihren Handlungen auf eine Weise behindert

wird, daß sie selbst etwa einen Zusammenbruch damit entschuldigen könnte. Wenn Lloyd George sein Werk getan hat, wird es noch früh genug sein, von ihm Rechenschaft darüber zu fordern, was er mit seiner Macht angefangen hat.“ – Es sah nicht danach aus, daß er die Absicht hatte, auf revolutionärem Wege Lloyd George zu solcher Rechenschaft zu zwingen, aber bürgen kann ich dafür nicht: denn darüber sprach sich der gute Engländer nicht weiter aus . . .

21. Ständekammer und Nationalversammlung

Ansprache vom 21. Februar 1936 vor Abgeordneten, bei Abschluß der ersten Sitzungsperiode der Nationalversammlung. Über die Arbeitsmethoden der Volksvertretung, die gesetzgeberische Aufgabe der Regierung und die außenpolitische Lage angesichts des vom Völkerbund aufgeworfenen Kolonialproblems.

Technische Schwierigkeiten – Die gesetzgeberischen Aufgaben der Regierung – Das alte Parlament und die heutige Volksvertretung – Außenpolitische Fragen – Der Völkerbund – Die Kolonien.

Der Präsident der Nationalversammlung hat gestern vor den Abgeordneten und vor den Mitgliedern der Ständekammer auf einige Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei der Arbeit der Nationalversammlung ergeben haben. Das überrascht mich nicht. Die beiden Kammern arbeiten immer noch nebeneinander, und solange wir uns nicht umgestellt haben, muß notgedrungen die gesetzgeberische Arbeit des einen Teils verhältnismäßig leicht, und die des anderen dementsprechend erschwert sein. Das heißt, daß wir hier

noch nicht die ideale Lösung gefunden haben. Ich möchte mich darum einmal mit der Frage befassen, wie sich die Aufgaben der Nationalversammlung zu den Bestimmungen verhält, die der Sitzungsperiode eine begrenzte Dauer vorschreibt.

Wir sehen ein, daß die Arbeit der Nationalversammlung als Vertretung des Volkes, seiner Belange, Wünsche und Beschwerden einer festen Frist bedarf, in der sie jeweils zu leisten ist. Es hieße aber die Anforderungen verkennen, die an die gesetzgeberischen Aufgaben gestellt werden, wollte man annehmen, daß auch diese mühelos in der gleichen Frist erledigt werden können. Wenn es Fragen gibt, die schon lange vorher durchgearbeitet sind und bei der ersten Gelegenheit erledigt werden können, so gibt es auch solche, die sich aus augenblicklichen Verhältnissen ergeben und eine sofortige Behandlung durch die gesetzgebende Körperschaft erheischen. Nun könnte man sagen, daß diese Schwierigkeit praktisch gelöst sei, weil ja die Regierung unbegrenzt auf dem Verordnungswege Gesetze erlassen kann, ein Recht, von dem sie weitgehenden Gebrauch gemacht hat, sogar während der Tagungen der Nationalversammlung, besonders in nebensächlichen Fragen, die mit der großen Politik des neuen Staates nichts zu tun haben. Darauf läßt sich erwidern, daß die Regierung nicht in der Lage ist, allen Anforderungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung gerecht zu werden, die sich ja auch nicht immer während der Tagung der Versammlung ergeben, und darum fragt es sich, ob es nicht besser wäre, die jetzigen Bestimmungen durch dehnbarere zu ersetzen, die der Regierung die Möglichkeit gäben, unabhängig von den eigentlichen Tagungsperioden die

Nationalversammlung zur Behandlung wichtiger Fragen einzuberufen.

Aber auch ohne solche Neuerung haben wir eine andere Möglichkeit, während der Ferien der Nationalversammlung Gesetzesentwürfe und Gesetzestexte der Ständekammer zu unterbreiten, so daß wohl mit der Zeit ein besseres Arbeiten der Institutionen erreicht wird und die Arbeit der Nationalversammlung gleichmäßiger auf die einzelnen Tagungen verteilt werden kann.

Sie werden Ihre Arbeiten binnen kurzem abgeschlossen haben, aber ich glaube nicht, daß Sie damit aufhören werden, sich als Abgeordnete zu fühlen und der Regierung Ihre weitere Mitarbeit angedeihen zu lassen, deren sie bedarf, zumal Sie die politische Führerschicht darstellen, die wir sorgfältig heranbilden. Alle ohne Ausnahme kämpfen wir, wenn auch auf verschiedenen Posten, für die gerechte Sache, und je größer die Schwierigkeiten sind – und im gegenwärtigen Augenblick sind sie groß –, desto inniger muß unser Zusammenhalt, desto größer unsere Anstrengung sein.

Ich muß jetzt daran denken, wie an dem einzigen Tage, an dem ich Abgeordneter war, unvermittelt einer der damals führenden Männer sich über mein Pult beugte. Er gehörte zur Kammermehrheit, die zu der Zeit konservativ war. Dieser politische Führer, der bald darauf auf tragische Weise enden sollte, sagte mir ganz niedergedrückt: „Da ist nichts zu machen; in Frankreich haben die Konservativen jetzt bei den Wahlen verloren. Die Stunde gehört der Linken."

Dieses traurige Bild eines Politikers, der sich auf eine Kammermehrheit stützen konnte und sich trotz-

dem so entmutigen ließ, nur weil irgendwo im Ausland das Wahlergebnis zuungunsten seiner Gesinnungsgenossen ausgefallen war, werde ich nie vergessen.

Zum Glück ist seit einer Reihe von Jahren unsere Politik nicht mehr das bloße Spiegelbild dessen, was in zwei oder drei anderen Ländern vor sich geht. Wir haben auch Gott sei Dank bewiesen, daß die Stunde weder der Rechten noch der Linken gehört, sondern dem, der weiß, was er will, und dem an der Verwirklichung seines Ideals gelegen ist. Während wir uns unseren Weg bahnten, hat es draußen manche Wahlen gegeben, aus denen bald die Rechte, bald die Linke siegreich hervorgegangen ist, manch ernstere oder leichtere revolutionäre Bewegung ist zum Ausbruch gekommen, doch nichts hat uns von unseren Grundsätzen abbringen können und von der zielbewußten Verwirklichung unserer Ideale.

Damit will ich nicht sagen, daß wir es nicht nötig hätten, auf unserer Hut zu sein, und daß Dinge, die sich um uns herum abspielen, uns nicht mit Sorge erfüllen, besonders wenn ein Land vergißt, was internationaler Anstand gebietet. Auf unseren Weg kann das alles freilich keinen Einfluß haben, denn einzig von uns hängt die Gestaltung unserer Zukunft ab: von unserer Auffassung der nationalen Probleme, von unserer Entschlossenheit, der Nation zu dienen. Mit einem Wort: unser, und nur unser ist die Stunde.

Leicht sind die Zeiten nicht, in denen wir leben. Zwei oder drei große Probleme zeichnen sich deutlich am internationalen Horizont ab, von denen eines allein genügen würde, um uns mit Sorge zu erfüllen:

das Problem des Friedens, der italienisch-abessinische Konflikt und die Kolonialfrage.

Voller Optimismus und Zuversicht glaubte man die Sorge für die Erhaltung des Friedens dem Völkerbund anvertrauen zu können. Es ist keineswegs meine Absicht, die Dienste zu verkleinern, die er geleistet hat, doch läßt sich wohl nicht leugnen, daß es sowohl innerhalb wie außerhalb des Völkerbundes Kriege gegeben hat. Das beweist, daß seine Bemühungen nicht immer von Erfolg gekrönt sind, daß er den Ausbruch eines Krieges nicht zu verhindern und, wenn er entbrannt ist, ihm nicht Einhalt zu gebieten vermag. Und ich weiß nicht, ob die vielen Abkommen, die jetzt „im Rahmen des Völkerbundes", wie es so schön heißt, abgeschlossen werden, dazu angetan sind, ihn zu stärken oder ihm Abbruch zu tun.

Der Genfer Organismus kollektiver Sicherheit ist nicht geeignet, andere Mittel zur Sicherung des Friedens überflüssig zu machen. Wenn uns ein Vergleich erlaubt ist mit der Haltung, die die Länder im Innern einnehmen, möchte ich folgenden Widerspruch feststellen: hier bewaffnet sich der Staat und entwaffnet die Bürger, drüben bewaffnen sich die Länder und entwaffnen den Völkerbund. Die Mobilisierung von Streitkräften aus verschiedenen Staaten durch den Völkerbund ist noch zu problematisch, als daß wir an eine vernünftige Lösung glauben könnten, denn zu leicht könnten im entscheidenden Augenblick die internationalen Rücksichten die besten Absichten durchkreuzen.

So sehen wir denn, wie trotz der scheinbar friedvollen augenblicklichen Lage der Wettlauf um das stärkste Heer und die größte Flotte einsetzt. Das ist

der Grund, warum die Regierung noch vor wenigen Tagen eingehend und sorgfältig die Fragen der Ausrüstung des Heeres und das Schiffsbauprogramm untersucht hat.

Wir gehören dem Völkerbund an und sind im Völkerbundsrat gewesen. Die nicht unbedeutende Rolle, die wir dank unserer Leistung und dem Ansehen unserer Vertreter gespielt haben, hat uns den Vorwurf eingebracht, wenig versöhnlich zu sein und eine starre Sanktionshaltung gegenüber einem befreundeten Land eingenommen zu haben. Die Geschichte wird das Gegenteil erweisen. Wenn wir auf der einen Seite immer ehrlich bestrebt waren, die im Einklang mit den Völkerbundssatzungen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, so waren wir doch stets darauf bedacht, ausgleichend zu wirken und versöhnliche Lösungen herbeizuführen. Eine andere Haltung kam für uns auch gar nicht in Frage, da es sich um ein Land handelte, mit dem wir stets freundschaftliche Beziehungen unterhalten haben, und das unsere ganze Bewunderung verdient.

Eine der brennendsten Fragen ist heute die Kolonialfrage. Die Männer, die ihr ihre Kräfte und ihre Sorge widmen oder sich den großen Problemen nicht entziehen können, die diese aufwirft, stiften in verschiedenen Ländern Unruhe mit ihren Ideen und Vorschlägen.

So ist der Gedanke aufgetaucht, alle Kolonien dem Völkerbund anzuvertrauen, die dieser unmittelbar verwalten oder andern Mächten als Mandate überlassen würde. Es ist die Rede davon gewesen, den ihrer Kolonien beraubten Mächten ihren früheren Besitz zurückzuerstatten oder eine neue Verteilung

der Kolonialmandate vorzunehmen. Der letzte, noch in geheimnisvolles Dunkel getauchte Vorschlag sieht sogar eine Neuverteilung der Rohstoffe vor. Ob eigentlich jemand weiß, was das heißen soll?

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie Europa Hirngespinsten nachjagte, von denen es das Allheilmittel erwartete, und bei denen am Ende nichts herauskam. Locarno, Stresa, Vereinigte Staaten von Europa, Londoner Wirtschaftskonferenz sind schon keine Hoffnungen mehr, es sind Friedhöfe. Und wer weiß, wie viele Leute noch jetzt Illusionen nachlaufen.

Zu sehr lassen wir uns aus dem Gleichgewicht bringen. Was die Frage der Mandate angeht, so sind wir nicht unmittelbar daran interessiert. Wir haben keines, und auf Grund des Versailler Vertrages wurde uns lediglich Quionga wieder zugesprochen.

Angesichts all dieser Unruhe müssen wir uns aber auf Pressekampagnen, drohende Reden, lange Zeitungs- und Zeitschriftenartikel gefaßt machen, und dann wird wahrscheinlich alles wieder beim alten bleiben. Wenn nicht, werden entweder juristische Formeln ins Feld geführt, und dann handelt es sich darum, im Recht zu sein, oder es wird anders vorgegangen, und dann handelt es sich darum, stark zu sein. Vertrauen wir darauf, für den einen wie für den andern Fall gerüstet zu sein.

22. Die Errungenschaften der nationalen Revolution

Rede vom 26. Mai 1936 in Braga anläßlich der Zehnjahresfeier der nationalen Erhebung in einer Kundgebung für das Heer als den Träger des Volkswillens, der die Revolution gebieterisch verlangte. Diese vor 80 000 Menschen gehaltene Rede gilt als eine der besten und eindringlichsten des Ministerpräsidenten.

Die Besinnung auf die ewigen Werte – Gott – Vaterland – Autorität – Familie – Arbeit – Die innere Erneuerung – Volk und Revolution – Verantwortungsbewußte Führung – Die Wehrmacht.

Es fällt mir schwer, heute hier sprechen zu müssen: mir wäre lieber gewesen, ich hätte als einfacher Pilger zu dieser „heiligen Stadt der nationalen Erhebung" kommen, von der Unbill der Wege ausruhen dürfen, um in dieser von Gesängen und Liedern erfüllten Luft, unter dem Volk selbst, an seiner Fröhlichkeit und Freude teilhaben zu können.

So könnte ich weiter schweigen, wie ich lange Jahre hindurch geschwiegen habe, und wer weiß, wie viele überhaupt von denen, die mich das letzte Mal gehört

haben, noch daran denken, wie ich mich damals gegen allen vergangenen und künftigen Aufruhr wandte und eintrat für die einzige Revolution, die not tat.

Mit dem Haß und Streit der Menschen und der Parteien, mit sinnlosen und undurchführbaren Programmen, Verfassungsreformen oder auch Änderungen der Staatsform, wie man sie vorgeschlagen oder herbeizuführen versucht hat, kommt man nicht weit und beseitigt man im Grunde die Ursachen des Übels nicht. Angesichts des politischen und sozialen Wirrwarrs, der irgendwie überall der gleiche war und bei uns die Einigkeit der Portugiesen untergrub und das Nationalbewußtsein, d. h. das innerste Wesen und den Seinsgrund der Nation, war der Zukunft Portugals nicht damit gedient, daß man es mit anderen Menschen und anderen Parteien und mit Systemen versuchte, die nun einmal abgewirtschaftet haben. Angesichts der geistigen und sittlichen Anarchie des Jahrhunderts, in die wir uns verstrickt hatten, indem wir in unserer begründeten Kritik nicht halt machten vor den Grundfesten der sozialen Ordnung und die Rangordnung der Werte aus doktrinärer Neuerungssucht verkehrten, war ebenfalls jede Revolution zwecklos, die nicht von dem Grundgedanken ausging: daß es darauf ankam, dem Schwanken und der Willkür ein Ende zu machen, sich über die Grundlagen der neuen Ordnung klar zu werden und sie klar zum Ausdruck zu bringen; daß es darauf ankam, dem Menschenleben wieder einen Sinn zu geben und Familie und Gemeinschaft, Staat und Verwaltung, Wirtschafts- und Geistesleben damit zu durchdringen.

Ohne irgendeinen Hintergedanken und ohne irgend-

eine praktische Absicht damit zu verbinden, hat einer in den kahlen vier Wänden einer entweihten Kirche diese einfachen Gedanken verkündet, und durch das geheimnisvolle Walten der Vorsehung wissen wir erst jetzt, daß sie gehört wurden.

Manche, die den Dingen auf den Grund gegangen waren, waren zu gleichen Schlüssen gekommen, und so hat die neue Ordnung viele andere und gewiß klarere und entscheidendere Träger und Verkünder, Gedanken, Worte und Taten aufzuweisen. Ich selber aber habe nichts davon gewußt und nichts dazu getan, ich empfand nur im tiefsten den ganzen Jammer der vaterländischen Not und hegte die Hoffnung auf eine rettende Tat.

Von dieser Stelle hier und getragen von der portugiesischen Wehrmacht unter Gomes da Costa[1]) – dessen Zuversicht und Wagemut eigentlich schon keine erworbenen Tugenden mehr waren, sondern gleichsam schon seine zweite Natur – ging vor nunmehr zehn Jahren die Bewegung aus, die ohne Kampf und Blutvergießen Sieg und Ruhm gewann, da in Wirklichkeit das Kommandowort nur der soldatische Ausdruck eines gebieterischen Auftrags der Nation war. Damit begann eine neue Epoche.

Dies also hat sich zugetragen.

Den von der Zweifel- und Verneinungssucht des Jahrhunderts zerrissenen Gemütern suchten wir wieder Halt und Gewißheit zu geben. Gott und das Gute; das Vaterland und seine Geschichte; die Autorität

---

[1]) General Gomes da Costa war der erste Führer der nationalen Revolution.

und ihren Wert stellen wir nicht in Frage; nicht Familie und Sitte und nicht Ehre und Pflicht der Arbeit.

Wenn der Glaube echt ist, ist er eine unerschöpfliche Quelle geistigen Lebens; wenn er aber ein Geschenk des Himmels ist, so ist nicht einzusehen, warum er aufgezwungen werden müßte, oder welchen Sinn es hätte, ihn zu behindern. Die Geschichte weiß von vielen Regierungen und Staaten, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, ihre Despotie auch auf die Seelen auszudehnen und die Keime des Glaubens in ihnen zu ersticken. Wahrlich kein rühmliches Unterfangen! Mit der Zeit werden die Schäden wieder behoben, Kirche und Gottesdienst wiederhergestellt, – Tugenden aber, die sich nicht betätigen konnten, sind unwiederbringlich, und kein Mittel gibt es gegen die trostlose Verzweiflung derer, denen eine Welt verloren gegangen ist.

Abgesehen von dem Eigenwert der religiösen Wahrheit, bedürfen wir des Absoluten als Menschen und als Gemeinwesen, und wir wollen nicht von uns aus im Bereich des Greifbaren und Vergänglichen das künstlich schaffen, was außer und über uns ist, noch dem Staat das Amt übertragen, die Formen des Gottesdienstes und die Grundsätze der Moral zu bestimmen. Darum untersteht für uns auch die Macht dem Sittengesetz, und so sind wir frei geblieben von den Fehlern oder Verbrechen eines Götzendienstes am Staat, an der Gewalt, am Reichtum, an der Technik, der Schönheit oder dem Laster.

Tief durchdrungen von dem Wert und der Lebensnotwendigkeit einer höheren Sinngebung haben wir – ohne dabei persönlichen Überzeugungen ehrlicher

Gleichgültigkeit oder Ungläubigkeit irgendwie zu nahe treten zu wollen – die Gewissensfreiheit der Gläubigen geachtet und den religiösen Frieden bei uns befestigt. **Wir glauben an Gott.**

Wir glauben an das Vaterland, das heißt: an die äußere und innere Unverletzlichkeit der Nation, an ihre unbegrenzte Unabhängigkeit und ihre geschichtliche Aufgabe. Es gibt mächtigere, reichere, vielleicht schönere Länder; dies aber ist unsere Heimat, und nie noch hat ein echter Sohn einer anderen Mutter Kind sein wollen. Mögen Philosophen und Historiker sich damit unterhalten, sich andere, meinetwegen sogar materiell vorteilhaftere Möglichkeiten des Zusammenlebens und Zusammenschlusses der Völker auszudenken, die keinen geschichtlichen Bestand oder keine geschichtliche Geltung haben; wir Portugiesen von heute haben in unserer achthundertjährigen Geschichte nichts, was sich irgendwie ändern ließe, nichts, was wir aufzugeben bereit wären, weil es uns etwa bedrückte, oder weil wir müde wären und an uns selbst zweifelten.

Wir stehen nicht an, den portugiesischen Nationalismus als einen der Grundpfeiler des neuen Staates zu betrachten; erstens, weil das die klarste Forderung unserer Geschichte ist; zweitens, weil er ein unschätzbarer Faktor förderlichen und gedeihlichen Zusammenlebens ist; drittens, weil wir ein lebendiges Beispiel dafür sind, wie das Vaterlandsgefühl durch Taten in aller Welt dem Wohl der Menschheit zugute gekommen ist. Man hat dies dem portugiesischen Volk tief eigentümliche, dabei vergeistigte und selbstlose umfassende Streben in die Weite als Berufung und

Sendung bezeichnet. Jedenfalls hat es nichts zu tun mit jener fragwürdigen internationalen Menschheitsbeglückung unserer Tage, die da will, daß fremde Grenzen niedergerissen werden, damit sich auf Kosten anderer die eigene Macht vergrößere. — **Wir glauben an das Vaterland.**

Wir glauben an die Autorität. Sie ist eine Tatsache und eine Notwendigkeit: ist sie einmal geschwunden, so kehrt sie doch bald zurück; wird sie einmal bekämpft, so nur, um von anderen getragen zu werden. Sie ist ein Recht und ein Amt, — ein Amt, das sich selbst aufgibt, wenn es nicht ausgeübt wird; ein Recht, das im Gemeinwohl am stärksten verwurzelt ist. Und sie ist ein Geschenk der Vorsehung; denn ohne Autorität ist unter Menschen kein Zusammenleben und keine Bildung möglich. Der Übergang vom Kind zum Mann, von Unwissenheit zu Wissen, vom Trieb zu überlegener Kraft, von Barbarei zur Sitte ist eine Frucht beständiger Überwindung der natürlichen Trägheit, der Ruhmeskranz der Autorität. Die Ordnung, die Vertretung der Interessen der Gemeinschaft und der Ausgleich der Einzelinteressen untereinander, Ruhe und Frieden im Innern, die Erfüllung des Gemeinschaftslebens mit einem Sinn, die tätige Sorge für das Notwendige, das Streben zu größerer Vollkommenheit sind ebenfalls ihr Werk und ihre Frucht.

In Familie, Schule und Kirche, in Werkstatt und Genossenschaft, in Heer und Staat ist Autorität nie Selbstzweck, sondern Dienst an den anderen; kein Recht, sondern eine Aufgabe. Vorteile bietet sie nur in dem Maße, als sie Gutes schafft, und als ihre Forderungen erfüllt werden. Da sie nicht unfehlbar ist,

muß ihr Wirken beurteilt werden dürfen; doch ist es weniger gefährlich, keine Kritik zu dulden, als nicht imstande zu sein, sich durchzusetzen. – **Wir glauben an die Autorität.**

Wir glauben an die Familie. Hier wird der Mensch geboren, hier wachsen die Geschlechter heran, hier bildet sich die kleine Welt der Gefühle, ohne die der Mensch schwerlich leben kann. Auflösung der Familie bedeutet Auflösung der Häuslichkeit, des Heims, der Sippe; und allein steht dann der Mensch dem Staat gegenüber, fremd, hilflos und seines innersten Wesens zum größten Teil beraubt; er verliert seinen Namen und wird eine Nummer – und eine andere Form nimmt damit das Gemeinschaftsleben an.

In unruhigen Zeiten, die sich der Herrschaft der Triebe überließen, sind des öfteren die Bande der Familie gelockert worden, sind Gefühl und Anstand geschwunden, haben die Kinder die Achtung verloren, die sie ihren Eltern schulden. Erst in unseren Tagen aber ist das, was man für vorübergehende Verirrung halten mußte, zur Staatsauffassung, zu politischer Lehre und zum Programm erhoben worden.

Die Natur wird am Ende doch siegen, und die Gesellschaft wird wieder zu der Einsicht kommen, daß ihre Moral, ihr Zusammenhalt und ihre Geschlossenheit abhängen von der Moral, dem Zusammenhalt und der Geschlossenheit der Familie und Sippe. Hier liegt in der Tat die Quelle allen Lebens und allen inneren Reichtums, das, was den Menschen hochhält im Kampf um das tägliche Brot. – **Wir glauben an die Familie.**

Wir glauben an die Arbeit als ein Recht und als eine Pflicht. Als ein Recht, damit nicht die, die nichts haben als ihre Arme, Hungers sterben müssen; und als eine Pflicht, damit es nicht dahin kommt, daß die Reichen von der Arbeit der Armen leben. Denn die Arbeit ermöglicht uns das Leben, schafft den Nationen Reichtum und mehrt das Vermögen der Völker; sie ist Ruhm und Ehre; im einzelnen unterschiedlich in ihrem Nutzen und in ihrem Wert für die Wirtschaft, ist sie sich immer gleich in ihrer sittlichen Würde.

Die Vorsehung hat uns mit der Notwendigkeit der Arbeit bedacht, und es ist ein Glück, daß kein Fortschritt und kein Wohlstand uns je davon zu lösen vermag, daß wir arbeiten müssen, wenn wir leben wollen: die Menschen würden sonst vor Ekel im Laster umkommen. Wenn es trotz dieser Notwendigkeit und trotz jener Pflicht zuweilen dazu kommt, daß die einen zum Nichtstun verdammt sind, damit die anderen leben können, so, weil wir unser Leben nicht richtig eingerichtet haben, oder weil wir das Geheimnis einer besseren Ordnung nicht kennen: es ist gegen die Natur, daß die Arbeit jemals aufhört, ein Faktor des Wohlstands zu sein, um eine Quelle des Elends zu werden.

Es kann geschehen, daß die Menschen den Segen der Arbeit nicht einsehen wollen und sich dagegen auflehnen, weil sie meinen, sie könnten von angehäuftem Reichtum leben wie die Bienen von ihren Waben. Es ist ein Wahnsinn, wenn die Menge das Recht auf Müßiggang verkündet: denn das würde gleichbedeutend sein mit Hunger und Elend. – Wir glauben an die Arbeit.

Dies also sind die Grundpfeiler unseres Werks, und so sind Ruhe und Ordnung bei uns eingekehrt, haben wir die Portugiesen geeint und einen Staat geschaffen, der stark, eine Macht, die anerkannt ist; unsere Verwaltung ist sauber, und unsere Wirtschaft ist neu erstarkt; vaterländische Gesinnung ist bei uns lebendig; wir haben die ständische Gliederung durchgeführt und uns als Kolonialmacht wieder zur Geltung gebracht. Und man wird fragen, wie denn das möglich war.

Manch einer wird meinen, es genüge, darauf hinzuweisen, daß es materiell besser geworden ist. Allerdings, Straßen, Brücken, Schulen, Telegraph und Telephon, Häfen, verschönerte Paläste, wiederhergestellte Denkmäler, Wasserwerke, Kriegsschiffe, ausgebesserte Dorfkirchen und selbst die Brunnen, die für das Dorf mehr bedeuten mögen als die Hafenanlagen von Leixões für die Stadt Porto: das alles ist gewiß nützlich und greifbar und muß auch den Verblendetsten und Ungläubigsten überzeugen. Aber das alles genügt für sich allein noch nicht, um ein Land innerlich zu wandeln.

Dazu bedarf es zweierlei: eines Volkes, das Verständnis hat, und einer Führung, die es ehrlich meint.

Das Verständnis des Volkes.

Das portugiesische Volk schlechthin – das nicht studiert und kein Diplom erworben hat – verstand wenig von den mancherlei Staats- und Gesellschaftslehren, die da nach Macht und Geltung strebten, oder von der Tragweite eines Wechsels in Regierung und Behörden, auf den es doch angeblich entscheidenden Einfluß hatte. Jeder aber empfand, daß es in dem

dauernden Aufruhr immer mehr mit uns bergab ging, und was er klar vor sich sah, waren Frau und Kinder, waren Haus und Hof, Tagewerk, Feld, Garten, Wald. Die waren schon aus der Zeit der Eltern, der Großeltern, der Vorfahren durch die Jahrhunderte hindurch. Sie alle waren gekommen, hatten das Land urbar gemacht, Wein und Mais gebaut, hatten Kinder gehabt und gelitten. Das Leben ist hart, voller Unbill, Bedrängnis, Entbehrung, Ungerechtigkeit, die, scheint es, niemand beheben kann. Doch traut ist das Heim, und ein höherer Glanz kommt in das Dasein: da ist die alte Kirche mit ihrem Platz, und alle haben von dem Ihren, mit Gaben und Arbeit, dazu beigetragen; da ist auch der Friedhof. Hier wie dort ein wahres Arbeiten im Schweiße des Angesichts, die Sorge um das Tägliche, das Erbe des Bluts, die innere Verpflichtung.

Und klar erheben sich diese Forderungen: nach Arbeit, nach Boden, nach reinem Familienleben, nach innerer Gewißheit. Jenseits der Fluren und jenseits der Berge sind andere Fluren und andere Berge, wo Menschen gleichen Bluts leben und arbeiten, nahe oder ferne Verwandte, die die gleiche Sprache sprechen und Gleiches fühlen. Wie einer, der das Feld urbar macht, um es zu bestellen, und ein Haus baut, um darin zu leben, so haben einst vor vielen hundert Jahren große Führer mit dem Schwert die Grenzen gezogen, in denen nach ihrem Willen das Haus Portugal errichtet werden sollte. Andere haben es dann ausgebaut. Diesem Ideal, sich die Heimat zu schaffen, unabhängig von fremdem Eingriff, Auftrag oder Gewinn, sind Gut und Leben zum Opfer gebracht worden, aber verloren waren sie nicht: sie sind eingegan-

gen in das, was nun unser aller Eigentum ist, und man kann nicht glauben, daß alles nur Verblendung, Wahnsinn oder Sinnlosigkeit gewesen wäre.

Im häuslichen, beruflichen und staatlichen Leben jedoch bedarf der Mensch einer bestimmten Ordnung. Der Geist des Menschen aber mit seiner Unruhe und seinem Schwanken läßt es nicht von selbst zu solcher Ordnung kommen: Einer muß führen, zum Wohl Aller, und es kommt darauf an, den Einen zu finden, der am besten zu führen versteht.

Und so erheben sich andere Forderungen: der Welt gegenüber, ohne Haß gegen andere Länder, das Recht auf die Heimat; im Staatswesen selbst der gerechte Anspruch auf Autorität.

Gegen diese Wirklichkeit gelten die Philosophien der Philosophen und die Träume der Träumer nichts. Nur das, was ich eingangs gesagt habe, möchte ich jetzt dahin abwandeln, daß ich sage: nicht das Volk hat dem Geist der Revolution Verständnis entgegengebracht, sondern die Revolution hat dem Ausdruck zu geben verstanden, was das Volk fühlte.

Der andere Faktor ist die Ehrlichkeit der Regierung: die Absage an alle Anbetung der Souveränität des Volkes, an die sie nicht glaubt, an alle Versprechungen, die sich nicht erfüllen, und an alle Programme, die sich nicht durchführen lassen. Die Regierung steht nur ein für den Geist, nicht für die Personen, weshalb sich weder mit ihrer Autorität noch mit ihrer Zustimmung Fehler, Mißstände, Vergehen und Unzulänglichkeiten decken lassen, die ihrer wahren Gesinnung entgegen sind.

Statt einer zur politischen Schule und zum Regie-

rungssystem erhobenen Lüge: Wahrhaftigkeit, Wahrhaftigkeit in Worten und Taten, in den Maßnahmen wie in ihrer Durchführung. Und sei es nun, weil man sich in uns getäuscht hat, oder weil unsere menschliche Vernunft ohne Wahrheit nicht auskommt, auch wenn wir sie zuweilen lieber nicht erführen, – jedenfalls hat unsere Ehrlichkeit uns das Vertrauen des Volkes erworben und uns dadurch das Regieren erleichtert und der Revolution inneres Gleichgewicht und inneren Schwung gegeben.

Wie tief auch immer die Wandlung, die wir in diesen Jahren erlebt haben, im innersten Wesen der Portugiesen begründet sein mag, sie hätte sich nicht vollziehen können, wenn nicht eine gewisse materielle Voraussetzung geschaffen worden wäre. Bleibt zu sagen, wem wir sie verdanken (und wem eigentlich dies Fest fast ausschließlich gilt): nämlich der Wehrmacht.

Es war der Wille der Regierung, am Zehnjahrestag der Bewegung, die die nationale Revolution auslöste, an die Nation die Aufforderung zu richten, hier in Braga, wo sie begann, dem Heer und der Flotte, die hier durch ihre höchsten Befehlshaber, durch Abordnungen aller Waffengattungen vertreten sind, ihre Huldigung darzubringen; und den Herrn Staatspräsidenten ersuchte sie, als Portugiese, als General, als Staatsoberhaupt persönlich diesem Weiheakt beizuwohnen. Nachdem diesem Ersuchen stattgegeben worden ist, könnte die Regierung der Wehrmacht keine größere Ehre widerfahren lassen, und könnte sie den Ruhm des Heeres nicht besser zum Ausdruck bringen, als wenn sie durch mich erklären läßt, daß nichts

von alledem, was vollbracht worden ist, jemals hätte getan werden können ohne seine rettende Tat.

Vor zehn Jahren waren die Soldaten von heute noch Kinder; von denen, die gestern Soldaten waren, weilen manche nicht mehr unter uns: wir gedenken ihrer in Dankbarkeit. Noch sind viele da, die damals für uns alle stritten; einige von ihnen mögen sich von uns entfernt haben, ja glauben, auch innerlich nichts mehr mit uns gemein zu haben, da sie an unserem Tun nicht mehr beteiligt sind. Es ist aber das Geheimnis der Wehrmacht, daß sie sich ewig jung erhält, und daß sie, als eine große und alte Familie höchsten Adels, sich ihre Überlieferungen so stark und lebendig bewahrt, daß ihre innere Einheit ungebrochen bleibt.

Wir beugen uns in Ehrfurcht nicht vor Personen, so gern wir ihre Namen in dieser feierlichen Stunde auch aussprechen möchten, sondern vor dem Ganzen, seiner Kraft, seinem Wert, seinem Heldentum und den großen Diensten, die es dem Vaterland geleistet hat. H e i l d e r W e h r m a c h t!

Zehn Jahre gehen heute zu Ende, die in der Geschichte des Vaterlandes nur eine Epoche der E r n e u e r u n g darstellen. Nun beginnen weitere zehn Jahre, und die sollen eine neue Epoche des A u f s t i e g s sein, der noch härtere Opfer, noch größeres Heldentum, noch treuere Hingabe erfordern wird. Ich möchte nicht von hier fortgehen, ohne zu wissen, wer es wagen will, mit uns zu gehen.

23. Wiederaufbau und neuer Aufstieg

Rede vom 28. Mai 1936 zur Eröffnung der Gedächtnisausstellung der nationalen Revolution. Die Rede schließt innerlich und äußerlich an die vorausgehende an.

Die Leistungen der Diktatur — Die Aufgaben des neuen Staates — Die Revolution geht weiter.

Vor zwei Tagen wies ich in Braga darauf hin, daß die zehn Jahre, die hinter uns liegen, in unserer vaterländischen Geschichte lediglich eine Epoche des Wiederaufbaus bedeuten. Nun beginnen weitere zehn, und die sollen eine Epoche des Aufstiegs sein. Darum werden sie auch viel mehr Mühen bringen als die vergangenen. Lassen Sie mich das kurz erläutern.

Obwohl die in den letzten zehn Jahren geleistete Arbeit schon zum Bau unserer Zukunft gehört, so muß sie doch in mancherlei Hinsicht lediglich als vorbereitend gewertet werden. Wir wollen am heutigen Tage, der für das gesamte portugiesische Volk ein Tag der Freude sein soll, mit niemand abrechnen, obwohl sich die heutigen Verhältnisse auf dem Hintergrunde der Vergangenheit sehr vorteilhaft abheben müßten. Es hat auch keinen Zweck mehr, im einzelnen fest-

stellen zu wollen, wie es dazu kam, daß so vieles der Zerstörung anheimfiel, so vieles ungetan blieb, so vieles verkam, was unbedingt hätte erhalten werden müssen. Wir wollen es der Geschichte überlassen, darüber zu entscheiden, inwieweit menschliche Unzulänglichkeit, Mangel an Vorbildern, die allgemeinen Zeitverhältnisse, Nachlässigkeit oder gar Zerstörungswut und die unglückliche Verkettung der Umstände, die zuweilen die besten Geister und den besten Willen ersticken, für unseren Niedergang verantwortlich gemacht werden müssen. Für unsere Politik hat die Erkenntnis, wo die Verantwortung liegt, keine Bedeutung mehr. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß unsere erste Sorge darin bestand, die dringlichsten Aufgaben in Angriff zu nehmen, und zu vermeiden, daß noch Bestehendes vollkommen der Vernichtung preisgegeben wurde und die Zerstörung ihren Tiefpunkt erreichte. Unsere erste Bemühung galt darum der Wiederherstellung der Finanzen, unserer Währung, unseres Kredits. Dann gingen wir daran, die Straßen, öffentlichen Gebäude und historischen Denkmäler wiederherzustellen, Flüsse zu regulieren, Häfen wiederaufzubauen. Dann kam das Eisenbahn-, das Telegraphen- und Telephonnetz an die Reihe, und schließlich konnten wir auch an den Bau neuer Schiffe denken. So wurde das Ansehen des Staates wiederhergestellt, wurden Regierung und Verwaltung mit einem neuen, verantwortungsbewußten Geist erfüllt, die öffentlichen Ämter ausdrücklich in den Dienst der Gemeinschaft gestellt. Ordnung zog ein, das nationale Gemeinschaftsgefühl der Arbeiterschaft machte sich wieder geltend, und Anschauungen und Gefühle kamen wieder zu Ehren, ohne die wir

unsere Geschichte weder begreifen noch fortsetzen können.

Das nenne ich materielle, sittliche, völkische Erneuerung. Im Augenblick fällt mir kein besseres Beispiel ein, um diesen Vorgang anschaulich zu machen, als dieses Wunderwerk unserer Baukunst – wo heute Bibliothek und Archiv von Braga untergebracht sind – das vor siebzig Jahren einem Brande zum Opfer fiel und seither unter Monarchie, Republik und vielen Regierungen verschiedenster Richtung in Trümmern dalag, bis wir es wiederherstellten und seiner Bestimmung zurückgaben.

Und nun sollen zehn Jahre des Aufstiegs kommen, doch fühle ich mich verpflichtet daran zu erinnern: einmal, daß kein Portugiese, der noch einen Funken vaterländischen Gefühls besitzt, teilnahmslos zusehen darf, wenn es um die Größe seines Vaterlandes geht; und weiter, daß unsere Verantwortung in dem Maße wachsen muß, in dem das Werk größer wird und seiner Vollendung entgegenreift.

Zehn Jahre bedeuten wenig in der Geschichte eines Volkes, doch darf uns diese Feststellung nicht dazu verführen, die Vergangenheit für unsere eigenen Fehler verantwortlich zu machen. Wenn es uns wirklich darum zu tun ist, unsere Idee in die Tat umzusetzen und das Gebäude zu errichten, dessen Plan uns gehört, so dürfen wir die Schuld für eigene Fehlschläge niemals auf vergangene Generationen und Regierungen abwälzen.

Wenn ich von einer Epoche des Aufstiegs rede, so habe ich dreierlei im Sinne. Die natürliche Entwicklung und Ausbreitung der verfassungsmäßig festgelegten Grundsätze, die uns, wenn sie ausgereift sind, den

starken, gerechten, friedliebenden und blühenden Ständestaat schenken sollen. Die bessere Ausnutzung unserer materiellen Möglichkeiten im Mutterland wie draußen in den Kolonien, sowie die Erfassung sämtlicher portugiesischer Volksgenossen, mögen sie innerhalb oder außerhalb unserer Grenzen leben. Und schließlich, sozusagen als Krönung dieser beiden Bestrebungen, die immer eindeutigere und entschiedenere Bestätigung unseres Aufbau- und Kulturwillens in der Gemeinschaft der Völker.

Ich sagte schon, daß diese zehn Jahre viel schwerer sein werden als die verflossenen, in erster Linie im Hinblick auf die verworrene und möglicherweise ereignisschwere internationale Lage, innerhalb der unsere Aktion durchgeführt werden muß. Dann weiter, weil wir wissen, daß, während die gegen unsere abendländische Kultur anstürmenden Kräfte einem einzigen Willen gehorchen, manche eigentlich dieser Kultur zugehörigen Länder die Gefahr und das Gebot der Stunde noch nicht begriffen haben, als ob es in diesem Kampfe eine friedliche Lösung oder Kompromisse geben könnte, wo es sich darum handelt, zu siegen oder unterzugehen. Was uns betrifft, die wir gewohnt sind, zu allen loyal zu sein, und in erster Linie unseren Feinden gegenüber, so können wir nur wiederholen, daß wir unerschütterlich an unserem Standpunkt festhalten und sogar die gleiche Taktik wie bisher befolgen werden: das Recht auf unserer Seite zu haben, stark zu sein und das Gesetz des Handelns selbst zu bestimmen. Dann wird der Sieg unser sein.

Um zum Schluß zu kommen: Bei jener gewaltigen Kundgebung, die anläßlich der Zehnjahresfeier der Bewegung zu Ehren von Heer und Flotte veranstaltet

wurde, konnte man manch schlichten und ärmlich gekleideten Volksgenossen sehen, der ein Schild trug mit der Aufschrift: Die Revolution geht weiter! Und ich frage Sie: solange noch eine Wolke am politischen Horizont schwebt, solange noch eine Zelle innerer Zersetzung im Lande vorhanden ist, solange es noch einen Portugiesen ohne Brot und ohne Arbeit gibt, – muß da nicht die Revolution weitergehen?

III. Teil

Europäische Politik

24. Die Meuterei vom 9. September 1936

Regierungskundgebung vom 10. September 1936. Am 9. September meuterte die Besatzung zweier Kriegsschiffe, setzte die Offiziere gefangen und versuchte, auszulaufen, um sich den Roten in Spanien anzuschließen. Die Schiffe wurden sofort von den Forts unter Feuer genommen und mußten sich bald ergeben.

Die Vorgänge – Die Hintergründe – Die Gegenmaßnahmen.

Die Öffentlichkeit kennt durch ausführliche Zeitungsberichte die Vorgänge, die sich gestern an Bord zweier Kriegsschiffe abgespielt haben. Die einmütig ablehnende Stellungnahme der Presse und der Öffentlichkeit macht lange Kommentare von seiten der Regierung überflüssig. Ich möchte darum nur kurz die Haupttatsachen herausgreifen.

1. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß die Dinge nicht unnötig aufgebauscht worden sind und zu keinen Mißdeutungen Anlaß gegeben haben. Man kann doch ein paar Dutzend Matrosen, ohne einen einzigen Offizier an der Spitze, nicht mit den Schiffsbesatzun-

gen oder der Kriegsmarine als solchen gleichsetzen. Die Marine ist geblieben, wie sie war, pflicht- und verantwortungsbewußt, und hat gemeinschaftlich mit der Armee die Meuterei niedergeschlagen.

Wir dürfen uns durch die Tat einer Handvoll Matrosen nicht übermäßig beeindrucken lassen. Wie in manchen Familien gibt es auch zuweilen in größeren Verbänden Elemente, die sich von den anderen Mitgliedern lösen. Sie gehören dann nicht mehr der Gemeinschaft an, und jedes Zusammengehörigkeitsgefühl mit ihnen erlischt.

2. Auch die Beschädigung der beiden Schiffe brauchen wir nicht allzu tragisch zu nehmen. Gewiß ist der Wiederaufbau der Kriegsmarine, der in seinem ersten Abschnitt gerade durchgeführt war, die erste große Leistung des neuen Staates. Mit Tränen reinster Freude sah unser liebes portugiesisches Volk die Schiffe von ausländischen Werften kommen oder daheim von Stapel laufen, nicht nur, weil wir mit ihnen nun an die Zeiten unserer Seegeltung wieder anknüpfen konnten, sondern weil dem Staate auch Mittel der Macht und des Ansehens in die Hand gegeben waren.

Der Bau dieser Schiffe hat dem ganzen Volke Opfer auferlegt und uns alle mit dem Bewußtsein erfüllt, einer Pflicht zu genügen. Und trotzdem habe ich keinen Augenblick gezögert, sie bis zur Übergabe oder bis zur Versenkung beschießen zu lassen. Die Überlegung, die jedes Gefühl zum Schweigen brachte, war dies: Die Schiffe der portugiesischen Kriegsmarine können in Grund und Boden geschossen werden, doch niemals dürfen sie eine andere Flagge führen als die Portugals. Gewiß, in wenigen Augenblicken sind die Ersparnisse vieler Monate verlorengegangen, doch

wenn es um die Ehre der Nation geht, müssen solche Rücksichten schweigen.

3. Angesichts des materiellen und moralischen Schadens könnte man die Frage stellen, ob es nicht vernünftiger gewesen wäre, Vorgänge wie die gestrigen, über deren Vorbereitung wir schon seit Tagen im Bilde waren, gar nicht erst zum Ausbruch kommen zu lassen. So pflegt man im allgemeinen zu verfahren, doch ist es gelegentlich vorteilhafter, solch kleine Geschwüre von selbst aufgehen zu lassen, weil die daraus entstehenden Vorteile inner- und außenpolitischer Art die Schäden übertreffen.

Wir haben immer wieder die europäische Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß der spanische Bürgerkrieg, unabhängig von dem Willen und Wollen der beteiligten Parteien, offensichtlich ein internationales Ringen auf einem nationalen Schlachtfelde ist, und daß in allen Ländern einflußreiche Mächte am Werke sind, um mit innerpolitischen Bewegungen oder Menschen- und Materiallieferungen einer Ideologie zum Siege zu verhelfen, von der wir annehmen, daß sie nicht die der offiziellen Regierung in Madrid ist, oder jedenfalls bis vor kurzem noch nicht war. Nur solche Länder haben uns geglaubt, die schon die Segnungen des Kommunismus am eigenen Leibe erfahren haben oder klar genug sehen, um die Gefahren der Seuche zu erkennen. Da wir es uns ohne größeres Risiko leisten konnten, war es gar nicht von der Hand zu weisen, vor dem ungläubigen und überheblichen Lächeln mancher Leute ein charakteristisches Exempel zu statuieren.

Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß es viele Länder gibt mit mehr oder weniger eigentüm-

licher Regierungsform und mit eigenen politischen Anschauungen, denen es nicht darum zu tun ist, anderen ihre Doktrin aufzudrängen. Das gleiche gilt jedoch nicht von solchen, die im Glauben an die Allgemeingültigkeit ihrer Ideen und im Bewußtsein ihrer Kraft aktiv in das politische Geschehen eingreifen und überall den klassenkämpferischen Aufstand organisieren. Diese haben Angehörige fremder Staaten zu Mitkämpfern und Mitbürgern gemacht. Das ist die neue Form der Kriegführung unter den Völkern.

Seitdem die politische Entwicklung in Spanien die Form angenommen hat, die wir heute sehen, begann mit Hilfe einiger Portugiesen auch bei uns die zum Teil bezahlte Wühlarbeit spanischer und anderer Agenten. Den Ursprung der Gelder konnten wir in einzelnen Fällen – leider nicht in allen – feststellen. Auf diese Weise war es möglich, daß Entwurzelte aus aller Herren Ländern ahnungslose Matrosen ihrem Lande abspenstig machen konnten, bis infolge der Kampagne spanischer Zeitungen und portugiesischer Pamphlete sowie des ansteckenden üblen Beispiels der Gedanke in ihnen Form annahm, den roten „Genossen“ zu helfen, indem sie ihnen ihre Schiffe auslieferten. Das war die Absicht der Meuterer. Die Offiziere sollten gefangengesetzt, ein Matrosenrat gebildet werden und die Schiffe in See stechen. Art und Ausführung eines solchen Planes sind typisch für eine bestimmte Mentalität und ein warnendes Beispiel für alle Länder, welche die Ordnung verteidigen. Was man im Auge hatte, war die Schaffung einer ausgesprochen internationalen Flotte, für deren Bildung weder das rote Spanien noch die einzelnen Länder unmittelbar verantwortlich gemacht werden konnten.

Wie es auch kommen mag, wir stehen ein für unsere Flotte und wissen aus eigener Erfahrung, warum wir andere Länder warnen.

4. Auf Grund der geographischen Lage ist es von besonderer internationaler Bedeutung, ob in Portugal Ruhe und Ordnung herrschen oder nicht, und wir brauchen uns gar nicht darüber zu wundern, daß die Mächte, die an unserer Anarchie interessiert sind, ihre Anstrengungen auf diesem bisher so undankbaren Gebiete verdoppeln.

Ich glaube aber, sie täuschen sich in dreifacher Hinsicht: sie überschätzen die revolutionäre Kraft ihrer Gefolgschaft, unterschätzen unsere eigenen Abwehr- und Angriffsmöglichkeiten und verkennen endlich den entschiedenen Willen des Volkes, seine Freiheit und die Errungenschaften der Zivilisation, auf der seine Geschichte beruht, zu verteidigen.

Wir sind von verschiedenen linksgerichteten Zeitungen des Auslandes, unter denen sich die englischen und französischen besonders hervortaten, angegriffen und verunglimpft worden, was ich allerdings beinahe als eine Ehre betrachten möchte. So begann z. B. Ende des vergangenen Monats eine ausländische Zeitung im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen eine Kampagne gegen die portugiesische Regierung. In seinem ersten Artikel, vom 29. August, spricht der Journalist von der „kleinen aber modernen Flotte", die keine Seemeile von der P r a ç a d o C o m e r c i o entfernt ankert, und kommt – mit einem offenbar literarischen Kunstgriff – unter Bezugnahme auf einen französischen Akademiker zu dem Schluß, daß sie eines schönen Tages irgend etwas bombardieren würde, und „das wäre wahrscheinlich die Hauptstadt".

Der einzige Schluß, den ich aus diesem Satze ziehen möchte, ist der, daß man bei der Volksfront doch merkwürdig genau über die Vorgänge bei uns unterrichtet ist. Seinen Artikel kann der betreffende Zeitungsschreiber nun nach den gestrigen Vorkommnissen berichtigen und vervollständigen.

5. Auch im Innern erwarten wir, daß sich die gestrigen Ereignisse wohltuend auswirken. Der traurigen Wirklichkeit zum Trotz, die sich jenseits der Grenze abspielt, können sich manche von unsern Mitbürgern nicht von dem dummen Gedanken freimachen, daß im Hinblick auf die Mäßigung und Sanftheit unserer Gefühle keine besondere Vorsicht am Platze sei, und daß wir gegen jene grauenhaften Auswüchse gefeit seien. Manches Opfer mußte darum schon gebracht werden, das bald aber wieder vergessen war.

Die Armee muß stets zweierlei vor Augen haben. Erstens, daß es im Grunde auf den Geist ankommt. Möglich, daß nicht alle mit der politischen Richtung oder bestimmten Verwaltungsmaßnahmen einverstanden sind, doch wenn aus der moralischen und geistigen Haltung einmal die Begriffe Ehre und Nation verschwinden, welches ist dann Sinn und Zweck des Heeres? Wer gegen die Nation ist, kann einfach nicht Soldat sein. Zweitens, daß die ersten Opfer jeglicher Vernachlässigung und Erschlaffung in der Erziehung und Auslese natürlich die Führer selbst sein werden, weil sie dann die Verantwortung für ihre Nachgiebigkeit und Schwäche am eigenen Leibe erfahren müssen.

6. Unsere Haltung zum Kommunismus wie zu den Kommunisten ist eindeutig festgelegt. Wir beabsichtigen nicht, ihn nach seiner Methode außerhalb unserer Grenzen zu bekämpfen, doch in unserem Hause wer-

den wir niemals seine Knechtschaft dulden. Die Politik der Güte und Duldung hat im Innern Grenzen, die vom Wohl der Gemeinschaft diktiert werden, und diese Grenzen werden niemals verletzt werden.

Gewisse Persönlichkeiten und, wie es scheint, auch gewisse Beamte vergessen zuweilen, sei es aus Verantwortungslosigkeit, Leichtsinn, Kritiksucht oder im Hinblick auf ihre künftige Laufbahn, welche Verantwortung sie auf sich laden, wenn sie arme, ungebildete Menschen in den Dienst ihrer Verirrung oder ihres Hasses stellen, Menschen, die wir dann in entscheidenden Augenblicken zu verhaften oder niederzuschießen gezwungen sind. Ihre Verantwortung der Regierung gegenüber, das sei klar heraus gesagt, ist aber um so größer.

Da es noch immer Leute gibt, die uns nicht dankbar dafür sind, daß sie in Ruhe und Frieden ihrer Arbeit nachgehen können, was sie offenbar gar nicht wollen, Leute, die uns, ließe man sie gewähren, das Gesetz des Handelns vorschreiben würden, sieht sich die Regierung gezwungen, noch stärker gegen den Kommunismus vorzugehen als bisher. Sie wünscht sich dabei nur, daß alle Portugiesen sie in geeigneter Form unterstützen.

In schweren Zeiten, wie es die heutigen für den Frieden Europas und das Schicksal der Völker sind, brauchen wir nicht unsere Ruhe zu verlieren und stehen wir nicht an, laut zu erklären, daß unsere höchste Sorge ist: P o r t u g a l und die a b e n d l ä n d i s c h e K u l t u r.

25. Die Vorgänge in Spanien

Kundgebung vom 23. September 1936. Der spanische Krieg erfordert eine besonders umsichtige Außenpolitik, da Portugal vom Krieg und von seinem Ausgang unmittelbarer betroffen wird als irgendein anderes Land. Portugal sieht sich dabei manchen Mißverständnissen ausgesetzt, die es immer wieder von neuem zu klären und zu beseitigen gilt.

Der spanische Krieg als europäisches Problem – Das Verhalten der Mächte – Der französische Nichteinmischungsvorschlag – Portugals Haltung – Zeitungshetze – Die wahren Gründe – Und England?

Im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen hat sich draußen ein großes Geschrei gegen Portugal erhoben. Ungerechtfertigte Anwürfe und die unwahrscheinlichsten Gerüchte über unsere innerpolitische Lage und außenpolitische Haltung füllen die Spalten ausländischer Zeitungen und werden auch bei uns verbreitet. Auf die Gefahr hin, etwas von den eigentlichen Gründen ihrer Aufregung aufzudecken, soll einmal gezeigt werden, in welchem Irrtum sich die europäischen Linkskreise befinden.

Worauf zunächst hingewiesen werden muß, ist der

Charakter des spanischen Bürgerkrieges sowie die Folgen und die politische Bedeutung, die der Sieg einer der beiden Parteien haben muß. Eines scheint klar: Selbst wenn die militärische Erhebung nicht den Charakter hätte, den sie heute besitzt, würde sie doch notgedrungen nicht einen Kampf des Heeres gegen die parlamentarische Demokratie, sondern gegen den Kommunismus darstellen.

In dem Augenblick, in dem sich der weitaus größte Teil des Heeres auflehnte, und Madrid seine Zuflucht nahm zu Milizen, die theoretisch aus Mitgliedern aller Volksfrontparteien, praktisch aber aus solchen der extremsten kommunistischen und anarchistischen Kreise gebildet waren, konnte niemand mehr über die wahre Bedeutung des Krieges im unklaren sein. Ganz unabhängig von persönlichen Sympathien und Neigungen gab es nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder straften die spanischen Ereignisse die menschliche Vernunft und Erfahrung Lüge, oder es würde an dem Tag, an dem die Armee vernichtet wäre, nur einen Sieger und nur eine politische Macht geben, und zwar die bewaffneten Milizen, und dann vermöchte leider niemand den Sturz der Verfassung, des Parlaments und der spanischen Demokratie mehr aufzuhalten. Es steht natürlich jedem frei, sich etwas vorzumachen und sich andere Lösungen auszumalen.

Das sind die Tatsachen – wer daran die Schuld trägt, soll hier nicht untersucht werden –, Tatsachen, die infolge der Natur des Kommunismus dem spanischen Bürgerkrieg den Charakter eines internationalen Krieges gaben, obwohl sich der Kampf auf spanischem Boden abspielt. Trotzdem darf man dabei angesichts der gegenwärtigen europäischen Lage die An-

steckungsgefahr und Expansionsgelüste des Kommunismus nicht aus den Augen verlieren und muß in erster Linie alles daran setzen zu verhindern, daß der Krieg in Spanien auf andere Länder übergreift.

Ist das nun geschehen? Ich glaube, ich tue der Wirklichkeit keine Gewalt an, wenn ich sage, daß sich Europa von Anfang an in zwei Lager spaltete. Auf der einen Seite sah England gleichgültig zu, hielt sich Italien kühl zurück, verhielt sich Deutschland abwartend, während auf der anderen Rußland aktiv eingriff und Frankreich eine ganz merkwürdige Haltung einnahm.

Frankreich, allerdings nicht das Frankreich des Quai d'Orsay, brachte es in zwiefacher Weise fertig, daß die Frage auf internationales Gebiet getragen wurde. Zunächst, indem es die Auffassung vertrat, daß den Madrider Milizen materielle Hilfe geleistet werden könnte und müßte, und weiter, indem es das Problem der Sicherheit der Pyrenäengrenze und der Verbindungswege mit Afrika aufrollte. Wir wissen wohl, daß die sogenannte Presse- und Versammlungsfreiheit für manche Regierungen eine willkommene Ausrede ist, um für unbequeme Strömungen im Lande die Verantwortung von sich abzuwälzen, doch ich will bei der Sache bleiben und nicht auf die Schuldfrage eingehen.

Es kann jedenfalls nicht geleugnet werden, daß in dem Augenblick, in dem das Land aus ideologischer Solidarität heraus für materielle Hilfeleistung der einen Partei eintrat, es damit anderen Ländern das Recht gab, auch ihrerseits der Gegenseite, mit der sie sich weltanschaulich verwandt fühlten, moralische und materielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Zwar konnte

die Aufrollung des Problems der Pyrenäengrenze und der Afrikaverbindungen in Frankreich den vorübergehenden innerpolitischen Erfolg haben – wie sie ihn tatsächlich gehabt hat – gewisse Kreise der Mitte und sogar der Rechten zu gewinnen, doch hatte sie auch zur Folge, daß überflüssigerweise wieder die Mittelmeerfrage aufgeworfen wurde. Dabei will es doch scheinen, daß keinem europäischen Land soviel an einer Neutralität gelegen sein müßte wie gerade dem Spanien von morgen, und was hätte wohl ein mit England befreundetes Frankreich – wozu noch Portugal als Englands Bundesgenosse käme – von einem nationalen Spanien zu befürchten, mit dem es überdies gemeinsame Interessen in Europa hat?

Die außenpolitischen Auswirkungen waren jedoch verhängnisvoll.

Nur unter diesen Voraussetzungen ist der französische Nichteinmischungsvorschlag verständlich. Darin verzichtet Frankreich von sich aus auf das Recht, der Regierung von Madrid Waffen und Munition zu liefern, ein Recht, das wir ihm rein juristisch niemals streitig zu machen gedachten, da nun einmal nach konventioneller völkerrechtlicher Auffassung diese Regierung Spanien noch immer vertritt.

Es ist bekannt, daß, offenbar aus gewichtigen Gründen, dieses Abkommen nicht etwa von allen Beteiligten besprochen und dann ein bestimmter Text gutgeheißen wurde, sondern daß die einzelnen Länder jedes für sich einseitig mit einem allgemeinen Prinzip sich einverstanden erklärten, wobei aber jedes seine besonderen Vorbehalte und Bedingungen anmeldete. Nach den unumgänglichen Vorbesprechungen, die gewisse Kreise übermäßig in Aufregung versetzten, gab

das Außenministerium in der Note vom 21. August den Beitritt der portugiesischen Regierung bekannt und formulierte gleichzeitig die Vorbehalte und Bedingungen, unter denen sie beitrat, und die sie weitgehend begründete.

Trotz der Wichtigkeit dieser Note beschränkte sich die englische und französische Regierung lediglich darauf, ihren Empfang zu bestätigen und für unseren Beitritt zu danken. Das Schweigen der beiden Großmächte vermochte allerdings unsere Vorbehalte und Bedingungen nicht aus der Welt zu schaffen, und es konnte uns auch nicht davon überzeugen, daß sie überflüssig wären. Das ließen wir die beiden genannten Regierungen in den Noten vom 28. August auch wissen. Dieser Fall ist jedenfalls für uns sehr lehrreich und zeigt uns, daß wir in Zukunft noch vorsichtiger zu Werke gehen müssen.

Nach dem Abkommen und gemäß den von uns übernommenen Verpflichtungen wurde das Gesetz vom 27. August veröffentlicht. Dieses Gesetz ist nicht nur gültig, es wird auch durchgeführt, und niemand wird uns vorwerfen können, daß wir uns nicht daran halten, und daß wir ihm nicht Geltung verschaffen. Von verschiedenen Seiten ist uns spontan bezeugt worden, daß wir ehrlich die übernommenen Verpflichtungen einhalten. Alle Kanzleien, deren Außenpolitik nicht unter dem Einfluß des Nachrichtendienstes von Schwarzsendern und einer gewissen Parteipresse steht, müssen zu einem solchen unwiderlegbaren Ergebnis gekommen sein, und in der Tat ist uns noch von keiner verantwortlichen Stelle der Vorwurf gemacht worden, wir hätten das Nichteinmischungsabkommen irgendwie verletzt.

Wozu nun diese gegen Portugal gerichtete Kampagne?

Allerdings haben wir alle die Vorbehalte und Bedingungen unserer Note vom 21. August in den Gesetzestext übernommen; wir betrachten uns nur so lange an unsere Verpflichtungen gebunden, als es die anderen Länder tun, und behalten uns das Recht vor, das Gesetz in dem Augenblick aufzuheben, in dem wir feststellen, daß andere das Prinzip der Nichteinmischung durch Bildung von Freiwilligenkorps oder öffentliche Sammlungen zugunsten der Kämpfenden durchbrechen. Wenn doch alle wirklich entschlossen sind, die eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren, dann verstehe ich nicht, wieso sich die Vorkämpfer des Nichteinmischungsgedankens über unsere so begründeten Bedingungen überhaupt aufregen können. Es muß also ein tieferer Grund vorhanden sein.

Aus irgendwelchen Gründen schlug die französische Regierung unmittelbar nach Gutheißung des Abkommens durch die verschiedenen Mächte die Bildung eines Ausschusses vor, der in einer europäischen Hauptstadt, etwa in London seinen Sitz haben könnte. Ein solcher Ausschuß war in dem ursprünglichen Abkommen nicht nur nicht vorgesehen, sondern lief ihm sogar zuwider. Wir, denen es nur um das Wesen der Dinge zu tun ist, hätten nichts dagegen gehabt, daß eine Art der Fühlungnahme durch eine andere ersetzt würde, sobald man uns unter Respektierung der von uns formulierten Vorbehalte nachgewiesen hätte,

a) daß die Zuständigkeit des Ausschusses streng umgrenzt sei,

b) daß für den Fall, wo ihm Überwachungszuständigkeit eingeräumt würde, er tatsächlich über geeig-

nete Mittel verfügte, diese Überwachung wirksam durchzuführen,

c) daß seine absolute Neutralität gewährleistet sei.

Verschiedene Länder schickten nach längerem oder kürzerem Zögern ihre Vertreter in den Londoner Ausschuß, doch bis zur Stunde hat sich zwar England, nicht aber der Ausschuß als solcher zu unseren Vorbehalten geäußert, und darum haben wir noch keinen Vertreter entsenden können.

Europa kann überzeugt sein, daß wir es ernst, sogar sehr ernst mit unsern Verpflichtungen zu nehmen pflegen. Wir müssen aber feststellen, daß alles darauf hinausläuft, leere Formeln zu erfinden, statt konkrete Lösungen auszuarbeiten, und wir entsinnen uns nicht, daß das jemals zu etwas geführt hätte. Das ist auch gar nicht möglich, denn mit der Leichtigkeit, mit der man auf diese Weise Beitrittserklärungen erreicht, wird auch jede Möglichkeit einer wirklichen Verständigung und einer ersprießlichen Zusammenarbeit geopfert.

Davon abgesehen: große Länder können es sich leisten, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nach eigenem Ermessen zu interpretieren, während kleine sich immer auf unerfreuliche Schwierigkeiten, Diskussionen oder gar Repressalien gefaßt machen müssen, wenn sie unter zu dehnbare Dokumente ihre Unterschrift setzen.

Daß unsere Auffassung die richtige war, zeigt der geringe Erfolg des Ausschusses, dessen verschwommene Verlautbarungen darauf hinzuweisen scheinen, daß er im Augenblick selber noch nicht weiß, was er eigentlich soll, denn immer noch berät er über die

Frage seiner Zuständigkeit und seine Möglichkeiten. Nicht genug damit, daß das Nichteinmischungsabkommen und seine Durchführung in Portugal vom Ausschuß unabhängig sind, sind auch die waffenproduzierenden Länder in ihm vertreten, und halten sich die Hauptmächte mit ihren verschiedenen Interessen die Waage, so daß uns als ausgesprochenem Durchgangsland doch nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt.

Nachdem wir die nackten Tatsachen dargelegt haben und im Prinzip den Beschlüssen anderer Länder einen gerechten und vernünftigen Sinn nicht absprechen können, müssen wir gestehen, daß die Erregung, die unsere Haltung hervorgerufen hat, uns unverständlich ist. Sollten wir unbewußt einen machiavellistischen Plan vereitelt haben, der darin besteht, uns die Hände zu binden, während alle anderen ihre volle Handlungsfreiheit behalten? Es liegt uns fern, eine solch zweifelhafte und ungerechte Absicht den Regierungen zuzutrauen, mit denen wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir finden sie aber bei gewissen Leuten, die gegenwärtig im Trüben fischen.

Nach dem Pariser Korrespondenten der „Times“ (Action Française vom 12. September) vertreten bestimmte Kreise die Auffassung, daß „das Recht eines verhältnismäßig kleinen Landes, eine unversöhnliche Haltung einzunehmen gegenüber einer Frage von besonderer internationaler Tragweite, dazu noch in einem Augenblick, in dem die Großmächte auf eigene Interessen verzichtet haben, die Grenzen normaler Hoheitsrechte überschreitet und eine Angelegenheit ist, die alle Nationen angeht. Es fragt sich nun“, schließt der Korrespondent, „ob nicht der

Augenblick gekommen ist, dieser allgemeinen Mißbilligung praktisch Ausdruck zu geben."

Mag der Journalist seine Information an noch so hoher und gut informierter Stelle geschöpft haben, wir können nicht glauben, daß dies die Auffassung der französischen Regierung ist. Die amtliche Auffassung findet sich in folgendem Passus der Rede des französischen Ministerpräsidenten vom 17. dieses Monats: „Frankreich respektiert die Souveränität aller Völker, so wie es selbst gewillt ist, seine eigene respektieren zu lassen." Das ist auch unsere Auffassung, und danach werden wir nach Kräften handeln.

Wenn die unblutigen diplomatischen Schlachten einmal ihr hoffentlich erfreuliches Ende gefunden haben, werden alle friedliebenden Völker bemerken können, daß im Grunde nur zwei Dinge ein wirkliches Interesse beanspruchen können. Erstens, daß der Kommunismus in Spanien einen gewaltigen Kampf entfesselt hat, von dessen Ausgang im wesentlichen das Schicksal Europas abhängt, und daß darum in jedem Lande die verwandten Ideologien nach Kräften mit eingreifen werden. Zweitens, daß dem iberischen Kommunismus mehr als mit einer Waffenladung gedient ist, wenn sich in Portugal eine politische Umwälzung vollziehen würde, die das spanische Heer im Rücken bedrohen könnte. Würde man – wenn ich einmal eine solch indiskrete Frage stellen darf – auch in diesem Falle soviel Interesse an unserem Beitritt zum Nichteinmischungsabkommen zeigen?

Daß Portugal ein autoritär regiertes und sozial befriedigtes Land ist, das ist hier der eigentliche Grund, warum Zeitungskampagnen und Intrigen gegen uns

entfesselt werden, warum gleichzeitig an verschiedenen Stellen die Gerüchte auftauchen, daß wir Kolonien verkaufen, Flottenstützpunkte einer fremden Macht überlassen und unsere traditionelle Politik aufgeben wollen. Auf der einen Seite sind Gelder fragwürdiger Herkunft im Spiele, auf der andern finden sich Leute zusammen und verschwören sich gegen uns, denen wir eine solche Einigkeit und soviel gegenseitiges Verständnis gar nicht zugetraut hätten. Nur wer diese beiden Tatsachen im Auge behält, vermag einen wichtigen Abschnitt der heutigen europäischen Politik zu verstehen und im eigenen Lande die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Oft, zu oft werden wir vor die Alternative gestellt, entweder einen bestimmten Kurs einzuschlagen oder die Verantwortung zu tragen, wenn die Welt untergeht. Wir glauben nicht, daß die Dinge so einfach liegen und die Gefahr eine so große ist. Selbstverständlich sind wir für freundschaftliche Zusammenarbeit, doch nicht auf Kosten eines höheren moralischen Prinzips und der vitalen Interessen der Nation. Diese können wir unter keinen Umständen preisgeben, denn es kann uns doch herzlich gleichgültig sein, daß es der Welt schlecht geht, wenn wir einmal aufgehört haben zu existieren.

Wer ohne Voreingenommenheit das Drama verfolgt, das sich auf unserer Halbinsel abspielt, wer nicht die Geschichte von früher, von vorgestern, ja von gestern vergessen hat; wer an den mehrmals erwogenen Plan eines paniberischen Kommunismus denkt, wer weiß, mit welcher Eindeutigkeit in der Presse die Berechtigung eines Eingreifens in Portugal offen ausgesprochen wurde, der wird uns glauben müssen, daß unsere

Befürchtungen keine leeren Hirngespinste sind, und daß wir aus purem Mutwillen niemand Schwierigkeiten in den Weg legen. Wir müssen lediglich darauf bestehen, daß unsere innere Ruhe und die Voraussetzungen für das Leben und die Freiheit unseres Volkes nicht angetastet werden.

Und England? Eigentlich müßte ich lächeln über eine so ängstliche Frage, doch will ich die furchtsamen Gemüter beruhigen und sagen:

1. England hat Verständnis für unsere heikle Lage und kann sich nicht darüber wundern, daß unsere Auffassung von den Problemen der Halbinsel strenger ist als seine eigene.

2. Weil es dem Bündnis eine ganz andere Bedeutung beimißt, als es der Fall ist bei denen, die solche Zweifel laut werden lassen, wird es die Verschiedenheit der Gesichtspunkte respektieren und sich in den wichtigen Punkten gewiß von uns überzeugen lassen.

Die Folge davon ist nicht nur ein besseres gegenseitiges Verständnis, sondern auch eine bessere Zusammenarbeit zum Wohl der gemeinsamen Interessen.

Ich hoffe, England auf diese Weise seine alten Freunde erhalten und ihm neue zugeführt zu haben, deren Ergebenheit mir bis vor kurzem unbekannt war.

26. Der Abbruch der Beziehungen zum roten Spanien

Rede vom 31. Oktober 1936 bei einer antikommunistischen Massenkundgebung, nachdem die portugiesische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Regierung von Valencia verkündet hatte.

Wir haben einen diplomatischen Erfolg davongetragen und haben Grund, uns darüber zu freuen, und doch fühle ich mich noch etwas beklommen: denn wenn solche Erfolge den Wert unserer Grundsätze unwiderleglich darzutun vermögen, so kann man an dem Staunen über ihre angebliche Neuheit ermessen, wie weit es mit dem freilich noch nicht allgemein erkannten und bekämpften Niedergang Europas gekommen ist. Was haben wir denn getan oder tun wir denn, das nicht überall getan werden könnte und sollte?

Wir haben als unerläßlich für unsere politische Unabhängigkeit auch unsere geistige und sittliche für uns in Anspruch genommen, das Recht, fertige Vorstellungen, feste Begriffe, eingegangene Verpflichtungen, Interessenvermengungen, Fiktionen, Voraussetzungen, Drohungen einmal auf ihren Wert und ihre Berechtigung zu prüfen. Und denen zum Trotz, die

Unabhängigkeit nicht von Isolierung oder Feindseligkeit zu unterscheiden vermögen, hat sich herausgestellt, daß die klare Sprache unserer Erfahrung – unsere Gründe – bei den internationalen Verhandlungen nicht nur alte Freundschaften bekräftigt, sondern uns auch neue Sympathien und die Achtung der ganzen Welt erworben hat.

Wir haben versucht, die Grundsätze unserer Politik und unserer Moral ein für allemal klar abzuheben von den inhaltlosen und verlogenen Formeln, die das Leben der Völker in unerträgliche Heuchelei, in bewußt sinnlose Auseinandersetzung zu verwandeln drohen, ohne den äußeren Schein wahren zu können oder überhaupt nur wahren zu wollen. Jenen hohen Grundsätzen der Gemeinschaft muß im Leben der Einzelnen wie der Völker – so meinen wir – alles Geringere geopfert werden; oft aber wird eine greifbare Wirklichkeit abstrakten, sinn- und blutlosen Begriffen zum Opfer gebracht.

Drittens sind wir wie im Innern, so auch in den zwischenvölkischen Beziehungen für gerechten und wirklichen Ausgleich der nationalen Interessen, unabhängig von der störenden Einmischung politischer Gruppen oder Parteien der einen oder anderen Nation; denn wir sind der Überzeugung, daß man sonst bestehende Schwierigkeiten nur noch vermehren würde, und daß mancher Internationalismus heute gefährlicher ist als der entschiedenste Nationalismus. Wenn man die innere Sicherheit der Staaten untergräbt, die nationale Geschlossenheit aufzulockern versucht, die Bildung von politischen Parteien begünstigt, deren Wirkung und Einfluß sich über die Grenzen hinaus erstreckt: dann ist man auf dem Wege nicht

zu Freundschaft, Brüderlichkeit oder Frieden, sondern zur Vorherrschaft einer Partei, die, sich höhnisch als das auserwählte Volk bezeichnend, allen Völkern Erlösung durch Verbrechen verspricht.

Und schließlich: warum sollten wir denn diese Auffassung vom „rechtschaffenen Staat" auf die Maßnahmen der inneren Politik beschränken (obwohl sie sich ja auch da schon manchem als etwas sehr Gewagtes und Neues darstellt), und sie nicht auch in der Außenpolitik zur Geltung bringen, wo Ehre, Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit der Absichten und Methoden eine Selbstverständlichkeit und eine Pflicht sein sollten? Ja, wir gehen sogar so weit, bei normalen und freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten ein Mindestmaß gemeinsamer Ideen, Gefühle und Rechtsbegriffe zu fordern, auf denen unsere Kultur beruht.

Was in solchen Grundsätzen und in einer solchen Haltung eigentlich neu ist, weiß ich nicht; soviel aber ist sicher: sie haben unsere Außenpolitik bestimmt, haben uns dazu bestimmt, Rußland nicht anzuerkennen, fortwährend auf eine zuweilen etwas unbequeme Art in Genf aufzutreten und die Beziehungen zu Spanien abzubrechen.

Ich gestehe, daß diese letztere, uns aufgezwungene Maßnahme unserer Außenpolitik mir nicht leicht gefallen ist: die Spanier und wir sind Brudervölker, gleichsam zwei brüderliche Nachbarn, einander so nah, daß sie von Fenster zu Fenster sprechen können, einander aber gewiß auch um so freundlicher gesonnen, je unabhängiger und je eifriger sie auf ihre Selbständigkeit bedacht sind. Als Bewohner der Halbinsel, als zeitweilige Gegner der Spanier, ihnen in steter Gemeinschaft verbunden als Entdecker ferner Län-

der, als Träger und Verbreiter abendländischer Kultur, schmerzt uns all das Elend und Grauen ihres Bürgerkriegs tief, leiden wir mit ihnen, als wären wir selbst davon betroffen, unter dem Verlust an Gütern und Menschen, unter der Vernichtung seiner Kunstschätze, unter der Zerstörung seiner höchsten Werte; und uns ist, als sei – wenn auch hoffentlich nicht für lange Zeit – eine gewisse Entfremdung eingetreten. Die Wirklichkeit war aber zu schmerzlich und zu eindeutig, als daß Beziehungen da noch irgendwelchen Sinn und Bestand haben konnten, und wenn wir auf dem Boden des Rechts bleiben wollten, so mußten wir das Recht davor bewahren, zu bloßem Schein herabzusinken, und für geschehenes Unrecht diejenigen zur Verantwortung ziehen, die sich vor der Welt als rechtmäßige Regierung hinstellen und stark genug sein wollen, dem Recht Geltung zu verschaffen. Bis an die äußerste Grenze des Erträglichen sind wir gegangen; darüber hinaus wäre Klugheit Feigheit, Toleranz Schwäche gewesen.

Wilder Haß hat seine Anklagen gegen uns geschleudert; man hat – und auf wen mag sich unser alter Widersacher, der Kommunismus dabei gestützt haben? –, man hat über uns befunden und die Berechtigung unseres Vorgehens anerkannt, – und wenn es auch nicht mehr als Recht war, so war es für uns doch eine besondere Genugtuung zu sehen, daß mit Ausnahme Rußlands alle Staaten uns Gerechtigkeit widerfahren ließen, vor allem aber, von berufenster Stelle aus, England. Nicht einen Augenblick sind wir uns selbst untreu geworden, nicht unserm Bündnis mit England und nicht der Kultur, zu deren Verteidigung wir berufen sind.

Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet unsere Ankläger sich nicht zu rechtfertigen vermochten und erklären mußten, es sei nicht ihre Absicht, den Kommunismus auf der Halbinsel einzuführen, sondern nur, die Demokratie zu schützen. Das ist eine immerhin etwas fragwürdige Erklärung, die da zu leugnen versucht, was unwiderleglich erwiesen ist; und wenn auch die menschliche Gutgläubigkeit keine Grenzen kennt, so wird sie bei den Rechtschaffenen doch kaum irgendwelchen Glauben finden. Uns jedenfalls überzeugt man damit nicht, und so werden wir uns weiter zu wehren wissen.

. . . An die Verteidigung der Freiheit der Nation und der Kultur, an der wir mitgewirkt, zu deren Weltgeltung wir mitgeholfen haben, werden wir alles setzen und werden uns daran nicht hindern lassen durch Blindheit, Selbstsucht und Unfähigkeit schlechter Portugiesen, – wenn es welche geben sollte. Wollt ihr uns darin unterstützen mit eurem Eifer, eurem Opfer, eurem Leben?

Vorwärts!

27. Die angebliche Verpachtung von Angola

Kundgebung vom 29. Januar 1937. Immer wieder wird versucht, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal durch Gerüchte über die portugiesischen Kolonien zu trüben. Salazar wendet sich in aller Schärfe gegen diese Art internationaler Brunnenvergiftung und gegen kommunistische Machenschaften.

Die Wühlereien gegen Portugal – Die deutsch-portugiesischen Wirtschaftsbeziehungen normal – Die Vergiftung der internationalen Atmosphäre.

Kaum sind die einen Gerüchte über unsere Kolonien verstummt, da tauchen in aller Welt, in den europäischen Hauptstädten wie in Südamerika und in Afrika neue auf, die wie die vorigen von Basel ausgehen. Die Gerüchte von einem Verkauf hatten wir dementiert, so spricht man jetzt von Verpachtung und gibt bemerkenswerte Einzelheiten an: es handle sich dabei um einen Vertrag auf 99 Jahre, der die portugiesischen Hoheitsrechte unangetastet lasse; die beteiligten deutschen Firmen und die geplanten Unternehmungen werden angeführt; es soll mehr aus Angola

herausgeholt und mit dem Ertrag sollen die Heereslieferungen an uns bezahlt werden; der Reichskanzler werde selbst in seiner Rede vom 30. Januar den Abschluß des Vertrages bekanntgeben. Auf Befragen versicherte der Baseler Journalist, daß die Nachricht „absolut den Tatsachen entspräche"; denn er habe sie aus „bester Quelle". In gewissen diplomatischen und politischen Kreisen, die sich für gut informiert ausgaben, bestätigte man das Gerücht; und in englischen Zeitungen, deren Zuverlässigkeit sprichwörtlich ist, hieß es, Portugal habe den Verkauf von Kolonien allerdings bereits dementiert, doch eine langfristige Verpachtung sei schließlich ein Geschäft, über das sich reden ließe. Einzig der portugiesischen Regierung war von einem solchen Abkommen nicht das geringste bekannt.

Unsere diplomatischen Vertreter im Ausland waren das erstemal von Lissabon aus angewiesen worden, den Gerüchten entgegenzutreten; das taten sie auch diesmal, obgleich unser Außenministerium von der Zwecklosigkeit solcher Gegenerklärungen überzeugt war. Falls neue Dementis erforderlich werden sollten, ist zu bedenken, daß sich viele Regierungen – wenigstens in Fällen, die nicht sie selbst angehen – einer gesetzlichen Pressefreiheit gegenüber sehen; und die Vertreter Portugals geraten in eine etwas peinliche Lage, wenn ihren kategorischen Dementis über Kolonialgeschäfte systematisch von einer Presse entgegengearbeitet wird, die darüber besser unterrichtet sein will als die portugiesische Regierung selbst. Außerdem kann man sich immer noch herausreden: wenn wir eine Verpachtung Angolas auf 99 Jahre dementieren, so haben wir damit – so meint man –

noch nicht dementiert, daß wir es auf 98 Jahre und 11 Monate verpachten . . .

Dieser Lügenfeldzug gegen uns dauert hartnäckig an; vergebens haben wir uns bisher bemüht, ihm wirksam entgegenzutreten; es müssen also Gründe vorhanden sein, die der Hetze immer neue Nahrung geben. Solche Gründe könnte man einmal in Geschäften suchen, die gerade abgeschlossen oder getätigt werden, in Konzessionen und Verträgen, die, entstellt, verdreht, aufgebauscht, mit weitgehenden Abmachungen über die Kolonien verwechselt werden. Zum anderen kann es sich dabei um dunkle Machenschaften gewisser politischer Kreise handeln, die heute in Europa Unfriede zu stiften suchen, bei der Leichtgläubigkeit furchtsamer und krankhafter Gemüter leichtes Spiel haben und es verstehen, die angerichtete Verwirrung international geschickt auszunutzen.

Der erste Grund ist hinfällig; wenigstens rechtfertigen die Tatsachen keine solchen Schlüsse, da sie in den Wirtschaftsbeziehungen, die Deutschland mit den verschiedensten Ländern unterhält, an der Tagesordnung sind und für Portugal viel weniger Bedeutung haben als für andere Staaten, und auch weder ihrem Gegenstand noch den Umständen nach etwas Besonderes darstellen. Es ist allgemein bekannt, daß der deutsche Außenhandel nach dem Grundsatz der Kompensation verfährt, daß Deutschland es durchweg ablehnt, mehr zu kaufen, als es verkauft, und daß es in gewissen Fällen bereit ist, Waren im Gegenwert der verkauften einzuführen. Wenn durch Handelsverträge ein Ausgleich der Wirtschaftsbilanz oder ein Überschuß im Warenverkehr mit einem bestimmten Land

erreicht ist, genehmigt die deutsche Regierung über die festgesetzten Kontingente hinaus direkte Kompensationsgeschäfte mit fremden Firmen, die freilich nicht allzu gern gesehen werden, da sie sich auf die deutsche Wirtschaftspolitik störend auswirken könnten. Aus diesem Grunde und weil wir in Portugal nicht darauf eingerichtet sind, auf dieser Grundlage Handel zu treiben, machen die Kompensationsgeschäfte nur einen verschwindend kleinen Teil unseres Handels aus, und die einzigen größeren Geschäfte, die getätigt wurden, und bei denen es sich offenbar um Austausch deutscher Industrieerzeugnisse gegen koloniale Rohstoffe handelte, führten zu Beschwerden deutscherseits, daß die Verträge nicht erfüllt worden seien. Aber selbst, wenn sie erfüllt würden oder erfüllt worden wären, würde das weiter nichts Besonderes sein.

Da bei uns der Handel frei ist und wir keine Einfuhrkontingente haben – nicht einmal für die Länder, die sie uns gegenüber aufrechterhalten –, weist die Handelsbilanz einen Überschuß zugunsten Deutschlands auf, so daß dem Clearing lediglich die Bedeutung eines Liquidationsverfahrens und nicht einer Beschränkung der Einfuhr deutscher Waren zukommt. Doch müßte sich die portugiesische Regierung Deutschland genau so wie Italien oder Frankreich gegenüber einer dauernden Verschlechterung ihrer Handelsbilanz widersetzen und versuchen, durch direkten Tausch oder weitere Kontingente einen vollständigen oder teilweisen Ausgleich für die wichtigsten Einfuhrgüter zu erreichen, und dem Reich gegenüber auf einer Ausfuhrmöglichkeit für Fertigwaren oder Rohstoffe aus dem Mutterland oder den Kolo-

nien bestehen, für die Deutschland ja eines der größten Absatzgebiete ist.

Wir wollen freilich nicht unerwähnt lassen, daß das in Deutschland angekaufte Flugzeugmaterial wie das gesamte in England, Frankreich, Belgien, Schweden und Dänemark erworbene oder in Auftrag gegebene Kriegsmaterial ausschließlich in Devisen bezahlt worden ist. Allerdings können wir nicht versprechen, daß wir es für alle Zukunft so halten werden.

Welcher Art auch immer das Interesse der beiden Länder an Kompensationsgeschäften sein mag; welche Möglichkeiten deutschen Unternehmen auch im portugiesischen Mutterland oder in unseren Kolonien offenstehen mögen, wo sie wie bisher neben dänischen, holländischen, französischen, italienischen oder spanischen arbeiten; welches auch immer die wirtschaftlichen Möglichkeiten sein mögen, die jeder für sich errechnet, die Pläne, die er schmiedet, ja, der Anteil, den das Vorkriegs-Deutschland an Projekten gehabt haben mag, die sich auf die portugiesischen Kolonien in Afrika bezogen: Tatsache ist, daß gegenwärtig, wie jeder sich überzeugen kann, nichts die Gerüchte über einen Verkauf oder eine Verpachtung unserer Kolonien rechtfertigt, denen man auf Schritt und Tritt begegnet, — um so weniger, als das Zustandekommen solcher Abmachungen doch ganz offensichtlich von der Zustimmung der portugiesischen Regierung abhängig gemacht wird. Es scheint schon richtiger, solche Gerüchte mit der gegenwärtigen politischen Lage in Europa in Zusammenhang zu bringen. Nur wissen wir nicht, ob sie sich eigentlich gegen uns oder gegen Deutschland richten.

Die portugiesischen und ausländischen Freunde des Neuen Staates hören es vielleicht nicht gern, aber es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß es immer noch Leute gibt, die uns für schwer verschuldet, dem Bankrott nahe und für unfähig halten zu arbeiten, Ordnung zu schaffen und daheim oder in den Kolonien materiell und geistig voranzukommen. Die übertriebenen Klagen, die bei uns laut werden, die Kritisiersucht von Männern der vorigen Generation, die Nörgelei einiger Intellektuellen tragen daran manche Schuld; für das übrige ist die Ignoranz der anderen verantwortlich zu machen.

Noch vor wenigen Tagen brachten angesehene Zeitungen es fertig, im Zusammenhang mit deutschen Niederlassungen, die überall wichtige Verbindungswege der großen Mächte bedrohten, unsere Inseln im Atlantik mit afrikanischen Kolonien zu verwechseln und General Franco frei und unbekümmert darüber verfügen zu lassen. In einer bedeutenden Zeitschrift wollte Ende Januar der Verfasser eines Artikels, in dem auch ausführlicher von unserer Inselgruppe der Bissagos die Rede war, „aus absolut sicherer Quelle" von einer Anzahl nicht etwa Pläne oder Arbeiten, sondern gewaltiger Bauten wissen, die unsere dortigen Behörden freilich noch nicht haben entdecken können.

Die Unkenntnis, die über Portugal und portugiesische Dinge herrscht, kommt der Ausbreitung von Falschmeldungen und der Leichtgläubigkeit zweifellos zugute; die Urheber solcher Gerüchte aber sind durchaus über die Situation und die Probleme im Bilde und wissen, wie sie vorzugehen haben. Die Lage Portugals auf der Iberischen Halbinsel, sein politischer

und geistiger Abwehrkampf gegen den Kommunismus, seine großen, wohlbegründeten und klar umrissenen Kolonialinteressen und Kolonialrechte, die Art, wie es seine Geschicke zu lenken weiß, lassen es gerade heute eine hervorragende Stellung unter den Mächten einnehmen.

Nicht, daß wir es nötig hätten, uns sozusagen auf die Zehenspitzen zu stellen, um von den anderen gesehen zu werden: die anderen fühlen sich veranlaßt, uns als das einzuschätzen, was wir wirklich sind. Und darum sind wir einigen lästig und unbequem, darum schwärzt man uns vor der Welt an, darum zettelt man bei uns Matrosenaufstände und Bombenanschläge an, darum arbeitet man unaufhörlich gegen uns, und darum hetzt man ohne Unterlaß und setzt Gerüchte über unsere Kolonien in die Welt, die, wenn sie der Wahrheit entsprächen, nur ein Zeichen der Ohnmacht oder der Gesinnungslosigkeit wären.

Aber das alles ist vergebliche Mühe. Ungeachtet aller Wühlereien, denken wir an keinen Verkauf, keine Aufgabe, keine Verpachtung und keine Teilung unserer Kolonien, weder mit noch ohne Vorbehalt irgendwelcher Hoheitsrechte. Unsere Verfassung läßt es nicht zu; und, wäre d i e nicht, so würde das nationale Gewissen es uns verbieten.

28. An die Brasilien-Portugiesen

Ansprache vom 15. April 1937 vor einer Abordnung der überaus zahlreichen portugiesischen Kolonie in Brasilien, die zu einer Treuekundgebung für Carmona und Salazar in die Heimat gekommen war. Auch diese Rede hat angesichts der gespannten internationalen Lage vorwiegend außenpolitische Bedeutung.

Die portugiesische Erneuerung – Portugals europäische Stellung – Die außenpolitische Lage – Der spanische Krieg – Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Auf zwei unleugbare und leicht erkennbare Tatsachen, an denen kein Streit der Parteien zu rütteln vermag, gründet sich heute der berechtigte Stolz der Portugiesen diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans: unsere Geltung daheim und in der Welt. Ihr seid gekommen mit Sehnsucht im Herzen nach der heimatlichen Erde, die euch auch dann schön erscheinen würde, wenn wir nicht Hand daran gelegt hätten; doch, nachdem nun die Sehnsucht gestillt ist, mögen Gedanke und Erinnerung an die Vergangenheit euch helfen, die Vergleiche anzustellen, die sich aufdrängen. Im Grunde kommt es nur darauf an festzustellen,

ob seit eurem Fortgang das Volk zahlreicher, die Wirtschaft stärker, die finanzielle Lage gesünder geworden ist, zugänglicher die Bildung, stärker der Friede im Innern, gesünder und lebenswerter das Leben, fester die Bindung an die Nation, – und ob dazu die neue Auffassung vom politischen Leben und vom Staat in den letzten zehn Jahren irgendwie beigetragen hat. Wenn das Leben bei uns tätiger, die Arbeit ertragreicher, der Boden fruchtbarer, die Industrie blühender, der Handel einträglicher geworden ist, lebhafter der Verkehr, besser und schöner unsere Bauweise, billiger und zugänglicher der Kredit, wenn, mit einem Wort, immer mehr Werte geschaffen werden und jährlich noch genug übrig ist, um Verfallenes wiederaufzubauen, Bestehendes zu verschönern, Geplantes durchzuführen: so ist es gut; und doch ist dies nicht unser einziges, noch auch unser höchstes Ziel.

Uns reizt und befriedigt weder der Reichtum noch der Luxus der Technik, weder die Maschine, die den Menschen zurückdrängt, noch das Wunder der Mechanik, – nicht das Kolossale, das Unabsehbare, das Einzigartige, die brutale Kraft, wenn nicht der Flügel des Geistes sie berührt, und wenn sie nicht in den Dienst eines immer schöner, immer erhabener und immer edler werdenden Lebens gestellt werden. Ohne all dem abzusagen, was allen größeren Anteil an den Gütern und damit größeren materiellen Wohlstand verspricht, wollen wir doch uns fernhalten von dem Materialismus der Zeit: wollen den Boden fruchtbar machen, ohne daß deshalb die fröhlichen Lieder der Mädchen auf dem Felde verstummen; wollen unsere Webwaren nach dem modernsten Verfahren herstel-

len lassen, ohne daß deswegen Klassenhaß dareingewoben würde, und ohne daß aus Werkstatt und Fabrik unser alter patriarchalischer Geist vertrieben wird.

Von einer Zivilisation, die über die Wissenschaft auf die Barbarei zurückführt, trennt uns auf ewig unser Bekenntnis zum Geist, der unsere Geschichte beseelt und belebt. Wir lehnen es ab, die Armen mit Illusionen zu speisen; aber wir setzen auch alles daran, die Einfachheit des Lebens, die Reinheit der Sitten, die Innigkeit des Gefühls, den sozialen Ausgleich, den trauten, bescheidenen, aber würdigen Charakter des portugiesischen Lebens vor einer Woge zu bewahren, die in der Welt immer gewaltiger anwächst, – und mit diesen Errungenschaften unserer Vergangenheit auch den sozialen Frieden.

Angesichts des Furchtbaren, das wir erleben, angesichts der schmerzlichen Erfahrungen anderer, die aber aller Welt erkennbar sind, kann gegen eine solche politische Anschauung nur e i n ernsthafter Einwand erhoben werden – der eigentlich schon kein bloßer Einwand mehr ist, sondern erlebte Wirklichkeit –: daß in der Süße des Friedens die Kräfte untauglich werden für die Erhaltung und Größe des Vaterlandes. Läßt sich das aufrechterhalten? Gegen den Einwand stehen die Tatsachen: daß nur so an einen Wiederaufbau der Kriegsflotte zu denken war; daß nur so ein Heer und ein wehrhaftes Volk erstehen konnten; daß es nur so möglich war, die Legion zu bilden, dieses „Freiwilligenkorps der Ordnung"; und nur so konnten wir die Jugend mit männlicher Gesinnung erfüllen und zum Dienst an der Nation erziehen. Und so auch konnte es geschehen, daß nie noch in unseren Tagen ein Staat weniger geneigt war zu politischen

Abenteuern und nie ein Volk entschlossener, fremdem Druck und fragwürdigen internationalen Machenschaften zu widerstehen.

Wir unterschätzen also die Kraft nicht; für uns selbst aber wollen wir für alle Zeit die Kraft der Vernunft; denn drinnen wie draußen haben wir dem Interesse der Nation gerade durch die menschliche Vernünftigkeit unserer Anschauungen, durch unsere Ordnung, unsere Ausgeglichenheit, unseren Beitrag zum Frieden und zur allgemeinen Wohlfahrt, durch die Würde unseres öffentlichen Lebens, durch unsere geistige Unabhängigkeit gedient. Das mag hier und da befremdet haben und unbequem gewesen sein, aber es hat gezeigt, daß wir uns Geltung zu verschaffen wissen.

Wir sprechen in aller Öffentlichkeit über den europäischen Wirrwarr.

In pazifistischen Ländern predigt man einen heiligen Krieg gegen diejenigen, die bei sich Ordnung halten; und diejenigen, die angeblich die Völker vor Kriegen bewahren wollen, reden aus ideologischen Gründen einem Bündnis der demokratischen Mächte gegen die Diktaturen das Wort. Nationen, die sich etwas auf ihren freiheitlichen Geist zugute tun, lassen bei sich Freiheiten nicht zu, die in autoritär regierten Staatswesen anerkannt und lebendig sind; im Namen der Unabhängigkeit der Staaten läßt man zu, daß sich ausländische revolutionäre Organisationen in ihre innere Politik einmischen, und im Namen der Gleichheit der Völker tritt an die Stelle ihrer freien Gemeinschaft nach und nach ein Überstaat, in dem auf diese Weise die wirkliche politische Unab-

hängigkeit der kleineren Länder aufgehoben wird. Rußland hat das Erbe des Frankreich von 1789 angetreten: es kommt immer mehr vom Kommunismus ab, es erlebt den Zusammenbruch der kommunistischen Lehre gegenüber der Wirklichkeit, unterdrückt ihn unbarmherzig, wo er noch zu widerstehen wagt, und bedient sich der in der Welt noch bestehenden Illusionen über den Kommunismus als einer mächtigen außenpolitischen Waffe; aber wer blind ist, sieht das eben nicht. Nationen, die glauben, den Frieden zu verteidigen, überlassen anderen die Sorge für Autorität und Ordnung; und aus der Notwendigkeit, sie jenen selbst zu bringen, kann eines Tages ein Krieg entbrennen.

Das haben wir alle gespürt angesichts dessen, was sich heute leider in Spanien abspielt, und was uns aus gemeinschaftlicher und enger Verbundenheit unserer Interessen und unserer Geschichte heraus und deswegen tiefer berührt als andere, weil es nicht etwa nur die Stabilität unserer Politik, sondern überhaupt die Unabhängigkeit Portugals bedroht, das ja nach kommunistischem Plan in die iberische Sowjetrepublik eingegliedert werden soll. Einzig diese Gründe und keine sonst – weder persönliche oder politische Sympathien noch absolute ideologische Gemeinsamkeit, ja nicht einmal die übrigens ungeheuerliche Folge von Verbrechen, die zum politischen System erhoben wurden – sind für unsere Haltung maßgebend gewesen.

Für die Gefühlsduselei der Menschheitsbeglücker haben wir kein Verständnis: es fällt uns sehr schwer, Bewunderung aufzubringen für eine Menschheitsbeglückung, die die Lebenden umbringen läßt, um die Toten dann pietätvoll zu Grabe zu tragen; die den

Wiederaufbau der Kathedralen zu unterstützen bereit ist, wo es einfacher gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß sie gar nicht erst zerstört wurden. Wir haben kein Verständnis für ein Nichteinmischungsprinzip, das nicht nur – in einem Ausmaß, wie wir es seit den Invasionen napoleonischer Heere nicht mehr erlebt haben – zur Einmischung in die spanischen Verhältnisse geführt hat, sondern auch glaubte, in die Politik anderer, dem Konflikt fernstehender Völker eingreifen zu können. Wir haben kein Verständnis für eine Auffassung, die in dem spanischen Bürgerkrieg ein örtlich begrenztes nationales Ereignis sehen möchte, während wir von Anfang an auf den rein internationalen Charakter seiner Ursprünge, seiner Auswirkungen und seiner ideologischen Hintergründe hingewiesen haben, – und da, obwohl alle davon durchdrungen sind, immer wieder das Gegenteil behauptet wird, erleben denn die, die nicht sehen wollen, immer neue Enttäuschungen. Wir haben kein Verständnis für eine Auffassung, die – sozusagen nach dem Gesetz der Trägheit in den internationalen Beziehungen –, unbekümmert um wirkliche Macht, um Wohlfahrt und Willen des Volkes, in der bloßen zeitlichen Aufeinanderfolge der Regierenden ein Legitimitätsprinzip der Regierungen erblickt; – denn Anerkennung würde Unterstützung bedeuten müssen und Unterstützung Nichteinhaltung der internationalen Verpflichtungen.

Und doch, wenn nicht den meisten Menschen mehr an ihren Fiktionen gelegen wäre als an der Wirklichkeit, müßten alle einsehen, was uns von vorneherein klar war: Spanien und das ganze europäische Abendland ohne Ausnahme konnte nur an e i n e m interes-

siert sein: an dem Sieg der Nationalisten ohne fremde Einmischung zugunsten der Sieger oder Besiegten, und dann an einer starken und weitherzigen nationalen Regierung, die so nötig ist, wenn Ordnung geschaffen werden und der schwergetroffene Körper der edlen spanischen Nation gesunden soll. Doch diese einleuchtende Wahrheit wird wie so manche andere leider erst dann anerkannt, wenn es zu spät ist, um begangene Fehler wiedergutzumachen.

Wir haben das in aller Offenheit ausgesprochen, ruhig, aber entschieden; im übrigen fahren wir fort, eingegangene Verpflichtungen loyal zu erfüllen, solange sie nicht zur Lüge werden. Niemand wird erwarten, daß man weiter gehen kann; denn über allem steht für uns das Leben und die Unabhängigkeit der portugiesischen Nation, die in ihrem Wesen und in ihrer Geschichte gebunden ist an die Kultur des Abendlandes, die zu verteidigen uns ebenfalls aufgegeben ist.

So sehen wir denn, wie unabhängig vom spanischen Krieg, der zu einem größeren Konflikt ausarten kann – und die Bemühungen der englischen Regierung, das zu vermeiden, können nicht hoch genug anerkannt werden – durch bedauernswerte Verwirrung und revolutionären Wahnsinn, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt, ein erbitterter Kampf droht, nein, sich schon entfesselt hat zwischen den Kräften der Nation und der Internationale, zwischen Kommunismus und Kultur. Die Völker Europas und Asiens stellen sich nach und nach darauf ein; in Südamerika wendet sich Brasilien mit anderen großen Staaten gegen die Gefahr. Man weiß, was wir sind, und wo wir

stehen, und nicht nur in den Äußerungen namhafter Brasilianer kommt eine Verbundenheit mit Portugal zum Ausdruck, die uns bewegt, sondern auch die portugiesische Kolonie empfindet es als eine Pflicht, uns feierlich zu versichern, daß sie bei uns steht, und daß sie vertraut. Sie wird gewiß nicht erwarten, daß ein verantwortungsbewußter und mit den Verhältnissen ein wenig vertrauter Mann ihnen etwas anderes sage, als was in diesen Worten beschlossen ist:

Mehr denn je zählt heute Portugal auf alle seine Söhne!

29. Die Zerstörung von Guernica

Note der portugiesischen Regierung vom 21. Mai 1937.

Verschiedentlich schon und noch gestern im Zusammenhang mit dem Vorschlag der britischen Regierung, zwischen den beiden kämpfenden Parteien in Spanien zu vermitteln, hat die portugiesische Regierung bei der Regierung Seiner Majestät die Auffassung vertreten, daß irgendwelche Vermittlungsaktionen nicht nur dem Schein, sondern auch dem Wesen nach tatsächlich vom strengsten Geist der Unparteilichkeit durchdrungen sein müßten, um von beiden Parteien günstig aufgenommen werden zu können. Alle bis heute unternommenen Versuche, dem Kampf ein Ende zu machen oder ihn zumindest nach menschlicheren Gesichtspunkten zu führen, fielen unglücklicherweise immer mit militärischen Operationen zusammen, die einer der Parteien einen entscheidenden Vorteil zu gewähren schienen, und leider waren sie in einigen Ländern begleitet von heftigen und verallgemeinerten Zeitungskampagnen. Es kann da nicht wundernehmen, daß die unter solchen Voraussetzungen unternommenen Schlichtungsversuche auf begründetes Mißtrauen stoßen müssen.

Die portugiesische Regierung vertritt den Standpunkt, daß der von der sogenannten baskischen Regierung stammende Vorschlag, mit dem das Memorandum des Königlich-Britischen Botschafters vom 17. dieses Monats sich befaßt, und der dahin geht, eine Untersuchung über die Zerstörung von Guernica in die Wege zu leiten, von der Regierung des Generals Franco als im höchsten Grade einseitig angesehen werden muß, eben weil er vom Gegner und ausgerechnet in einem solchen Augenblick kommt.

Es ist so vieles während des spanischen Krieges zerstört worden, die Attentate in Städten, Flecken und Dörfern gegen Leben und Gut der Bewohner sind so zahlreiche, zahlreicher noch als in den Kampfzonen, ohne daß ein internationaler Schritt dagegen unternommen worden wäre, so daß man sich fragt, wieso denn dem Fall von Guernica eine solche Bedeutung zukommt, daß eine internationale Untersuchung vorgeschlagen werden müßte. Außerdem befindet sich Guernica in einer augenblicklich besonders heiß umstrittenen Operationszone, und da ohne Einwilligung des Generals Franco eine Untersuchung nicht durchgeführt werden kann, der dieser seine Zustimmung versagen muß, hätte der Vorschlag der baskischen Regierung nur den Sinn, eine negative Antwort herauszufordern, die zu Spekulationen benutzt werden könnte, d. h. zu Zwecken, die uns nicht interessieren, und mit denen wir nichts zu tun haben wollen.

Die portugiesische Regierung ist weiter der Meinung, daß es mit den wiederholt dargelegten Grundsätzen der Nichteinmischung unvereinbar ist, wenn auf spanischem Boden eine Untersuchung durch Mächte erfolgt, die in diesem Kampf nicht Partei

und auch nicht berufen sind, als Richter aufzutreten.

Aus diesen Gründen hält die portugiesische Regierung den Schritt der sogenannten baskischen Regierung für unangebracht und vertritt die Auffassung, daß ihm nur stattgegeben werden könnte, wenn die in Erwägung gezogene Untersuchung auf alle Gewalttaten ausgedehnt wird, denen die friedfertige spanische Bevölkerung ausgesetzt gewesen ist. Angesichts der Haltung, welche die Nichteinmischungsmächte gegenüber dem Kriege eingenommen haben, scheint jedoch der portugiesischen Regierung keine juristische Handhabe und keine praktische Möglichkeit zu einer solchen Lösung gegeben zu sein.

30. Portugal, England und der spanische Krieg

Rede vom 6. Juli 1937 nach dem mißglückten kommunistischen Bombenattentat auf Salazar vom 4. Juli 1937. Eine der bedeutendsten Reden des portugiesischen Staatsmannes, der auf die internationalen Hintergründe des Anschlags hinweist und Anlaß nimmt, sich noch einmal eingehend mit der außenpolitischen Lage zu befassen, die nach wie vor durch die spanischen Wirren bestimmt wird. Besondere Beachtung verdienen die Äußerungen über scheinbare Meinungsverschiedenheiten mit England und über den wahren Charakter des jahrhundertealten englisch-portugiesischen Bündnisses.

Die außenpolitische Lage – Der Plan einer iberischen Sowjetrepublik – Die nationale Erhebung vom 28. Mai 1926 – Das Werk der Revolution – Der neue Staat – Das Bündnis mit England – Gemeinsame Interessen – Unabhängigkeit – Das Interesse Englands – Die besondere Lage Portugals – Der spanische Krieg – Der Kampf gegen den Bolschewismus geht weiter.

Aus tiefster Seele danke ich Ihnen für diese Kundgebung, für Ihren entrüsteten Protest, Ihre Glück-

wünsche, Ihre Teilnahme und Unterstützung. Warum ich Ihnen – unabhängig von Rang und Person – unter den tausend bedeutsamen und rührenden Beweisen der Teilnahme einen besonderen Platz einräume, will ich Ihnen gleich sagen.

Es ist keine alltägliche Angelegenheit, einem Attentat zu entrinnen, bei dessen Planung und Ausführung soviel Bosheit und Scharfsinn zusammenwirkten. Aber eines steht jedenfalls fest: daß sich mit Bomben keine Geschichte machen läßt. Es würde unschön sein und schlecht zu mir passen, wollte ich mich jetzt, nachdem mir das Leben erhalten geblieben ist, feiern lassen. Das Attentat hat auch in meinem Innern keine Spuren hinterlassen, weder Furcht – ich kann einfach nicht glauben, daß es mein Los ist, gewaltsam aus der Welt geschafft zu werden –, weder Furcht also, noch Entmutigung, noch Haß, noch auch das bittere Gefühl, das die Undankbarkeit hinterlassen soll; denn ich habe meinen Lohn.

Trotzdem kann ich nicht darauf verzichten, schon jetzt, bevor die Hintergründe des Anschlags aufgedeckt sind, die Umstände zu beleuchten, die von einer gewissen Tragweite sind, und vor allen Dingen die, die im Leben der Nation ihren Widerhall finden. Sie wissen ganz gut, daß dieses Regime, das manche noch Diktatur nennen, und das neuerdings auch noch als faschistisch verschrien wird, milde ist wie unsere Sitten, einfach wie das Leben der Nation selbst, ein Freund der Arbeit und des Volkes. Es gibt keine Hetze bei uns, weder offene noch versteckte, keine Klassengegensätze, keinen unüberbrückbaren Haß im Volke, das heute brüderlich geeint dasteht im Zeichen nationalen Aufstiegs. Wenn wir aber die Gründe bei uns

nicht sehen, so sehen wir sie mehr als genug in der internationalen Atmosphäre, die überhitzt ist und geladen mit verbrecherischen Ideologien, und wir haben uns nie gescheut, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Von hier aus haben wir die Kampagnen verfolgt, die von allen Seiten aus der geistigen und sittlichen Verwirrung Europas über uns kommen, und denen wir nicht gleichgültig gegenüberstehen können. Häufig verbietet uns die heikle Natur der Dinge und der Dokumente, öffentlich davon zu sprechen, doch ist jetzt der Augenblick gekommen, einiges, zwar nur, soweit es die Klugheit erlaubt, aber ohne der Wahrheit Gewalt anzutun, frei auszusprechen.

Wir wollen nicht übertreiben. Wir wollen nicht annehmen, daß in irgendeinem großen Reich da draußen ein Machthaber sich damit abgibt, eine Liste von Personen anzulegen, die irgendwo auf der Welt einem krankhaften Blutdurst, dem grausigen Gott der Weltrevolution geopfert werden sollen. Aber man kann sich denken, daß – während die Verteidiger der Ordnung nebeneinander her arbeiten – auf der anderen Seite bei allen Elementen, die auf ihre Zerstörung ausgehen, ein schweigendes oder ausdrückliches Einverständnis herrscht. Auch wenn sie nicht von ein und demselben Geist regiert werden, so sind sie doch brüderlich verbunden im gleichen Gefühl. Und daher kommt es, daß in dieser Hinsicht alles gleichläuft. Die Dinge, die wir heut erleben, tragen im Grunde überstaatlichen Charakter, auch wenn sie sich innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten abspielen, so wie nicht nur das Schicksal der einzelnen Nationen, sondern die gesamte abendländische Kultur auf dem Spiele steht.

Leider und weil das dem Feind Vorschub leisten

würde, ist die gesamte auswärtige Politik der Regierung, namentlich aber das Bündnis mit England Gegenstand von Mißdeutungen und Mißverständnissen geworden, als betrachteten wir England als einen Verteidiger des Kommunismus, oder als hätten wir es nötig, uns nach neuen Bündnissen umzusehen, wenn wir etwas gegen die Eingliederung Portugals in eine Iberische Sowjetunion tun wollen. Ich sehe mich deswegen gezwungen, meine Auffassung hierüber eindeutig klarzulegen.

Die Revolution von 1926 fand ein Land vor, das finanziell, wirtschaftlich und politisch unter der Herrschaft einer Auffassung stand, die Schwäche und Verfall sozusagen zum Postulat erhoben hatte.

Als ich das Finanzministerium übernahm, war es noch Glaubensgrundsatz, daß unsere Finanzen immer und ewig zwischen Defizit und Bankrott dahinschwanken müßten. Es kostete etwas, die Nation davon zu überzeugen, daß sie auch und auf verhältnismäßig einfache Weise dahin gelangen könnte, einen Ausgleich zu finden, Überschüsse zu erzielen, auf die quälende Zuflucht zu Anleihen zu verzichten und ihre Schulden anständig zu bezahlen. Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht, und wir haben die Gegenprobe gemacht: eine Krise, der die stärksten Gebäude zum Opfer gefallen sind, hat unseren Finanzen nichts anzuhaben vermocht.

Glaubensgrundsatz war ebenfalls, daß wir wirtschaftlich von der Auswanderung nach und dem Gold aus Brasilien lebten. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß das nicht stimmte, und daß wir imstande sein müßten, in ordentlicher und fleißiger Ar-

beit aus dem Unsrigen genug herauszuholen, um bescheiden leben zu können. Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht, und wir haben die Gegenprobe gemacht: das große Brasilien erlebt eine seiner gewaltigsten Krisen, schränkt die Einwanderung ebenso ein wie Nordamerika und unterbindet nahezu allen nichtkommerziellen Transfer. Millionen gehen verloren, in verschiedenen Ländern sind die dort angelegten Kapitalien gesperrt: aber unser Volk kann leben, unsere Bilanz ist positiv, und gleichzeitig nehmen unsere Goldreserven zu. Ich glaube, damit ist die falsche Vorstellung von unserem Wirtschaftsleben gründlich zunichte geworden.

Politisch lebte man bei uns im 19. Jahrhundert in der Auffassung, Portugal bewahre sich seine Unabhängigkeit nur auf Kosten der Rivalitäten zwischen den europäischen Nationen. (Zuweilen erhebt man bei uns den Verzweiflungsausbruch eines Dichters zum Leitspruch der Politik.) Man sah nicht recht ein, welchen Sinn die Autonomie eines kraft- und mittellosen Landes haben konnte, das im Kreis der Nationen keine eigene Aufgabe zu erfüllen hätte: Portugal empfand seine Unabhängigkeit, die es sich auf Kosten fremder Rivalitäten erhielt, als eine Last. Es war nur folgerichtig, wenn sich unsere Teilnahme an den auswärtigen Angelegenheiten auf das Bündnis mit England und wenn sich dieses Bündnis selbst auf eine einfache Schutzherrschaft über uns beschränkte. So konnte es sich unmöglich verhalten; sollte dem aber unglücklicherweise doch so sein oder gewesen sein, so hat keine Regierung das Recht, mit Gedanken zu arbeiten, die der reinste Selbstmord sind.

Mit meiner bescheidenen Einsicht in das Wesen der

Finanz und der Wirtschaft war ich, wie übrigens andere auch, dazu gekommen, die Verkehrtheit der Auffassungen aufzudecken, die Finanz und Wirtschaft beherrschten. Das Studium der Verträge und der Verhältnisse, die Lektüre der Geschichte, die Kenntnis der Eigenschaften des englischen Volkes, die Texte, gelegentliche Auseinandersetzungen oder Meinungsverschiedenheiten haben mich jetzt dazu geführt festzustellen, daß jene zuletzt dargestellte Auffassung geschichtlich und jedenfalls politisch ein Irrtum war. Daher denn also auch die neue Richtung, die wir eingeschlagen haben.

Die Neuordnung und Neugestaltung des Lebens der Gemeinschaft und des Einzelnen, die Pflege des Nationalgefühls, der allmähliche Ausbau aller Stellungen sollen Pessimismus, Verzagtheit, Lebensuntüchtigkeit bei uns bannen und uns Freude, Kraft, Glaube geben, das Nationalbewußtsein so wach halten, daß niemand es mehr wagen wird, die Frage nach dem Wert unserer Unabhängigkeit überhaupt nur zu stellen. Im Ausland wird man damit gleichzeitig zu der Überzeugung kommen, daß sie die unerläßliche Bedingung unseres Lebens und Gedeihens ist.

Zu dieser Arbeit an Körper und Seele der Nation gesellt sich ein außenpolitisches Element von Bedeutung: das jahrhundertealte Bündnis und die Freundschaft mit England. Manches von dem, was geschehen ist und noch geschehen soll, dient gerade dazu, es zur Geltung zu bringen.

Nun ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß hin und wieder Engländer ohne großes Verantwortungs-

gefühl, gereizt durch unsere Haltung auf anderen Gebieten, ihre persönliche Neigung oder Abneigung höher gestellt haben als die großen nationalen und internationalen Interessen und die englische Regierung aufgefordert haben, das Bündnis mit Portugal zu überholen. Ich glaube allerdings, daß dies Bündnis einmal überholt sein kann: dann nämlich, wenn es mit dem Britischen Weltreich oder durch eine Naturkatastrophe mit der Insellage Englands vorbei sein sollte.

Die klassischen Gründe, die zugunsten des portugiesisch-britischen Bündnisses vorgebracht worden sind, stammen nicht von Portugiesen: es sind noch heut die des Lord Palmerston in seinem Schreiben vom 9. August 1847 an J. Russell. Dort heißt es: „Diese Vorteile sind ganz erheblich und fallen ins Auge: sie kommen dem Handel und der Politik, Heer und Flotte zugute, und wenn wir sie uns entgehen ließen, so würden einige nicht nur einen Verlust für uns bedeuten, sondern in der Hand einer feindlichen Macht zu gefährlichen Angriffswaffen gegen uns werden. So dürfte z. B. der Tejo niemals Flottenstützpunkt einer Macht werden, die – wie Frankreich oder Spanien – einmal gegen uns stehen könnte; und nur ein unabhängiges und eng mit uns verbündetes Portugal bewahrt uns davor, daß er feindlicher Flottenstützpunkt wird. Stellen Sie sich nur einmal vor, in welche Lage wir gerieten, wenn Portugal jemals spanisch würde und Spanien an Frankreichs Seite gegen uns kämpfte: sämtliche Häfen von Calais bis Marseille wären in feindlicher Hand, und zwischen der Heimat und Malta hätten wir einzig Gibraltar ... Steht uns dagegen der Tejo offen, so verfügen wir

über einen Punkt, von wo aus wir Frankreich und Spanien höchst bedrohlich werden könnten."

Wir haben, nachdem fast ein Jahrhundert darüber vergangen ist, dem wenig hinzuzufügen. Gewiß hat sich dies und jenes in dem einen oder anderen Sinn geändert, im Grunde aber ist die allgemeine Lage die gleiche geblieben: wir haben den Weltkrieg erlebt; England unterhält die engsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Frankreich; Spanien denkt nicht daran, eine englandfeindliche Haltung einzunehmen; aber das Imperium ist größer geworden, andere Kräfte haben sich entwickelt, und selbst wenn England der Freundschaft der Vereinigten Staaten sicher ist, so muß es sich seine Wege auf dem Südatlantik, seinen Weg im Mittelmeer und den Weg nach Indien doch freihalten. Auf dem portugiesischen Festland, auf unseren Inseln und in unseren Kolonien liegen sozusagen die Schnitt- und Stützpunkte der großen Verkehrsstraßen.

Das Bündnis hat sich – davon lassen wir uns nicht abbringen – b e i d e n Nationen zu Nutz und Frommen ausgewirkt, – ohne andere Störungen und Reibungen, als wie sie sich bei kleinen Meinungsverschiedenheiten ergeben, wie sie jede Familie kennt. Wenn wir so der englischen Mitwirkung bei unseren Kämpfen gegen die napoleonischen Eindringlinge eingedenk bleiben wollen, in denen Wellington sich mit Ruhm bedeckte, so wird auch gewiß England nicht vergessen, daß bereits in den Jahren 1797–1799 die portugiesische Flotte mit der britischen im Mittelmeer zusammenarbeitete, und daß ihr Befehlshaber, der Marquês de N i s a, von N e l s o n durch das folgende

Lob ausgezeichnet wurde: „Sie haben sich durch Ihr Vorgehen – schreibt er ihm am 24. Oktober 1797 – die Zuneigung und Achtung des Gouverneurs (von Malta) Ball, aller britischen Offiziere und Mannschaften und der ganzen Bevölkerung von Malta erworben; gestatten Sie, daß ich denen noch den Namen Nelson hinzufüge als den eines Ihrer wärmsten Bewunderer als Offizier und als Freund."

Später, als er den Feldzug vorbereitete, der zur Schlacht bei Waterloo führte, äußerte Wellington, dessen Erinnerung an Bussaco noch nicht ausgelöscht war, den Wunsch nach portugiesischen Soldaten, die er hoch einschätzte; – gewiß – so sagte er – würden sie gern unter dem Befehl dessen dienen, der sie schon einmal zum Siege geführt hatte.

Wenn Wellington und Nelson so zu portugiesischen Soldaten sprechen, soll uns das nicht mit Stolz und Freude erfüllen?

Das hat man vielleicht gelegentlich vergessen, und es ist nicht Englands Schuld, wenn das Bündnis in Zeiten, da es um unsere Staatskunst und um unser Dasein jämmerlich bestellt war, hier und da eine andere Deutung erfahren hat.

Nach einem Bericht des portugiesischen Gesandten in London vom 28. Januar 1802 äußerte sich Lord Hawkesbury damals über unsere Heerespolitik wie folgt: „Es ist Seiner Königlichen Hoheit, des Prinz-Regenten, würdig, und er tut recht daran, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Europa dem Heere seine ganze Sorge zu widmen, und wenn es in guter Verfassung ist und unter einem geeigneten Oberbefehlshaber steht, kann ein Bundesgenosse unbedenklich die Hilfe schicken, zu der er imstande ist. Denn

wenn Sie England um 20 000 Mann bitten würden, ohne Ihr eigenes Heer organisiert zu haben, könnten wir sie nicht entbehren, und selbst eine kleinere Truppe zu schicken, wäre unklug . . . Anders aber, wenn Portugal selbst über eine schlagkräftige Streitmacht verfügt und die Mittel ausnutzt, die es, glaube ich, zu seiner Verfügung haben kann . . ."

Und in einem Memorandum des gleichen britischen Staatssekretärs vom 7. Juni 1803 heißt es: „Seine Majestät hofft, daß die portugiesische Regierung nicht nur auf Hilfe von außen vertraut, sondern sich bewußt bleibt, daß die Sicherheit eines jeden Staates in erster Linie auf seiner eigenen Kraft beruht."

Die englische Politik bleibt sich ziemlich gleich, vor allem dann, wenn es sich um die Forderungen des natürlichen gesunden Menschenverstandes handelt. Mehr als ein Jahrhundert später erkennt England sicher aus gleichen Erwägungen heraus, daß es das größte politische – nicht handelspolitische (denn die englische Aufrüstung hat eine weitgehende Mitwirkung der englischen Industrie bei der portugiesischen leider verhindert) –, daß es also das größte politische Interesse an einer Erstarkung der portugiesischen Wehrmacht, am Neubau unserer Kriegsflotte, an der Organisation und Rüstung des portugiesischen Heeres hat. Gleich uns wird England gewiß eine aufrichtige Freundschaft, ein treues Bündnis, eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinn haben, und nicht etwa ein Mißgebilde, dessen Kampf- und Lebensuntauglichkeit aller Welt offenbar wäre.

Gewiß sind einem die nahen Freunde zuweilen lästig; wir sind es gewiß zuweilen durch eine Offen-

heit gewesen, zu der wir uns durch die Freundschaft berechtigt hielten; aber wenn England die Offenheit einmal mißfiel: Untreue hätte es bestimmt nicht verziehen.

So können wir uns denn auch in einer so schweren Zeit wie der unsrigen und in schwieriger Lage einer Stellung in der Welt rühmen, wie sie uns selten besser vergönnt gewesen ist, und stolz darauf hinweisen, daß uns England seine alte Freundschaft bewahrt.

Ich habe das so klar wie möglich herausstellen wollen, um einen wichtigen Abschnitt unserer Außenpolitik und unser Verhalten und Verfahren innerhalb des Bündnisses mit England verständlich zu machen: aus dem Gesagten wird deutlich, daß unsere Gesamtaußenpolitik nicht auf das Bündnis beschränkt ist, und daß es nicht Englands Sache ist, alle unsere Interessen – etwa gar gegen uns – zu verteidigen.

Ich komme damit kurz zu einem anderen Punkt, der mit den Ereignissen in Spanien im Zusammenhang steht. Man ist hier und da versucht gewesen zu sagen, wir hätten in dieser Frage im Widerspruch zur englischen Politik gestanden; aber da gilt es, ein Mißverständnis zu beseitigen.

Englands Spanienpolitik geht darauf aus – wie ja mehr als einmal zum Ausdruck gekommen ist –, durch Nichteinmischung der Mächte den Bürgerkrieg als eine rein spanische Angelegenheit zu kennzeichnen und es den Spaniern zu überlassen, wie sie ihr politisches Leben gestalten wollen. Das ist die gleiche Politik, die auch wir vom ersten Augenblick an verfolgt haben, weniger aus Überzeugung als aus der Notwendigkeit heraus, größere Übel zu verhüten. Aber Über-

einstimmung in der allgemeinen Richtung und Zielsetzung einer Politik heißt doch nicht unbedingte Annahme aller Vorschläge zu ihrer Durchführung. Hierüber sind unsere Meinungen zuweilen auseinander gegangen. Warum?

Wir haben auf der Halbinsel Interessen ganz besonderer Art und laufen Gefahren, die andere nicht laufen. Wir sehen, daß die öffentliche Meinung in einigen Ländern, namentlich in Frankreich und England, sich von der wirklichen spanischen Frage und von den Dingen, die sich dort abspielen, ein falsches Bild macht. Die einen wollen nicht an die kommunistische Gefahr glauben; wir dagegen sehen sie, spüren sie und fürchten, daß sie mit fremder Hilfe in Spanien Fuß faßt, und daß damit die Absicht, die Wahl ihrer künftigen Staatsgestaltung den Spaniern selbst zu überlassen, vereitelt wird: denn wo die verschiedenen Internationalen ihren Keil nach Belieben in Völker und Regierungen hineintreiben, kann von Freiheit oder Unabhängigkeit einer Nation nicht mehr die Rede sein.

Daher unsere Haltung vom ersten Augenblick ab; daher unser Widerstand dagegen, daß die Nichteinmischung sich lediglich gegen den spanischen Nationalismus auswirkte, der für Portugal eine Schranke gegen den iberischen Kommunismus darstellt; daher der Haß, den wir erfahren, und den wir – das muß ich mit vollem Bewußtsein aussprechen – durchaus verdienen.

Trotz dieser Vorbehalte und Sorgen haben wir mitarbeiten können, und ich glaube, man darf sagen, daß unsere Mitarbeit anerkannt worden ist. In einer der

ernstesten Fragen, wo eine internationale Kontrolle Grundsätzen widerstand, die wir unerbittlich vertraten, sprach uns die englische Regierung ihren Dank mit folgenden Worten aus: „Die Regierung Seiner Majestät weiß das von der portugiesischen Regierung in sie gesetzte Vertrauen wohl zu schätzen, mit dem sie aufgefordert wird, Beobachter an die spanisch-portugiesische Grenze zu entsenden. Die Regierung ist für diese Aufforderung um so dankbarer, als sie darin einen neuen Beweis der Freundschaft und des Einverständnisses erblickt, die zwischen unseren beiden Ländern herrschen."

Und noch gestern, als der britische Außenminister im Unterhaus kurz auf die Fragen der Opposition über die Kontrolle an der spanisch-portugiesischen Grenze einging und bestätigte, daß sie zwar vorläufig aufgehoben sei, daß aber das Waffenausfuhrverbot und das Durchreiseverbot für Freiwillige nach Spanien weiter bei uns in Kraft seien, ehrte er uns, indem er seinem Vertrauen in unser Wort und unsere Aufrichtigkeit mit Worten Ausdruck verlieh, die uns tief berührten, und für die ich ihm von dieser Stelle aus im Namen des Landes danken möchte.

Ich sagte schon, den satanischen Haß derer, die unsere Kultur im Blut ertränken wollen, haben wir vollauf verdient. Eines ist es, solchen Haß zu verdienen, ein anderes, sich nicht dagegen zu wehren: denn es geht nicht um das Leben des einen oder anderen, sondern es geht um unser Land und unser Volk, um Portugals Geschichte und seine Zukunft. Wir erheben darum warnend unsere Stimme: einmal ist auch unsere Geduld und Langmut erschöpft; und

auf der anderen Seite müssen wir wachsam sein und den Glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes, an der wir bauen, hochhalten.

Und wenn nun weitere Attentate erfolgen? – Wir lassen uns dadurch nicht beirren . . .

bricht die Militärrevolution aus; eine Abordnung des Heeres holt den 37jährigen Professor nach Lissabon: die Militärregierung braucht einen Finanz- und Wirtschaftsfachmann. Salazar folgt dem Ruf, kehrt aber schon nach fünf Tagen enttäuscht auf seinen Lehrstuhl nach Coimbra zurück. Er hat einsehen müssen, daß die inneren Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit in der Regierung noch nicht gegeben sind, daß seine Stunde noch nicht gekommen ist. Es wird noch fast zwei Jahre dauern, bis er das Finanzministerium endgültig übernimmt, nicht als bloßer Fachminister, sondern als Finanzreformer und Finanzdiktator. 1932 übernimmt er auch nach außen hin die Führung der Regierung. Heute vereinigt er mit der Ministerpräsidentschaft das Finanz-, Kriegs- und Außenministerium. Er ist der unbestrittene Führer seines Volkes, dessen Geschicke er aus der Stille seines Arbeitszimmers mit fester Hand leitet.